

Brühl 2016

Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.)

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/16 (II)



Extremismus Terrorismus



Hochschule des Bundes
für öffentliche
Verwaltung



Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.)

**Jahrbuch für Extremismus- und
Terrorismusforschung 2015/16 (II)**

Brühl /Rheinland 2016

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-938407-84-4

Druck: Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn

Impressum:
Hochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung
Willy-Brandt-Str. 1
50321 Brühl

www.hsbund.de

Inhalt

Linksextremismus

Armin Pfahl-Traughber: Demokratisch-reformerisches und extremistisch-revolutionäres Sozialismusverständnis. Ein Rückblick auf die Differenzen von Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg	7
Udo Baron: „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.“ Die DDR im Spiegel des Linksextremismus	39
Udo Baron: Vom Autonomen zum Postautonomen – Wohin steuert die autonome Bewegung?	59
Andreas M. Vollmer: G7-Proteste linksextremistischer Gruppen in Garmisch (2015): Erklärungsansätze für das Scheitern der Massenproteste	80
Uwe Peter/Florian Wagner „Die ins Wasser gefallen Proteste“ – Die linksextremistische Beteiligung an den Protesten gegen den G7-Gipfel 2015 in Elmau/Bayern. Darstellung und Erörterung zu dem Ausbleiben der erwartbaren Ausschreitungen	98
Armin Pfahl-Traughber: Von „Schwedens Kommunistischer Partei“ zu „Die Linkspartei“ Schwedens. Bedingungsfaktoren der Demokratisierungsentwicklung in historischer Perspektive	129

Islamismus

Armin Pfahl-Traughber: Antisemitismus und Antizionismus in der Charta der „ Hamas“. Eine Textanalyse aus ideengeschichtlicher und menschenrechtlicher Perspektive	158
---	-----

Terrorismus

Hans Krech: Geheimdienste im Visier von „Al-Qaida“.
Die Organisation der Spionage und der Spionageabwehr 181

Armin Pfahl-Traughber: Die Besonderheiten
des „Lone-Wolf“-Phänomens im Rechtsterrorismus.
Eine vergleichende Betrachtung
von Fallbeispielen zur Typologisierung 212

Zusammenfassungen 246

Autorenverzeichnis 258

**Spielregeln für Beiträge für das „Jahrbuch
für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET) 260**

Demokratisch-reformerisches und extremistisch-revolutionäres Sozialismusverständnis

Ein Rückblick auf die Differenzen von Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg

Armin Pfahl-Traugher

1. Einleitung und Fragestellung

Der Begriff „Sozialismus“ steht im Alltagssprachgebrauch für „repressive Diktatur“ und „ökonomisches Scheitern“ – wobei der Rückblick auf die DDR diese Deutung für Deutschland erklärt. Das Kuba der Gegenwart oder die Sowjetunion der Vergangenheit scheinen diese Auffassung zu bestätigen. Indessen handelt es sich hierbei aus ideen- wie realgeschichtlichem Blick um eine einseitige Perspektive. Definiert man „Sozialismus“ als Sammelbezeichnung für alle Auffassungen und Handlungen, welche der sozialen Gleichheit einen konstitutiven Stellenwert im eigenen politischen Selbstverständnis zuschreiben, so hat man es mit einem komplexen und vielschichtigen Phänomen zu tun.¹ Es gab und gibt sehr wohl auch demokratische und nicht nur extremistische Formen von Sozialismus. Doch worin bestehen genau die Differenzen beider Auffassungen? Dieser Frage will die vorliegende Abhandlung nachgehen. Dabei blickt sie als Fallstudie auf die historische Kontroverse zwischen Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg im „Revisionismusstreit“ zurück.

Eine solche Perspektive ist in mehrfache Hinsicht erklärungsbedürftig: Zunächst geht sie davon aus, dass die Auseinandersetzung der beiden Protagonisten beispielhaft die besonderen Konturen sowohl eines demokratisch-reformerischen wie eines extremistisch-revolutionären Sozialismusverständnisses deutlich machen. Insofern lohnt eben auch die analytische Betrachtung der seinerzeitigen Kontroverse, um daraus allgemeine Merkmale für die Differenzierung beider Politikkonzepte ableiten zu können. Hierbei mag zunächst irritieren, dass für ein extremistisch-revolutionäres Sozialismusverständnis nicht Wladimir I.

¹ Dies macht allein der Blick auf die Klassiker des Sozialismus deutlich, vgl. Walter Euchner (Hrsg.), *Klassiker des Sozialismus Bd. I: Von Babeuf bis Plechanow*, Bd. II: *Von Jàures bis Herbert Marcuse*, München 1991.

Lenin, sondern Rosa Luxemburg als exemplarisches Untersuchungsobjekt dient. Immerhin gilt sie als „demokratische Kommunistin“, die für einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ stand. Dabei handelt es sich aber, wie die folgende Erörterung deutlich machen möchte, um den Ausdruck eines romantisierten Bildes der historischen Person. In aufklärerischer Absicht soll der damit einhergehende Mythos einer kritischen Prüfung unterzogen werden.²

Bevor die beiden Denker nähere Aufmerksamkeit finden, erfolgt eine Definition der Arbeitsbegriffe (2.). Nach einem Portrait Bernsteins (3.) geht es um die Einschätzungen zur Entwicklung des Kapitalismus (4.), das Plädoyer für Reformen (5.), die Deutung von Demokratie als Mittel und Zweck (6.) und die Einstellung zum Bolschewismus (7.). Die Ausführungen nach dem Portrait zu Luxemburg (8.) behandeln die Kritik des Revisionismus (9.), die Begründung der Spontaneitätsauffassung (10.), die Kommentierung der Bolschewiki (11.) und das „Spartakusbund“-Programm (12.). Der Vergleich thematisiert die Erkenntnistheorie zwischen Empirie und Ideologie (13.), Dogmatisierung oder Revision des Marxismus (14.), das Demokratieverständnis zwischen Identität und Pluralismus (15.), Leerstellen in der Gesellschafts- und Strategieanalyse (16.) und die Kommentierung der bolschewistischen Herrschaft (17.). Schließlich sollen noch die Konturen eines demokratischen (18.) und extremistischen Sozialismusverständnisses (19) präsentiert werden.

2. Definition von zentralen Arbeitsbegriffen

Da hier die Arbeitsbegriffe „demokratisch-reformerisch“ und „extremistisch-revolutionär“ als Bezeichnungen für unterschiedliche Sozialismusverständnisse dienen, bedarf es im Folgenden einer Definition der einzelnen Elemente der Formulierungen. Aufgrund des Bezuges auf eine andere Gesellschaftsordnung, die im oben bereits erläuterten

² Damit folgt die vorliegende Abhandlung folgender früheren Publikation des Autors, vgl. Armin Pfahl-Traugher, Die Berufung auf den Marxismus der Rosa Luxemburg. Zur demokratie- und extremismustheoretischen Einschätzung einer Klassikerin, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011. Erster Halbband, Frankfurt/M. 2011, S. 181-195.

Sinne mit dem hohen Stellenwert von „sozialer Gleichheit“ ein konstitutives Merkmal aufweist, verdient hierbei der Aspekt beabsichtigter politischer Änderungen eine herausragende Rolle. Insofern sollten bei der folgenden Darstellung und Erörterung auch immer zwei ähnliche, aber doch verschiedene Gesichtspunkte besondere Aufmerksamkeit finden. Es geht dabei um Antworten auf folgende Fragen: Erstens, in welcher Form soll die angestrebte Änderung in Gesellschaft und Politik umgesetzt werden? Und zweitens, in welcher Form soll sich das Leben in Gesellschaft und Politik unter den neuen Rahmenbedingungen gestalten? Mit anderen Worten: Was kennzeichnet den Weg zum Sozialismus und was prägt das Ziel des Sozialismus?

Bei dem Begriffspaar „demokratisch“ und „extremistisch“ geht es fortan um die Einstellung gegenüber den Normen und Regeln moderner Demokratie, wozu folgende grundlegende Merkmale gehören: Abwählbarkeit, Gewaltenteilung, Individualität, Menschenrechte, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität. Demnach reicht die damit gemeinte Auffassung über das klassische Verständnis hinaus: Demokratie beschränkt sich nicht darauf, dass politische Entscheidungen eine Mehrheit im Volk finden. Denn es bedarf in dieser Perspektive auch der Grundrechte für Individuen als Angehörige einer Minderheit. Sie muss über ein geregeltes Verfahren die Möglichkeit haben, eine politische Mehrheit mit einer Regierungsoption zu werden. Dies setzt in der Gesellschaft einen Meinungs- und Organisationspluralismus mit dem Recht zur Bildung einer Opposition voraus. Als Ausdruck des politischen Extremismus gelten dann spiegelbildlich alle Auffassungen und Bestrebungen, welche die oben genannten Grundmerkmale einer modernen Demokratie negieren.³

Das Gegensatzpaar „demokratisch-extremistisch“ soll in der folgenden Erörterung als Kategorienraster um das Gegensatzpaar „reformistisch-revolutionär“ erweitert werden. Hierbei geht es um die beabsichtigte Änderung von bestehenden politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Gegebenheiten, die in einer langsamen und schrittweisen Ent-

³ Vgl. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; Armin Pfahl-Traughber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Ders., (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33.

wicklung oder in einem schnellen und sofortigen Prozess münden können. Die erstgenannte Form des Wandels ermöglicht eine inhaltliche Legitimation im Sinne der oben erwähnten Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates. Das revolutionäre Agieren setzt demgegenüber auf einen häufig auch gewaltsamen Akt, der durch die politische Macht der Handelnden zu einem Systemwechsel führt. Eine derartige Entwicklung kennt meist keine Normen und Regeln, womit es ihr an einer demokratischen Legitimation fehlt. Eine solche lässt sich allenfalls ideell konstruieren, sofern die revolutionären Aktivisten die erwähnten Grundrechte akzeptieren und über einen mehrheitlichen Rückhalt im Volk verfügen.

3. Eduard Bernstein I: Biographisch-politisches Kurz-Portrait

Bevor im Sinne der oben formulierten Fragestellung auf das Sozialismusverständnis von Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg ausführlicher eingegangen werden soll, bedarf es zunächst jeweils einiger biographisch-politischer Ausführungen: Der Erstgenannte⁴ kam 1850 als Sohn einer kleinbürgerlichen Familie jüdischen Glaubens in Berlin zur Welt. Deren ärmlichen Lebensbedingungen erklären, warum Bernstein aus finanziellen Gründen schon mit 16 Jahren das Gymnasium ohne Abschluss verlassen musste. Fortan arbeitete er zwischen 1866 und 1878 als Bankkaufmann. In jene Phase fällt auch Bernsteins Politisierung in Richtung des Sozialismus, die 1872 zunächst zum Eintritt in die „Internationale Arbeiterassoziation“ (IAA) und kurz danach in die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SDAP) führte. Binnen kurzer

⁴ Vgl. Francis L. Carsten, Eduard Bernstein 1850-1932. Eine politische Biographie, München 1993; Peter Gay, Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx, Nürnberg 1952; Bo Gustafsson, Marxismus und Revisionismus. Eduard Bernsteins Kritik des Marxismus und ihre ideengeschichtlichen Voraussetzungen, 2 Bände, Frankfurt/M. 1972; Horst Heimann/Thomas Meyer (Hrsg.), Bernstein und der Demokratische Sozialismus. Bericht über den wissenschaftlichen Kongress „Die historische Leistung und aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins“, Berlin-Bonn 1978; Helmut Hirsch, Der „Fabier“ Eduard Bernstein. Zur Entwicklungsgeschichte des evolutionären Sozialismus, Berlin-Bonn 1977; Thomas Meyer, Bernsteins konstruktiver Sozialismus. Eduard Bernsteins Beitrag zur Theorie des Sozialismus, Berlin-Bonn 1977.

Zeit kam ihm dort eine gewisse organisatorische Bedeutung zu, bereitete er doch 1875 mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht den Einigungsparteitag mit dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV) vor.

In der nun entstandenen „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP) gehörte Bernstein deren Leitung an, konnte aber aufgrund des Parteiverbots in der Folge der „Sozialistengesetze“ im Deutschen Reich nicht mehr arbeiten. Daher ging Bernstein zunächst 1880 in die Schweiz und danach 1888 nach England, wo er jeweils als Redakteur für sozialistische Zeitungen schrieb. In London hatte Bernstein auch engen Kontakt mit Friedrich Engels. Gleichwohl begann dort die Abkehr von bestimmten Auffassungen des Marxismus, wofür zwei Erfahrungen sorgten: Der Kapitalismus in dem seinerzeit ökonomisch am fortgeschrittensten Land entwickelte sich keineswegs entsprechend der Prognosen von Karl Marx. Und Bernstein lernte mit den dortigen „Fabianern“ eine demokratisch und reformerisch orientierte Richtung des Sozialismus kennen. Gleichwohl konzipierte er mit Karl Kautsky 1891 das marxistisch orientierte „Erfurter Programm“ der SAP, die sich nach dem Ende der „Sozialistengesetze“ im Vorjahr in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) umbenannt hatte.

Fortan plädierte Bernstein in ihr für einen Reformweg zum Sozialismus, wofür die Artikelserie „Probleme des Sozialismus“ in der „Neuen Zeit“ von 1896 und das Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ von 1899 standen. Da beide Grundlagentexte den Bezug für den „Revisionismusstreit“ mit Rosa Luxemburg bilden, soll darauf anschließend noch gesondert eingegangen werden. In den folgenden Jahren wurde Bernstein mehrfach für den Wahlkreis Breslau-West in den Reichstag gewählt. Bei seinem politischen Engagement stand er - entgegen mancher Fehldeutungen seiner Positionen - keineswegs „rechts“ von der SPD-Parteiführung: Bernstein forderte den politischen Massenstreik zur Durchsetzung politischer Rechte, plädierte gegenüber dem Monopolkapital für die Vergesellschaftung, trat bereits 1915 für die sofortige Beendigung des Krieges ein und zählte daher 1917 zu den Gründungsmitgliedern der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (USPD). Er starb 1932 politisch vereinsamt in Berlin.

4. Eduard Bernstein II:

Einschätzungen zur Entwicklung des Kapitalismus

Bernsteins besondere Auffassung vom Sozialismus findet man dargelegt in dem erwähnten Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, worin er sich auch zu der an seinen Grundpositionen geübten Kritik äußerte und dabei einige Konkretisierungen vornahm. Am Beginn seiner Erörterungen betonte Bernstein noch einmal den wissenschaftlichen Anspruch des Sozialismus: Damit einher gehe die Einsicht, dass bislang bestehende Auffassungen nach der Gewinnung anderslautender Erkenntnisse eine Korrektur erfahren müssten. Dies gelte auch für die Gesellschaftslehre, Geschichtstheorie und Philosophie des Marxismus, hätten doch Karl Marx und Friedrich Engels selbst immer wieder Änderungen von bestimmten Detailspekten ihrer Lehren vorgenommen. Bernstein kritisierte dann mit dieser Absicht und Perspektive bedeutende Gesichtspunkte wie die Dialektik, den Klassenkampfgedanken oder die Werttheorie.⁵ Besondere Bedeutung fanden indessen die Einwände gegen Prognosen zur Entwicklung des Kapitalismus:

In Anlehnung an Marx ging man unter den seinerzeitigen Sozialisten davon aus, dass es aufgrund der Bewegungsgesetze dieses ökonomischen Systems einerseits zu einer Konzentration des Eigentums in den Händen von immer weniger Kapitalisten komme und andererseits die Einkommensentwicklung in den unteren sozialen Schichten mit einer zunehmenden Verelendung einher gehe. In der Konsequenz würde dies notwendigerweise zu einem Zusammenbruch führen. Bernstein betrachtete die einschlägigen Entwicklungen nicht nur in Deutschland, sondern auch in England und kam hinsichtlich der genannten Erwartungen zu anderslautenden Schlussfolgerungen. Im Rückblick auf seine Artikelserie formulierte er: „Ich bin der Anschauung entgegengetreten, dass wir von einem in Bälde zu erwartenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft stehen und da die Sozialdemokratie *ihre Taktik durch die Aussicht auf eine solche bevorstehende große soziale*

⁵ Vgl. Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (Nachdruck der zweiten Auflage, Stuttgart-Berlin 1921), Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 33-60.

*Katastrophe bestimmen beziehungsweise von ihr abhängig machen soll.*⁶

Und weiter heißt es: „Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sich nicht in der Weise vollzogen, wie sie das ‚Manifest‘ schildert. Es ist nicht nur nutzlos, es ist auch die größte Torheit, sich dies zu verheimlichen. Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums wird nicht von einer zusammenschrumpfenden Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet. Die Mittelschichten ändern ihren Charakter, aber sie verschwinden nicht aus der gesellschaftlichen Stufenleiter.“⁷

Derartige Auffassungen belegte Bernstein anhand einer Fülle von statistischen Daten, die sich auf die Entwicklung in unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen bezogen. Somit kam es zwar nicht zu einem Ausgleich, aber auch nicht zu einer Verschärfung sozialer Interessen. Dem gebildeten Teil der Arbeiter war sogar die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg gegeben, was bei ihnen als Angestellte auch zu einer politischen und nicht nur sozialen Integration führe.

5. Eduard Bernstein III: Plädoyer für Reformen statt Revolution

Diese Erkenntnisse hatten für Bernstein auch Folgen für die Strategie der Sozialisten, bestanden doch die Bedingungsfaktoren für die erhoffte Revolution nicht: Konzentrations- und Krisenprozesse prägten zwar die Entwicklung des Kapitalismus, führten aber nicht zum Aufgehen der Besitzer von Klein- und Mittelbetrieben im Proletariat. Den Anstieg der Einkommensunterschiede zwischen „oben“ und „unten“ konnte man zwar weiterhin konstatieren, Arbeitszeitverkürzungen wie Reallohnsteigerungen bedingten für die Lebenslage der Arbeiter indessen eine Verbesserung. Gerade die Kombination von Konzentrations- und Verelendungsprozessen sollte nach der Auffassung des Marxismus aber zu einer historisch-politischen Situation führen, welche in der Folge von Klassenkonflikten eine politische Revolution nach vor-

⁶ Ebenda, S. 6.

⁷ Ebenda, S. 6f. Die Formulierung „Manifest“ im Zitat spielt auf das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Karl Marx und Friedrich Engels an.

herigem Zusammenbruch des Kapitalismus ermöglichte. Für Bernstein bestanden dafür weder die objektiven noch subjektiven Voraussetzungen. Dies ließ ihn ein Plädoyer für Reformen als Weg zum Ziel formulieren.

Demnach hielt er durchaus an der Absicht fest, es bedürfe einer Entwicklung vom Kapitalismus hin zum Sozialismus. Bereits in dem ersten Beitrag der Artikelserie „Probleme des Sozialismus“ von 1896 hatte Bernstein die Formulierung „Hineinwachsen der Gesellschaft in den Sozialismus“ genutzt, wollte diesen Prozess aber nicht als ein „mechanisches Wachstum“⁸ verstanden wissen. Im Kontext der Begründung einer Reformpolitik fielen 1898 die bekannten folgenden Aussagen, die seine inner-sozialistischen Kritiker immer wieder als Abkehr von einer beabsichtigten Transformation deuteten: „Ich gestehe es offen, ich habe für das, was man gemeinhin unter ‚Endziel des Sozialismus‘ versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse. Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles. Und unter Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, d.h. den sozialen Fortschritt, wie die politische und wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Bewirkung dieses Fortschritts.“⁹

Bernstein kritisierte mit der provokativ zugespitzten Formulierung die kursierenden Auffassungen, welche das „Endziel“ des Sozialismus ohne einen realistischen Weg dorthin beschworen. Er hielt dies gar für einen Rückfall in Richtung des „utopischen Sozialismus“, hatte doch auch Marx die Fixierung auf einen Idealzustand kritisiert. Es komme vielmehr auf die Erfahrungen der Arbeiterklasse aus Kämpfen und nicht auf die Umsetzung fertiger Utopien durch Volksbeschluss an.¹⁰ Bernstein brachte über die genannten Aspekte hinaus noch einen anderen Grund für eine Orientierung an Reformen vor: Er hielt die Arbeiterklasse aufgrund ihres Entwicklungsstandes noch nicht für kompetent genug, um größere Betriebe selbstbestimmt verwalten zu können. Gegenüber den Anhängern eines revolutionären Weges formu-

⁸ Ders., Probleme des Sozialismus. Eigenes und Übersetztes, in: Neue Zeit 15 (1896/1897), Bd. 1, S. 164-171, hier S. 166.

⁹ Ders., Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft, in: Neue Zeit 16 (1897/1898), Bd. 1, S. 548-557, hier S. 556.

¹⁰ Vgl. Ders., Die Voraussetzungen des Sozialismus (Anm. 5), S. 236f.

lierte Bernstein: „Man hat den Utopismus noch nicht überwunden, wenn man das, was in der Zukunft werden soll, spekulativ in die Gegenwart verlegt, beziehungsweise der Gegenwart andichtet. Wir haben die Arbeiter so zu nehmen, wie sie sind.“¹¹

6. Eduard Bernstein IV:

Deutung der Demokratie als Mittel und Zweck

Die reformerische Entwicklung hin zum Sozialismus sollte ebenso von der Demokratie geprägt sein wie die Gestaltung der erhofften Gesellschaftsordnung. Insofern formulierte Bernstein: „Die Demokratie ist Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel der Er kämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus.“¹² Demnach plädierte er nicht für eine Auffassung, die in der Demokratie lediglich ein Instrument im politischen Kampf um die Macht sah. Gleichwohl stellt sich hier die Frage, was Bernstein konkret unter Demokratie verstand. Alle Akteure der damaligen und späteren sozialistischen Bestrebungen nutzten für das politische Selbstverständnis diese Bezeichnung, verstanden darunter aber durchaus unterschiedliche Grundprinzipien. Für die folgende Analyse des Gemeinen sei denn auch noch einmal an die bereits erwähnte Kombination der Faktoren „Grundrechte“ und „Volkssouveränität“ erinnert, womit „Demokratie“ eben nicht nur auf eine angebliche oder tatsächliche Mehrheitsherrschaft reduziert wird.

Wie definierte Bernstein das Gemeine? In der Auffassung, wonach Demokratie für „Volksherrschaft“ stehe, erblickte er eine rein formale Definition. Demgegenüber plädierte Bernstein für eine Erweiterung der Perspektive: „In dem Begriff Demokratie liegt eben für die heutige Auffassung eine Rechtsvorstellung eingeschlossen: *die Gleichberechtigung aller Angehörigen des Gemeinwesens*, und an ihr findet die Herrschaft der Mehrheit, worauf in jedem konkreten Fall die Volksherrschaft hinausläuft, ihre Grenze. Je mehr sie eingebürgert ist und das allgemeine Bewusstsein beherrscht, um so mehr wird Demokratie gleichbedeutend mit dem höchstmöglichen Grad von Freiheit für al-

¹¹ Ebenda, S. 253.

¹² Ebenda, S. 178.

le.“¹³ Demnach betonte Bernstein die Gleichheit aller Individuen als Inhaber von Rechten, womit auch keiner sozialen Gruppe eine politische Privilegierung gegenüber der Gesamtheit zugestanden werden könne. Darüber hinaus hat man es mit einer Auffassung zu tun, welche die erwähnte Kombination von Grundrechten einer Minderheit und der Herrschaft einer Mehrheit enthält.

Bernstein thematisierte die grundlegende Differenz zwischen der Mehrheitsherrschaft in einer modernen Demokratie und einer Mehrheitstyrannie in wirklichen Bürgerkriegssituationen. Denn: „... in unserem Zeitalter ist eine fast unbedingte Sicherheit gegeben, das die Mehrheit eines demokratischen Gemeinwesens kein Gesetz machen wird, das der persönlichen Freiheit dauernd Abbruch tut, da die Mehrheit von heute stets die Minderheit von morgen werden kann und jedes die Minderheiten bedrückende Gesetz die Mitglieder der zeitweiligen Mehrheit selbst bedrohen würde.“¹⁴ Damit schließt diese Auffassung die Abwahlmöglichkeit als Bestandteil von Demokratie ebenso ein wie die Legitimität einer Opposition. Bei diesen Ausführungen sah Bernstein - auch angesichts des Fehlens eines allgemeinen Wahlrechts - die Sozialdemokratie als Minderheit. Da es sich hier aber um eine grundsätzliche Aussage handelte, dürfte deren allgemeine Gültigkeit für ihn auch in einer anderen politischen Rahmensituation mit der Sozialdemokratie als Mehrheit bestehen.

7. Eduard Bernstein V: Einstellung gegenüber dem Bolschewismus

Besondere Aufmerksamkeit bei der Diskussion um Demokratie und Sozialismus verdient die Einstellung gegenüber dem Bolschewismus in Russland, wo Lenin als ersten sozialistischen Staat eine Ein-Partei-Diktatur mit repressiver Praxis etabliert hatte. Bernstein äußerte sich dazu anlässlich der Arbeiter- und Sozialistenkonferenz in Bern im Februar 1919. Dort betonte er zunächst, dass man den Bolschewismus nicht mit dem Proletariat, der Revolution oder dem Sozialismus identifizieren dürfe. Er sei allenfalls eine bestimmte Form davon. Denn: „Die bolschewistische Regierung ist die erste sozialistische Regierung

¹³ Ebenda, S. 177.

¹⁴ Ebenda, S. 178.

gewesen, die auf friedlich demonstrierende Arbeiter mit Maschinen-
gewehren hat schießen lassen. Die bolschewistische Regierung ist es
gewesen, die Sozialisten anderer Meinung, die keine Putschisten wa-
ren, einfach ohne Recht und unter Rechtsbruch einstecken ließ ...“¹⁵
Menschewiki und Sozialrevolutionäre habe man einfach zu Konterre-
volutionären erklärt. Daher sei das bolschewistische System der Tod
der Errungenschaften der Revolution.

Ähnlich deutliche Auffassungen formulierte Bernstein anlässlich des
SPD-Parteitages im Oktober 1920, wobei die Anpassung einer USPD-
Delegation an die Forderungen der Kommunistische Internationale
den Anlass zur Kommentierung bot: Man habe sich dem bolschewisti-
schen Herrschaftsanspruch unterworfen. Dies sei angesichts der
Kenntnis der dortigen ökonomischen Gegebenheiten geschehen, wel-
che zum größten sozialen Elend in Russland führten. Bernstein ver-
wies in diesem Kontext erneut auf die Repressionspolitik: „Was in
Russland geschehen ist in bezug auf Ermordung von Geiseln, Erschie-
ßungen im größten Stil und vor allem in bezug auf die Verelendung
des Volkes ... das ist eine einzige große Tragödie.“¹⁶ Dabei sprach er
sich auch gegen die Auffassungen der deutschen Kommunisten aus,
welche in der Ausweitung einer ökonomischen Krise den Lichtschein
einer schöneren Zukunft erblickten. Für die erstgenannte Entwicklung
bestehe eine Garantie, für die letztgenannte Hoffnung indessen keine
Sicherheit.

Und schließlich findet man auch in der zweiten Auflage von „Die Vo-
raussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokra-
tie“, die 1921 als ergänzte und verbesserte Ausgabe erschien, bemer-
kenswerte Einschätzungen von Bernstein zum Bolschewismus. Dort
heißt es: „Die Diktatur wird in Anknüpfung an ein Wort von Marx
Diktatur des Proletariats genannt, ist aber tatsächlich die Diktatur ei-
ner Partei, die, auf Teile des Proletariats gestützt, sich in einem güns-
tigen Augenblick in den Besitz der Regierungsmittel gesetzt hat und

¹⁵ Ders., Stellungnahme, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Die II. Internationale
1918/1919. Protokolle, Memoranden, Berichte und Korrespondenzen, Berlin
– Bonn 1980, S. 571f, hier S. 571.

¹⁶ Ders., Stellungnahme, in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Kassel vom 10.
bis 16. Oktober 1920, Berlin 1920, S. 58-60, hier S. 59f.

mittels angeworbener Garden und Anwendung terroristischer Maßnahmen alle anderen Parteien, ob sozialistisch oder nicht sozialistisch, gewaltsam daniederhält.“¹⁷ In diesem Kontext könne die Praxis der Bolschewiki nicht auf die Bürgerkriegssituation zurückgeführt werden, sei doch die Lenin-Regierung selbst für diese inneren Konflikte verantwortlich. Da die Bolschewiki die gewählte Nationalversammlung, worin sie eine Minderheit waren, mit Waffengewalt zerschlagen habe, hätte sie auch selbst den folgenden Bürgerkrieg hervorgerufen.

8. Rosa Luxemburg I: Biographisch-politisches Kurz-Portrait

Nach den Ausführungen zu Eduard Bernstein nun zu Rosa Luxemburg¹⁸: Sie wurde 1871 als Kind einer relativ wohlhabenden jüdischen Familie im damals zu Russland gehörenden polnischen Zamosc geboren. Bereits als Schülerin fand sie ab 1886 Kontakt zu revolutionär-sozialistischen Kreisen und ging 1899 um ihrer eigenen Sicherheit willen ins Exil nach Zürich. Ebendort betätigte Luxemburg sich weiter in einschlägigen politischen Kreisen und begann als eine der ersten seinerzeitigen Frauen ein Studium. 1897 schloss sie dieses mit einer Promotion zum Thema „Die industrielle Entwicklung Polens“ ab. Bereits zuvor hatte Luxemburg mit anderen Aktivisten 1893 die „Sozialdemokratische Partei des Königreichs Polen“ gegründet. Über eine Scheinehe erlangte sie die deutsche Staatsangehörigkeit und siedelte 1898 ins Deutsche Reich über. Dort trat Luxemburg der SPD bei und arbeitete zunächst für die Presse der Partei. Sowohl als Rednerin wie Theoretikerin entwickelte sie sich fortan zu einer einflussreichen Persönlichkeit innerhalb der SPD.

¹⁷ Ders., Die Voraussetzungen des Sozialismus (Anm. 5), S. 265f.

¹⁸ Vgl. Lelio Basso, Rosa Luxemburgs Dialektik der Revolution, Frankfurt/M. 1969; Peter Bierl, Rosa Luxemburg. Die rote Demokratie, Mainz 1991; Elzbieta Ettinger, Rosa Luxemburg. Ein Leben, Bonn 1990; Ossip K. Flechtheim, Rosa Luxemburg zur Einführung, Hamburg 1986; Norman Geras, Rosa Luxemburg. Kämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus, Berlin 1979; Helmut Hirsch, Rosa Luxemburg, Reinbek 1969; Annelies Laschitzka, Im Lebensrausch – trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996; Peter Nettel, Rosa Luxemburg, Köln 1967; Harry Wilde, Rosa Luxemburg. Ich war – ich bin – ich werde sein, Wien 1970.

Dort gehörte Luxemburg dem linken Flügel an und kritisierte vor allem den aufkommenden Revisionismus zugunsten eines Festhaltens am revolutionären Marxismus, worauf aber noch gesondert eingegangen werden soll. Bereits ab 1904 kam es regelmäßig zu Anklagen und Gefängnisstrafen wegen „Anreizung zum Klassenhass“, „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und Anordnungen der Obrigkeit“ oder „Majestätsbeleidigung“. Als Dozentin für Marxismus und Ökonomie an der SPD-Parteischule in Berlin versuchte Luxemburg ab 1907 weiter in ihrem politischen Sinne zu wirken. Sie isolierte sich aber zunehmend in der Partei. Gleichwohl reiste Luxemburg als Vertreterin der SPD zu europäischen Sozialistenkongressen, um dort für einen Generalstreik im Falle eines Kriegsausbruchs zu werben. Umso enttäuschter war sie als 1914 die Arbeiter ohne Streik zu Soldaten wurden und ihre Partei die Kriegskredite billigte. Aus Protest gegen diese Entwicklung gründete Luxemburg mit Aktivisten des linken Flügels die „Gruppe Internationale“.

Aus ihr ging 1916 der „Spartakusbund“ hervor, dem auch der SPD-Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht angehörte. Luxemburg setzte ihre Agitation gegen den Krieg fort und musste daher häufig Gefängnisstrafen verbüßen. Nachdem sich der militärische Zusammenbruch abzeichnete, trat die zwischenzeitlich wieder frei gelassene Luxemburg immer vehementer für eine sozialistische Revolution ein. Dabei formulierte sie Anerkennung wie Kritik gegenüber der Russischen Revolution von 1917. Um einen ähnlichen politischen Prozess organisatorisch voran zu bringen, gründete sie zusammen mit Liebknecht Ende 1918/Anfang 1919 die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD). Unmittelbar danach erfolgte der „Spartakusaufstand“, der den Sturz der SPD-geführten Reichsregierung unter Friedrich Ebert bezweckte. Diese ließ die Reichswehr gegen die Aufständischen vorgehen, wobei Liebknecht und Luxemburg verhaftet wurden. Nach schweren Misshandlungen ermordeten Freikorpsangehörige beide 1919 Politiker in Berlin offenbar in Folge eines Auftrags.

9. Rosa Luxemburg II: Kritik des Revisionismus und Plädoyer für Revolution

Am Beginn von Luxemburgs publizistischem Engagement stand die Kritik des Revisionismus, der mit Bernsteins Forderung nach einer schrittweisen Entwicklung hin zum Sozialismus verbunden war. Dagegen formulierte sie in ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution?“ von 1899: „Diese ganze Theorie läuft praktisch auf nichts anderes als auf den Rat hinaus, die soziale Umwälzung, das Endziel der Sozialdemokratie, aufzugeben und die Sozialreform umgekehrt aus einem *Mittel* des Klassenkampfes zu seinem *Zwecke* zu machen. Bernstein selbst hat am treffendsten und am schärfsten seine Ansichten formuliert, indem er schrieb: ‚Das Endziel, was es immer sei, ist mir Nichts, die Bewegung Alles‘.“¹⁹ Da aber das sozialistische Endziel den entscheidenden Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und sozialdemokratischer Bewegung ausmache, laufe eine solche Position nicht nur auf eine Änderung der konkreten Strategie der SPD hinaus. Sie stelle die inhaltliche Legitimation für die Existenz und das Wirken der sozialdemokratischen Bewegung in Gänze in Frage.

Die wissenschaftliche Begründung des Sozialismus stütze sich auf drei Aussagen: Aufgrund der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft sei sie unvermeidlich dem Untergang geweiht; die fortschreitende Vergesellschaftung des Produktionsprozesses schaffe positive Ansätze für die künftige soziale Ordnung; und die wachsende Klassenerkenntnis und Organisation des Proletariats führe zur Herausbildung des aktiven Faktors der bevorstehenden Umwälzung. Mit seiner Aussage, der Kapitalismus gehe nicht seinem Zusammenbruch entgegen, habe Bernstein den ersten Grundpfeiler des wissenschaftlichen Sozialismus beseitigt²⁰. Luxemburgs Vorwürfe gipfelten in den Aussagen: „... die Bernsteinsche Anpassungstheorie ist nichts als eine theoretische Verallgemeinerung der Auffassungsweise des einzelnen Kapitalisten Die revisionistische Theorie im ganzen genommen lässt sich also folgendermaßen charakterisieren: es ist dies *eine Theorie der sozialisti-*

¹⁹ Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? (1899), in: Dies., Politische Schriften I. Herausgegeben und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1975, S. 47-133, hier S. 48.

²⁰ Vgl. ebenda, S. 53.

schen Versumpfung, vulgärökonomisch begründet durch eine Theorie der kapitalistischen Versumpfung.“²¹

Bernstein galt Luxemburg als Ideologe von bestimmten Kapitalistenkreisen und als Verräter an der sozialistischen Bewegung. Zwar lehnte er die Revolution aufgrund der Folgen für die Gesellschaft ab. Bernstein ging es um eine friedliche und schrittweise Abkehr vom Kapitalismus, wobei die Ausrichtung der Politik am Sozialismus als Ziel weiterhin präsent sein sollte. Angesichts dessen Abweichungen bzw. Korrekturen von marxistischen Grundpositionen bestritt Luxemburg dies: „Da es aber tatsächlich keine sozialdemokratische Bewegung ohne das sozialistische Endziel geben kann, so endet er notwendig damit, dass er auch die *Bewegung* selbst aufgibt. Die ganze sozialistische Auffassung Bernsteins ist somit zusammengebrochen ... Mit dem Verlassen des Klassenstandpunktes hat er den politischen Kompass, mit dem Aufgehen des wissenschaftlichen Sozialismus die geistige Kristallisationsachse verloren, um die sich einzelne Tatsachen zum organischen Ganzen einer konsequenten Weltanschauung gruppieren.“²²

10. Rosa Luxemburg III: Begründung der Spontaneitätsoffassung

Neben der Kritik des Revisionismus spielt die Begründung der Spontaneitätsoffassung in Luxemburgs politische Schriften eine herausragende Rolle: Die bekennende Revolutionärin konzentrierte sich darin auf strategische Fragen, d. h. auf Überlegungen zur angemessenen Vorgehensweise in Richtung eines gewaltsamen Umsturzes. In diesem Kontext verdient ihre Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ von 1906 besondere Aufmerksamkeit, findet man darin doch ihre Spontaneitätsoffassung im Kontext von Erörterungen zum Massenstreik als politischem Instrument inhaltlich begründet. Im Kern ging Luxemburg davon aus, dass das Proletariat in einer entsprechenden gesellschaftlichen Situation relativ eigenständig zu politischen Aktionen wie eben dem Massenstreik fähig sei. Mit dieser Position relativierte sie die Bedeutung der Organisation bzw. der Partei als Subjekt

²¹ Ebenda, S. 90.

²² Ebenda, S. 125.

im revolutionären Prozess, womit sich sowohl Differenzen mit der Bolschewiki unter Wladimir I. Lenin wie zur SPD-Führung unter August Bebel ergaben.

Ausgangspunkt für Luxemburgs Überlegungen bildeten Beobachtungen und Reflexionen über die Massenstreik-Aktionen während der gescheiterten russischen Revolution von 1905. Entgegen der Auffassungen von Friedrich Engels, der in solchen Kampfmitteln ein verfehltes Vorgehen der Anarchisten gesehen habe, müsse man nun eine andere Position zu dieser Frage vertreten. Denn: „Die russische Revolution hat nun die obige Argumentation einer gründlichen Revision unterzogen. Sie hat zum ersten Male in der Geschichte der Klassenkämpfe eine grandiose Verwirklichung der Idee des Massenstreiks und ... selbst des Generalstreiks gezeitigt und damit eine neue Epoche in der Entwicklung der Arbeiterbewegung eröffnet.“²³ Diese Einschätzung wollte Luxemburg in ihrer Schrift anhand einer ausführlichen Darstellung und Erörterung der seinerzeitigen Ereignisse in Russland begründen. Ein „Massenstreik“ sollte dabei aber weder als eine einzelne isolierte Aktion noch als eine bloße Folge eines Parteibeschlusses verstanden werden.

Vielmehr handele es sich um eine Sammelbezeichnung für eine langfristige Periode des Klassenkampfes, wobei ökonomische und politische Momente ineinander übergingen und in einer Revolution zur Umwälzung der sozialen Klassenverhältnisse mündeten. Die historischen Erfahrungen zeigten darüber hinaus, dass man sich vom Massenstreik ein anderes Bild als die in der seinerzeitigen Diskussion in Deutschland bestehenden Vorstellungen machen müsse: „Statt des starren und hohlen Schemas einer auf Beschluss der höchsten Instanzen mit Plan und Umsicht ausgeführten trocknen politischen ‚Aktion‘ sehen wir ein Stück lebendiges Leben aus Fleisch und Blut, das sich gar nicht aus dem großen Rahmen der Revolution herausschneiden lässt, das durch tausend Adern mit dem ganzen Drum und Dran der Revolution verbunden ist.“²⁴ Diese Aktionsform sei als fortwährend veränderbare Erscheinung vielmehr die Bewegungsweise der proleta-

²³ Dies., Massenstreik, Partei und Gewerkschaften (1906), in: Dies., Politische Schriften I (Anm. 19), S. 135-228, hier S. 137.

²⁴ Ebenda, S. 172.

rischen Masse, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution.

11. Rosa Luxemburg IV: Kommentierung der Bolschewiki

Bestimmte kritische Aussagen von Luxemburg zur Bolschewiki ergaben sich aus der vorgenannten Spontanitätsauffassung. Bereits in der Abhandlung „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ von 1904 findet man Einwände gegen das Parteimodell von Lenin, die sich auf die Absonderung der Führung, die Einführung straffer Disziplin, die Einmischung in die Regionalorganisationen und die Institutionalisierung des Zentralismus beziehen.²⁵ Dazu kommentierte Luxemburg: „Nicht durch die Anknüpfung an die ihm durch den kapitalistischen Staat eingeprägte Disziplin – mit der bloßen Übertragung des Taktstocks aus der Hand der Bourgeoisie in die eines sozialdemokratischen Zentralkomitees, sondern durch die Durchbrechung, Entwurzelung dieses sklavischen Disziplingeistes kann der Proletarier erst für die neue Disziplin – die freiwillige Selbstdisziplin der Sozialdemokratie erzogen werden.“²⁶ Fehlritte einer revolutionären Arbeiterbewegung seien wertvoller als Unfehlbarkeit des allerbesten Zentralkomitees.

Spätestens seit dieser Publikation galt Luxemburg innerhalb der sozialistischen Bewegung als vehemente Kritikerin Lenins. Bestärkt wurde dieser Eindruck im Nachhinein noch durch die Ausführungen in dem Text „Die russische Revolution“ von 1918, der als Ergebnis von Reflexionen über die Folgen der Oktoberrevolution zeitnah entstand. Darin formulierte sie einerseits ihre Anerkennung für die historisch-politische Leistung der Bolschewiki beim Aufbau eines ersten sozialistischen Staates. So hieß es etwa: „Die Lenin-Partei war ... die einzige in Russland, welche die wahren Interessen der Revolution in jener ersten Periode begriff, sie war ihr vorwärtstreibendes Element, als in diesem Sinne die einzige Partei, die wirklich sozialistische Politik

²⁵ Vgl. Dies., Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie (1904), in: Dies., Politische Schriften III. Herausgegeben und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1975, S. 83-105, hier S. 86-89.

²⁶ Ebenda, S. 90f.

treibt.“²⁷ Bezüglich der repressiven Maßnahmen verwies Luxemburg auf den politischen Kontext, würden sich diese doch aus den gegebenen historischen Rahmenbedingungen erklären: „Alles, was in Russland vorgeht, ist begreiflich und eine unvermeidliche Kette von Ursachen und Wirkungen ...“²⁸

Andererseits findet man in „Die russische Revolution“ auch kritische Einschätzungen zur bolschewistischen Herrschaft, wofür etwa folgender Auszug steht: „Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll: es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können. Das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.“²⁹ Und wenige Seiten später heißt es dann: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden.“³⁰ Dieser berühmte Satz steht in isolierter Betrachtung für ein Bekenntnis zu Demokratie, Freiheit und Pluralismus und gegen Diktatur, Gleichschaltung und Unterdrückung. Inwieweit diese Deutung der Formulierung angemessen ist, findet noch gesonderte Aufmerksamkeit bei der Diskussion von anderen Fragen.

12. Rosa Luxemburg V: Grundpositionen im „Spartakusbund“-Programm

Und schließlich soll noch die Erklärung „Was will der Spartakusbund?“ von 1918, die als letzter grundlegender und programmatischer Text von Luxemburg gelten kann, noch näher betrachtet werden. Darin betont die Autorin die historische Notwendigkeit zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Hierbei bedürfe es aber der Zustimmung des Proletariats und des Volkes: „Dieser Umbau und diese Umwälzung können nicht durch irgendeine Behörde, Kom-

²⁷ Dies., Die russische Revolution (1918), in: Dies., Politische Schriften III (Anm. 25), S. 106-141, hier S. 112f.

²⁸ Ebenda, S. 142.

²⁹ Ebenda, S. 130.

³⁰ Ebenda, S. 134.

mission oder ein Parlament dekretiert werden, sie können nur von der Volksmasse selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden. In allen bisherigen Revolutionen war es eine kleine Minderheit des Volkes, die den revolutionären Kampf leitete, die ihm Ziel und Richtung gab und die Masse nur als Werkzeug benutzte, um ihre Interessen, die Interessen der Minderheit, zum Siege zu führen. Die sozialistische Revolution ist die erste, die im Interesse der großen Mehrheit und durch die große Mehrheit der Arbeitenden allein zum Siege gelangen kann.³¹

Auch wenn die Bolschewiki im Text von „Was will der Spartakusbund?“ keine ausdrückliche Erwähnung finden, enthalten die vorgenannten Ausführungen eine indirekte Distanzierung von deren Praxis. Hier kommt erneut die von Luxemburg früh geäußerte Auffassung von der Spontaneität der Massen und die damit verbundene Kritik an Lenins zentralistischem Kaderpartei-Modell zum Ausdruck. Demnach sollte der Sozialismus nicht „von oben“ als Entscheidung einer Regierung vorgegeben, sondern in enger Verbindung mit den Massen „von unten“ umgesetzt werden. Luxemburg äußerte sich in dem Text allerdings nicht zu der Frage, wer denn nun zur eigentlichen sozialen Basis der Revolution gehören sollte. Auch in dem oben zitierten Abschnitt sprach sie sowohl „von der Volksmasse“ wie von „der großen Mehrheit“, aber auch von der „großen Mehrheit der Arbeitenden“. Unklar blieb hierbei aber, wer jeweils zu den Arbeitern, der Mehrheit und den Volksmassen gehörte und wer außer den Kapitalisten und Reaktionären wohl nicht dazu gehören sollte.

Bezüglich der angemessenen Handlungen hieß es: „Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten ... in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren, dort wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie ... den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern, dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.“³² In der Diktatur des Proletariats erblickte Luxemburg die wahre Demokratie. Die Entwicklung dorthin sei von Bürger-

³¹ Dies., Was will der Spartakusbund? (1918), in: Dies., Politische Schriften II. Herausgegeben und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1975, S. 159-170, hier S. 161.

³² Ebenda, S. 165.

krieg und Repressionen geprägt. So betonte sie: „Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muss sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muss lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.“³³ Und „Was will der Spartakusbund?“ endet mit den Worten: „In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!“³⁴

13. Vergleich I:

Erkenntnistheorie zwischen Empirie und Ideologie

Nach der Darstellung der Auffassungen von Bernstein und Luxemburg sollen nun deren Inhalte im Kontext der formulierten Problemstellung einer vergleichenden Betrachtung unterzogen werden. Am Beginn steht der Blick auf erkenntnistheoretische Aspekte, also die Frage nach der Begründung von Wissen. Dabei kann man zwei Perspektiven unterscheiden: Die empirische Richtung betrachtet die gesellschaftliche Entwicklung und leitet daraus Konsequenzen für das politische Denken und Handeln ab. Die ideologische Richtung geht von einer richtigen Gesellschaftstheorie aus und zieht daraus Schlüsse für das politische Denken und Handeln. Bei den erwähnten Auffassungen lässt sich Bernstein der erstgenannten und Luxemburg der letztgenannten Perspektive zuordnen. Dies ergibt sich auch aus dem Stellenwert des „Endziels“: Während Bernstein die Bewegung der Gesellschaft hin zu einem erhofften Sozialismus erörtere, meinte Luxemburg die Entwicklung der Gesellschaft aus der Kenntnis eines vorgegebenen Sozialismus sehen zu können.³⁵

Diese Differenzen ergeben sich bereits aus einem Blick auf die inhaltliche Ausrichtung der beiden programmatischen Bücher „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ und „Sozialreform oder Revolution?“. Während Bernstein als Beleg

³³ Ebenda.

³⁴ Ebenda, S. 170.

³⁵ Vgl. Jacob L. Talmon, Der Mythos der Nation und die Vision der Revolution : Die Ursprünge ideologischer Polarisierung im zwanzigsten Jahrhundert, Göttingen 2013, S. 100.

für seine Auffassungen eine Fülle von empirischen Daten in Form von Statistiken über Besitzverhältnisse und Wirtschaftsentwicklungen präsentierte, neigte Luxemburg mit Kapitelüberschriften wie „Die opportunistische Methode“ mehr zur Empörung über die Abweichung vom Marxismus und Anpassung an die Verhältnisse. Zwar legte auch sie gelegentlich Datenmaterial über die Entwicklung des Kapitalismus vor, welches dann aber einseitig und selektiv zur Bestätigung der eigenen Ideologie genutzt wurde. Luxemburgs Aussage, Bernstein bewege sich hier weg vom Marxismus, trifft indessen zu. Man könnte hinsichtlich seiner erkenntnistheoretischen Auffassung von einer „antimetaphysischen Grundhaltung“ oder einem „kritischen Empirismus“ sprechen.³⁶

Deutlich artikuliert sich die erwähnte Differenz bei der Einschätzung des Proletariats, wobei es einerseits um dessen objektive Bedeutung in der marxistischen Doktrin wie andererseits um dessen subjektive Einstellungen in der realen Gesellschaft ging. Bernstein sah die Arbeiter aufgrund seiner Kenntnis ihrer Lebensbedingungen seinerzeit als weder politisch noch technisch reif für den Sozialismus an. Demgegenüber postulierte Luxemburg aufgrund ihrer Spontanitätsauffassung im Kontext ihres Massenstreik-Plädoyers die Präsenz eines latenten revolutionären Bewusstseins.³⁷ Der Blick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen sprach indessen nicht dafür. Insbesondere in der Annahme, im Falle eines Krieges würden die Arbeiter unterschiedlicher Länder nicht aufeinander schießen, sondern zur internationalen Revolution gegen den Kapitalismus übergehen, kam dies deutlich zum Ausdruck. Denn das genaue Gegenteil ereignete sich ab 1914. Die objektive Aufgabe des Proletariats im Marxismus entsprach nicht seinen realen Handlungen in der Wirklichkeit.

14. Vergleich II:

Dogmatisierung oder Revision des Marxismus

Die erwähnten Differenzen von Bernstein und Luxemburg bei erkenntnistheoretischen Fragen bedingten auch bei der Deutung des

³⁶ Vgl. P. Gay (Anm. 4), S. 170, T. Meyer (Anm. 4), S. 264.

³⁷ Vgl. E. Bernstein, Voraussetzungen des Sozialismus (Anm. 5), S. 8; R. Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften (Anm. 23), S. 143.

Marxismus grundlegende Unterschiede. Hierbei bedarf es zunächst aber noch der Anmerkung, dass sich Bernstein bei aller Kritik sehr wohl immer als Marxist verstand. Dieses Bekenntnis formulierte er ebenso in späteren Jahren, wo die Einwände noch deutlicher und weitgehender formuliert wurden. Bernstein sah sich durchgängig als Schüler von Marx. Die Bezeichnung „Revisionist“ fand nicht seine Akzeptanz, allenfalls in dem Sinne, in dem auch Marx und Engels aufgrund der kritischen Prüfung ihrer eigenen Positionen selbst Revisionisten gewesen seien.³⁸ In der Tat meint die Formulierung „Revision“ eigentlich die Änderung einer bestehenden Auffassung auf Basis von neuen Erkenntnissen, was als Grundprinzip des Selbstverständnisses von Wissenschaft gilt. Auch hier entstanden die Konfliktlinien zwischen Bernstein und Luxemburg durch die Einstellung zur Änderung bzw. Dogmatisierung der Lehren des Marxismus.

Bernstein betonte den Charakter dieser Gesellschaftstheorie als wissenschaftlichen Sozialismus, woraus sich bei fortschreitender Einsicht die Ergänzung und Veränderung von bisher mit absoluter Gültigkeit angesehener Positionen ergebe. Demnach hätten auch Marx und Engels eine revisionistische Grundposition eingenommen und etwa ihre frühere Auffassung zur geringen Bedeutung nicht-ökonomischer Faktoren für die Entwicklung von Gesellschaften in späteren Schriften verändert.³⁹ Gerade die mehrfache Betonung der Korrekturen in den Stellungnahmen der beiden Begründer des Marxismus diene Bernstein zur Rechtfertigung eigener Analysen und Positionen über deren Sichtweisen hinaus. Dadurch ergaben sich nicht nur Änderungen für die Auffassungen, sondern auch für die Praxis. Demnach sah Bernstein in der Forderung nach Reformen statt Revolution als Entwicklungsweg hin zum Sozialismus eine Deutung, die sich sehr wohl in Einklang mit den Grundlagen des hier revisionistisch verstandenen Marxismus bringen ließ.

Eine solche Auffassung fand bei Luxemburg indessen keine Akzeptanz, galten ihr doch Bernsteins Positionen als Abkehr von den Grundsätzen des Marxismus. Dies musste keineswegs eine Ablehnung von Sozialreformen bedeuten, sie seien aber bloßes Mittel für die so-

³⁸ Vgl. F. L. Carsten (Anm. 4), S. 23.

³⁹ Vgl. E. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus (Anm. 5), S. 27, 30 und 36.

ziale Umwälzung als Zweck. Bernsteins Forderungen liefen darauf hinaus, dieses „Endziel“ der Sozialdemokratie gänzlich aufzugeben. Auch habe er mit der Auffassung, wonach der Kapitalismus nicht dem Zusammenbruch entgegen gehe, einen Grundpfeiler der Sozialismus beseitigt. Und überhaupt ziele Bernsteins Position auf eine Reform statt auf eine Überwindung dieser Wirtschaftsordnung.⁴⁰ Luxemburg hielt demnach an den Auffassungen von Marx fest, wonach es einer gewaltsamen Revolution hin zum Sozialismus bedürfe. Engels hatte dies in der Endphase seines Lebens schon anders gesehen. An derartige Gedanken knüpfte Bernstein an. Luxemburg sah indessen in derartigen Abweichungen von der dogmatischen Deutung des Marxismus lediglich Opportunismus und Verrat.

15. Vergleich III: Demokratieverständnis zwischen Identität und Pluralismus

Von herausragender Bedeutung für die Erörterung der formulierten Fragestellung ist die jeweilige Auffassung von Bernstein und Luxemburg zur Demokratie, die beide Protagonisten als Referenzpunkt für das eigene Selbstverständnis wie den postulierten Weg nannten. Bevor auf die damit einhergehenden Auffassungen komparativ eingegangen werden soll, bedarf es noch einmal der Erinnerung an die damit angesprochene Gesellschaftsordnung einer Herrschaft der Mehrheit im Sinne des Volkes. Indessen geht eine moderne Auffassung über die Beschränkung auf diesen Gesichtspunkt hinaus, soll dieser doch um Grundrechte für alle Bürger und einen Pluralismus unterschiedlicher Interessengruppen erweitert werden. Dies schließt die Differenzierung einer identitären und einer pluralistischen Demokratie ein, wobei die erstgenannte Auffassung von einer politischen Einheit der Gesellschaft ausgeht. Demnach darf es in ihr keine Abweichungen von einem Konsens bzw. einer Mehrheit geben, wird doch die allseitige Gültigkeit von Minderheitenrechten negiert.

Bei Bernstein kann man Bestandteile moderner Demokratie ausmachen. Er forderte nicht nur die Anerkennung des allgemeinen Wahlrechts, woraus sich längerfristig eine Mehrheit für die Sozialdemokra-

⁴⁰ Vgl. R. Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? (Anm. 19), S. 47, 53 und 115.

tie ergeben sollte. Darüber hinaus betonte Bernstein, dass die Gleichberechtigung aller Angehörigen des Gemeinwesens keine Einschränkung oder Grenze durch die Herrschaft der Mehrheit als Volksherrschaft finden dürfe. Es solle daher auch kein Gesetz zur Einschränkung der Freiheit der Minderheit geben, damit diese auch perspektivisch die Mehrheit werden könne.⁴¹ Die Akzeptanz von Grundrechten für Individuen bedingte dann auch das Bekenntnis zur Gültigkeit des Pluralismus, also der Existenz einer parlamentarischen Konkurrenzdemokratie und der Legitimation unterschiedlicher Interessenorganisationen. Diese Auffassung negierte bzw. relativierte marxistische Auffassungen von „Klassenantagonismus“ und „Klassenkampf“, womit auch das Plädoyer für die gewaltlose und rechtsstaatliche Lösung sozialer Konflikte verbunden war.⁴²

Auch Luxemburg argumentierte in ihren politischen Schriften im Namen der Demokratie und kritisierte in diesem Kontext insbesondere Lenins Minderheitenherrschaft. Ein Aufstands- bzw. Revolutionsversuch, so ihre Auffassung, könne und solle nur auf der Basis der „großen Mehrheit“ bzw. der „großen Mehrheit der Arbeitenden“ erfolgen. Damit bekannte Luxemburg sich aber nur zu einem Element des modernen Demokratieverständnisses, nämlich dem Mehrheitsprinzip. Dies schloss die offene Legitimation einer Diktatur ein, sofern sich diese angeblich oder tatsächlich auf eine Mehrheit stützen konnte. Ganz in diesem Sinne galt Luxemburg denn auch die Diktatur des Proletariats als die wahre Demokratie.⁴³ Abwahlmöglichkeit, Grundrechte oder Pluralismus kamen in ihren Auffassungen nicht vor. Demnach bestand ein instrumentelles Demokratieverständnis, das einschlägige Freiheiten und Rechte zur Beschleunigung oder Erleichterung der Entwicklung hin zum Sozialismus gut hieß. Deren eigenständige Bedeutung postulierte Luxemburg indessen nicht.

⁴¹ Vgl. E. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus (Anm.), S. 177f.

⁴² Vgl. Helga Grebing, Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum „Prager Frühling“, München 1977, S. 21 und 25; T. Meyer (Anm. 4), S. 314-326.

⁴³ Vgl. R. Luxemburg, Die russische Revolution (Anm. 27), S. 139.

16. Vergleich IV:

Leerstellen in der Gesellschafts- und Strategieanalyse

Dabei handelt es sich um eine der Leerstellen, die beide Denker im Lichte des oben formulierten Erkenntnisinteresses aufwiesen. Die hier gemeinten demokratietheoretisch relevanten Aspekte fanden keine Aufmerksamkeit in den politischen Stellungnahmen von Bernstein und Luxemburg. Dazu gehört etwa die Betonung des Eigenwertes von Grundrechten, die allseitig und gleichrangig den Einzelnen in gesellschaftlicher und rechtlicher Gültigkeit zustehen. Bei Bernstein findet man in indirekter Form ein Bekenntnis dazu, indessen fehlt es an einer ausdrücklichen Hervorhebung. In diesem Kontext wäre es auch von Interesse, ob eben diese Individualrechte auch den Nicht-Sozialisten im Sozialismus zugestanden werden würden. Da Bernstein aber als Repräsentant der oppositionellen Sozialdemokratie argumentierte, bedurfte es seinerzeit hier keiner Positionierung. Aus seinen Publikationen lässt sich auch keine Abneigung gegen die allseitige und gleichrangige Gültigkeit von Individualrechten ableiten, gleichwohl mangelt es an einer Klarstellung.

Bei Luxemburg fehlt dieser Gesichtspunkt komplett. Dagegen spricht auch nicht die berühmte Aussage „Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden“, denn diese Formulierung ist nicht auf Individuen gemünzt gewesen. Eher stand sie für eine Kritik an der bolschewistischen Repressionspolitik, die sich auch gegen andere sozialistische Bestrebungen wie die Menschewiki und Sozialrevolutionäre richtete. Luxemburg trat damit keineswegs für die Freiheit von Nicht-Sozialisten, sondern nur für einen inner-sozialistischen Pluralismus ein. Auch hierbei ging es um das Agieren nicht von einzelnen Individuen, sondern von politischen Kollektiven. Den Arbeiter- und Volksmassen sollten Freiheiten im revolutionären Umbruchprozess zugestanden werden. Doch wie würde es hier um die in diesen Fragen „anders Denkenden“ stehen? Könnten auch diese „Freiheit“ als Recht beanspruchen? Angesichts der letzten Äußerungen von Luxemburg, wird man diese Frage eher verneinen. Denn gegenüber allen Kritikern der Revolution sollte repressiv vorgegangen werden.

Bei Luxemburg besteht noch eine weitere Leerstelle: Was geschieht wenn die Mehrheit der Arbeiter oder des Volkes eine andere Auffassung als die Protagonisten und Vordenker des Sozialismus haben? Für

Luxemburg konnte dies angesichts ihrer Spontanitätsauffassung gar nicht der Fall sein, gleichwohl kam es in der Realität häufig genug vor. Gerade in der innenpolitischen Umbruchphase 1918/19 akzeptierte sie häufig die Mehrheitsentscheidungen von Arbeiter- und Soldatenräten als Organen der direkten Demokratie nicht.⁴⁴ Das Proletariat stand darüber hinaus zu großen Teilen auf Seiten der SPD, die für eine bürgerliche Demokratie und nicht für eine proletarische Diktatur eintrat. Luxemburg meinte, im objektiven Interesse der Arbeiter sprechen zu können, wobei das subjektive Wollen des Proletariats ein anderes war.⁴⁵ Das Bekenntnis zur Demokratie wies bei Luxemburg instrumentelle und normative Elemente auf. Ihr politisches Agieren macht deutlich, dass Demokratie als politisches Mittel, nicht als eigenständiger Wert gesehen wurde.

17. Vergleich V:

Kommentierung der bolschewistischen Herrschaft

Und schließlich sei noch ein vergleichender Blick auf die Kommentierung der bolschewistischen Herrschaft geworfen, handelte es sich hierbei doch um ein brutales Repressionsregime im Namen des Sozialismus. Die eindeutige politische Ablehnung auch angesichts gewisser Gemeinsamkeiten im sozioökonomischen Kontext stünde für das Primat der Demokratie und Freiheit. Die Bejahung, Relativierung oder Verharmlosung der Unterdrückungspolitik stünde demgegenüber entsprechend des jeweiligen Ausmaßes für eine Negierung der genannten Werte. Betrachtet man nun Bernsteins und Luxemburgs Ausführungen zu Lenins Herrschaft in Russland, so fällt zunächst einmal in Detailfragen eine Fülle von Gemeinsamkeiten auf: Beide konstatieren die Existenz einer Diktatur. Beide kritisieren die Unterdrückung anderer Sozialisten. Beide sehen keine Legitimation durch die Mehrheit. Beide problematisieren das Agieren aus einer Minderheitenposition heraus. Und beide verkennen die schwierigen Rahmenbedingungen nicht.

⁴⁴ Vgl. Manfred Scharrer, „Freiheit ist immer ...“ Die Legende von Rosa & Karl, Berlin 2002, S. 126f. und 169.

⁴⁵ Vgl. Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung Zerfall. Zweiter Band, München 1978, S. 99 und 111.

Gleichwohl bestehen grundlegende Differenzen: Während Bernstein die Bolschewiki aufgrund der Durchführung des Staatsstreichs zu unangemessener Zeit und der Repression in brutalster Form nicht nur gegen Sozialisten ablehnte, legitimierte Luxemburg deren historische Leistung als revolutionäre Partei und die Notwendigkeit der Unterdrückung aller Widerstände. Bernsteins Auffassung folgte aus einer grundsätzlichen Ablehnung von Diktatur, Luxemburg differenzierte indessen in dieser Frage: Sie begrüßte eine Diktatur im Namen der Mehrheit des Proletariats und kritisierte lediglich die Diktatur einer Minderheit im Namen des Proletariats. Indessen blieb Luxemburg hier nicht nur in der Praxis, sondern auch in der Theorie inkonsequent. In der Abhandlung „Die russische Revolution“ hieß es etwa: „... nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg.“⁴⁶ Demnach kann der revolutionäre Akteur zu Beginn seiner Handlungen gar nicht wissen, ob er denn auch in der Mehrheit ist.

Diese Einsicht hätte Lenin in der Russischen Revolution, so Luxemburg, durch die Losung „Alle Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern“ erfolgreich in die Praxis umgesetzt. Indessen konnte sich die Bolschewiki weder vor noch während noch nach der Oktoberrevolution auf eine Mehrheit im Volk stützen. Genau dies kommentierte Luxemburg bezogen auf deren Erlangung der Macht dann wieder kritisch, sprach sie doch von einer Beseitigung der Demokratie durch Lenin und Trotzki. Sie hatten es dann doch nicht geschafft, eine Akzeptanz in der Mehrheit im Rahmen des Umbruchsprozesses zu finden. Daraus musste eine Diktatur als Konsequenz erfolgen. Insofern blieben Luxemburgs Auffassungen in dieser Frage unschlüssig und widersprüchlich. Dem gegenüber hatte sie die Grundposition, wonach es bereits zu Beginn einer Mehrheit bedürfe, mit hämischen Kommentaren als „parlamentarischen Kretinismus“⁴⁷ titulierte. Bernstein teilte indessen diese Auffassung und kritisierte mit ihr scharf die Repressionspolitik der Bolschewiki.

⁴⁶ Luxemburg, Die russische Revolution (Anm. 27), S. 115.

⁴⁷ Ebenda.

18. Konturen eines demokratisch-reformerischen Sozialismusverständnisses

Aus den obigen Ausführungen können die Konturen eines demokratisch-reformerischen und eines extremistisch-revolutionären Sozialismusverständnisses ermittelt werden. Zunächst zur erstgenannten Form, die hier mit Bernstein verbunden war: Sie betrachtet die ökonomischen, sozialen und politischen Gegebenheiten aus einer empirischen Perspektive und leitet daraus Schlüsse für theoretische Deutungen in einem bestätigenden oder korrigierenden Sinne ab. Demnach steht die eigene Auffassung nicht über der Realität. Deren Betrachtung führt mitunter zu inhaltlichen Korrekturen an Grund- oder Teilpositionen, die nach einer eingehenden Prüfung als nicht mehr zutreffend gelten. Insofern handelt es sich um ein Sozialismusverständnis ohne Dogmatisierung und Kritikimmunität und mit Offenheit und Veränderbarkeit. Die Interpretationsmöglichkeiten im letztgenannten Sinne bedingen die Akzeptanz und Inanspruchnahme von Grundrechten wie der Meinungs- oder Organisationsfreiheit, die auch für nicht-sozialistische Akteure gelten würden.

Demnach lehnt ein demokratischer Sozialismus auch den revolutionären Weg ab – zumindest für eine Gesellschaftsordnung, die Beteiligungsmöglichkeiten kennt und keine Diktatur ist. Angesichts von bestehenden Freiheiten und Rechten existieren potentielle Möglichkeiten für einen friedlichen und reformerischen Entwicklungsprozess. Ein revolutionärer Akt, der auf eine grundlegende und schnelle Änderung der Gegebenheiten setzt, führt meist zur Entfaltung von Gewalt und Machtansprüchen ohne demokratische Legitimation. Demgemäß setzt sich eine langsame und schrittweise Entwicklung im Rahmen von Reformen der kritischen Prüfung an der Realität aus, womit jeweils Änderungen an den Gegebenheiten ohne hohe politische und soziale Kosten verbunden wären. Darüber hinaus ginge damit die kontinuierliche Legitimation der jeweiligen Schritte einher. Erst dadurch erfahren Protagonisten des Sozialismus, inwieweit ihre Auffassungen und Praktiken eine breite gesellschaftliche Akzeptanz in einem demokratischen Sinne finden.

Dies kann als Akt einer kontinuierlichen Prüfung und Verbesserung nur gelingen, wenn dafür in einer Gesellschafts- und Staatsordnung einschlägigen Handlungsmöglichkeiten und Institutionen bestehen.

Hierzu gehört auf Basis eines Minimalkonsenses für Normen und Regeln moderner Demokratie und offener Gesellschaft ein Pluralismus für Interessen und Meinungen. Er müsste erklärtermaßen nicht nur für inner-sozialistische, sondern auch für nicht-sozialistische Auffassungen und Bestrebungen gelten. Damit einher ginge die Ablösbarkeit einer Regierung, die sich einer friedlichen und regelmäßigen Kontrolle ihrer Legitimation eben durch Wahlen aussetzen hätte. Und schließlich geht damit ein Plädoyer für eine repräsentative Form von Demokratie einher, welche aber auch um Bestandteile einer direkten Demokratie erweitert sein kann. Eine Ausrichtung auf ein Modell im letztgenannten Sinne ergibt sich auch aus dem Gebot der Gewaltenteilung und des Minderheitenschutzes, denn beide müssen einer bloßen Mehrheitsherrschaft nicht eigen sein.

19. Konturen eines extremistisch-revolutionären Sozialismusverständnisses

Die Konturen eines extremistisch-revolutionären Sozialismusverständnisses ergeben sich aus dem Negativbild der vorgenannten Auffassungen und Prinzipien. Eine solche Auffassung definiert sich primär über eine fest stehende Ideologie, die als alleinige oder primäre Grundlage für die Erkenntnis der gesellschaftlichen Realität gilt. In diesem Sinne kann es sein, dass bestimmte soziale Gruppen wie die Arbeiter gar nicht auf Basis ihrer bestehenden Einstellungen und Prägungen in der Gesellschaft zur Kenntnis genommen werden. Stattdessen geht man davon aus, dass das Proletariat aufgrund seiner objektiven Funktion in einem als wissenschaftlich geltenden Geschichtsverständnis über ein ganz anderes Bewusstsein verfügen müsste. Demnach steht hier die Doktrin über der Empirie, was nicht nur Fehleinschätzungen der gesellschaftlichen Realität bedingt. Damit die postulierten Auffassungen angesichts mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz umgesetzt werden können, bedarf es notwendigerweise einschlägiger Repression gegenüber Widerständen.

Daher geht eine solche Absicht auch mit der Einforderung einer Diktatur einher, wobei sich die politischen Protagonisten der hier gemeinten Sozialismuskonzeption hinsichtlich deren politischer Basis unterscheiden: Die eine Richtung betrachtet die Diktatur einer Elite zur Er-

ziehung der Massen als notwendig, die andere Richtung möchte bei der Diktatur die Mehrheit des Proletariats auf seiner Seite haben. Demnach hat man es im ersten Fall mit einer Ablehnung aller Bestandteile moderner Demokratie und offener Gesellschaft und im zweiten Fall mit einer eingeschränkten Bejahung, letztendlich aber doch grundlegenden Verneinung der damit gemeinten Normen und Regeln zu tun. Denn die Auffassung, wonach es einer Legitimation durch Mehrheit bedürfe, gilt nicht für die ganze Gesellschaft, sondern nur für das Proletariat. Darüber hinaus sollen die Arbeiter eine Diktatur errichten, was auch hier die Ablehnung von Abwahlmöglichkeiten, Gewaltenteilung, Grundrechten, Individualismus und Pluralismus für die Gesellschafts- und Staatsordnung bedeuten würde.

Schließlich stellt sich auch für diese zweite Richtung, die auf Basis der Mehrheit des Proletariats eine Diktatur in der Folge einer Revolution etablieren möchte, die Frage nach der Legitimation der politischen Praxis des Umsturzes. Denn selbst wenn es eine Akzeptanz dafür bei den Arbeitern gibt, muss diese nicht in der Gesamtgesellschaft existieren. Die revolutionäre Absicht des Proletariats ergab sich in der historischen Rückschau auch mehr aus der Betrachtung einer abstrakten Gesellschaftstheorie und weniger aus dem Blick auf eine konkrete Realität. Demnach besteht auch hier das Problem, inwieweit das behauptete Bewusstsein oder das tatsächliche Empfinden der Bezugspunkt für die Rechtfertigung eines Umsturzes sein soll. Die Analyse des oben erwähnten historischen Falls macht deutlich, dass hierbei die Entscheidungen von Arbeiter- und Soldatenräten eben gerade nicht akzeptiert und mitgetragen wurden. Demnach dürfte sich auch eine Auffassung von Diktatur im angeblichen Namen der Arbeiter gegen den realen Willen des Proletariats wenden.

20. Schlusswort und Zusammenfassung

Die vorstehenden Ausführungen verdeutlichten, dass die Trennlinie zwischen demokratischen und diktatorischen Sozialismusverständnis nicht zwischen Luxemburg und Lenin verläuft.⁴⁸ Luxemburg trat durchaus für eine Diktatur ein, allerdings auf der Grundlage der Akzeptanz einer Mehrheit der Arbeiter. Lenin hielt demgegenüber die Diktatur einer Elite im Namen des Proletariats für legitim. Demgemäß bestand hier die Differenz zwischen dem Plädoyer für eine Mehrheits- und für eine Minderheiten-Diktatur. Indessen existierte in dieser Frage bei Luxemburg auch eine Differenz zwischen der bekundeten Absicht und der realen Praxis. Da sie sich mehrfach nicht an die Mehrheitsbeschlüsse der Arbeiter- und Soldatenräte hielt, kann die Glaubwürdigkeit ihrer behaupteten demokratischen Positionen auch bezogen auf eine Mehrheitsdiktatur in Zweifel gezogen werden.⁴⁹ Denn die eigentliche Trennlinie zwischen einer demokratischen-reformerischen und extremistisch-revolutionären Auffassung von Sozialismus konnte man bereits zwischen Bernstein und Luxemburg ausmachen.

Diese Auffassung steht im Gegensatz zu einem kursierenden Bild von der „demokratischen und undogmatischen Kommunistin“, das sich durch die einseitige Deutung bestimmter Formulierungen ebenso wie durch die Erinnerung an ihre brutale Ermordung erklären dürfte. Indessen macht der genauere Blick auf Leben und Werk deutlich: Luxemburg nahm eine Gleichsetzung von „Diktatur des Proletariats“ und „wahrer Demokratie“ vor. Dies bedingte die Etablierung eines repressiven Systems, das alle nicht-sozialistischen Auffassungen und Organisationen unterdrücken oder verbieten wollte. Die Berufung auf eine Mehrheit der Arbeiter fand dann ihr Ende, wenn diese nicht die Auffassungen von Luxemburg teilten. Auch die Deutung von einer „undogmatischen Marxistin“ kann keine Gültigkeit beanspruchen: Denn im Gegensatz zu Bernstein, der auf der Basis von neuen Erkenntnissen

⁴⁸ Diese Auffassung findet sich gar in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – ein Traditionselement des deutschen Linksextremismus, Köln 2008, S. 11.

⁴⁹ Als Belege dafür können auch Ausführungen in „Die Russische Revolution“ gelten, wo sie in zwei Fällen jeweilige Mehrheitsentscheidungen aufgrund einer behaupteten falschen oder unreifen Einstellung des Volkes negierte, vgl. Luxemburg, Die Russische Revolution (Anm.27), S. 123 und 128.

eine Revision an Auffassungen des Marxismus vornehmen wollte, lehnte Luxemburg gerade im Namen der dogmatischen Aufrechterhaltung dieser Lehre einschlägige Veränderungen ab.⁵⁰

Demgegenüber kann man in Bernstein den „geistigen Vater“ eines demokratischen Sozialismus sehen: Der Blick auf die Empirie und nicht die Fixierung auf eine Ideologie prägte seine Gesellschaftsanalyse ebenso wie seine Sozialismuskonzeption, setzte er doch angesichts der Entwicklung des Kapitalismus die Positionen des Marxismus der kritischen Prüfung aus. Darüber hinaus plädierte Bernstein für Demokratie, die nicht nur als Mittel, sondern auch als Zweck gelten sollte. Dies schloss die Anerkennung von Individualrechten und Minderheitenschutz ein. In deren Namen kritisierte und verurteilte Bernstein auch eine Diktatur im Namen des Sozialismus, ohne dabei das Ideal einer Gesellschaft auf der Grundlage von sozialer Gleichheit als politischem Ziel aufzugeben. Die Entwicklung dorthin sollte - auch um der Legitimation willen - in Form von friedlichen Reformen und nicht gewalttätigen Revolutionen verlaufen. Damit findet man bei Bernstein auch grundlegende Bestandteile eines modernen Demokratie- und offenen Gesellschaftsverständnisses.⁵¹

⁵⁰ Vgl. als kritische Arbeiten zu Luxemburg: Eckhard Jesse, Demokratie oder Diktatur? Luxemburg und der Luxemburgismus, in: Uwe Backes/Stéphane Courtois (Hrsg.), „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln 2002, S. 187-212; L. Kolakowski (Anm. 45), S. 77-116; Werner Müller, Bolschewismuskritik und Revolutionseuphorie. Das Janusgesicht der Rosa Luxemburg, in: Mike Schmeitzner (Hrsg.), Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen 2007, S. 29-47; A. Pfahl-Traugher (Anm. 2); M. Scharrer (Anm. 44), J. Talmon (Anm. 35), S. 99-155.

⁵¹ Angesichts der vorstehenden Ausführungen verdient Interesse, dass die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ bzw. danach die Partei „Die Linke“ die ihr nahestehende politische Stiftung nicht „Eduard Bernstein-Stiftung“, sondern „Rosa Luxemburg-Stiftung“ nannte.

„Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.“

Die DDR im Spiegel des Linksextremismus

Udo Baron

1. Einleitung und Fragestellung

„Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.“ Diesem August Bebel, dem Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie, zugeschriebenen Motto folgend, ist die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte in Deutschland vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verbrechen seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von zentraler politisch-gesellschaftlicher Bedeutung. Mit dem Ende der DDR setzte 1990 auch die Aufarbeitung der Geschichte der zweiten Diktatur auf deutschem Boden ein. Seitdem hat sich im vereinten Deutschland eine umfangreiche Aufarbeitungslandschaft herausgebildet.

Zahlreiche Einrichtungen gingen auf juristischer, politischer und gesellschaftlicher Ebene dieser Thematik nach. So erfolgten auf der juristischen Ebene z. B. die „Politbüro-Prozesse“ und die „Mauerschützenprozesse“. Erinnert sei an dieser Stelle aber auch an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zum Bereich Kommerzielle Koordinierung des DDR-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski. Von besonderer politisch-gesellschaftlicher Bedeutung für die politisch-gesellschaftliche Aufarbeitung ist die Behörde des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen der ehemaligen Staatssicherheit der DDR“ (BStU) und waren die beiden sich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigenden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages sowie die von ihnen auf den Weg gebrachte Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie widmeten bzw. widmen sich ebenso wie diverse wissenschaftliche Einrichtungen wie das Institut für Zeitgeschichte, das Zentrum für Zeithistorische Forschung oder der Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin und unabhängige gesellschaftliche Aufarbeitungsinitiativen wie die „Robert-Havemann-Gesellschaft“ oder das an diese Einrichtung seit 1993 angegliederte

„Matthias-Domaschk-Archiv“ dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung.

Unter dem Deckmantel der Aufarbeitung verbergen sich aber auch Einrichtungen, denen es nicht um Aufklärung über die SED-Diktatur geht, sondern in erster Linie um deren nachträgliche Legitimierung und Verklärung. Ihr Weltbild ist bis heute noch weitgehend ein marxistisch-leninistisches. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Funktion des DDR-Bildes im Linksextremismus des vereinigten Deutschland. Welche Geschichtsbilder versuchen Linksextremisten über die DDR zu etablieren? Welche Ziele verfolgen sie damit? Gibt es einen linksextremistischen Geschichtsrevisionismus? Diese Abhandlung möchte Anstöße für eine intensivere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit einem bislang weitgehend vernachlässigten Thema geben: der Rezeptionsgeschichte der SED-Diktatur im bundesrepublikanischen Linksextremismus.

2. Mythen und Legenden

Ein Mythos ist, folgt man dem Duden, eine „Person, Sache, Begebenheit, die (aus meist verschwommenen, irrationalen Vorstellungen heraus) glorifiziert wird“¹, während es sich bei einer Legende um etwas handelt, „was erzählt, angenommen, behauptet wird, aber nicht den Tatsachen entspricht.“² Schon immer neigte der Mensch dazu, Vergangenes eher zu verklären als sich kritisch damit auseinander zu setzen. Heute sind es mit Blick auf die DDR und den „real existierenden Sozialismus“ in erster Linie Marxisten-Leninisten, die über den untergegangenen Staat DDR Mythen und Legenden in die Welt setzen, diese anreichern und bedienen, bis sie sich in den Köpfen der Menschen als (vermeintliche) Tatsachen festsetzen sollen.

Dogmatischen Linksextremisten kommt es darauf an, ein positives DDR-Bild zu zeichnen. Für sie war die SED-Diktatur der bessere deutsche Staat, da er angeblich antifaschistischer, sozialer und friedliebender als die Bundesrepublik gewesen sei. Zudem hätte die DDR

¹ Stichwort Mythos, in: www.duden.de/rechtschreibung/Mythos#Bedeutung2. (gelesen am 5. Oktober 2015)

² Stichwort Legende, in: www.duden.de/rechtschreibung/Legende#Bedeutung2 b (gelesen am 18. Oktober 2015).

ihren Bürgern Vollbeschäftigung, Bildung, Kinderbetreuung und kostenlose Gesundheitsfürsorge geboten und Kriege geächtet.³ In dem bis heute gültigen Parteiprogramm der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) vom 8. April 2006 zählt daher die DDR „zu den größten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung“.⁴ Der aus der DKP stammende frühere niedersächsische Landesvorsitzende der Partei „Die Linke“, Manfred Sohn, schrieb noch 2005 in den „Weißenseer Blättern“, die DDR „sei der beste Staat auf deutschem Boden, den es bisher gab.“⁵

Die Mythen- und Legendenbildung um die DDR besagt beispielsweise, die Berliner Mauer habe den 3. Weltkrieg verhindert. So hieß es in den DKP-Nachrichten vom August 2013, mit der Mauer wurde „den konterrevolutionären Bestrebungen der BRD-Machthaber zur Beseitigung der DDR ... ein unüberwindlicher Wall entgegengesetzt“ und dadurch „tatsächlich der Frieden in letzter Minute gerettet“.⁶ Pauschalisierend stellt man so den Mauerbau als ein Produkt des eigentlich für alles verantwortlichen Kalten Krieges – ein weiterer Mythos - sowie der nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstandenen bipolaren Weltordnung und der sie dominierenden Supermächte USA und Sowjetunion dar. Dadurch soll der von ihr ausgehende Schrecken nicht nur relativiert, sondern zugleich die Verantwortung für ihre Existenz von der SED auf den Kalten Krieg und somit auf die Sowjetunion und die USA delegiert werden.

Zugleich verbreitet man die Legende, dass die Bundesrepublik ihre sozialen Errungenschaften letztendlich der DDR zu verdanken habe, da die DDR, so der DKP-Vorsitzende Patrick Köbele, Repräsentant einer marxistisch-leninistischen Orthodoxie, „bei Tarifgesprächen als unsichtbarer Verhandlungspartner mit am Tisch saß“ und nur aus diesem Grunde das „Kapital ... zu manchen Zugeständnissen“ bereit war.

³ Vgl. Ekkehard Lieberam, Komplizierte Suche, in: Junge Welt vom 2./3./4. Oktober 2015, Beilage 25 Jahre Anschluss, S. 6-7, hier S 7.

⁴ Programm der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), in: www.dkp-online.de/ (gelesen am 22. September 2015).

⁵ Manfred Sohn, Über den historischen Optimismus, in: Weißenseer Blätter Nr. 3/2005, in: www.weissenseerblaetter.de/ (gelesen am 5. Oktober 2015).

⁶ Kurt Andrä, „Die Mauer“: Weshalb und wozu?, in: DKP-Nachrichten vom 12. August 2013, in: www.news.dkp.suhail. (gelesen am 15. September 2014).

Auch die „faktische Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus“ wäre „nicht möglich gewesen, gäbe es noch den Konkurrenten von jenseits der Elbe.“⁷ Die hinter dieser Mythen- und Legendenbildung stehende Absicht ist unübersehbar: Alle Verantwortung für die Entwicklung in der DDR soll von der SED auf den Kalten Krieg geschoben, dadurch das SED-Regime verharmlost, seine Verbrechen relativiert und das Leben in der DDR nachträglich verklärt werden. So soll die DDR einerseits als der bessere deutsche Staat präsentiert und im Nachhinein eine DDR-Identität geschaffen werden, die es so zu DDR-Zeiten nie gab.

Um von den eigenen Verantwortlichkeiten abzulenken, versuchen dogmatische Linksextremisten andererseits die Bundesrepublik und den Westen als Sündenböcke darzustellen. Nicht 40 Jahre DDR-Sozialismus, sondern die Politik der Bundesrepublik und der Transformationsprozess werden für alle Probleme in den neuen Ländern verantwortlich gemacht. Mit dieser Vorgehensweise versuchen ihre Initiatoren nachträglich eine „heile Welt der SED-Diktatur“ zu zeichnen, die vom „bösen“, weil kapitalistischen Westen aus niedrigem Anlass zerstört wurde. Die DDR wird in Abgrenzung zum „dekadenten“ Westen von dogmatischen Linksextremisten als ein „historisch legitimer“ Versuch dargestellt, der nicht an einer möglicherweise fehlerhaften und unmenschlichen Ideologie gescheitert ist, sondern nur an deren mangelhafter Umsetzung. Damit soll die kommunistische Utopie von der Realität abgekoppelt werden, um so einen künftigen zweiten Anlauf zum Sozialismus/Kommunismus zu legitimieren.

Der bedeutendste und bis heute nachhaltigste Mythos ist der von der antifaschistischen DDR. Er gilt als ihr Gründungsmythos und hatte bereits zu DDR-Zeiten den Charakter eines Glaubensbekenntnisses angenommen.⁸ Dogmatische Linksextremisten behaupten bis heute, dass, im Gegensatz zur alten Bundesrepublik, die als Hort des Fa-

⁷ Patrick Köbele, Besser als der beste Kapitalismus, in: Junge Welt vom 2./3. Oktober 2015, S. 12-13, hier S. 12.

⁸ Vgl. Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Erhart Neubert (Hrsg.), Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg 2002.

schismus betrachtet wurde⁹, „Faschismus und Militarismus“ in der DDR vollständig „ausgerottet“ worden seien. Die Realität sah dagegen anders aus. So wiesen führende Funktionäre der SED und ihrer Blockparteien eine NS-Vergangenheit auf, u.a. gehörten der letzte DDR-Umweltminister Hans Reichelt, der frühere Kulturminister Hans Bentzien und der zeitweilige DDR-Vize-Außenminister Kurt Nier der NSDAP an. Insbesondere in der Nachkriegszeit war der „Weg vom völkischen zum volkseigenen Nationalismus“ recht kurz wie der Historiker Jochen Staadt nachweist.¹⁰ So sorgte die SED in einstigen NS-Hochburgen für eine zügige Integration ehemaliger NSDAP-Mitglieder. Gehörten 1948 beispielsweise in Thüringen schon 5,3 Prozent der SED-Mitglieder zuvor der NSDAP an, stieg ihr Anteil bis 1954 auf 8,6 Prozent. In Magdeburg waren es sogar 12,5 Prozent, in Erfurt 15,4 Prozent. Einschließlich der „Hitler-Jugend“ (HJ) und dem „Bund Deutscher Mädel“ (BDM) hatten 1954 in Erfurt 35,8 Prozent der SED-Mitglieder eine NS-Vergangenheit.¹¹

Es überrascht daher nicht, dass einst führende Nationalsozialisten an zentralen Stellen beim Aufbau der DDR mitwirkten. Vincenz Müller, ehemaliger Generalleutnant der Wehrmacht, baute z.B. die Kasernierte Volkspartei und die NVA auf. Ernst Großmann, Mitglied der 5. SS-Totenkopf-Standarte im KZ Sachsenhausen, gehörte zu den Begründern der ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) in der DDR; zugleich war er langjähriges Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der SED. Arno von Lenski, Richter am Volksgerichtshof von Roland Freisler, baute die Panzertruppen der NVA auf.¹² Im Jahre 1965 sollen noch 53 Abgeordnete der DDR-Volkskammer einen NS-Hintergrund gehabt haben. 12 waren sogar Mitglieder und Kandi-

⁹ Vgl. Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, Braunschweig, Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft, Ost-Berlin 1965.

¹⁰ Jochen Staadt, Deutschland den Deutschen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. August 2015, S. 6.

¹¹ Vgl. ebenda.

¹² Vgl. Ex-Nazis an führenden Stellen, in: Focus Online vom 8. Mai 2010, in: www.focus.de/ (gelesen am 11. Oktober 2015).

daten des ZK der SED und zwei Mitglieder des Staatsrates der DDR. Fünf von ihnen hatten gar Länderministerposten innegehabt.¹³

Ehemalige NS-Funktionäre wirkten aber nicht nur in Politik und Gesellschaft der DDR mit, manche von ihnen wurden auch für Schauprozesse wie sie z. B. 1950 in Waldheim stattgefunden haben, benutzt und/oder für eine Zusammenarbeit mit dem MfS geworben bzw. erpresst. So verpflichtete das MfS beispielsweise den ehemaligen SS-Hauptsturmführer und Mitarbeiter des SD-Amtes „Ausland“, Gerhard Teich, in den 1960er Jahren zur Mitarbeit.¹⁴ Zugleich hatte die DDR zu keiner Zeit ein ernsthaftes Interesse, die Strukturen des NS-Staates systematisch zu beschreiben und nachhaltig zu analysieren, wie der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse festhält.¹⁵

Obwohl in der letzten Phase der DDR kaum mehr zu übersehen, wurde von offizieller Seite bis zuletzt die Existenz rechtsextremistischer Strömungen und Gruppierungen geleugnet. Daran änderte auch der Überfall von Skinheads auf ein Punkkonzert in der Ost-Berliner Zionskirche am 17. Oktober 1988 ebenso wenig wie eine Studie des Leipziger Instituts für Sozialforschung aus dem Jahre 1988, in der das Akzeptanz- und Sympathiepotential bei DDR-Jugendlichen für die NS-Ideologie auf 15 bis 19 Prozent veranschlagt wurde.¹⁶ Ein Abdruck einer Analyse des DDR-Bürgerrechtlers Konrad Weiß, die im März 1989 in der Untergrundzeitschrift „Kontext“ veröffentlicht wurde und u.a. rechtsextremistische Übergriffe in der DDR auflistete und dem Phänomen des Rechtsextremismus im zweiten deutschen Staat nachging¹⁷, wurde vom Presseamt der DDR verboten.¹⁸ Erst während

¹³ Vgl. Dirk Teschner, Faschistische Vergangenheit in der DDR, in: Telegraph – Ostdeutsche Zeitung Nr. 3/4 1998, in: www.antifa-nazis-ddr.de/ (gelesen am 13. Oktober 2015).

¹⁴ Vgl. Sven Felix Kellerhoff, Wie die Stasi Nazi-Verbrecher als Spitzel warb, in: Die Welt vom 29. November 2011, in: www.welt.de/ (gelesen am 27. Februar 2015).

¹⁵ Vgl. Eckhard Jesse, Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge, Köln 2015, S. 98.

¹⁶ Vgl. Chronik-Glossar: Rechtsextremismus in der DDR, in: www.chronik-derwende.de/ (gelesen am 13. Oktober 2014)

¹⁷ Vgl. Konrad Weiß, Die alte neue Gefahr. Junge Faschisten in der DDR, Kontext Nr. 5/1989, in: www.bln.de/ (gelesen am 20. Oktober 2015).

der friedlichen Revolution 1989/90 reagierte die SED offiziell auf den Rechtsextremismus in der DDR. So nahm sie die Schmierereien am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow am 28. Dezember 1989 zum Anlass, bei einer Großkundgebung am 3. Januar 1990 vor etwa 250.000 Menschen vor einem aufkeimenden „Neofaschismus“ zu warnen.¹⁹ Zu diesem Zeitpunkt diente ihr der Antifaschismus und die Warnung vor einem Rechtsextremismus in der DDR als Argumentationshilfe für die von ihr beabsichtigte Weiterexistenz einer Staatssicherheit in Form eines „Verfassungsschutzes“ bzw. eines Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS).

3. Die DDR-Geschichte im dogmatischen Linksextremismus

Die linksextremistische Auseinandersetzung mit Geschichte im Allgemeinen und der DDR-Geschichte im Besonderen findet in erster Linie im dogmatischen, d.h. im marxistisch-leninistisch orientierten Linksextremismus statt. Gemeint sind damit insbesondere die DKP, die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und die extremistischen Zusammenschlüsse der aus der SED hervorgegangenen Partei „Die Linke“ wie die „Kommunistische Plattform“ (KPF) oder das „Marxistische Forum“ (MF).

3.1 Printmedien und Verlage

Eine herausgehobene Stellung in der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte nehmen linksextremistische Printmedien ein. Neben „Unsere Zeit“ (UZ), dem Parteiorgan der DKP, sei an dieser Stelle vor allem das ehemalige Zentralorgan der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR, die „Junge Welt“, erwähnt. Seit 1990 parteiunabhängig, versteht sie sich nunmehr als „eine linke, marxistisch orientierte, überregionale Tageszeitung“²⁰ und zählt frühere hohe Funktionsträger der SED-Diktatur wie den letzten DDR-Staatsratsvorsitzenden Egon

¹⁸ Vgl. Peter Wensierski, Rechtsextremismus in der DDR. Real existierende Neonazis, in: Spiegel Online vom 22. Januar 2015, in: www.spiegel.de/ (gelesen am 20. Oktober 2015).

¹⁹ Vgl. Jesse (Anm. 15), S. 95.

²⁰ Selbstverständnis der Jungen Welt, in: www.jungewelt.de/ (gelesen am 30. September 2015).

Krenz oder den letzten SED-Ministerpräsidenten Hans Modrow ebenso zu ihren Autoren wie ehemalige „Inoffizielle Mitarbeiter“ der Staatssicherheit wie Rainer Rupp alias IM „Topas“. Zwar behauptet sie, „über die Geschichte der sozialistischen Länder wird kritisch ... berichtet.“²¹ Was sie dabei unter kritisch versteht, hat die „Junge Welt“ auf ihrer Titelseite vom 13./14. August 2011 deutlich gemacht, als sie bezogen auf den 50. Jahrestag des Mauerbaus provokativ titelte: „Wir sagen einfach mal: Danke“.²² Dem Politikwissenschaftler Norman Bock zur Folge stehen drei Thesen für die Autoren der „Jungen Welt“, die wie ihr Chefredakteur Arnold Schölzel alias IM „André Holzer“ durchaus auch einen IM-Hintergrund haben können²³, zur Rechtfertigung der SED-Diktatur im Mittelpunkt: 1. Ursache der friedlichen Revolution von 1989/90 war der Verrat durch die politische Führung der Sowjetunion. 2. Reformorientierte Kräfte innerhalb der SED hätten einen internen Putsch organisiert und somit jegliche Chance auf eine Fortbestand der DDR verspielt. 3. Mit der deutschen Einheit erlebt der deutsche Imperialismus eine Renaissance.²⁴

Ein weiteres Printmedium mit marxistisch-leninistischer Ausrichtung stellt der „RotFuchs. Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“ dar. Sein Chefredakteur Klaus Steiniger gehörte zwischen 1967 und 1992 der Redaktion des „Neuen Deutschland“, dem Zentralorgan der SED, an. Der „RotFuchs“ versteht sich als eine „unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik, Kultur und Wissenschaft.“²⁵ Er wurde im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin-Nordost als politisch-theoretische Monatsschrift gegründet. Der sich als revolutionäre Zeitschrift verstehende „RotFuchs“ lehnt einen „modernen Reformsozialismus“ strikt ab, da dieser im Rahmen des bestehenden Systems agiere und somit bereits Teil des Kapitalismus

²¹ Ebenda.

²² Titelseite der Jungen Welt vom 13./14. August 2011, S.1.

²³ Vgl. Norman Bock, Zwischen Verdrängung und Verklärung. Die „junge Welt“ in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des europäischen Kommunismus, Baden Baden 2014, S. 101f.

²⁴ Vgl. ebenda, S. 270ff.

²⁵ Selbstverständnis des Rotfuchs, in: www.rotfuchs.net/ (gelesen am 30. September 2015)

sei. Die Wiedervereinigung bezeichnen ihre Autoren als einen „Sieg der Konterrevolution“.²⁶

Nicht viel anders verhält es sich mit der zur „Eulenspiegel“-Verlagsgruppe gehörenden „edition ost“, deren Mitbegründer und Verlagsleiter Frank Schumann bis 1989 Inoffizieller Mitarbeiter des MfS unter dem Decknamen „Karl“ war.²⁷ In dem Verlag veröffentlichen insbesondere ehemalige Funktionäre des Macht- und Herrschaftsapparates der DDR wie Egon Krenz, der langjährige DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler oder der stellvertretende MfS-Minister Wolfgang Schwanitz ihre Geschichtsbilder.²⁸ Zudem nutzen vor allem ehemalige Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit wie Gotthold Schramm oder Klaus Eichner den Verlag für ihre Apologie von SED und MfS.²⁹ Printmedien wie die „Junge Welt“ und Verlage wie die „edition ost“ bemühen sich, eine Gegenöffentlichkeit zu den gesamtgesellschaftlichen Geschichtsdebatten zu schaffen und streben nach der Deutungshoheit über die DDR-Geschichte.

3.2 DKP, MLPD und Die Linke

Vor allem für linksextremistische Parteien mit einem geschichtsdestruktivistischen Weltbild wie es die DKP pflegt, spielt die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte eine zentrale Rolle. Für die DKP ist die DDR bis heute „ein Land, das weltweit Ansehen genoß wegen seines Eintretens für Frieden, Völkerverständigung und internationale Solidarität in Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Ländern.“³⁰ Nach Meinung der DKP verhinderte die „bloße Existenz der DDR ...

²⁶ Zitiert nach: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2012, Hannover 2013, S. 148.

²⁷ Vgl. Karl Wilhelm Fricke, „Offensive Desinformation“. Stasi-Geschichtsrevisionismus und historische Wahrheit, in: Die Politische Meinung Nr. 442 vom September 2006, S. 10-14, hier S. 14.

²⁸ Vgl. Autorenverzeichnis der edition ost, in: www.edition-ost.de/ (gelesen am 30. September 2015).

²⁹ Vgl. Klaus Eichner, Gotthold Schramm (Hrsg.), Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich, Berlin 2003.

³⁰ Sozialismus ist heute nötiger denn je! Erklärung der DKP zum 25. Jahrestag der „deutschen Einheit“, in: DKP-Nachrichten vom 26. September 2015, in: www.news.dkp.suhail. (gelesen am 1. Oktober 2015).

einen Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus.“³¹ Der Parteivor-sitzende Köbele formulierte über die DDR gar pathetisch: „Wir haben Genossinnen und Genossen, die einen Staat aufbauten, in dem sie Großkapital und Junker entmachteten und enteigneten, Antifaschismus und Frieden wurden Staatsdoktrin. Ein Bildungssystem ohne Klassenschranken und Nazilehrer aufgebaut, das Recht auf Arbeit wurde verwirklicht, internationale Solidarität nicht gepredigt sondern geübt. Am Ende zu schwach und trotzdem die größte Errungenschaft der Arbeiterklasse Deutschlands, die Deutsche Demokratische Republik.“³² Die deutsche Einheit stellt dagegen nur ein „Ergebnis der äußeren und inneren Konterrevolution“ dar.³³ Bis heute sind für die DKP laut ihrem Programm „die von Marx, Engels und Lenin begründeten ... Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus, der materialistischen Dialektik, des historischen Materialismus und der Politischen Ökonomie ... Fundament und politischer Kompass der Politik“³⁴. Aus diesem Grunde wird die DDR-Geschichte auch heute noch ausschließlich marxistisch-leninistisch interpretiert, ihre vermeintlichen Errungenschaften gepriesen und ihre Verbrechen geleugnet.

Auch die MLPD beurteilt die DDR-Geschichte aus einer marxistisch-leninistischen Perspektive, kommt dabei aber zu ganz anderen Ergebnissen. So orientiert sie sich an dem von ihr propagierten „wahren Sozialismus.“ Diesen assoziiert sie mit dem Stalinismus und lehnt daher andere sozialistische Systeme wie sie die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten seit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 verkörperten, ab. Daher kritisiert die MLPD im Gegensatz zur DKP die DDR heftig. Sie sieht in der SED eine Verräterin an der Arbeiterklasse und in der SED-Diktatur einen entarteten Sozialismusversuch.³⁵ In ihrem Parteiprogramm wirft die MLPD der DDR vor: „Die neue Bourgeoisie in der ehemaligen DDR bezeichnete ihr Herrschaftssystem zur Täuschung der Volksmassen als »Arbeiter- und Bauernstaat«. Die re-

³¹ Köbele (Anm. 7), S.13.

³² Patrick Köbele, Der Tag der Befreiung ist den Herrschenden ein Dorn im Auge, in: Unsere Zeit Nr. 3 vom 16. Januar 2015, S. 4. Fehler aus dem Original übernommen.

³³ DKP-Nachrichten vom 26. September 2015 (Anm. 30).

³⁴ Programm der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) (Anm. 4).

³⁵ Vgl. Bock (Anm. 23), S. 64f.

visionistische SED stellte sich als marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse dar und drängte den Volksmassen eine pseudo-marxistisch-leninistische Ideologie auf, verbunden mit einigen sozialen Verbesserungen. Sie missbrauchte den ehrlichen Einsatz vieler Menschen für die Lebenslüge vom »real existierenden Sozialismus«. Zugleich wurde jeder Ansatz einer demokratischen oder gar marxistisch-leninistischen Opposition unnachsichtig vom Staatssicherheitsdienst verfolgt. Es wurde ein Klima der Angst vor Bespitzelung und Denunziation erzeugt.³⁶

Im Zentrum dieser Auseinandersetzung steht aber vor allem eine Partei: „Die Linke“. Als Rechtsnachfolgerin der SED³⁷ und deren Nachfolgepartei, der PDS, hat sie bewusst deren Gelder, Mitglieder und Traditionen nach 1989 übernommen. Personell setzt sie sich neben westdeutschen Linksextremisten, die vornehmlich aus der DKP und den K-Gruppen stammen, zu einem nicht unerheblichen Teil aus ehemaligen Funktionären und Mitläufern der SED, ihrer Blockparteien und Massenorganisationen zusammen. Sie alle haben ihre weitgehend marxistisch-leninistisch geprägten Weltbilder, ihren Geschichtsdeterminismus und ihre damit verbundenen Lebenserfahrungen in diese Partei eingebracht und prägen sie damit bis heute nicht unwesentlich. Aus diesem Grunde war und ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte im Allgemeinen und der DDR-Geschichte im Besonderen für die PDS bzw. „Die Linke“ von zentraler Bedeutung. Nicht überraschend hat deshalb auch „Die Linke“ bei ihrer Gründung 2007 die bereits 1990 von der PDS eingerichtete „Historische Kommission“ weitergeführt.

Zur Notwendigkeit einer solchen Einrichtung hielt „Die Linke“ in ihrem Beschluss vom 25.08.2007 fest: „DIE LINKE braucht eine ständig geführte, eigenständige Geschichtsdiskussion. Ein Verzicht darauf würde bedeuten, dass einerseits dem Einfluss medial vermittelter Ge-

³⁶ Parteiprogramm der MLPD, Kapitel E - Die Lehren aus der Restauration des Kapitalismus in den ehemals sozialistischen Ländern, in: www.mlpd.de/ (gelesen am 1. Oktober 2015).

³⁷ Vgl. Uwe Müller, Die Linke – Wir sind Rechtsnachfolgerin der SED, in: Die Welt vom 29. April 2009. 2009 hat „Die Linke“ dieses durch ihren damaligen Schatzmeister Karl Holluba in einer eidesstattlichen Erklärung vor Gericht feststellen lassen.

schichtsinterpretationen politisch vorherrschender Kräfte nichts entgegengesetzt und andererseits die Konservierung überholter Geschichtsdeutungen in Teilen der Mitgliedschaft begünstigt wird.“³⁸ Schließlich definiert sich nach Meinung der „Die Linke“ auch „das Selbstverständnis der Partei ... neben den aktuellen Problemen zu erheblichen Teilen über Geschichtsbilder und deren Interpretation.“³⁹

Neben der „Historischen Kommission“ existiert noch ein „Ältestenrat“ als oberste parteiliche Autorität, der auch zur Auseinandersetzung mit der DDR Stellung bezieht.⁴⁰ Mit Hilfe dieser beiden Einrichtungen will „Die Linke“ vor allem die „globale Delegitimierung der DDR“ und der Biografien ihrer Mitglieder verhindern.⁴¹ Auffallend ist, dass sich bis heute beide Einrichtungen insbesondere aus hochrangigen DDR-Funktionären zusammensetzen. So war der Vorsitzende des „Ältestenrats“, Hans Modrow, letzter SED-Ministerpräsident der DDR. Während Bruno Mahlow Leiter der Abteilung „Internationale Beziehungen beim ZK der SED“ und Mitglied der „Zentralen Revisionskommission“ der SED war⁴², fungierte Gregor Schirmer nicht nur als Abgeordneter der Volkskammer sondern auch zeitweise als Stellvertreter des DDR-Ministers für Hoch- und Fachschulwesen.⁴³ Der Vorsitzende der „Historischen Kommission“, Günter Benser, wiederum war stellvertretender Abteilungsleiter am „Institut für Marxismus-Leninismus“ (IML) beim ZK der SED und dann Direktor des „Insti-

³⁸ Bildung einer Historischen Kommission der LINKEN und Berufung ihrer Mitglieder. Beschluss des Parteivorstandes vom 25. August 2007, in: www.die-linke.de/ (gelesen am 6. Oktober 2015).

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Vgl. Ältestenrat der Partei Die Linke, Anregungen zum Umgang mit der Geschichte vom 16. Juli 2008, in: www.die-linke.de/ (gelesen am 6. Oktober 2015).

⁴¹ Christian Lannert, Zwischen Utopie und Nostalgie. Die Geschichtsbilder der Partei Die Linke, in: Horch und Guck, Nr. 80/2014, S. 22-25, hier: S. 22.

⁴² Vgl. Biografische Datenbank der Bundesstiftung Aufarbeitung, Bruno Mahlow, in: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/ (gelesen am 6. Oktober 2015).

⁴³ Vgl. Biografische Datenbank der Bundesstiftung Aufarbeitung, Gregor Schirmer, in: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/ (gelesen am 6. Oktober 2015).

tuts für Geschichte der Arbeiterbewegung“ (IfGA), dem Nachfolgeinstitut des IML.⁴⁴

Im Gegensatz zur DKP existiert in der sich als linke Strömungspartei verstehenden „Die Linke“ ein Meinungsspektrum von apologetischen bis relativ kritischen Haltungen gegenüber der DDR, so dass auch kontroverse Geschichtsdebatten möglich sind. Bereits 1990 hat sich die damalige PDS auf einen antistalinistischen Grundkonsens verständigt, der aber nie ein kommunistischkritischer war.⁴⁵ Die extremistischen Zusammenschlüsse in der PDS bzw. in „Die Linke“ wie die KPF widersprachen diesem antistalinistischen Grundkonsens ihrer Partei und akzeptieren bis heute den Begriff „Stalinismus“ nicht, da sie darin eine grundsätzliche Diskreditierung der DDR sehen. Aus diesem Grunde lehnten sie auch einen Gedenkstein für die „Opfer des Stalinismus“ auf dem Sozialistenfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde kategorisch ab: „Dieser Stein ist ein Missbrauch der Gedenkstätte und in den Augen vieler unserer Mitglieder sogar eine Entweihung“, so der frühere stellvertretende DDR-Generalstaatsanwalt und heutige Vorsitzende der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e. V. (GRH) Hans Bauer.⁴⁶ Kaum mehr überraschend, dass der Gedenkstein am Rande der alljährlichen L(uxemburg)L(iebknecht)-Demo bespuckt und beschädigt wurde.

Anfang 2009 entbrannte innerhalb von „Die Linke“ zudem ein heftiger Streit um die „20 Thesen“ des sächsischen Landesverbands. Darin bezeichneten ihre Autoren die DDR als „Diktatur“ in der „viele ihrer Bürger Zwang, Angst, Hilflosigkeit und Unterdrückung“ erlebten. Zugleich warfen sie der DDR die „fortwährende Verletzung universaler

⁴⁴ Vgl. Biografische Datenbank der Bundesstiftung Aufarbeitung, Günter Benser, in: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/ (gelesen am 6. Oktober 2015).

⁴⁵ Vgl. Eckhard Jesse, Die Linke und ihre „Vergangenheitspolitik“, in: Horch und Guck, Nr. 80 /2014, S.14-17, hier S. 16. „Die Linke“ ist heutzutage zwar keine kommunistische Partei mehr wie es die SED war, sie negiert aber weiterhin eine prinzipielle Kommunismuskritik.

⁴⁶ Die Linkspartei - Stimmen, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS vom Januar 2007, in: www.archiv2007.sozialisten.de/ (gelesen am 14. Oktober 2014).

Menschenrechte“ vor.⁴⁷ Mit diesen Aussagen rüttelte die Erklärung an den Grundfesten des Selbstverständnisses weiter Teile der „Die Linke“. Naturgemäß lehnten die innerparteilichen Bewahrer der reinen Lehre das Papier mit der Begründung ab, darin fände sich „kein Wort über gesellschaftliche Vorzüge des untergegangenen Sozialismus“ und keine „auch nur annähernd vergleichbare Bewertung des Kapitalismus“.⁴⁸

In Thüringen trägt die dortige Partei „Die Linke“ in der Präambel des rot-rot-grünen Koalitionsvertrags unter der Überschrift „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ sogar die Bezeichnung mit, die DDR sei „eine Diktatur“ und „in der Konsequenz ein Unrechtsstaat“ gewesen, weil „jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten.“⁴⁹ Die drei Parteien forderten „eine konsequente und schonungslose Aufarbeitung der Alltagsdiktatur“ und verständigten sich darauf, „nicht mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren, zusammenzuarbeiten.“⁵⁰ Der Konflikt innerhalb der Partei „Die Linke“ war damit vorprogrammiert. Parteiintern löste diese Formulierung eine heftige Kontroverse aus, rüttelten entsprechende Charakterisierungen doch immer noch an den Grundfesten des eigenen Selbstverständnisses.

Vor allem Vertreter ihrer extremistischen Strömungen sahen in dieser Vereinbarung eine „Kriminalisierung der DDR“ und charakterisierten sie als den „Kniefall von Thüringen.“⁵¹ Sie warfen der „Die Linke“

⁴⁷ Die Linke in Sachsen, „Der Herbst 1989 in Sachsen“ – „Wir sind das Volk“ (Arbeitstitel). 20 Thesen zur Diskussion auf der Konferenz am 28.3.2009 in Dresden, in: www.dielinke-in-sachsen.de/ (gelesen am 14. Oktober 2014).

⁴⁸ Offener Brief der Kommunistischen Plattform in der Partei Die Linke, in: *Junge Welt* vom 9. März 2009, S. 8.

⁴⁹ „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ Zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte (Sondierungen 2014), Anlage 1 zum Protokoll des 2. Sondierungsgesprächs zwischen DIE LINKE Thüringen, SPD Thüringen und Bündnis 90/Die Grünen Thüringen vom 23. September 2014, abgedruckt bei: Ekkehard Lieberam, *Der Kniefall von Thüringen. Die LINKE und die Unrechtsstaat-Debatte - eine Dokumentation*, Bergkamen 2014, S.12.

⁵⁰ Ebenda, S. 13.

⁵¹ So der Titel einer Broschüre zu den Thüringer Koalitionsvereinbarungen von dem zum Marxistischen Forum gehörenden Ekkehard Lieberam (Siehe auch Anm. 49).

vor, damit einen Kurswechsel von „der Verteidigung der Rechtmäßigkeit des Sozialismusversuchs hin zur Delegitimierung als `Unrechtsstaat‘“ vollzogen zu haben.⁵² Den extremistischen Strömungen nahestehende Organisationen wie das „Ostdeutsche Kuratorium der Verbände (OKV),⁵³ dass bislang ihre „Mitglieder zur Unterstützung der Partei DIE LINKE in allen bisherigen Wahlkämpfen aufgerufen“ hatte, brachten ihr „Erschrecken über eine pauschale Verurteilung der DDR als Diktatur und Unrechtsstaat zum Ausdruck“ und kündigten an, sollte „diese Auffassung auch der des Parteivorstandes entsprechen, wäre einer weiteren Zusammenarbeit damit jegliche Grundlage entzogen.“⁵⁴ Selbst ihr Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, meinte, bezogen auf den Begriff Unrechtsstaat: „Wir sind uns einig, diese Bezeichnung nicht zu verwenden.“⁵⁵

Im Verlauf der geschichtspolitischen Diskussionen innerhalb der PDS bzw. „Die Linke“ hat sich seit 1990 ein Geschichtsbild herauskristallisiert, welches auf der einen Seite den Bruch mit dem Stalinismus, auf der anderen Seite aber die Hochachtung vor den positiven Errungenschaften der DDR und den Erfahrungen ihrer Bürger transportieren will. Dadurch soll der Eindruck vermittelt werden, die DDR sei nach den Erfahrungen mit dem Faschismus/Nationalsozialismus ein legitimer politisch-gesellschaftlicher Versuch gewesen. Dahinter steckt bis heute der Gedanke, sich die Option für einen erneuten Anlauf zum Sozialismus offen zu halten.⁵⁶

Vor allem die Auseinandersetzungen um eine zutreffende Charakterisierung der DDR offenbaren zugleich den Spannungsbogen, in dem

⁵² Lieberam (Anm. 3), S 6.

⁵³ Das OKV ist ein Zusammenschluss von Organisationen wie die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) oder die Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR ISOR e.V., die weitgehend aus ehemaligen Funktionären der SED, ihrer Blockparteien und Massenorganisationen und früheren Mitarbeitern des MfS bestehen.

⁵⁴ Brief des OKV an die Bundesvorsitzenden und den Bundesvorstand der Partei DIE LINKE vom 2. Oktober 2014, abgedruckt bei: Ekkehard Lieberam (Anm. 49), S. 31.

⁵⁵ Gregor Gysi in der ARD Tagesschau vom 30. September 2017, abgedruckt bei: Lieberam (Anm. 49), S. 21.

⁵⁶ Vgl. Lannert (Anm. 41), hier S. 23.

sich „Die Linke“ bis heute bewegt. Einerseits muss sie sich objektiv mit den Hinterlassenschaften der SED-Diktatur befassen und auch öffentlich davon distanzieren, um im politischen Spektrum der Bundesrepublik akzeptiert zu werden. Andererseits kommt sie nicht umhin, große Teile der Partei, die aufgrund ihrer Biografien eng mit der SED verbunden waren, nostalgisch zu bedienen. Sie muss deren Geschichts- und Identitätsbilder pflegen, da sie diese weiterhin als Mitglieder und Wähler benötigt - auch wenn deren Anteil aufgrund ihres hohen Alters zunehmend rückläufig ist. Ebenso wie die DKP verstehen sich vor allem KPF und MF als deren Interessenvertreter. So versprach die innenpolitische Sprecherin der „Die Linke“, Ulla Jelpke, sich für die Interessen ehemaliger Mitarbeiter der „Hauptabteilung A(uflklärung)“ (HV A) der DDR-Staatssicherheit einzusetzen und lobte laut „Berliner Morgenpost“ deren „mutigen Einsatz für den Frieden nach dem Ende der DDR.“⁵⁷ Dabei hielt sie lobend fest: „Während Antikommunisten aller Couleur mit Schaum vorm Munde an der weiteren Dämonisierung der DDR und insbesondere des MfS arbeiten, sind in den letzten Jahren aus Euren Kreisen umfangreiche nüchterne wissenschaftliche Untersuchungen und Dokumentationen zur HVA entstanden.“⁵⁸

4. Die DDR-Geschichte im aktionsorientierten Linksextremismus

Einen etwas anderen Blick auf die DDR-Geschichte haben die aktionsorientierten Linksextremisten, womit in erster Linie die Autonomen gemeint sind. Sie verstehen sich als herrschafts- und hierarchiefrei und lehnen aus diesem Grunde staatliche Strukturen, Institutionen und Repräsentanten ab. Ihre negative Haltung zu Kapitalismus und demokratischem Rechtsstaat bedeutet aber wiederum nicht, dass sie die SED-Diktatur akzeptierten. Vielmehr waren und sind autonomes Selbstverständnis und der vom kleinbürgerlichen Mief getragene DDR-Sozialismus weitgehend inkompatibel. Die DDR wird daher von Au-

⁵⁷ Zitiert nach: Stasi-Grußwort empört Union, in: www.focus.de/ (gelesen am 15. September 2015)

⁵⁸ Linke-Politikerin beklagt „Dämonisierung“ der Stasi, in: Berliner Morgenpost vom 16. Juli 2010, S. 4.

tonomen oftmals heftig kritisiert und mit dafür verantwortlich gemacht, dass Kapitalismus und Imperialismus den Osten Deutschlands „erobern“ konnte.

So heißt es in einem Beitrag aus der autonomen Szene: „In der DDR wurde vom ‘Großen Bruder’ Sowjetunion ein Pseudo-Sozialismus stalinistischer Prägung verordnet, der der Klasse von oben übergestülpt wurde. Da wirklicher Sozialismus jedoch nur das Produkt der Eigenaktivität der Klasse sein kann, wie die Geschichte eindeutig gelehrt hat, musste dieser Versuch scheitern, ein solches Regime mit Massenunterstützung aufzubauen. Stattdessen begehrte die von der politischen Elite in der Propaganda umworbene Klasse bereits 1953 auf, zwar sicher nicht ohne kapitalistischen West-Einfluss, jedoch als Anzeichen eines schier unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen der sich zunehmend etablierenden herrschenden Klasse der DDR und ihrer Arbeiterklasse. Mit der blutigen Niederschlagung des Aufstands (gemeint ist der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, d. Verf.) wurde das ostdeutsche Proletariat quasi bis zur Wende 1989, dem Zusammenbruch des staatskapitalistischen Regimes in der DDR, lahmgelegt. Das schuf für die nachfolgende Zeit der imperialistischen Rückeroberung der DDR durch das westdeutsche Kapital eine schlechte Ausgangsbedingung für soziale Gegenwehr.“⁵⁹

Auch wenn eine unverhohlene Sympathie für die (vermeintlich) antikapitalistische und antifaschistische Politik der DDR unübersehbar ist, wird zugleich der „verordnete staatliche Charakter dieses Antifaschismus und die teilweise vereinfachende Sicht, die auf die Rolle der KommunistInnen verengt wurde oder in der gar Unhistorisches hinzu erfunden wurde“, deutlich kritisiert.⁶⁰ Das wiederum hält Autonome aber auch nicht davon ab, die deutsche Wiedervereinigung ganz im Stile der marxistisch-leninistischen Diktion als „Anschluss der DDR an die BRD“ zu interpretieren.⁶¹ Auch Sympathisanten orthodoxer kommunistischer Regime werden durchaus bei gemeinsamen Veran-

⁵⁹ Strike!-Redaktion, Revolutionärer Klassenkampf – einzige Perspektive gegen die internationale Kapitaloffensive vom 21. November 2012, in: www.links.unten.indymedia.org/ (gelesen am 21. Juli 2015).

⁶⁰ Antifaschistische Linke International (A.L.I.), Antifaschistische Geschichtspolitik, Göttingen Mai 2014, S. 6.

⁶¹ Ebenda.

staltungen akzeptiert. So haben Autonome auch kein Problem damit, gemeinsam mit Personen, die Bilder von Stalin, Mao und Hoxhas mit sich führen, z. B. auf den LL-Demonstrationen in Berlin zu demonstrieren.⁶²

Festzuhalten bleibt, dass im Gegensatz zu den orthodoxen Marxisten-Leninisten für Autonome aufgrund ihrer weitgehenden Theorieferne die DDR und der reale Sozialismus nie ein ernsthafter Orientierungs- und Bezugspunkt gewesen ist. Aus diesem Grunde haben sie die Zeitenwende 1989/90 mit der friedlichen Revolution in der DDR und der Implosion der Länder des realen Sozialismus auch politisch relativ unbeschadet überstanden.⁶³ Es verwundert daher auch nicht, dass erst 20 Jahre nach dem Ende der DDR autonome Antifa-Gruppen anfangen, sich für die Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Experiment auf deutschem Boden näher zu interessieren.

So führten die sich mittlerweile in Auflösung befindliche „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB) und die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) am 17. Januar 2010 in Berlin eine Veranstaltung zum Thema unter dem Titel „Radikale Linke und der Realsozialismus“ mit einem Oberst der „Nationalen Volksarmee“ der DDR (NVA) namens Ingo Höhmann, der ehemaligen Terroristin der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) Inge Vielt und Herbert Mißlitz von den „Vereinigten Linken“ (VL) durch, während die „Antifaschistische Linke Fürth“ (ALF) am 18. Juni 2014 zusammen mit der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) und ihrer Mutterpartei, der DKP, einen Themenabend zum „Leben und politischen Kampf in der DDR“ organisierte.⁶⁴ Dennoch bleibt - von Einzelbeispielen abgesehen - die Auseinandersetzung mit der DDR aber weitgehend die Ausnahme, da dieses Thema Autonome nicht wirklich bewegt und interessiert.

⁶² Vgl. ALB zur LL-Demo 2009: „Man kann sich die Linke nicht aussuchen“ vom 8. Januar 2009, in: www.antifa.de/ (gelesen am 7. Oktober 2015).

⁶³ Vgl. Udo Baron, Gemeinsamer Hass auf den Staat bei unterschiedlicher Ideologie. Links- und Rechtsautonome im Vergleich, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), Brühl/Rheinland 2012, S. 98-115, hier 102.

⁶⁴ Vgl. Antifa auf den Spuren der DDR-Geschichte, in: Junge Welt vom 18. Juni 2014, S. 10.

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Blickt man auf die Auseinandersetzung im bundesrepublikanischen Linksextremismus mit der DDR-Geschichte, so lässt sich unschwer erkennen, dass dieses Thema für Teile dieses Milieus bis heute von zentraler Bedeutung für deren Selbstverständnis und für die Legitimation ihres Denken und Handelns ist. Während im aktionsorientierten Linksextremismus eine eher kritische Haltung zur SED-Diktatur eingenommen wird, dient die im dogmatischen Linksextremismus geführte Geschichtsdebatte in erster Linie dazu, das SED-Regime im Nachhinein zu rechtfertigen, um dadurch wiederum den erhofften zweiten Anlauf zum Sozialismus legitimieren zu können.

Aus diesem Grunde stellt sich die Frage, ob heute im Zusammenhang mit der Rezeption der DDR-Geschichte im dogmatischen Linksextremismus von einem linksextremistischen Geschichtsrevisionismus gesprochen werden kann. Folgt man der Begriffsdefinition der Bundeszentrale für politische Bildung, so ist Geschichtsrevisionismus ein „wesentlicher Bestandteil rechtsextremer Ideologien. Er verfolgt das Ziel, die Geschichtsschreibung zum Beispiel über den Nationalsozialismus aus politischer Motivation umzudeuten und so Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren.“ Dem „Revisionismus geht es - anders als von seinen Vertretern oft behauptet – nicht um eine wissenschaftliche und objektive Auseinandersetzung mit Geschichte. Stattdessen manipulieren Revisionisten häufig Fakten, um den Nationalsozialismus zu verharmlosen. Zu diesem Zweck werden beispielsweise historische Dokumente und Überlieferungen bewusst fehlinterpretiert, der eigenen Ansicht widersprechende Forschungsergebnisse ignoriert oder bestimmte Ereignisse komplett geleugnet.“⁶⁵

Überträgt man diese Definition auf den undogmatischen Linksextremismus, so lassen sich kaum Gemeinsamkeiten erkennen. Anders sieht es dagegen beim dogmatischen Linksextremismus aus. Lässt man die MLPD und ihre Motive dafür außen vor, so versucht er unverkennbar aus einer politischen Motivation heraus die Geschichte des DDR-Sozialismus umzudeuten, seine (vermeintlich) „guten Seiten“ zu betonen und so dessen Verbrechen zu relativieren. So leugnet er z. B. bis heute den Schießbefehl an der Berliner Mauer und versucht, dass

⁶⁵ Glossar Revisionismus, in: www.bpb.de/ (gelesen am 12. Oktober 2014).

SED-Regime und den DDR-Sozialismus weniger brutal und menschenverachtend erscheinen zu lassen als sie es in Wirklichkeit waren.⁶⁶

Ob diese Aspekte ausreichen, um von einem linksextremistischen Geschichtsrevisionismus zu sprechen, muss die (noch ausstehende) intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Rezeptionsgeschichte der DDR im bundesrepublikanischen Linksextremismus ergeben. Wenn dem aber so sein sollte, gilt es, dieser Entwicklung entschieden entgegen zu treten.

⁶⁶ Vgl. zu dieser Thematik u.a. Rainer Eckart/Bernd Faulenbach (Hrsg.), Halbherziger Revisionismus – zum postkommunistischen Geschichtsbild, München 1996.

Vom Autonomen zum Postautonomen – Wohin steuert die autonome Bewegung?

Udo Baron

1. Einleitung und Fragestellung

Theoretische Unschärfe, fehlende inhaltliche Perspektiven und blinder Aktionismus führen schon seit geraumer Zeit dazu, dass die Autonomen-Szene mit Motivations- und daraus resultierenden Wahrnehmungs- und Nachwuchsproblemen zu kämpfen hat. Immer wieder gerät sie dadurch in (selbstgemachte) Krisensituationen. Ein Mitte April 2014 unter der Überschrift „Antifa in der Krise“ in Berlin durchgeführter autonomer Kongress steht pars pro toto für dieses grundsätzliche Problem. Ursprünglich sollte er einer inhaltlichen und strukturellen Neuorientierung der Autonomen-Szene dienen. Statt Antworten hinterließ er einmal mehr weitgehende Ratlosigkeit über deren weitere inhaltliche und strategische Ausrichtung.¹

Als Reaktion auf die schon seit Jahren zunehmende interne Kritik an der Theorieferne, der Unorganisiertheit und Selbstbezogenheit der Autonomen-Bewegung, haben einige von ihnen vor einiger Zeit damit begonnen, sich besser zu organisieren und zu vernetzen. In Zuge dessen entstanden neben dogmatisch ausgerichteten Bündnissen auch undogmatische, sogenannte postautonome Zusammenschlüsse, die die Autonomen-Szene nachhaltig zu verändern beabsichtigen.

Ausgehend von der These, dass sich diese in einer substanziellen inhaltlichen und strukturellen Krise befindet, geht die vorliegende Abhandlung folgenden Fragestellungen nach: Welche Rolle spielt die Ideologie-, Organisations- und Bündnisfrage für die Autonomen-Szene? Wer sind die Postautonomen? Von welchem Selbstverständnis lassen sie sich leiten? Wie wollen sie die Autonomen-Szene verändern? Welche Ziele verfolgen sie damit?

¹ Vgl. Mechthild Küpper. Antifa in der Krise, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. April 2014, S. 6; Baran Korkmaz, Antifa auf Linkspartei-Spuren, in: taz. vom 14. April 2014, S. 4.

Während es über die Autonomen bereits einige Arbeiten mit wissenschaftlichem Gehalt gibt², stellen die Postautonomen bislang noch ein Desiderat auf dem Gebiet der Extremismusforschung dar. Die vorliegende Arbeit versteht sich deshalb als ein erster Versuch zum Thema. Sie erhebt dabei nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern möchte vielmehr Anregungen für eine weitergehende, intensivere Auseinandersetzung mit einem bislang weitgehend vernachlässigten Phänomen geben.

2. Postautonome

2.1. Entstehung der Postautonomen

Im Zuge des Zerfalls der Achtundsechziger-Bewegung entstanden in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland neue subkulturelle Milieus, in denen alternative Lebensentwürfe und politischer Aktionismus eng miteinander verbunden waren. Als eine Form des subkulturellen Linksextremismus formierten sich die „Autonomen“.³ Der Begriff steht dabei für Eigenständigkeit und bezieht sich historisch auf die Erfahrungen der militanten italienischen Arbeiter- und Studentenbewegung „Autonomia Operaia“ der 1960er Jahre. Diese militante „Arbeiterautonomie“ propagierte den Kampf gegen die Fabrikarbeit in Form lang andauernder Bestreikungen vor allem von Automobilfabriken bis hin zur Entführung von Managern, gewaltsamer Auseinandersetzungen mit der Polizei und Sabotageakten in Fabriken.⁴ In Anleh-

² Vgl. u.a. Armin Pfahl-Traugher, Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl. Die Besonderheiten einer linksextremistischen Subkultur, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (II), Brühl/Rheinland 2014, S. 28–57; Udo Baron, Pippi Langstrumpf oder: Was ist ein Autonome?, in: Deutschland Archiv Nr. 1/2012, S. 60–68; Sebastian Haunss, Die Autonomen – eine soziale Bewegung zwischen radikaler Gesellschaftskritik und Subjektivismus, in: René Schultens/Michaela Glaser (Hrsg.), „Linke“ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen, Halle 2013, S. 26–46.

³ Vgl. Geronimo, Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen, Berlin / Amsterdam 1995; Primo Moroni/Nanni Balestrini, Die goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien, Berlin 1994.

⁴ Vgl. Marc Brandstetter, Feinde im Alltag, Brüder im Geiste – Autonome Nationalisten im Vergleich zu den linksextremen Autonomen, in: Uwe Backes/

nung an die „Autonomia Operaia“, entstanden ab Mitte der 1970er Jahre auch in der Bundesrepublik in „bewusste(r) Abgrenzung zur Politik der damaligen Linken“⁵ linksautonome Gruppierungen. Diese insbesondere aus den militanten Teilen der Anti-AKW-Bewegung und der Hausbesetzerszene stammenden Linksautonomen entwickelten sich seit Anfang der 1980er Jahre zu einer eigenständigen Subkultur.⁶

Die Geschichte der Autonomen ist aber immer auch eine Geschichte der Krisen und des Scheiterns. Die Autonomen-Szene leidet schon seit Jahren bundesweit unter internen Streitigkeiten, Zersplitterung und einer hohen Fluktuation mit der Folge, dass Autonomen-Gruppierungen zumeist nur kurzzeitig existieren und immer weniger aktionsfähig sind. Ein gravierender Grund dafür sind ungelöste Organisationsdebatten. Sie ziehen sich wie ein roter Faden durch die Autonomen-Szene, denn Organisation beschränkte sich über Jahrzehnte nur auf den Informationsaustausch und auf taktische Absprachen zum Straßenkampf. Inhaltliche, gar theoretische Diskussionen, gerieten dagegen in den Hintergrund und verloren zunehmend an Bedeutung.

Teile der Autonomen-Szene reflektierten diese Missstände bereits zu Beginn der 1990er Jahre und versuchten, zumindest projektbezogen Gruppenstrukturen und Netzwerke aufzubauen. Forciert wurde dieses Bestreben durch die Zunahme fremdenfeindlicher Gewalt und die Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien. Um besser gegen diese Entwicklungen agieren und sich vor rechtsextremistischen Übergriffen schützen zu können, bemühten sich vorwiegend aus der Autonomen-Szene stammende Antifa-Gruppen um eine bundesweite Strukturierung mit dem Ziel, „einheitliche programmatische Standpunkte“, eine „konkrete Utopie“ und eine „Strategie zur Überwindung des kapitalistischen Systems“ zu entwickeln.⁷ Im Ergebnis führte diese Entwicklung zur Gründung der zwischen 1992 und 2001 aktiven „Antifaschis-

Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus & Demokratie, Bd. 20, Baden-Baden 2009, S. 185-203, hier S. 186.

⁵ AK Wantok (Hrsg.), Perspektiven autonomer Politik, Münster 2010, S. 188.

⁶ Vgl. Almut Gross/Thomas Schultze, Die Autonomen – Ursprünge, Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung, Hamburg 1997, S. 38; Jan Schwarzmeier, Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung, Göttingen 2001, S. 9.

⁷ AK Wantok, Perspektiven (Anm. 5), S. 195.

tischen Aktion/Bundesweiten Organisation“ (AA/BO). Ihr gehörten u.a. die „Antifaschistische Aktion Berlin“, die „Antifaschistische Aktion Hannover“ und die „Autonome Antifa (M)“ aus Göttingen an. Sie erhofften sich dadurch, ihre Bündnispolitik zu intensivieren und ihre Kräfte zu konzentrieren, um so ihre Selbstisolation zu überwinden.⁸

Vorausgegangen war dieser Entwicklung die seit 1991 in der Autonomen-Szene Berlins geführte „Heinz-Schenk-Debatte“. Sie setzte sich aus den Texten zur Kritik an den Autonomen, den Beiträgen zur Organisationsdebatte und schließlich aus der Gründung der ersten postautonomen Gruppierung „Für eine linke Strömung“ (FeLS) in Berlin zusammen und symbolisiert so die Entwicklung des postautonomen Gedankens.⁹ Unter der satirischen Selbstbezeichnung „Heinz Schenk“ übten ihre Protagonisten massive Kritik am Selbstverständnis und der Handlungsweise der Autonomen. Sie warfen ihnen vor, in ihrer „subkulturellen Abschottung“, in ihrer „Geschichtslosigkeit“ und in ihrem „Aktionismus“ jede Auseinandersetzung mit der Außenwelt zu verhindern und „bloß neue abgeschlossene Grüppchen“ zu bilden, die nicht fähig wären, über ihren Tellerrand“ hinauszuschauen. Irgendwann ginge „die Abschottung vor der Realität dann soweit, dass sie wahrhaft umschlägt in eine gewisse Bewusstseinspaltung.“¹⁰ Aus diesem Grunde haben in ihren Augen die „autonome Strukturen ... Formen der Resignation und Verzweiflung hervorgerufen oder zumindest begünstigt.“ Deshalb rieten sie der Autonomen-Szene, sich zu fragen, wie „sie wieder attraktiv für eine breite Anzahl an Menschen würde und sich aus der eigenen Marginalität“ befreien könne. Ihre Debattenbeiträge verstehen sie dabei zugleich „als eine Art Austritts-

⁸ Vgl. Bundesministerium für Inneres (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1992, S. 38ff.

⁹ „Heinz Schenk Debatte“ – Texte zur Kritik an den Autonomen – Organisationsdebatte – Gründung der Gruppe „Für eine linke Strömung“, in: http://fels.nadir.org/multi_files/fels/heinz-schenk-debatte_0.pdf (gelesen am 19. Februar 2016). Die Selbstbezeichnung dieser Debatte rührte daher, dass zwei der an ihr beteiligten Autoren den Namen des Fernsehmoderators und Schlagersängers Heinz Schenk als Pseudonym wählten.

¹⁰ Autonome Studis Bolschewik, Heinz-Schenk-Debatte, in: <http://fels.nadir.org/de/heinz-schenk> (gelesen am 16. Februar 2016).

erklärung aus den Autonomen.“¹¹ In Zuge dieser Debatte entstand 1990/91 mit „Für eine linke Strömung“ (FeLS) die erste postautonome Gruppe.¹²

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sind in den letzten Jahren bundesweit verschiedene dogmatisch und undogmatisch ausgerichtete linksextremistische Bündnisse autonomer Provenienz entstanden. Zahlreiche autonome Gruppen wie die „Antifa [f]“ aus Frankfurt am Main oder die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) und die „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB) haben sich zwischenzeitlich aufgelöst bzw. sind teilweise in den neugebildeten Bündnissen aufgegangen.

Einige der neu entstandenen Bündnisse wie das „[3A]* Revolutionäres Bündnis“¹³, die „Perspektive Kommunismus“ (PK) und die „Neue antikapitalistische Organisation“ (NaO) kennzeichnet eine weitgehend dogmatisch ausgelegte marxistisch-leninistische Ideologie, versehen mit trotzkistischen Elementen. So versteht sich das „[3A]* Revolutionäre Bündnis“ als ein Zusammenschluss verschiedener linksextremistischer Organisationen antiimperialistischer Ausrichtung mit dem Anspruch, eine „klassenkämpferische und revolutionäre Theorie und Praxis“ auf marxistisch-leninistischer Basis zu entwickeln.¹⁴ Das Anfang 2010 entstandene Bündnis will „die Zusammenarbeit von in Deutschland lebenden RevolutionärInnen aus verschiedenen Ländern stärken“ und durch „Vernetzung ... dazu beitragen, die Zersplitterung der revolutionären Linken in der BRD (zu) verringern.“ Auf dem Weg in die von ihr angestrebte kommunistische Gesellschaft geht es ihm darum, die „theoretische mit der praktischen Arbeit auf Basis eines

¹¹ Vorwort zur Neuauflage (2011), „Heinz-Schenk-Debatte“, in: <http://fels.nadir.org/de/heinz-schenk> (gelesen am 16. Februar 2016).

¹² Aufhören um weiterzumachen!, in: <http://fels.nadir.org/de> (gelesen am 16. Februar 2016). Vgl. auch Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder, „Gegen Staat und Kapital – für die Revolution!“ Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie, Frankfurt am Main 2015, S.163.

¹³ Der dreifach auftauchende Buchstabe A im Namen des [3A]* Revolutionäres Bündnis steht für antifaschistisch, antimilitaristisch und antikapitalistisch. Das Bündnis hat seinen Schwerpunkt in NRW, wo ihm Gruppierungen wie „Rote Aktion Köln“ und „Rote Antifa Essen“ angehören.

¹⁴ Selbstverständnis des [3A]* Revolutionäres Bündnis, in: <http://3a.blogspot.de/2010/12/21/wer-ist-das/> (gelesen am 12. Februar 2016).

proletarischen Klassenstandpunkts“ zu verbinden, womit sie zugleich den zentralen Stellenwert, den die Ideologie für sie einnimmt, deutlich macht.¹⁵

Die im April 2014 gegründete PK setzt sich gegenwärtig aus sechs autarken kommunistischen Gruppierungen zusammen, zu denen u.a. die „Antikapitalistische Linke München“ (al[m]), die „Revolutionäre Aktion Stuttgart“ (RPB), die „Revolutionäre Perspektive Berlin“ (RPB) und die „Rote Aktion Mannheim“ (RAM) gehören. Für sie ist die „revolutionäre Theorie, um die Welt zu begreifen und sie zu verändern, ... der Marxismus“ in seiner trotzkistischen Auslegung wie die zur PK gehörende (al[m]) betont.¹⁶ Ihr Ziel ist der „Aufbau des Sozialismus hin zu einer befreiten, einer kommunistischen klassenlosen Gesellschaft“, die in Anlehnung an Leo Trotzki den demokratischen Rechtsstaat durch eine „rätedemokratische Staatsform“ ersetzen will.¹⁷

Das dritte dogmatische Bündnis, die „Neue antikapitalistische Organisation“ (NaO), ist erstmals am 15. Dezember 2013 mit der Herausgabe eines „Manifest für eine Neue antikapitalistische Ordnung“¹⁸ öffentlich wahrnehmbar in Erscheinung getreten. Bei der NaO handelt es sich um einen „Zusammenschluss von unorganisierten und organisierten Linken“, dem fünf trotzkistische und zwei Gruppierungen aus dem Bereich des Ausländerextremismus, u.a. die mittlerweile in der NaO aufgegangene „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB), die „Gruppe Arbeitermacht“ (GAM) und ihre Jugendorganisation „Revolution“ mit Ortsgruppen in Berlin, Bremen, Kassel, Köln, Potsdam und Stuttgart angehören.¹⁹ Sie wollen die „Durchsetzung der revolutionäre(n) Perspektive in der (radikalen) Linken und Arbeiterbewegung vorantreiben, ... weil deren Perspektivlosigkeit ... für die

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Antikapitalistische Linke München, Über uns, in: <http://almuc.blogspot.eu/uber-uns/> (gelesen am 12. Februar 2016).

¹⁷ Politische Plattform von Perspektive Kommunismus, in: <http://www.perspektive-kommunismus.org/%C3%BCber-uns> (gelesen am 12. Februar 2016).

¹⁸ Manifest für eine Neue antikapitalistische Ordnung, in: <http://nao-prozess.de/manifest-fuer-eine-neue-antikapitalistische-organisation/> (gelesen am 16. Februar 2016)

¹⁹ Wer ist die Neue antikapitalistische Organisation (NaO)?, in: <http://nao-prozess.de/ueber-uns/> (gelesen am 15. Februar 2016).

kommende Verschärfung der Klassenkämpfe auf deutschem Boden nichts Gutes erahnen (läßt).²⁰ Mittels „programmatischen Diskussionen sowie durch revolutionäre interventionistische Politik“ hoffen sie, beim „Aufbau einer breiten revolutionären/antikapitalistischen Organisation - auch international – erfolgreich sein zu können.“²¹ Ihr Ziel ist es, eine „neue gesellschaftlich relevante antikapitalistische Organisation links von der Linkspartei aufzubauen.“²²

Neben dogmatisch ausgerichteten Zusammenschlüssen gibt es aber auch noch undogmatische Bündnisse. Ihre Wurzeln haben diese sich selbst als postautonom verstehenden Organisationen im klassischen Autonomen-Spektrum, können aber nicht mehr als dessen Bestandteil angesehen werden. Mit dem Präfix „post-“ wollen sie ausdrücken, dass sie einige grundlegende Merkmale der Autonomen infrage stellen und deren überkommene und gescheiterte Ansätze überwinden wollen. So üben Postautonome zumeist heftige Kritik an dem Autonomen-Spektrum. Sie werfen der „klassischen“ autonomen Bewegung ein von Ausnahmen abgesehenes reduziertes und instrumentelles Theorieverständnis vor. An die Stelle theoretischer Debatten trete bei Autonomen ihrer Meinung nach vielmehr ein schwärmerisches Zugehörigkeitsgefühl, das nicht so sehr durch ein gemeinsames Projekt unterfüttert sei, sondern sich vielmehr durch Äußerlichkeiten wie Kleidung, Habitus und eine Art Verhaltenskodex sowie durch eine Aneinanderreihung von Kampagnen auszeichne. Diese plan- und deswegen perspektivlose Vorgehensweise der Autonomen verhindere beispielsweise durch die beliebige Aneinanderreihung von Kampagnen und die Fetischisierung von Militanz eine wirkliche revolutionäre Politik.²³

Postautonome wollen innerhalb des linksextremistischen Spektrums eine „Politik der strategischen Bündnisorientierung“ betreiben, da ihrer Meinung nach „nur gesellschaftliche Blöcke, also strategische Bündnisse, zu denen revolutionäre und moderate Linke gehören, in

²⁰ Ebenda.

²¹ Ebenda.

²² Manifest für eine Neue antikapitalistische Organisation, in: <http://nao-prozess.de/manifest-fuer-eine-neue-antikapitalistische-organisation/> (gelesen am 15. Februar 2016).

²³ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, Hannover 2015, S. 120f.

der Lage sein werden, Kräfteverhältnisse zu verschieben und Basis dafür zu schaffen, erfolgreich Machtfragen stellen zu können.“²⁴ In diesen strategischen Bündnissen treten sie dann „für eine Politik des Bruchs mit dem Kapitalismus und der radikalisierenden Selbstermächtigung in der Aktion“ ein.²⁵ Nicht zu verwechseln sind diese strategischen Bündnisse mit den „Aktionsbündnissen“. Darin ist „nicht im gleichen Maße von einem grundsätzlichen Vertrauen und einer langfristigen Partnerschaft auszugehen“, da diese „manchmal weit ins bürgerliche Lager hineinreichen können.“²⁶

Vor diesem Hintergrund entstanden in den letzten Jahren postautonome Gruppierungen und überregionale Bündnisse mit dem Ziel, die Autonomen-Szene inhaltlich und strategisch neu auszurichten, um so deren inhaltliche Orientierungslosigkeit und weitgehende gesellschaftliche Isolation zu durchbrechen. Im Zuge dieser Entwicklung haben sich bundesweite postautonome Zusammenschlüsse wie die „Interventionistische Linke“ (IL) und das „... ums Ganze! kommunistische Bündnis“ (uG) herausgebildet.

2.2. Selbstverständnis

Über eine einheitliche Weltanschauung, gar über eine gesamtgesellschaftliche Utopie, verfügen Autonome nicht. Ihr Weltbild setzt sich vornehmlich aus anarchistischen und kommunistischen Ideologeelementen zusammen, wobei erstere eindeutig überwiegen. Theoriedebatten spielen für sie nur eine untergeordnete Rolle, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den einschlägigen Ansätzen findet kaum statt. Ideologische Schulungen, wie sie etwa die Marxisten-Leninisten der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) betreiben, lehnen Autonome ab. Was sie verbindet, ist ein gemeinsames Lebensgefühl, geprägt von einem tiefsitzenden Hass sowohl auf den Staat, seine Institutionen und Repräsentanten als auch auf die angeblich mit diesen

²⁴ IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier, in: <http://www.interventionistische-linke.org/positionen/il-im-aufbruch-ein-zwischenstandspapier> (gelesen am 18. Januar 2016).

²⁵ Ebenda.

²⁶ Ebenda.

verbündeten Rechtsextremisten und ein davon abgeleitetes Bestreben, die bestehende Ordnung zu überwinden.²⁷

Postautonome kritisieren diese Theorieferne des Autonomen-Spektrums und behaupten, die „Linke“ könne die „Krise ihrer Inhalte“ nur durch „theoretische und praktische Arbeit, die in einem kontinuierlichen wechselseitigen Entwicklungsprozess stehen“ lösen.²⁸ Diese sich als „postautonom“ verstehenden Gruppierungen kennzeichnet zwar ebenso wie den „klassischen“ Autonomen ein aus marxistischen und anarchistischen Elementen bestehendes Weltbild mit den Zielen einer herrschaftsfreien Gesellschaft und der Vergesellschaftung sämtlicher Produktionsmittel. Auch für Postautonome steht die Eigentumsfrage im Zentrum, da ohne die Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln keine herrschaftsfreie Gesellschaft für sie möglich erscheint. Sie präsentieren sich aber als offen für die unterschiedlichen linksextremistischen Weltbilder und somit als ideologisch undogmatisch, damit die „Erfahrungen der Generationen vor uns, der Arbeiter_innenbewegung, der historischen Frauenbewegung, der kommunistischen Parteien mit all ihren dissidenten Strömungen, der Anarchist_innen usw.“ in ihren Bündnissen zusammenfließen können. So will beispielsweise die IL einerseits das theoretische Wissen stärken. Andererseits möchte sie aber auch die ideologischen Differenzen zugunsten einer handlungsfähigen Linken überwinden und „Teil einer solchen pluralen Linken mit unterschiedlichen Strömungen sein, weil wir wissen, dass wir nur gemeinsam stärker werden können – und nicht die eine Strömung auf Kosten der anderen.“²⁹

Die von ihnen angestrebte Revolution verstehen sie als „einen dialektischen Bewusstseins- und Lernprozess, der sich in verschiedensten sozialen Kämpfen in der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln muss.“³⁰ Sie soll kein abrupter Vorgang, sondern eine Art Transforma-

²⁷ Vgl. Udo Baron, Das Selbstverständnis von Links- und Rechtsautonomen – Ein Vergleich zweier subkultureller Erscheinungsformen, in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektive, Baden-Baden 2013, S. 435 – 452.

²⁸ Für eine linke Strömung, „Heinz Schenk Debatte“, in: http://fels.nadir.org/multi_files/fels/heinz-schenk-debatte_0.pdf (gelesen am 14. Februar 2016).

²⁹ Il im Aufbruch (Anm. 24).

³⁰ Für eine linke Strömung (Anm. 28).

tion der bestehenden Ordnung sein und somit ein langfristiger und komplexer Prozess, dem „viele kleine Brüche, die entlang von Kämpfen stattfinden, vorausgehen und folgen.“³¹

Das postautonome Feindbild unterscheidet sich nicht von dem des „klassischen“ Autonomen. Der Staat ist für Postautonome ebenso wie für Autonome „nackte Gewalt, Repression, Faschismus“. Neben dem Rechtsextremisten ist somit der Polizist als Repräsentant des verhassten Staates, der „Bulle ... der Feind Nr. 1 aller Autonomen“, denn an ihm wird „der Staat handgreiflich und in Person sichtbar.“³² Damit hat sich nach Auffassung der Postautonomen aber die „autonome Staatstheorie im Wesentlichen erschöpft.“ Jede Auseinandersetzung mit der Polizei würde dadurch sofort zu einer heroischen Tat, zu einem Angriff auf den Staat als solchen und damit zu einer „revolutionären“ Praxis hochstilisiert. Jegliche politische Diskussion über militantes Handeln versande aus diesem Grunde aber wiederum auch umgehend. Die endlosen, fast selbstzerfleischenden Debatten abzustellen und eine inhaltlich umfassende, praktisch flankierte und organisatorisch untermauerte Diskussion zu führen, seien dagegen die Autonomen nicht fähig. Deren Gruppierungen verkommen somit in den Augen der Postautonomen zur „linksradiakalen Version“ einer „Therapiegruppe“, bei denen es nur noch darum geht, sich um das eigene Ego zu drehen.³³ Die in der Autonomen-Szene seit Beginn der 1990er Jahre geführten Militanz- und Organisationsdebatten seien im postautonomen Verständnis daher als Indikator dafür zu werten, dass es autonomer Politik an Homogenität mangelt und aus dieser strukturellen Krise die oftmals misslingende Vermittelbarkeit linksextremistischer Aktionsformen herrühre. Als Antwort auf diese Entwicklung versuchen Postautonome nunmehr, auch gegen teilweise heftige Widerstände aus dem Autonomen-Spektrum, das eigene Handeln besser zu organisieren und zu vernetzen, um so die Schlagkraft der Bewegung in der Erwartung zu erhöhen, dadurch eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz zu erlangen.³⁴

³¹ Il im Aufbruch (Anm. 24).

³² Autonome Studis Bolschewik (Anm. 10).

³³ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 23), S. 121.

³⁴ Vgl. Autonome Studis Bolschewik (Anm. 10).

2.3. Struktur

Die Autonomen-Szene ist nicht homogen, sondern differenziert sich in diverse, zumeist lose organisierte Gruppierungen ohne einheitlichen ideologischen Überbau. Formell lehnen Autonome Organisationsstrukturen und Führungspersönlichkeiten ab. „Etliche sehen sich durchaus als Revolutionäre, Anarchisten, Sozialisten. Aber eine Partei mit Programm und Sekretär lehnen nahezu alle ab“, heißt es dazu in ihren eigenen Worten.³⁵ Sie organisieren sich überwiegend über Kleingruppen, die durch persönliche Kontakte bzw. projekt-, aktions- oder themenbezogene Zusammenhänge zustande gekommen sind. Viele von ihnen gleichen eher „losen Cliques“ ohne formale Strukturen und Netzwerke.³⁶ Das wiederum schränkt ihre Handlungsfähigkeit und öffentliche Wahrnehmung ein und führt dazu, dass sich entsprechende Zusammenschlüsse oftmals so schnell wieder auflösen, wie sie entstanden sind.

Postautonome beklagen diese Zustände und sehen in ihnen die Ursache für die Krise, in der sich die Autonomen-Szene befindet. Im Gegensatz zur autonomen Vorgehensweise ist die postautonome langfristig angelegt und verfolgt eine Strategie der kleinen Schritte.

Ein wesentlicher Aspekt ist ihre breit gefächerte Bündnispolitik, mit der eine Öffnung bis ins demokratische Spektrum der Gesellschaft und hin zu bislang unpolitischen Bevölkerungsschichten verbunden ist. Dieser Vorgehensweise liegt die Intention zugrunde, möglichst viele Personen über die gezielte Zuspitzung aktueller und realpolitischer (Krisen-)Themen mit einzubeziehen und mittelfristig zu radikalisieren. Gezielt versuchen Postautonome deshalb bei nahezu jedem politisch aktuellen Thema zu intervenieren und es mit ihrer ideologischen Agitation zu besetzen. So waren sie an zentraler Stelle an der Organisation der Proteste gegen die Eröffnung des Neubaus der „Europäischen Zentralbank“ (EZB) in Frankfurt am Main am 18. März 2015 ebenso beteiligt wie an der Vorbereitung der Protestaktionen ge-

³⁵ A.G. Grauacke, Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin/Hamburg/Göttingen 3. Auflage 2003, S. 25.

³⁶ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen, Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn 2011, S. 46.

gen den G7-Gipfel der führenden Wirtschaftsnationen im bayerischen Elmau im Juni 2015.³⁷

Eine gewisse Offenheit und Transparenz sowohl in ihrem politischen als auch persönlichen und ideologischen Auftreten ist für dieses Agieren wesentlich. Zu Gute kommt den Postautonomen dabei, dass sie, im Gegensatz zu den „klassischen“ Autonomen, in der Regel lebensälter, zumeist (sehr) gut ausgebildet und beruflich oftmals etabliert sind. Das wiederum ermöglicht es ihnen, vielfältige Netzwerke bis weit in die bürgerliche Gesellschaft hinein zu knüpfen und sie für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren. Das führt dazu, dass sie an nahezu sämtlichen gesellschaftlichen Gruppierungen, weit über ihr originäres Spektrum hinaus, teilhaben können. Dieses temporäre Zusammenwirken stellt wiederum für die Sicherheitsbehörden eine große Herausforderung dar. Kommt es doch bei ihrer Aufgabenerledigung darauf an, fein säuberlich zwischen dem legitimen und gesellschaftlich notwendigen demokratischen und dem linksextremistischen Protest zu unterscheiden.³⁸

2.4. Gewaltfrage

Autonome kennzeichnet ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft. Auch wenn nicht alle von ihnen selber Gewalt ausüben, so befürworten sie in der Regel dennoch den Einsatz von Gewalt. Als Militanter gilt daher nicht nur der aktiv Handelnde, sondern auch derjenige, der Gewalt in Kauf nimmt bzw. mit gewaltsamen Aktionen sympathisiert.³⁹ Die linksautonome Gewaltbereitschaft basiert auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat und die ihn nach linksautonomer Auffassung stützenden Rechtsextremisten zählen.⁴⁰ Um diese zu bekämpfen, halten Autonome alle Widerstandsformen bis hin zum Einsatz von Gewalt für legitim. Politisch motivierte Gewalt dient ihnen als „Geburtshelfer einer neuen Gesellschaft“, denn um die herrschafts-

³⁷ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 23), S. 120.

³⁸ Vgl. ebenda.

³⁹ A.G. Grauwasche, Autonome (Anm. 35), S. 142.

⁴⁰ Vgl. Gross/Schultze, Die Autonomen (Anm. 6), S. 56.

freie Gesellschaft zu errichten, muss zuvor der Staat als Garant der bisherigen Ordnung radikal beseitigt werden.⁴¹

Um die von Autonomen ausgehende Gewalt richtig einordnen zu können, muss man sich ihren Gewaltbegriff vergegenwärtigen. In Anlehnung an den norwegischen Friedensforscher Johann Galtung liegt die Ursache für Gewalt in den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen.“ Diese üben keine physische, sondern eine auf gesellschaftlichen Strukturen wie Werte, Normen, Institutionen und Machtverhältnissen basierende „strukturelle Gewalt“ auf ihre Bürger aus. Sie ist systemimmanent, drückt sich durch Ungleichheit unterschwellig aus und hindert den Einzelnen daran, sich seinen Anlagen und Möglichkeiten entsprechend frei zu entfalten.⁴² Da diese „Diktatur der Gewalt“ den kapitalistischen Systemen inhärent ist, leiten nicht nur Autonome, sondern Linksextremisten im Allgemeinen daraus unter Berufung auf den Philosophen und Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse ein Naturrecht von „unterdrückten“ Minderheiten auf Widerstand ab. Dieser prägte dafür das Prinzip „Gegengewalt“.⁴³ Es versteht sich ausschließlich als Reaktion auf die vermeintliche „Gewalt des Systems“ und somit als ein reaktives und dadurch legitimes Mittel, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen.

Im Gegensatz zu den „klassischen“ Autonomen ist das Verhältnis der Postautonomen zur Gewalt widersprüchlich. Einerseits distanzieren sie sich von der Anwendung von Gewalt als politisches Mittel, da man „die Gewalt und die gewalttätigen gesellschaftlichen Verhältnisse“ überwinden will. Andererseits betonen sie: „Unsere Mittel und Aktionsformen, defensive wie offensive, bestimmen wir also strategisch und taktisch in den jeweiligen Situationen, so wie wir sie verantworten können, und entlang unserer grundsätzlichen Ziele und der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die wir vorfinden und verändern. Es geht uns darum, die kollektive Fähigkeit herzustellen, die Wahl der Mittel nach unseren Zielen selbst zu bestimmen.“⁴⁴ Die Absicht, das

⁴¹ Vgl. Bergsdorf/van Hüllen, Linksextrem, (Anm. 36), S. 34.

⁴² Vgl. Johan Galtung, Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1982.

⁴³ Herbert Marcuse, Repressive Toleranz, in: Robert Paul Wolff/Barrington Moore/Herbert Marcuse, Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt 1966, S.127.

⁴⁴ Il im Aufbruch (Anm. 24).

demokratische Spektrum als potentiellen Bündnispartner nicht zu verlieren, dürfte für diese zweideutige Haltung ursächlich sein. Verstehen sich doch Postautonome als Scharnier zwischen gewaltbereiten Linksextremisten und gemäßigten Linken.⁴⁵ Ihr Verhältnis zur Gewalt ist daher in erster Linie taktischer Natur, zumal sie sich in ihren Papieren bislang nicht eindeutig von Gewalt distanziert haben.

3. Postautonome Bündnisse

3.1. „Interventionistische Linke“ (IL)

Die IL kann zurzeit als das bedeutendste postautonome Bündnis betrachtet werden. Es begann damit, dass sich 1999 in einer ersten Phase undogmatische linksextremistische Gruppierungen und Einzelpersonen in „Beratungstreffen“ zusammenfanden, um nach Wegen zu suchen, wie die Handlungsfähigkeit und Wahrnehmbarkeit der „radikalen Linken“ in der Bundesrepublik Deutschland erhöht werden könnte. Da die IL „keine Säulenheiligen“ hat und auch „keiner eindeutig abgrenzbaren theoretischen Lehre“⁴⁶ folgt, konnte sie diese Treffen ab 2004 gezielt für linksextremistische Gruppen aus dem postautonomen Spektrum mit dem Ziel öffnen, die den Autonomen nahestehenden Strömungen zusammenzuführen.⁴⁷

Die IL formierte sich daraufhin zu einem bundesweit agierenden Netzwerk linksextremistischer Gruppierungen und Einzelaktivisten weitgehend antiimperialistischer Ausrichtung, dem aber auch im geringen Maße nichtextremistische Personen angehören.⁴⁸ Seitdem betrachtet sie sich als ein organisierter „undogmatischer Zusammenschluss von Einzelpersonen und Gruppen aus der undogmatischen und post-autonomen Linken“, die in gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen mit dem Ziel intervenieren möchte, „eine radikale Linke, die (sich) auf den revolutionären Bruch mit dem nationalen und dem

⁴⁵ Vgl. Berliner Verfassungsschutz (Hrsg.), Info-Linksextremismus, Berlin 2014, S. 38.

⁴⁶ IL im Aufbruch (Anm. 24).

⁴⁷ Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014, S. 136.

⁴⁸ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 23), S. 124.

globalen Kapitalismus, mit der Macht des bürgerlichen Staates und allen Formen von Unterdrückung, Entrechtung und Diskriminierung orientiert“, auf den Weg zu bringen.⁴⁹ Dem folgte ab 2010 eine intensive Organisationsdebatte, die mit einem von der IL herausgegebenen „Zwischenstandspapier“ vom 11. Oktober 2014 die Umstrukturierung der IL von einem Netzwerk zu einer Organisation abschloss.⁵⁰ Zahlreiche Autonome Gruppen wie die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB), Fels und ARAB sind seitdem weitgehend in der IL aufgegangen und fungieren seitdem als IL-Ortsgruppen. Andere, wie beispielsweise die „Antifaschistische Linke International“ (A.L.I.) aus Göttingen, gehören als eigenständige Gruppierung der IL an.⁵¹

Inhaltlich orientiert sich die IL „am langfristigen Ziel einer radikalen Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ Notwendiger „Bestandteil einer solchen radikalen Transformation ist der revolutionäre Bruch, dem wiederum viele kleine Brüche, die entlang von Kämpfen stattfinden, vorausgehen und folgen“, denn um „den Weg zu einer befreiten Gesellschaft freizumachen, braucht es die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Kapitalverwertung, auf denen die ökonomische Macht basiert, und die Überwindung des bürgerlichen Staatsapparates als Garant dieser Eigentumsordnung.“⁵² Ihre Politik versteht sich demzufolge als „außerparlamentarisch und grundsätzlich antagonistisch zum Staat.“⁵³

Um an das demokratische Spektrum anschlussfähig zu sein, bemüht sich die IL um ein gemäßigteres äußeres Erscheinungsbild als es sonst in der Autonomen-Szene üblich ist. So sind ihre Protagonisten beispielsweise bei Demonstrationen bereit, auf szenetypische Kleidung und die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Das bedeutet aber nicht, dass sie nicht weiterhin militant wären. Vielmehr halten sie sich

⁴⁹ Die Interventionistische Linke - Wir über uns, in: <http://www.interventionistische-linke.org/interventionistische-linke/die-interventionistische-linke-wir-ueber-uns> (gelesen am 11.11.2014).

⁵⁰ Il im Aufbruch, (Anm. 24). Die meisten der in der IL organisierten Gruppierungen benannten sich in IL-Ortsgruppen um.

⁵¹ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 23), S. 127.

⁵² Il im Aufbruch (Anm. 24).

⁵³ Ebenda.

aus taktischen Gründen in der Gewaltfrage zurück. Aus diesem Grunde kann die IL eine wichtige Scharnierfunktion zwischen dem gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum, dem dogmatischen Linksextremismus und dem demokratischen Protestpotential einnehmen. Dieser Umstand ermöglicht es ihr, Mobilisierungserfolge zu erzielen - ohne das damit auch zugleich Organisationserfolge verbunden wären - und unterstreicht gleichermaßen die wachsende Bedeutung des Netzwerkes für die gesamte linksextremistische Szene.⁵⁴

Da die IL sich weiterhin als aktionsorientiert begreift, tritt sie regelmäßig bei der Organisation von Protesten gegen internationale Großereignisse in Erscheinung. Thematisch konzentriert sie sich dabei vor allem auf die Themenfelder „Antifaschismus“, „Antikapitalismus“, „Antiimperialismus“, „Antiglobalisierung“ und „Antimilitarismus“.⁵⁵ Im Jahr 2007 konnte so erstmals eine breitere Öffentlichkeit auf die IL aufmerksam werden. An entscheidender Stelle mobilisierte sie zu den Protestaktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) und hatte mit Blick auf die angestrebte Erhöhung der Handlungsfähigkeit und Wahrnehmbarkeit des linksextremistischen Spektrums damit durchaus Erfolg. So organisierte sie u.a. unter dem Motto „Make capitalism history“ den „Schwarzen Block“ auf der Großdemonstration von Rostock und war im Rahmen der Kampagne „Block G8“ auch für die Blockadeaktionen gegen den Gipfel mit zuständig.⁵⁶ In den Folgejahren war das Netzwerk für verschiedene bundesweite Kampagnen zumindest mitverantwortlich. So mobilisierte es unter dem Motto „Dresden Nazifrei“ zu den Protesten gegen die alljährlichen rechtsextremistischen Aufmärsche in Dresden und beteiligte sich an der gegen die Transporte hochradioaktiver Brennstäbe ins atomare Zwischenlager in Gorleben gerichteten Aktion „Castor? Schottern!“⁵⁷

Von besonderer Bedeutung für Postautonome im Allgemeinen und die IL im Besonderen sind in diesem Zusammenhang die von ihr im

⁵⁴ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 23), S. 124f.

⁵⁵ Vgl. Schroeder/Deutz-Schroeder, Gegen Staat und Kapital, (Anm. 12), S.161.

⁵⁶ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 23), S. 124.

⁵⁷ Ebenda.

Rahmen der „Blockupy“-Bewegung mitorganisierten „Krisenproteste“, weil „wir uns im Zuge der großen europäischen Mobilisierungen eine transnationale Perspektive auf neue Weise wieder angeeignet haben.“⁵⁸ So war die IL federführend an den (gewaltsamen) Protestaktionen gegen die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik in Frankfurt am Main in den Jahren 2012, 2013 und am 18. März 2015 bei der Eröffnung des neuen Dienstgebäudes der EZB beteiligt.⁵⁹

3.2. „... ums Ganze! – kommunistisches Bündnis“ (uG)

Das uG wurde nach eigener Darstellung 2006 gegründet, um „linksradikale Gesellschaftskritik überregional zu organisieren und handlungsfähig zu machen.“⁶⁰ Ihm gehören verschiedene Gruppierungen wie „Kritik&Praxis“ aus Frankfurt am Main, „Fast Forward“ aus Hannover, „redical M“ aus Göttingen, „the future is unwritten“ aus Leipzig oder die „autonome antifa [w]“ aus Wien an.⁶¹

Dem uG geht es nicht nur um eine „Kritik, für die es weder Institutionen noch Parlamente noch feste Verfahren“ gebe, sondern auch um die „Kritik gesellschaftlicher Herrschaft als ganzer.“⁶² Kapitalismus ist nach Meinung des Bündnisses nicht nur eine Wirtschaftsordnung, sondern ein umfassendes Herrschaftsverhältnis, dass „in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung angelegt (ist) – in der Art und Weise, wie Individuen, Unternehmen und Nationalökonomien sich im Kapitalismus tagtäglich reproduzieren müssen.“⁶³ Staat, Kapital und Markt bilden ein konfliktträchtiges System gesellschaftlicher Herrschaft, das sich in jeder Alltagssituation manifestiere und sich „nur als Ganzes“ bekämpfen lasse. Der bürgerliche Staat als Hüter des Rechts stehe deshalb außerhalb der kapitalistischen Konkurrenz und schütze dessen

⁵⁸ Vgl. Die soziale Frage ist offen. Lassen wir sie nicht rechts liegen!, <http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/die-soziale-frage-ist-offen-lassen-wir-sie-nicht-rechts-liegen> (gelesen am 25. Februar 2016).

⁵⁹ Vgl. Udo Baron, Der G7-Gipfel in Schloss Elmau, in: Politische Studien, Nr. 459/2015, S. 48-57, hier S. 53.

⁶⁰ Bündnis ... ums Ganze!, Über uns, <http://umsganze.org/ueber-uns> (gelesen am 4. März 2015).

⁶¹ Vgl. ebenda.

⁶² Ebenda.

⁶³ Ebenda.

Voraussetzungen. Dazu heißt es in einer ihrer Verlautbarungen: „Um Recht und Gesetz durchsetzen zu können, beansprucht er das Gewaltmonopol - das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit gegenüber allen Menschen und ökonomischen bzw. institutionellen Akteuren auf seinem Territorium. Bereits diese zentrale Funktion des Staates dokumentiert, dass die kapitalistische Gesellschaftsordnung von einer alltäglichen Tendenz zu Gewalt und Betrug geprägt ist.“⁶⁴ Um diese vom Staat ausgehende Gewalt zu beenden, muss nach Meinung des uG die Herrschaft von Staat und Kapital sowie „die Form Staat, die diese zwanghafte und konflikträchtige Ordnung mehr oder weniger autoritär zu regieren und zu steuern versucht“ zugunsten einer herrschaftsfreien kommunistischen Gesellschaft abgeschafft werden⁶⁵, denn ein „Ende der Gewalt ... das geht nur ohne Kapitalismus.“⁶⁶

Zwar steht die „theoretische Auseinandersetzung ... bei unseren Aktivitäten im Fokus.“⁶⁷ Dennoch bleibt das dahinter stehende Kommunismus-Verständnis des Bündnisses trotz ausgedehnter Grundsatzpapiere diffus. Eine negative Abgrenzung erfolgt zwar zum Staatssozialismus à la DDR, der als ein missglücktes Experiment bezeichnet wird. Die wiederholte Berufung auf das „Kommunistische Manifest“ lässt aber auf ein eher klassisches Marxismusverständnis schließen.⁶⁸

Die weitgehend antideutsche⁶⁹ Ausrichtung des uG wird vor allem an ihrer auf die Bundesrepublik fokussierten fundamentalen Kritik deut-

⁶⁴ Bündnis ... ums Ganze!, Zur Kritik des kapitalistischen Normalvollzugs: Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit, http://www.ums-ganze.org/media/Staatstext_web.pdf (gelesen am 5. März 2014).

⁶⁵ Ebenda.

⁶⁶ Für ein Ende der Gewalt – Fight capitalism 100%, <http://umsganze.org/16-bis-19-5-fuer-ein-ende-der-gewalt-fight-capitalism-100/> (gelesen am 29. Februar 2016).

⁶⁷ Bündnis ... ums Ganze!, Über uns (Anm. 60).

⁶⁸ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 23), S. 122.

⁶⁹ Mit Beginn der 1990er Jahre bildete sich mit den sogenannten Antideutschen eine neue Strömung innerhalb des autonomen Spektrums heraus, die sich gegen einen vermeintlichen deutschen Nationalismus wandte. Vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung befürchteten ihre Aktivisten ein Erstarken des Nationalismus innerhalb der vereinigten Bundesrepublik und eine Rückkehr zum Nationalsozialismus. Im Zuge der Golfkriege von 1990 und 2003 solidari-

lich. So heißt es in einem auf ihrer Internetseite publizierten Kampagnenaufwurf „There is an alternative – Kommunismus statt Schweinesystem!“ aus dem Juli 2014 über die nach ihrer Auffassung ständig steigende Dominanz Deutschlands in Europa: „Diese Ausweitung ist dabei nicht einfach das Ergebnis eines neuen deutschen Imperialismus, vielmehr hat sich die deutsche Form der kapitalistischen Herrschaftssicherung auch in den Augen der europäischen Eliten vorerst als erfolgreich erwiesen. Die Krise wird genutzt, das deutsche Modell auch lokal durchzusetzen, was zuvor gegen lokale Widerstände in Europa nicht möglich war ... Was den deutschen Staat und seine Nation nur umso hassenswerter macht.“⁷⁰ Vor allem der Tag der deutschen Einheit stellt einen besonderen Schwerpunkt medienwirksamer Protestveranstaltungen des im uG organisierten antideutschen Spektrums dar, um so einer breiteren Öffentlichkeit ihre ideologische Sichtweise näher zu bringen.

Wie die IL, so engagiert sich das uG vor allem im Bereich Antikapitalismus und Antifaschismus. Seine Beteiligung an den gewalttätigen Protesten gegen den G8-Gipfel von Heiligendamm machten es erstmalig einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Zudem gehört das uG in den letzten Jahren auch zu den Mitorganisatoren der „Blockupy Krisenproteste“ gegen die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik in Frankfurt am Main und mobilisierte zu den gewalttätigen Protesten gegen den alljährlich im Januar in Wien stattfindenden Wiener Akademikerball.⁷¹

4. Schlusswort und Zusammenfassung

Die Entwicklung innerhalb der Autonomen-Szene zeigt, dass sich diese seit geraumer Zeit in einer grundsätzlichen inhaltlichen und strukturellen Krise befindet. Verantwortlich dafür sind vor allem der ausge-

rierten sie sich bedingungslos mit dem Staat Israel und seiner Schutzmacht, den USA, woraufhin es zum Bruch mit den übrigen Autonomen kam.

⁷⁰ There is an alternative – Kommunismus statt Schweinesystem! Ein Kampagnen-Aufruf von ... ums Ganze!, <http://umsganze.org/there-is-an-alternative/>, (gelesen am 3. März 2016).

⁷¹ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 23), S. 123.

prägte Grad ihrer Unorganisiertheit, ihre unzureichende Vernetzung, ihre theoretische Unbedarftheit, ihre Selbstbezogenheit und ein daraus resultierender blinder Aktionismus wie ihr von Kritikern aus den eigenen Reihen immer wieder vorgehalten wird. Aus diesem Grunde dürften autonome Organisationen gegenwärtig weder für die eigene Klientel noch für das nichtextremistische Spektrum sonderlich attraktiv sein.

Zunehmend konfrontiert mit der Frage nach der Sinnhaftigkeit des eigenen Tuns, zeichnen sich aber in der letzten Zeit nachhaltige Veränderungen innerhalb des Autonomen-Spektrums ab. Manche ihrer Akteure sind sich der Situation durchaus bewusst, in der sich ihre Bewegung befindet. Sie versuchen über die reine Kritik hinaus die Autonomen-Szene nachhaltig zu verändern.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sind in den letzten Jahren bundesweit verschiedene dogmatisch und undogmatisch ausgerichtete linksextremistische Bündnisse autonomer Provenienz entstanden. Diese zunehmenden Vernetzungsbestrebungen von Teilen der heterogenen und traditionell organisationsfeindlichen Autonomen deuten auf einen möglichen Wandel von Teilen dieses Spektrums zu einem höheren Grad der Organisation und Vernetzung hin, zumal sie sich nicht allein auf den nationalen Rahmen beschränken. So hat sich etwa 2013 das uG auf internationaler Ebene mit griechischen und britischen Gruppierungen zur Allianz „Beyond Europe – Antiauthoritarian platform against capitalism“ zusammengeschlossen.⁷²

Im Gegensatz zu den dogmatischen Bündnissen, deren starre ideologische Ausrichtung kaum mit dem autonomen Denken vereinbar sein dürfte, könnte der postautonome Ansatz möglicherweise der Königsweg hinsichtlich einer erfolgreichen Neuorientierung des autonomen Spektrums sein. Wenn es den Postautonomen gelänge, die verstreuten autonomen (Kleinst-)gruppen zu organisieren, zu vernetzen und ihnen wieder einen theoretischen Überbau zu geben, könnte die postautonome Bewegung langfristig auch zu einer nicht zu unterschätzenden Herausforderung für den demokratischen Rechtsstaat werden. Ob sich aber der postautonome Ansatz innerhalb des autonomen Spektrums

⁷² Vgl. Beyond Europe, About us, <http://beyondeurope.net/category/ums-ganze/> (gelesen am 11. März 2016).

durchsetzen kann, darf durchaus angezweifelt werden. Denn die Entwicklung zu postautonomen Strukturen wird nicht unwidersprochen von dem „klassischen“ Autonomen hingenommen. Vielmehr ist der postautonome Gedanke innerhalb der Autonomen-Szene höchst umstritten, da er dem autonomen Selbstverständnis zuwiderläuft.

Während noch viele Autonome den postautonomen Ansatz kategorisch ablehnen, weil sie darin einen Verlust autonomer Identität sehen, sind manche von ihnen zwischenzeitlich bereits mit ihren Gruppierungen teilweise oder vollständig in postautonomen Bündnissen aufgegangen. Andere wiederum wirken in postautonomen Strukturen mit, ohne damit ihre Eigenständigkeit aufgegeben zu haben wie beispielsweise die Göttinger A.L.I. Beispielhaft für das Dilemma, in dem sich die Autonomen-Szene befindet, steht die Entwicklung der mittlerweile aufgelösten ALB. Sie beschreibt in ihrer Auflösungserklärung, dass sie insbesondere an ihrer Uneinigkeit über der Frage, ob sie eine autonome Antifa-Gruppe bleiben oder sich in eine postautonome Gruppierung transformieren solle, gescheitert sei. Im Resultat führte das dazu, dass sich ihre Mitglieder mittlerweile in autonomen ebenso wie in postautonomen Gruppierungen wiederfinden oder aber sich politisch ganz zurückgezogen haben.⁷³

Künftig bleibt somit abzuwarten, ob sich einer dieser geschilderten Ansätze innerhalb des Autonomen-Spektrums durchsetzen kann bzw. welcher von ihnen. Sollte sich der „klassische“ Autonome d.h. der organisations- und hierarchiefeindliche und eher ideologiefreie Linksextremist behaupten, so wird sich höchstwahrscheinlich die Zerrissenheit und Orientierungslosigkeit der Autonomen-Szene bis hin zu ihrer Marginalisierung und Bedeutungslosigkeit fortsetzen. Verstetigt sich dagegen die Entwicklung zum Postautonomen, so könnte sich der „klassische“ Autonome in einen vernetzten, organisierten und ideologisch aufgeladenen Postautonomen wandeln und dadurch die Schlagkraft der autonomen Szene im nicht unerheblichen Maße erhöhen.

⁷³ Vgl. Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015, S. 131f.

G7-Proteste linksextremistischer Gruppen in Garmisch (2015): Erklärungsansätze für das Scheitern der Massenproteste

Andreas M. Vollmer

1. Einleitung und Fragestellung:

Spektakuläre Aktionen gegen politische Mega-Ereignisse gehören zum Selbstverständnis linksextremistischer Gruppen. Sie weisen eine langjährige Kontinuität auf, die über den G8-Gipfel von Heiligendamm (2007) hinausgehen. Dort, wie bei den Protesten gegen rechts-extremistische Aufmärsche, gelingt ein „Andocken“ an das demokratische Spektrum meist problemlos. Bei Massenprotesten, wie auch den Anti-G7-Aktionen des Jahres 2015, haben temporäre Bündnisse mit einem „Aktionskonsens“ eine elementare Bedeutung. Es ist ein Minimalkonsens, der für alle Gruppen umfassend gemeinsame Ziele formuliert und zugleich die Klippe „Umgang mit Gewalt“ zu umschiffen versucht. Seine Klammerfunktion ermöglicht die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure, die vom (links-) bürgerlichen Spektrum über orthodoxe Kommunisten bis zu den gewaltgeneigten Autonomen reichen.

Protestaktionen bei Großereignissen werden über Bündnisse initiiert, vorbereitet und umgesetzt. Dort erfolgt meist erst im Nachhinein bei einem unfriedlichen Verlauf eine Problematisierung. Ein Beispiel lieferten die Proteste gegen die EZB-Eröffnung in Frankfurt am Main im Jahr 2015. Die gewaltsamen Ausschreitungen waren intern akribisch vorbereitet und gut organisiert. Gleichzeitig reflektierten sie das aktuelle bundesweit aktivierbare Potential gewaltgeneigter autonomer Gruppen. Von Interesse ist, weshalb beim G7-Gipfel 2015 die Massenproteste anders als in Frankfurt scheiterten. Stereotype Erklärungen, wonach die abgeschiedene Lage in den Bergen die Massenmobilisierung verhindert habe, greifen zu kurz. In der folgenden Betrachtung stehen linksextremistische Gruppen und Personen im Fokus.¹ Die bisher fehlenden Erklärungsansätze, denen hier nachge-

¹ Der Beitrag ist aus der Perspektive der politikwissenschaftlichen Extremismusforschung formuliert.

gangen wird, liefern eine Medienauswertung, vorwiegend anhand von primären Quellen. Die Forschungslücke einer Bilanzierung mit Blick hinter die Kulissen (Interviews mit Akteuren) und einem Vergleich zum G8-Gipfel (2007) wartet noch auf eine wissenschaftliche Bearbeitung.

Die zentrale Frage lautet hier: Warum scheiterten bei den Anti-G7-Protesten in Garmisch/Elmau angekündigte Massenproteste und welche Erklärungen liefern wichtige Gruppen und Akteure? Dazu wird auf die Entstehung des G7-Aktionsbündnisses, seine frühe Spaltung und wesentliche Akteure eingegangen. Außerdem geht es um die räumliche und zeitliche Trennung von Protestaktivitäten weitgehend demokratischer Organisationen in München von vorwiegend linksextremistischen Gruppen in Garmisch-Elmau. Anschließend stehen Erosionstendenzen in der bundesweiten Anti-G7-Mobilisierungslandschaft im Fokus. Nach den Selbstreflexionen einschlägiger Gruppen und Akteure zu den Protesten folgt eine problemorientierte Zusammenfassung.

2. Das Anti-G7-Bündnis: frühe Spaltung und die „Gewaltfrage“

Die G7-Proteste des Jahres 2015 galten im Vorfeld lange als ein neuer Höhepunkt und Meilenstein bundesweiter Aktionen, jedenfalls in der Selbstwahrnehmung ihrer Akteure. Ab 2014 liefen vor Ort wie in ganz Deutschland bereits Vorbereitungs- und Vernetzungstreffen. Die vorliegende Erörterung stellt auf das „Bündnis Stop G7 Elmau“ und einige inkludierte Organisationen ab, weil diese als Träger einer links-extremistischen Bündnisstrategie gewertet werden können.² Die Anknüpfung an eine über Jahre gewachsene und gesellschaftlich akzeptierte Bündnispolitik des „Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz“ in München liegt nahe. Darauf weist bereits eine gewisse personelle Kontinuität hin. So war zum Beispiel der langjährige Münchner Funktionär der „Deutschen Kommunistischen

² Vgl. zur Bündnisstrategie allgemein: Bettina Blank, Neue Wege in der „antifaschistischen“ Bündnispolitik? „Dresden 2010“ und das Konzept der „friedlichen Massenblockaden“, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (II), Brühl 2014, S. 84-111.

Partei“ (DKP), Claus Schreer, zeitweise eine treibende Kraft in beiden Bündnissen. Die Diktion des Erstauftrufes³ wie Organisation und Ablauf erster Aktionstreffen belegten ebenfalls eine Kontinuität, die jedoch nicht lange erhalten blieb. Zunächst lief alles nach Plan. Im Sommer 2014 gründete sich das „Bündnis Stop G7 Elmau“ und diskutierte über den Aufruf wie den Bündniskonsens. Die Lage des G7-Gipfels in den Alpen führte früh zur Grundsatzfrage, ob eine Massenmobilisierung besser in der Region Garmisch oder in der Großstadt München stattfinden solle.

Die Diskussionskultur schritt fort und zeigte bereits Ende Dezember 2014 die Unabwendbarkeit der Bildung mehrerer Lager. Anders als beim G8-Protest in Heiligendamm spaltete sich das breite Protestbündnis gegen den G7-Gipfel 2015 bereits im Vorfeld. Auslöser war der Streit: Großdemonstration in Garmisch-Elmau oder in München? Während das „Bündnis Stop G7 Elmau“ an einer Mobilisierung in Garmisch-Elmau festhielt, zogen einige demokratische Organisationen, darunter Attac, die Reißleine.⁴ Sie traten für einen Alternativgipfel bzw. eine machtvolle Demonstration in München ein und bildeten später den gesellschaftlich breiter aufgestellten „Trägerkreis zur G7-Demo in München“. Die Vermittlung der Aktionsnotwendigkeit für Garmisch-Elmau in die Mitte der Gesellschaft wurde schwieriger, weil sich größere nicht-extremistische Vereinigungen einem vermeintlich breiten Bündniskonsens entzogen und stattdessen auf konkurrierende Veranstaltungen setzten. Allerdings wurde die faktische Bündnisspaltung von linksextremistischen Parteien, Gruppen und Personen nicht nachvollzogen. Diese versuchte vielmehr mit einem kräftezehrenden Spagat an beiden Aktionsorten mitzumischen.

Im Garmischer Bündnisspektrum verblieb eine Reihe von (kleineren) Organisationen, die wortgewaltig über eine Massenmobilisierung philosophierten, zum Teil jedoch über die eigenen Füße stolperten. So kam vor dem Gipfel eine „Gewaltdebatte“ auf. Ein Pressesprecher des Bündnisses, der Münchner Funktionär der Partei „Die Linke“ Manfred Hoffmann, legte wegen fehlenden Distanzierung von Gewalt sein Amt

³ Vgl. Claus Schreer, Aufruf des G7-Bündnisses, in: www.kommunisten.de/ (gelesen am 29. Dezember 2014).

⁴ Vgl. Attac Deutschland, Protest gegen G7-Treffen in Elmau, in: www.attac.de/ (gelesen am 13. September 2015).

mit klaren Worten nieder: „...so stellt das delphische Hineinprüfen von Gewaltbereitschaft in den Aktionskonsens⁵ im Februar 2015 vielleicht den entscheidenden Wendepunkt dar. Dies äußerte sich sichtbar in der fehlenden Distanzierung von den Gewalttaten im Rahmen der Blockupy-Proteste am 18. März 2015 – unabhängig davon, ob diese von der Staatsmacht geplant und begangen wurden oder von anderen verursacht waren. Stattdessen verschlangen sich Einzelne fortwährend vor Mikrofonen und Kameras in wortreiche Aussagelosigkeit. Die Kommunikationsstrategie des Arbeitskreises Presse, sich bereits im Vorfeld der Proteste von Gewalt zu distanzieren, wurde dabei mit Füßen getreten.“⁶

Die kritische Botschaft löste ein Erdbeben aus, wie Erkan Dinar, ein Vorstandsmitglied der Partei „Die Linke Bayern“, schrieb: „Der Kreissprecher der Münchner Linkspartei Manfred Hoffmann ist als Pressesprecher des Anti-G7-Bündnisses ‘Stop-G7-Elmau’ zurückgetreten, weil es im Vorfeld keine klare Distanzierung von Gewalt gab. Er spielt damit das Spiel der Herrschenden mit und kriminalisiert schon im Vorfeld den berechtigten Protest. Solche Zugeständnisse sind unangebracht und delegitimieren die Aktivitäten von vielen Linken auch in Deutschland einen gesellschaftspolitischen Aufbruch im Sinne einer vernünftigen Politik in Gang zu setzen. ... Mit strukturellen Gewaltmaßnahmen wurde die Arbeit der Organisatorinnen und Organisatoren fortwährend sabotiert. Viele Medien haben immer wieder darüber berichtet. Es reicht nun!“⁷

3. Das Anti G7-Bündnis (Elmau) und wesentliche Akteure

Die DKP und ihre parteinahe Jugendorganisation „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) versuchten antiimperialistische Positionen im Bündnis zu implementieren. Beide stellten fest: „Die

⁵ Vgl. Stop G7 Elmau 2015, Pressekonferenz vom 15.2.2015, in: www.stop-g7-elmau (gelesen am 28. September 2015).

⁶ Franz Rohleder, G7-Gipfel 2015: Protest-Sprecher wirft hin – keine klare Distanz zu Gewalt, in: www.merkur.de/ (gelesen am 13. September 2015).

⁷ Erkan Dinar, Jetzt gilt es den Protest gegen den G7-Gipfel nach München und ins bayerische Hinterland zu tragen, in: www.die-linke-weissenburg.de (gelesen am 20. September 2015).

Herrschenden der Welt sind zu Gast beim deutschen Imperialismus. ... Es wird ein Klima der Angst geschaffen, um die Gegenproteste zu delegitimieren. ... Lasst uns den G7 den Kampf ansagen!“⁸ Die Partei „Die Linke“ unterstützte vorwiegend propagandistisch die Proteste. Die parallele Durchführung eines Bundesparteitags in Bielefeld war ein Fauxpas. Trotz geringer personeller Ressourcen war die Aussage kämpferisch: „Wir sind bestrebt, hier Schnittstelle und Ansprechpartnerin für alle Menschen zu sein, die sich gegen eine Diktatur der Konzerne und der wenigen reichen Staaten wenden.“⁹

Das überregionale „[3A]* Revolutionäres Bündnis“ (ein Konglomerat autonomer und internationalistischer Gruppen, aber auch der SDAJ) mobilisierte mit einem Videoclip.¹⁰ „3A“ steht für antimilitaristisch, antikapitalistisch und antifaschistisch. Ein Totenkopf, der sich eine Maske der Kanzlerin Angela Merkel überzieht und das Ziel „ins Herz der Bestie“ zu stoßen, wirkten martialisch: „Wenn Obama zum Abend keinen Kaviar essen kann wäre das schon ein kleiner Erfolg. ... Für die Aktionen zum G7-Gipfel verweisen wir auf Aktionskonsens des Bündnis ‘Stop G7 Elmau’ außerdem sind wir solidarisch mit allen Kräften die sich mit ihren Aktionen gegen den Gipfel richten und lassen uns von niemandem in verschiedene Lager spalten. ... Das Bündnis ‘Stop G7 Elmau’ ruft in erster Linie zu Blockaden auf, hieran wollen wir uns auch beteiligen.“¹¹ (Fehler im Original übernommen)

Verdeckt agierte die „Gruppe Arbeitermacht“ (GAM), eine kleine trotzkistische Vereinigung¹², deren Ziele eindeutig sind: „Die Gruppe Arbeitermacht ist eine internationalistische, kommunistische Organisation. ... Unser Ziel ist die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. ... Daher treten wir in

⁸ DKP und SDAJ, Aktiv werden gegen den Gipfel im bayerischen Elmau, in: www.dkp-augsburg.de/ (gelesen am 5. September 2015).

⁹ Ohne Autor, Fünf Fragen an G7-Gegner, in: www.neues-deutschland.de (gelesen am 2. August 2015).

¹⁰ [3A]* Revolutionäres Bündnis, Blockupy war erst der Anfang: Den G7 Gipfel stürmen!, in: www.youtube.com/ (gesehen am 5. Juni 2015).

¹¹ [3A]* Revolutionäres Bündnis, Interview mit der SZ zum aktuell laufenden G7-Gipfel, in: <http://3a-rb.org/> (gelesen am 13. September 2015).

¹² Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Linksextremismus in Deutschland: Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014, S. 48-49; S. 128-130.

allen Kämpfen dafür ein, dass sie zu einem Schritt zum Sturz des Systems werden. Unser Ziel ist es, die ‘Tageskämpfe’ mit dem Kampf für den Sozialismus zu verbinden, eine Brücke vom Heute zur Befreiung der Arbeiterklasse zu schlagen.“¹³ Sie installierte einen der Pressesprecher im „Elmau-Bündnis“, der als der Student Georg Ismael¹⁴ auftrat. Zum „Revolutionären 1. Mai“ in Berlin (2015) formulierte er die wahren Ziele: „Wir brauchen ein kommunistisches Programm, eine internationale revolutionäre Partei, die wir aufbauen müssen. ... Lasst uns die Reihen schließen gegen unseren Hauptfeind: das deutsche Kapital, die deutsche Regierung – und niemand, kein Unterdrückungsapparat der Welt wird uns stoppen.“¹⁵ Den Medien gegenüber verzichtete er auf eine kommunistische Agitation, nicht aber auf Polemiken, wie die gegen das staatliche Gewaltmonopol.¹⁶

Die bayernweit bedeutsame „Organisierte Autonomie Nürnberg“ (OA) war ein wichtiger Träger autonomer Proteste. Die Vereinigung fällt mit dem Paradoxon „organisiert“ und „autonom“ auf und ist untypisch theorienah.¹⁷ Ihre klassenkämpferische Positionen lauteten: „Die weltweiten Verbrechen der herrschenden Klasse sind nicht einer abstrakten Systematik geschuldet, sondern es gibt Täter. Wenn die Herrschenden oder ihr politisches Personal uns quasi vor unserer Haustüre mit einem Gipfeltreffen belästigen, werden wir natürlich präsent sein, um gegen die Planung weiterer Verbrechen vorzugehen. ... Der Erfolg eines solchen Protests lässt sich natürlich an einem stärkeren Bewusstsein in der Bevölkerung messen, was die Barbarei des globalisierten Kapitalismus angeht.“¹⁸

¹³ Gruppe Arbeitermacht, Über uns, in: <http://arbeitermacht.de/> (gelesen am 20. September 2015).

¹⁴ Vgl. Gruppe Arbeitermacht, Interview des Genossen Georg Ismael in Garmisch bei den G7-Protesten, in: <https://dede.facebook.com/> (gelesen am 20. September 2015).

¹⁵ Georg Ismael, Arbeitermacht-Rede am ersten Mai, in: www.arbeitermacht.de/ (gelesen am 20. September 2015).

¹⁶ Vgl. Heiner Effer, Lisa Schnell, Wolfgang Wittl, Streitgespräch: G 3 im Bräustüberl, in: www.sueddeutsche.de/ (gelesen am 9. Juni 2015).

¹⁷ Vgl. Organisierte Autonomie, Das Spektakel des G7-Gipfels sabotieren, in: www.redside.tk/ (gelesen am 11. Oktober 2015).

¹⁸ Vgl. Ohne Autor, Fünf Fragen an G7-Gegner (Anm. 9).

Die „Antikapitalistische Linke München“ [ALM] bot einem gewaltverherrlichenden Mobilisierungsvideo¹⁹ ein Forum. Ihr Aufruf folgte einer kommunistischen Argumentationslinie: „Für den maximalen Profit einer kleinen Elite werden weltweit imperialistische Kriege geführt, während weitreichende Angriffe auf die Lebenssituation der Lohnabhängigen in Form von Sozialabbau, Aufrüstung und die Ausweitung der inneren Militarisierung zur politischen Normalität innerhalb dieser imperialistischen Staaten gehören. ... Blockadeaktionen, Demonstrationen und ein Protestcamp werden einen breit gefächerten, kämpferischen Widerstand bilden.“²⁰ Die ALM bezeichnete sich in der Anti-G7-Mobilisierungszeitung der „Perspektive Kommunismus“ (PK) als „beteiligte Organisation“²¹, ein Faktum für das spätere Heranziehen der G7-Nachbetrachtung der PK.

Die Gruppe „Revolutionäre Aktion Stuttgart“ trat mit aggressiver Rhetorik auf und verknüpfte ihre Mobilisierung mit dem Protest-Pathos vom G8-Gipfel in Heiligendamm: „An diesen Widerstand wollen wir anknüpfen und die Umrisse einer anderen Gesellschaft mit Demonstrationen, Camps und einem Gegengipfel sichtbar machen. ... Unsere Alternative sind die progressiven Kämpfe von heute und der revolutionäre Bruch mit dem bürgerlichen Staat und Kapitalismus. Drunter ist keine andere Gesellschaft zu haben.“²²

Für das „Bündnis Stop G7 Elmau“ war die Stoßrichtung klar. Es ging um die Störung des G7-Gipfels durch Blockaden, die an zwei Tagen stattfinden und konspirativ ablaufen sollten.²³ Dabei betonte das Bündnis im Februar 2015 einen „Aktionskonsens“, der für sich

¹⁹ Perspektive Kommunismus, Fight G7 – Gemeinsam Kämpfen gegen Kapitalismus, Rassismus und Krieg, in: <http://almuc.blogspot.eu/> (gesehen am 9. Juni 2015).

²⁰ Antikapitalistische Linke München: Die Mobilisierung gegen das Gipfeltreffen im Juni 2015 hat begonnen, in: <http://almuc.blogspot.eu/> (gelesen am 11. Oktober 2015).

²¹ Perspektive Kommunismus, Das war der Gipfel – Bericht & Auswertung, in: <https://linksunten.indymedia>. (gelesen am 2. August 2015).

²² Revolutionäre Aktion Stuttgart, Atemlos bis zum Sturz des Kapitalismus – G7-Gipfel 2015 stürmen, in: www.revolutionaere-aktion.org/ (gelesen am 11. Oktober 2015).

²³ Vgl. Stop G7 Elmau 2015, Blockadekonzept, in: www.stop-g7-elmau (gelesen am 28. September 2015).

sprach: „Wo möglich werden wir Polizeiketten durch- oder umfließen. Zwar werden wir ein Zusammentreffen mit der Polizei nicht ausschließen können, aber von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. ... Wir sind solidarisch mit allen Kräften die sich mit ihren Aktionen gegen den Gipfel richten und lassen uns von niemandem in verschiedene Lager spalten.“²⁴ Zu Krawallgruppen befragt, vermied der Sprecher Benjamin Ruß, ein Mitglied des Studierendenverbandes „Die Linke.SDS“²⁵, eine Positionierung zur Gewaltfrage. Er kündete dafür an: „Wir wehren uns gegen jede Kriminalisierung im Vorfeld. Wenn es zu irgendwelchen Eskalationen kommen sollte, kann man erst in dieser Situation entscheiden, wie es dazu gekommen ist.“²⁶ Die Aussagen zeigen, dass sich das Bündnis selbst ins Abseits stellte und einen Mobilisierungsschub für „breite Massen“ begrenzte. Juristische Auseinandersetzungen um die Errichtung des „Protestcamps“ bis vor Beginn der Proteste wirkten demotivierend. Im Camp wurden für die Bevölkerung uninteressante Themen wie „Latsch-Demonstrationen“, Antiimperialismus oder Klassenkampf behandelt, aber auch Taktiken im Umgang mit der Polizei diskutiert.²⁷

4. Erosionstendenzen in der Anti-G7-Mobilisierungslandschaft

Die Ausgangslage für die G7-Proteste schien günstig. Anknüpfend an die Erfahrungen des G8-Gipfels 2007 in der Diaspora schien durch gute Vorbereitungen und bundesweite Vernetzungen eine „linke Massenmobilisierung“ möglich. Dem standen Hindernisse im Weg: Im Jahr 2006/2007 wurde intensiv die Logistik der Linkspartei.PDS-Bundestagsfraktion und der Partei „WASG“ (so z.B. über die Bundestagsabgeordnete Katja Kipping und die Fraktionsmitarbeiterin Chris-

²⁴ Stop G7 Elmau 2015, Aktionskonsens, in: www.stop-g7-elmau (gelesen am 28. September 2015).

²⁵ Vgl. DIE LINKE München, Im Fokus: Benjamin Ruß von die LINKE.SDS München, in: <https://dede.facebook.com/> (gelesen am 20. September 2015).

²⁶ Gregor Mayntz, Interview mit G7-Gegner: „Wir wollen solche Gipfel verhindern“, in: www.rp-online.de/ (gelesen am 10. Oktober 2015).

²⁷ Vgl. Steven Geyer, G7-Gegner vor dem Gipfel in Garmisch-Partenkirchen, in: www.berliner-zeitung.de/ (gelesen am 9. Juni 2015).

tine Buchholz von der WASG) genutzt.²⁸ Seinerzeit waren die Globalisierungsproteste auf ihrem Höhepunkt und linke Aktivistinnen und Aktivisten bundesweit leicht zu rekrutieren. Dies gelang 2015 nicht. Nach den gewaltsamen Protesten gegen die EZB-Eröffnung schien gerade der gewaltbereite Kern bundesweiter Protestierer saturiert oder zu erschöpft, um sich noch in Schlachten mit einer nach den EZB-Gewaltausschreitungen personell aufgestockten Polizei zu begeben.²⁹ Zudem fehlten zündende bundesweite Botschaften, um einen Massenprotest anzufachen. Die beschriebene „Spaltung“ der G7-Proteste in Süddeutschland tat ihr Übriges. Bundesweit gelang ebenso keine mobilisierende Überzeugungsarbeit.

Während das „Bündnis Stop G7 Elmau“ selbst für eine Unterstützung der „Blockupy-Proteste“ im März 2015 warb, hatten die hessischen Aktivisten keine Neigung für eine Teilnahme an den G7-Protesten in Garmisch zu mobilisieren. Die Aktionen bei G7-Vorveranstaltungen, insbesondere die begrenzte und gescheiterte Eskalation autonomer Aktivisten beim Treffen der G7-Außenminister in Lübeck im April 2015 (unter schwacher Beteiligung) zeigten, dass die Bündnisszene ein internes Mobilisierungs- wie externes Transmissionsproblem hatte.³⁰

Einen Negativbeitrag lieferte die in 20 Städten tätige postautonome, internationalistisch agierende „Interventionistische Linke“ (IL).³¹ Sie spielte in Sachen G7 eine ambivalente Rolle. Noch Ende Mai 2015 sprachen IL-Aktivisten davon, die einschlägigen Massen zu mobilisieren, um die inszenierte staatliche Macht anzugreifen: „Und wir wollen auf unseren Demonstrationen und Blockaden die vielfältigen Kräfte des Widerstands gegen die G7-Politik zeigen.“³² Militanz gehört zum Kerngeschäft. Die unterstellte äußere Aggression des „kapi-

²⁸ Vgl. Andreas M. Vollmer, Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), Baden-Baden 2013, S. 164; S. 189-191.

²⁹ Vgl. Sebastian Weitermann, Angst vor dem Gipfel, in: <http://jungle-world.de> (gelesen am 9. Juni 2015).

³⁰ Vgl. Jonathan Eibisch, Widerstand unter schwierigen Bedingungen, in: www.rosalux.de/ (gelesen am 23. August 2015).

³¹ Vgl. Interventionistische Linke, IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier, in: www.interventionistische-linke.org/ (gelesen am 2. August 2015).

³² Vgl. Ohne Autor, Fünf Fragen an G7-Gegner (Anm. 9).

talistischen Systems“ ginge einher mit innenpolitischer Repression, wobei die „Vertreter kriegsführender Staaten“ die gegen sie gerichteten Proteste unterbinden wollen: „Als Interventionistische Linke werden wir unseren Beitrag zu massenhaften Aktionen des Zivilen Ungehorsams leisten – weiterhin verbindlich und zuverlässig gegenüber unseren Bündnispartner/innen, gemeinsam und entschlossen gegenüber allen Versuchen der staatlichen Repression.“³³

Tatsächlich vermied die IL für eine Teilnahme zu mobilisieren und erging sich im Debattieren. Der „G7-Gipfel“ wäre schon ein Erfolg, wenn Proteste des zivilen Ungehorsams in den Medienfokus kämen: „Wenn überall nur noch über unsere Demonstrationen, Blockaden und Aktionen berichtet wird, über den Gegengipfel und unsere Inhalte – und keine Sau mehr sich dafür interessiert, was Merkel und Obama sich beim Händeschütteln über Klimaschutz erzählen, dann haben wir es geschafft, ihre Inszenierung zu sprengen, die Legitimierung ihrer Politik zu brechen.“³⁴ Ihre Düsseldorfer Regionalgruppe erlangte hingegen Beachtung, weil ihr Sprecher „Misha“ Aschmoneit nicht nur beim SDAJ-Festival der Jugend gegen den G7-Gipfel trommelte, sondern ein öffentliches Blockade-Training veranstaltet hatte.³⁵

Die GAM kritisierte die IL, weil sie nicht mobilisierte. Dabei zeigte ein herabsetzender Vergleich verschiedener Organisationen die grundlegende Schwäche der Anti-G7-Bündnispolitik in Gänze auf: „Blamabel war auch das Auftreten der IL, die ja formal für die Mobilisierung gegen den G7-Gipfel eintrat. Es gibt jedoch auch hier einen politischen Grund für ihr Fehlen und warum sie die Mobilisierung gegen die EZB bevorzugt. Sie betreibt letztlich eine ähnliche Politik wie Attac, Linkspartei, NGOs bezüglich TTIP. Die Kritik an der EZB wird von der Kritik des Imperialismus abgetrennt, der für sie allenfalls eine ‘gewalttätige’ Politik, aber keinesfalls ein Entwicklungsstadium des Kapitalismus darstellt.“³⁶

³³ Interventionistische Linke, G7 auf Schloß Elmau – Kapitalismus ohne Demokratie, in: www.interventionistische-linke.org (gelesen am 2. August 2015).

³⁴ Ohne Autor, Fünf Fragen an G7-Gegner (Anm. 9).

³⁵ Vgl. Nikolas Golsch, Training für den Gipfel, in: www.wz-newsline.de/ (gelesen am 13. September 2015).

³⁶ Martin Suchanek, Kein Anti-Kapitalismus ohne Anti-Imperialismus!, in: www.arbeitermacht.de/ (gelesen am 2. August 2015).

Berliner Aktivisten thematisierten besonders die Schwäche der Anti-G7-Mobilisierung. Die dem autonomen Umfeld zuzurechnende Vereinigung „Theorie, Kritik & Aktion Berlin [TKA]“ verkündete: „So agieren Parteien und NGOs als Spalthammer der Proteste und entsolidarisieren sich gezielt mit dem Versuch, einen radikalen und breiten Protest auf die Straße zu tragen. Auf diese Weise unterbieten sie die ohnehin schon niedrigen Erwartungen, die an ihre reformistischen Strukturen gestellt werden können, noch. Viele Gruppen und Bündnisse, bei denen Potenzial für einen radikalen Protest vermutet werden könnte, arbeiten gar nicht erst zum Thema, was angesichts dieser undankbar wirkenden Aufgabe und anderer drängender Themen zwar verständlich aber durchaus wenig zufrieden stellend ist.“³⁷

Die Statements zeigten, dass die Anti-Globalisierungsbewegung ihren Zenit deutlich überschritten hatte.³⁸ Dafür sprechen letzten Endes auch die Aussagen im Analysepapier der Initiatoren der EZB-Proteste zum 18. März 2015, die die „Globalisierung“ noch nicht einmal erwähnten. Selbst unter den Zielen tauchten die Proteste gegen den G7-Gipfel in Elmau nicht auf: „Wie also weiter? Wir sehen massenhaften Ungehorsam in Bündnissen als einen linken Handlungsraum, als wichtige Option auch für andere Auseinandersetzungen – ob Noborder-, Recht auf Stadt-, Klima- oder Anti-Atom-Kämpfe. Blockupy wollen wir als breites, ungehorsames, transnationales Bündnis. Wir brauchen Verlässlichkeit und Vermittelbarkeit, um viele Menschen auch jenseits des Bündnisses erreichen zu können.“³⁹

Im Jahr 2015 bewegte das Thema „TTIP“ die Öffentlichkeit in Deutschland. Für den „Trägerkreis zur G7-Demo in München“ spielte es die entscheidende Rolle. Die großstädtische Bevölkerung konnte, auch durch die SPD und Bündnis 90/Grüne, für Protestaktionen gewonnen werden. Vielen der rund 35.000 Teilnehmerinnen und Teil-

³⁷ Theorie, Kritik & Aktion | Berlin [TKA], G7-Proteste – Von falscher Kritik und warum wir dennoch nach Elmau fahren, in: <http://tka.blogspot.de/> (gelesen am 10. Oktober 2015).

³⁸ Vgl. Jonathan Eibisch, Widerstand unter schwierigen Bedingungen (Anm. 30).

³⁹ Blockupy-Koordinierungskreis, Blockupy – Ungehorsam, Bündnis, Straße, Über Voraussetzungen linker Handlungsfähigkeit im Herzen des Krisenregimes, in: <https://blockupy.org/> (gelesen am 28. September 2015).

nehmer der Demonstration „TTIP und CETA stoppen! Klima retten! Armut bekämpfen!“ erschloss sich nicht, warum sie anschließend noch zu den G7-Protesten nach Garmisch fahren sollten.

5. Selbstreflektionen einschlägiger Gruppen und Akteure

Die rückblickenden Betrachtungen von Gruppen und Akteuren über die G7-Proteste in Garmisch-Elmau lassen sich grundsätzlich in die Kategorien „selbstkritisch-realistisch“ und „unkritisch-realitätsfern“ einteilen. Dabei ist einzuschränken, dass eine Reihe der beteiligten Organisationen „Elmau“ nicht bilanziert hat. Die Partei „Die Linke“ stellte ihre Bewertungen nur auf den Alternativgipfel in München und die dortige Großdemonstration ab.⁴⁰ Obgleich ein Bündnis-Presse-sprecher Mitglied der „Linksjugend [solid]“ war, konnte bei der Jugendorganisation – wie bei der Mutterpartei – keine Bewertung der Proteste in Garmisch-Elmau aufgefunden werden.

Die DKP bewertete über einen ihrer Aktivisten die Mobilisierung in München als Erfolg. Hier überwog eine „realitätsferne“ Betrachtung im Hinblick auf die Spektren und ihr Potential für politisch-gesellschaftliche Veränderung, wie eine Aussage zeigt: „Die unterschiedlichen Gegenaktionen waren ein großer Erfolg, weil durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher politischer Richtungen die Vielfalt des Widerstandes gegen den neoliberalen Kapitalismus sichtbar wurde.“⁴¹ Zu den Protesten in Elmau räumte er „realistisch“ ein: „Der überaus heftige Streit auf mehreren Aktionskonferenzen darüber, ob die Großdemo in München oder in Garmisch stattfinden soll, erscheint in der Nachbetrachtung unangemessen.“⁴²

Das „Bündnis Stop G7 Elmau“ zog am 8. Juni 2015 ein „insgesamt positives Fazit“, das „unkritisch“ war. Es spiegelte nur begrenzt oder gar nicht früher postulierte Ansprüche von Massenmobilisierung für eine Großdemonstration in Garmisch (eine geringe Teilnehmerzahl) mit machtvollen Blockaden (lediglich symbolische Aktionen von kur-

⁴⁰ Vgl. Fraktion „Die Linke“, G7-Gipfel ist überflüssig und anmaßend, in: <http://linksfraktion.de/> (gelesen am 2. August 2015).

⁴¹ Walter Listl, Das war der Gipfel: Einige Erfahrungen, erste Bilanz der Gegenaktionen, in: www.dkp-suedbayern.de/ (gelesen am 15. August 2015).

⁴² Ebenda.

zer Dauer) wider. Eine prognostizierte Störung des G7-Gipfels scheiterte an der hohen Polizeipräsenz in Relation zur Zahl der Protestpersonen. Schließlich wurde die „Abschlussdemonstration“ für den 8. Juni 2016 abgesagt, nachdem am Vortag eine große Zahl der Protestierer abgereist war. Das Bündnis hingegen heroisierte seine Aktivitäten: „Nach sechs Tagen voller Protest zieht das Bündnis Stop G7 Elmau ein insgesamt positives Fazit aus den vergangenen Tagen. ... An der Stop-G7-Demonstration beteiligten sich 7.500 Menschen, auch der Sternmarsch und der antimilitaristische Aktionstag waren kraftvolle, große Protestaktionen. Am Sonntag blockierten immer wieder AktivistInnen die B2, die wichtigste Zufahrtsstraße zum Gipfelort Schloss Elmau.“⁴³

Der Bündnis-Pressesprecher wies später zurück, dass die Anti-Globalisierungsproteste tot wären. Es hätte im Gegensatz zu den G8-Protesten in Heiligendamm (2007) eine „andere Ausgangslage und Vorgeschichte“ geherrscht. Die Teilnehmerzahlen waren nicht enttäuschend, weil mit 5.000 bis 10.000 Personen zu rechnen war. Die AktivistInnen vor Ort machten nichts falsch: „Der Protest war wichtig, sowohl in München als auch in Garmisch. Ob diese Aufteilung politisch richtig war, ist die andere Frage. Dem Bündnis war es wichtig, am Ort des Geschehens zu sein und nicht eine x-beliebige Demo irgendwo in Deutschland zu organisieren, an deren Ende man dann einen Pokal überreicht bekommt, wie in München geschehen. ... Die Bedingungen im Werdenfelser Land waren und sind für die demokratische Auseinandersetzung mit dieser Art von Politereignis einfach nicht geschaffen. Da das auch den Planungsbehörden bewusst gewesen sein muss, ist davon auszugehen, dass hier ganz aktiv versucht wurde, Demonstrationen durch die Unzugänglichkeit des Gebietes zu ver- oder mindestens zu behindern. ... Die bundesweite Mobilisierung war nicht so erfolgreich, wie wir uns das erwünscht haben. Der Protest wäre allein mit bayerischen Strukturen aber nicht möglich gewesen. Gerade im aktiven Teil des Bündnisses waren viele überregionale Strukturen eingebunden.“⁴⁴ Das Bündnis „Stop G7 Elmau 2015“ und die beteiligte

⁴³ Stop G7 Elmau 2015, Bündnis Stop G7 Elmau zieht positives Fazit über Protest, in: www.stop-g7-elmau.info/ (gelesen am 29. September 2015).

⁴⁴ Benjamin Ruß, Die Globalisierungsproteste sind nicht tot, in: www.neues-deutschland.de/ (gelesen am 2. August 2015).

Vereinigungen hatten – so zutreffend die Einschätzung des Politikwissenschaftlers Udo Baron – „eine taktische als auch eine strategische Niederlage“ eingefahren.⁴⁵

Im August 2015 führten Anti-G7-Aktivist*innen eine Konferenz durch, die unter anderem die „Spaltung der Protestbewegung“ behandeln sollte.⁴⁶ Es waren zwei Veranstaltungstage im „EineWeltHaus“ (München) angesetzt. Nach „Arbeitsgruppensitzungen“ würden deren Ergebnisse darlegt und eine „Abschlussdiskussion“ durchgeführt. Für den Folgetag war geplant, dass Gruppen und Personen die „Erfahrungen und Kritik an den Protesten“ austauschen konnten.⁴⁷ An der dann auf nur einen Tag verkürzten Veranstaltung sollen von 73 eingeladenen Personen aber nur sechs teilgenommen haben.⁴⁸

Pointiert fielen Nachbetrachtungen einiger internationalistischer oder autonomer Zusammenschlüsse und Gruppen aus. Selbstkritisch war die Auswertung der „Perspektive Kommunismus“, die zuvor auf eine hohe Beteiligung durch viele lokale Initiativen gesetzt hatte. Sie thematisierte den Niedergang der Proteste gegen die Globalisierung und kritisierte „reformistische Akteure“: „Attac, Linkspartei und kritische NGOs waren kaum zugegen. ... Wir müssen aber auch sagen, dass viele linke Akteure die sonst wichtige Träger von Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams sind, bei diesem G7-Gipfel fehlten oder nur mit wenigen Menschen vor Ort waren. ... Es ist zum einen das Ergebnis einer relativ erfolgreichen Spaltung des Protestspektrums in ‘gute’ und ‘schlechte’ Demonstrierende, auf die die VeranstalterInnen in München ohne Druck von außen bereitwillig vorweggenommen haben. ... 2007 beim G8-Gipfel in Heiligendamm ist es besser gelungen, Teile des eher bürgerlichen Spektrums von der grundlegenden

⁴⁵ Vgl. Udo Baron, Der G7-Gipfel von Elmau - Eine Nachbetrachtung, in: www.kriminalpolizei.de/ (gelesen am 26. September 2015).

⁴⁶ Vgl. Rudolf Stumberger, Wirksame Abschreckung, in: www.neues-deutschland.de/ (gelesen am 30. September 2015).

⁴⁷ Ohne Autor, Bundesweites Auswertungstreffen, in: <http://heyevent.de/> (gelesen am 12. August 2015).

⁴⁸ Vgl. AktionsBündnis Stop-G7-Elmau, Bundesweites Auswertungstreffen, in: www.facebook.com/ (gelesen am 12. August 2015).

Illegitimität der G8 bzw. G7 zu überzeugen und in entsprechende Aktionen einzubinden.“⁴⁹

Die Analyse des „3A-Bündnisses“ verklärte: Einen Blockadeversuch verhinderte die Polizei, wobei es zu Platzwunden, ohnmächtigen Opfern und legitimer Gegenwehr gekommen wäre. Die niedrige Beteiligung wurde nicht angesprochen, dafür die Trennung vom bürgerlichen Lager begrüßt: „Der Umfang und Erfolg der Stop-G7-Proteste haben uns gezeigt, dass man sich nicht von bürgerlichen ‘Großorganisationen’ erpressen lassen muss um sie mit ‘ins Boot’ zu bekommen. Engagierte Einzel-AktivistInnen, kleine und vielfältige Basisinitiativen, gut koordinierte revolutionäre Organisationen und Bündnisse, ein klarer Aufruf und Aktionskonsens um den man sich gruppieren kann haben diesen Protest möglich gemacht. Dabei war sowohl in der Bündnis- und Presse-Arbeit, als auch in den Aktionen zu sehen, dass revolutionäre und KommunistInnen zusammenarbeiten, organisieren und in den ersten Reihen stehen. ... Dadurch einen Achtungserfolg errungen und gezeigt – Entschlossenen Protest? Auch im Herzen der Bestie.“⁵⁰ (Fehler im Original übernommen)

Realistischer führte die Gruppe „Theorie, Kritik & Aktion Berlin [TKA]“ ihren Ärger über die Proteste aus. Für den Misserfolg waren letztlich die Proteststrukturen verantwortlich: „Die Spaltung und Entsolidarisierung der professionalisierten Organisationen, die lieber in München Luftballons steigen ließen, als massenhaft nach Garmisch zu mobilisieren, bilden dabei den Anfang. Doch auch viele der Gruppen, die nach Garmisch mobilisierten, bekleckerten sich weder im Vorfeld noch vor Ort mit Ruhm. Aktivist_innen die am laufenden Band ihre Radikalität betonen und scheinbar glauben die revolutionäre Triebfeder schlechthin zu sein (was zumindest das rote Fahnenmeer und die 30er-Jahre-Rhetorik vermuten lässt), den Staat aber bei jeder Möglichkeit anbetteln das Demonstrationsrecht zu wahren, müssen sich zwangsläufig den Vorwurf des Reformismus gefallen lassen. ... Wir wussten vorher, dass Elmau nicht Heiligendamm sein würde, dennoch muss eingeräumt werden, dass vieles falsch gelaufen ist. ... Dennoch

⁴⁹ Perspektive Kommunismus, Das war der Gipfel – Bericht & Auswertung (Anm. 21).

⁵⁰ [3A]* Revolutionäres Bündnis, [G7-Auswertung] Entschlossener Protest?, in: <http://3a-rb.org/> (gelesen am 1. Oktober 2015).

haben wir versucht den Gipfel dafür zu nutzen, zur Überwindung des Kapitalismus in seiner Gesamtheit aufzurufen. Wir glauben, dass eine emanzipatorische Intervention auch bei solchen Anlässen möglich sein kann.“⁵¹

Die „Revolutionäre Aktion Stuttgart“ analysierte realistisch, dass die Proteste nach den vom Staat vorgegebenen Möglichkeiten umgesetzt werden konnten. Auch die Großdemonstration fand statt, aber nicht wie gewünscht: „Bei der Zwischenkundgebung angekommen wurde ein Theater zu G7 aufgeführt und es kam Versuch durchzubrechen, um auf eine zentrale Zufahrtsstraße zu gelangen. Dieser Versuch wurde mit massiver Gewalt beantwortet – Pfeffer, Schläge, Tritte, Schlagstöcke. ... Die Repressionsbehörden konnten im Vorfeld mit ihrer massiven Einschüchterungsstrategie bereits ein Horrorszenario heraufbeschwören und ihr martialisches Aufgebot vor Ort legitimieren. Vor Ort kam es dann nur zu wenigen Festnahmen, jeglichen Versuch aber über den gegebenen Rahmen hinaus zu agieren, wie der Durchbruchversuch bei der Zwischenkundgebung der Großdemonstration, wurde aber mit massiven Einsatz von Schlagstöcken, Tritten, Pfefferspray beantwortet. Im Rahmen der Möglichkeiten wurde trotz dieses Aufgebots der Protest auf die Straße getragen und punktuell Inhalte auch in Teile der Medien und der Bevölkerung getragen.“⁵² (Fehler im Original übernommen)

Eine faktenreiche und beachtenswerte Kritik kam aus dem Ausland: Die „Antifa Meran“ wies darauf hin, dass die Teilnehmerzahlen (in ihren Augen eher 3.600 Personen) in einem Missverhältnis zu den Protesten in München standen. Die Kundgebungsteilnehmer in Garmisch beschrieb sie als „Linke aus hauptsächlich subkulturellen Zusammenhängen, jung, deutsch, eher männlich“, die vornehmlich aus Süddeutschland stammten. Es gelang nicht die Bevölkerung einzubeziehen, große Organisationen wie die „Interventionistische Linke“, „Blockupy“ oder „Die Linke“ waren „nur am Rande oder gar nicht sichtbar“. Folgende Aussage überraschte: „Ja, die Demo war weit-

⁵¹ Theorie, Kritik & Aktion | Berlin [TKA], Was von den Gipfel-Protesten bleibt: ein fader Geschmack, in: <https://linksunten.indymedia>. (gelesen am 2. August 2015).

⁵² Zusammen Kämpfen Stuttgart, Zwischen Idylle und Gewalt: die Proteste gegen den G7 Gipfel, <http://zksgt.blogspot.eu/> (gelesen am 1. Oktober 2015).

gehend friedlich. Es gab am Kopf der Demo sowie auf der rechten Seite mehrfach Rangeleien mit der Polizei, die Pfefferspray einsetzte. Größere Verletzungen scheint es nicht gegeben zu haben. Die Aussage, dass die Eskalation von der Polizei ausging, muss relativiert werden: Wie über Lautsprecher kommuniziert wurde, gab es den Plan, die Polizeiabspernung zu durchbrechen und auf die Kreuzung vorzudringen, um diese zu besetzen und damit einen Zufahrtsweg zu blockieren. Dieses Blockadekonzept wurde erst nach seinem offensichtlichen Scheitern dem Rest des Demozuges mitgeteilt. Seine Sinnhaftigkeit muss angesichts der Umstände stark in Zweifel gezogen werden.⁵³ Der inhaltlichen Kritik an den Parolen auf der Demonstration folgte eine zutreffende Bewertung: „Das Fazit muss aufgrund der schwachen Beteiligung, der fehlende Einbettung in lokale und aktuelle Konflikte, einem diffusen Demokonzept und wenig inhaltlicher Schwerpunkte trotz der relativ guten Stimmung und dem soliden Ablauf eher negativ ausfallen; es manifestierte sich viel, was in der Linken derzeit kritisch zu betrachten ist.“⁵⁴

6. Schlusswort und Zusammenfassung

Den G7-Gipfelprotesten in Garmisch-Elmau fehlten zugkräftige Repräsentanten wie eine schlagkräftige Organisationsstruktur. An die günstigen Verhältnisse bei G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 konnten sie nicht anknüpfen. Die niedrige Beteiligung 2015 war auch Folge der Spaltung des Anti-G7-Bündnisses in „zwei Lager“. Die Gewaltexzesse bei den EZB-Protesten in Frankfurt/M. (2015) und der Umgang mit der Gewaltfrage trugen Streit in die Bündnisse. So traten in Garmisch vorwiegend Gruppen mit antiimperialistischer und (post-)autonomer Ausrichtung sowie explizit kommunistische Vereinigungen und Netzwerke in Erscheinung, die von Gruppen sowie Akteuren der Partei „Die Linke“ und der DKP begleitet wurden. Innerhalb der linksextremistischen Szene waren erhebliche Teile nicht bereit, sich an den Protesten zu beteiligen. Die Thematik war unattraktiv. Dazu kamen eine fehlende Beteiligung aus gewerkschaftlichen Milieus

⁵³ Antifa Meran, G7-Proteste – eine Bilanz, in: <http://antifameran.blogspot.de/> (gelesen am 11. Oktober 2015).

⁵⁴ Ebenda.

sowie das Desinteresse verschiedener Netzwerke und autonomer Gruppen. Die Rekrutierung beschränkte sich dann weitgehend auf Süddeutschland. Dortige Strukturen verfügen aber im bundesweiten Vergleich nur über einen schlechten Organisationsgrad mit niedrigem Mobilisierungspotential.

Die Protestgruppen beklagten fast unisono die Repression als wichtige Ursache für die geringe Beteiligung. Sie negierten dabei, dass sie die Polizeipräsenz auch beim G8-Gipfel 2008 als unerträglich bewertet hatten. Die ungünstige geografische Lage traf letztlich auch auf Heiligendamm zu, setzt man die Großstadtlage in Relation zum Veranstaltungsort. Gleichwohl werteten die Anti-G7-Aktivisten aber (von Ausnahmen abgesehen) die Proteste insgesamt als Erfolg. Bei sorgfältiger Analyse waren sie eine Niederlage, wie der Blick auf vormals selbst gesteckte Ziele des Bündnisses „Stop G7 Elmau 2015“ und seine beteiligten Organisationen wie Akteure zeigt. Eigene und fremde Kampagnen in Sozialen Medien, Foren und Websites brachten keinen Mobilisierungsschub. Die Einbeziehung der Bevölkerung misslang. So konnten weder Massenproteste durchgeführt, noch Blockadeaktionen umgesetzt werden. Eine Schwächung erfuhren die Proteste ferner dadurch, dass einer ihrer Pressesprecher wegen der indifferenten Bündnis-Haltung zur Gewalt medienwirksam zurücktrat, ein anderer die Gewaltfrage nur ausweichend beantwortet hatte.

Randale-Aktionen, wie bei den Blockupy-Protesten, blieben Träume. Es mangelte an der Logistik, rechtsfreie Räume waren unrealistisch. Die hohe Polizeipräsenz verhinderte, dass sich ein „Schwarzer Block“ mit dem Potential für Ausschreitungen entfalten konnte. In Garmisch scheiterte die Bündnisstrategie der Einbeziehung des demokratischen Spektrums in eine linksextremistisch geprägte Protestkulisse.

„Die ins Wasser gefallen Proteste“ – Die linksextremistische Beteiligung an den Protesten gegen den G7-Gipfel 2015 in Elmau/Bayern

Darstellung und Erörterung zu dem Ausbleiben der erwartbaren Ausschreitungen

Uwe Peter/Florian Wagner

1. Einleitung und Fragestellung

Das Jahr 2015 war für die linksextremistische Szene geprägt durch zwei demonstrative Großereignisse.¹ Diese sind einerseits recht ähnlich, aber andererseits auch sehr unterschiedlich. Denn beide Proteste richteten sich gegen das bestehende Wirtschaftssystem, dessen internationale Verflechtungen und deren Auswirkungen. Das erste Ereignis stellte die Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt/M. und die damit verbundenen Gegenproteste dar. Bei dem zweiten Ereignis handelte es sich um das Treffen von Repräsentanten der sieben führenden Industrienationen (G7) im bayerischen Elmau. In der Vergangenheit waren die Proteste gegen dieses Treffen von zum Teil starken Gegenprotesten begleitet. So nahmen an Demonstrationen gegen den G8-Gipfel 2001 in Genua über 250.000 Menschen teil. Die damaligen Proteste waren sowohl überschattet von dem Tod eines Teilnehmers, der durch eine Polizeikugel starb, wie auch durch die sehr gewalttätig verlaufenden Demonstrationen. In der Folgezeit nahmen die Teilnehmerzahlen allerdings stark ab. Im Jahr 2007 demonstrierten gegen den letzten G8-Gipfel auf deutschem Boden, in Heiligendamm an der deutschen Ostseeküste, nach Angaben des globalisierungskritischen Bündnisses attac nur noch etwa 80.000

¹ Die Demonstrationen gegen ein solches Gipfeltreffen sind in einem demokratischen Verfassungsstaat legitim. Die folgenden Erörterungen beziehen sich daher nur auf die extremistischen Teilnehmer. Ist fortan von „Linksextremisten“ die Rede, bezieht sich dies auf Personen des dogmatisch-organisierten linksextremistischen Spektrums (z.B. Parteiaktivisten) und zugleich auf gewaltbereite Personen (Autonome). Werden letztere direkt angesprochen, finden die Bezeichnungen „Autonome“ oder „gewaltbereite Linksextremisten“ Verwendung.

Menschen.² Dennoch blieben vor allem Bilder von den Ausschreitungen bei der Großdemonstration gegen den Gipfel in Rostock haften. Außerdem waren die „Katz und Maus“-Spiele, das Auffächern in verschiedene „Finger“ um so Polizeiketten zu umfließen, sowie die Blockaden von Straßen, ein Erfolg für die linksextremistische Szene. Vor allem das weite, offene Gelände rund um den Tagungsort stellte die eingesetzten Polizeikräfte vor besondere Herausforderungen. Es war schwer, die in Richtung Tagungsortlichkeit strömenden Menschengruppen/„Finger“ daran zu hindern, zum Hotel zu gelangen. Diese Historie der Proteste bildete die Ausgangslage für die Planungen und die Proteste gegen den G7-Gipfel im Schloss Elmau.

So gab es in der Vergangenheit einerseits zahlenmäßig große oft friedliche Proteste, andererseits gewalttätige Ausschreitungen. Diese Ausgangslage wurde noch verstärkt durch eine einmalige Topographie der Umgebung von Elmau. Denn das Tagungshotel, das Schloss Elmau, befindet sich in einem alpinen Hochtal mit einzigartiger Fauna in unmittelbarer Nähe zu Deutschlands höchstem Berg. Darüber hinaus verkündete die bayerische Staatsregierung schon sehr früh eine „Null Toleranz“-Strategie gegenüber anreisenden „Störern“ und stellte klar, dass Bilder wie in Heiligendamm bzw. in Rostock in Bayern nicht erwünscht seien.³

² Vgl. Frühere G-8 Proteste, www.attac.de/kampagnen/fruehere-g8-proteste (gelesen am 10. Februar 2016). Die angegebenen Zahlen sind eine Einschätzung des globalisierungskritischen Netzwerkes attac. Diese weichen zum Teil deutlich von anderen veröffentlichten Zahlen ab. So gibt wikipedia in einem Artikel zu den Protesten gegen den G-8 Gipfel in Heiligendamm Zahlen zwischen 25.000 und 80.000 an. (G8-Gipfel in Heiligendamm 2007, https://de.wikipedia.org/wiki/G8-Gipfel_in_Heiligendamm_2007 (gelesen am 10. Februar 2016). Dennoch ist ein deutlicher Rückgang der Teilnehmerzahl an den Protesten zu beobachten.

³ Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern, G7-Einsatz der Polizei: Herrmann zieht positive Bilanz, <http://www.stmi.bayern.de/med/aktuell/archiv/2015/150608g7bianz/> (gelesen am 17. Februar 2016), Björn Hengst „Polizei-Einsatz bei G7-Demonstration: Betreuungsschlüssel von fünf zu eins“ (07. Juni 2015), in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g7-demonstrationen-fuenf-polizisten-auf-einen-protestierer-a-1037607.html> (gelesen am 17. Februar 2016), ohne Autor „Null-Toleranz-Linie - G7-Gipfel: Polizei will hart gegen Gewalttäter durchgreifen“ (29. Mai 2015), in:

Fortan soll hier die Entwicklung der Proteste dargestellt und nach den Gründen für das Ausbleiben von Ausschreitungen gefragt werden. Auch die Behörden hatten im Vorfeld der Proteste gegen den G7-Gipfel anderes erwartet und mit gewalttätigen Ausschreitungen gerechnet.

2. Das Bündnis

Etwa ein Jahr vor dem Gipfel begannen die Planungen der Gegner, um die Proteste zu organisieren. Dazu gründeten sie ein Aktionsbündnis „Stop G7“. Es übernahm die organisatorische und logistische Vorbereitung der Proteste in dem neben Gruppen und NGO's aus dem kirchlichen, gewerkschaftlichen oder ökologischen Spektrum, auch links-extremistische Gruppen vertreten waren. Dazu gehörten bereits von Beginn an bis zu dem Gipfel in einem bedeutenden Maße auch gewaltbereite Gruppen.⁴ Sie waren dort stets integriert, so auch als Teil der Pressekonferenzen. Es fanden sich im Internet teils gewaltbefürwortende, teils martialische Mobilisierungsvideos autonomer Gruppen und Bündnisse, die nach den Protesten zur Eröffnung der EZB nun den Gipfel „stürmen“ wollten.⁵ Die Protestvorbereitungen liefen somit in klassischer Kampagnenarbeit, wie für andere Großereignisse ab, in

<http://www.tz.de/bayern/g7-gipfel-schloss-elmau-polizei-will-hart-gegen-gewalttaeter-durchgreifen-tz-5055871.html> (gelesen am 17. Februar 2016)

⁴ Vgl. Udo Baron, Die linksautonome Szene, in: Ulrich Doermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 231 - 246

⁵ Vgl. Stop G7 Elmau, Unterstützende, www.stop-g7-elmau.org/vernetzung/aufruf-unterzeichnen/unterstuetzende/ (28. August 2015); Gruppen wie u.a. die Antikapitalistische Linke München (ALM), Revolutionäre Aktion Stuttgart (RAS) und Organisierte Autonomie Nürnberg (OA) werden von den zuständigen Verfassungsschutzbehörden als linksextremistisch und gewaltbereit bewertet. Beispiele für Mobilisierungsmedien: Perspektive Kommunismus, Fight G7 – Gemeinsam kämpfen gegen Kapitalismus, Rassismus & Krieg, <http://perspektive-kommunismus.org/artikel/zeitung-von-%E2%80%9Eperpektive-kommunismus%E2%80%9C-zum-g7-gipfel-bayern> (gelesen am 25. Januar 2016), Ins Herz der Bestie!, 3a-Zeiung-pdf, <http://3a-rb.org/wp-content/uploads/2015/02/3a-zeitung.pdf> (25.01.2016), Spitze des Eisbergs, 3a-rb.org/wp-content/uploads/2014/10/Spitze_des_eisbergs.pdf (gelesen am 25. Januar 2016)

der auch Linksextremisten aus dem organisierten Parteienspektrum wie aus dem gewaltbereiten Bereich ihren Einfluss geltend machen konnten.

Im Laufe der Mobilisierung organisierten sich 18 lokale Ableger des Aktionsbündnisses.⁶ Einen regionalen Schwerpunkt bildete neben bayerischen Gruppen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.⁷ Aus beiden Bundesländern entfaltete sich ein überdurchschnittliches Engagement in den Protestvorbereitungen, wie sich durch „Mobi-Veranstaltungen“ in den jeweiligen Regionen zeigte. Die Szene-Hochburgen Hamburg und Berlin schienen demgegenüber keinen bedeutenden Einfluss ausgeübt zu haben, auch wenn zumindest in der Hauptstadt im Vorfeld zu den Protesten in Garmisch-Partenkirchen mobilisiert wurde.

3. Die Aktionskonferenzen

Um die Proteste effektiv vorbereiten und Absprachen treffen zu können, organisierte das Aktionsbündnis mehrere „Aktionskonferenzen“ in München. Diese wurden durch Pressekonferenzen begleitet, um medienwirksam die Ergebnisse der Arbeit und die gefassten Beschlüsse darstellen zu können. Die erste Aktionskonferenz fand am 5. Juli 2014 in München statt. Dieser folgte ein Arbeitsgruppentreffen am 9. August. Das eigentliche Aktionsbündnis gegen den G7-Gipfel gründete sich allerdings erst auf einer Aktionskonferenz am 20. und 21. September 2014. Auf der anschließenden Pressekonferenz stellte sich das neue Aktionsbündnis und deren Sprecher Benjamin Ruß vor. Nach eigenen Angaben umfasste zum damaligen Zeitpunkt das Aktionsbünd-

⁶ Vgl. Regionalgruppen, www.stop-g7-elmau.info/vernetzung/regionalgruppen/ (gelesen am 04. Januar 2016), ohne Autor „Blockadekonzept“ (24. Mai 2015), in: www.stop-g7-elmau.info/blockadekonzept/ (gelesen am 04. Januar 2016)

⁷ Vgl. Anne Hilger „Sternmarsch zur Alpenfestung“, (25. Mai 2015), in: www.beobachternews.de/2015/05/25/sternmarsch-zur-alpenfestung/ (gelesen am 05. Januar 2016), ohne Autor „Stuttgart goes G7 – Bündnisaufruf“, in: <http://otkm-stuttgart.bplaced.net/j25/index.php/96-aktuell/484-stuttgart-goes-g7-buendnisaufruf> (gelesen am 05. Januar 2016), ohne Autor „Gipfelstürmer Camp“ (18. Februar 2015), in: www.akab.mobi/event/gipfelstuermer-camp/ (gelesen am 05. Januar 2016)

nis ein „breites Spektrum“ an Gewerkschaften, Parteien, Kirchenverbänden und auch Migrantenorganisationen.⁸ Allerdings saß bei der Pressekonferenz, neben Vertretern der genannten Institutionen, auch „Robin, der für die linksradikale Perspektive“⁹ sprach, mit auf dem Podium. Er stellte sich als Mitglied der linksextremistischen Gruppierung „Antikapitalistische Aktion Bonn“¹⁰ und des ebenfalls linksextremistischen „[3A]* revolutionäres Bündnisses“¹¹ vor und gab an, für die „radikale Linke“ im „Stop G7“-Bündnis zu sprechen. Bereits auf dieser Pressekonferenz wurde angekündigt, den Gipfel nicht ungestört über die Bühne gehen lassen zu wollen. So gab „Robin“ an, dass vielfältige Aktionen und Blockaden geplant seien, die „bunt, offen, kreativ, massiv und entschlossen“¹² sein sollten. Darüber hinaus berief er sich auf Bertolt Brecht und dessen Ausspruch: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“.¹³

Des Weiteren kündigte die Bundestagsabgeordnete der Partei „Die Linke“ Nicole Golke an, einen Beitrag leisten und für ein möglichst breites Bündnis gegen den Gipfel eintreten zu wollen. Dabei brachte sie bereits die Proteste gegen TTIP und CETA in Verbindung mit den Protesten gegen den Gipfel.

Die Teilnehmer der Pressekonferenz machten neben der Breite des Bündnisses auch die Beteiligung von Autonomen daran deutlich. Ihnen räumte man Raum auf dem Podium und die Möglichkeit, sich aktiv an den Planungen und Vorbereitungen zu beteiligen, ein.

⁸ Vgl. Pressekonferenz, München 21.September 2014, www.stop-g7-elmau.info/2014/09/23pressekonferenz-am-21-9-2014/ (22.12.2015)

⁹ Ebenda. Der Begriff „linksradikal“ ist in diesem Zusammenhang als Szeneeigenbezeichnung für Autonome Gruppen zu verstehen.

¹⁰ Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2013, Düsseldorf 2014, S 229 f.

¹¹ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015, S. 80 f. Demnach ist das revolutionäre [3A]* Bündnis ein marxistisch-leninistisch orientierter Zusammenschluss von derzeit fünf Organisationen. Das Bündnis bekennt sich ausdrücklich zum Kommunismus und steht für eine „klassenkämpferische und revolutionäre Theorie und Praxis“.

¹² Vgl. Pressekonferenz, München 21.September 2014, in: www.stop-g7-elmau.info/2014/09/23pressekonferenz-am-21-9-2014/ (gelesen am 22. Dezember 2015)

¹³ Ebenda.

Auch bei der Pressekonferenz nach der zweiten Aktionskonferenz am 13./14. Dezember 2014 in München wurden, abermals moderiert von Benjamin Ruß, die Planungen für die Proteste vorgestellt. Er gab unter anderem die Verlegung der Großdemonstration von München nach Garmisch-Partenkirchen bekannt¹⁴, da man den Protest vor Ort, in Hörweite der „Mächtigen“ tragen wolle. Diese Entscheidung über den zentralen Demonstrationsort sollte im weiteren Fortgang der Ereignisse noch eine entscheidende Rolle spielen und führte letztlich zu einer Aufspaltung der Versammlungen gegen den G7-Gipfel. Ein Punkt der Pressekonferenz war die Bereitstellung von Campflächen, welche die Organisatoren als zentrales Element der Proteste ansahen. Im Rahmen der Pressekonferenz gab Ruß an, dass „natürlich auch Aktionen des zivilen Ungehorsames“¹⁵ zu den Protesten gehören würden. In einem Beitrag des Fernsehmagazins „jetzt mal ehrlich“ des Bayerischen Rundfunks erklärte der „Trainer für zivilen Ungehorsam“ und Mitglied des Aktionsbündnisses gegen den G7-Gipfel, York Runte, das unter dieser Protestform zu verstehen sei, „dass man ganz bewusst und angekündigt gewisse Gesetze und Regeln übertritt“¹⁶. Als Beispiele nannte er Blockaden von anreisenden Gipfelteilnehmern oder die bereits in Heiligendamm erprobte „Fünf-Finger-Taktik“. Runte sprach sich für Gewaltfreiheit aus. Dennoch betonte er hinsichtlich der Camps, falls diese nicht zustande kämen, würde dann wild gecampt werden müssen, in einer zum Teil geschützten Natur. Um einen Schlafplatz zu finden, würden möglicherweise auch Heustadel aufgebrochen werden.¹⁷ In der Gesamtschau konnten diese Aussagen durchaus als Drohung gegenüber den Gemeinden verstanden werden, dem Aktionsbündnis geeignete Campflächen zur Verfügung zu stellen.

¹⁴ Vgl. Pressekonferenz, München 18. Dezember 2014, in: www.stop-g7-elmau.info/2014/12/18/pressekonferenz-am-14-12-2014/ (gelesen am 4. Januar 2015)

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Vgl. ohne Autor „Jetzt mal ehrlich: G7-Gipfel in Elmau – Fluch oder Segen?“, (eingestellt am 18.06.2015) in: www.youtube.com/watch?v=GPXYqoYTgJg, Min. 36:30 (gelesen am 4. Januar 2015)

¹⁷ Ebenda., ab Min. 35:20

An der Pressekonferenz nahm abermals ein Vertreter der „radikalen Linken“ teil, bei diesem handelte es sich um einen „Jan Meier“, der als Vertreter der linksextremistischen „Interventionistischen Linken“ (iL)¹⁸ auftrat. Auch dieser kündigte Aktionen des zivilen Ungehorsams in Form von sehr guten und kreativen Aktionen des Widerstandes an.¹⁹

Die Pressekonferenz nach der dritten Aktionskonferenz in München fand am 15. Februar 2015 in der Ortschaft Klais in der Nähe von Elmau statt. Wieder waren die Campflächen Thema der Pressekonferenz und wieder wurde angedroht, falls es Camps nicht geben würde, einfach wild zu campieren. Das Aktionsbündnis peilte zum damaligen Zeitpunkt drei Camps mit jeweils Platz für bis zu 1.500 Personen an. Als Sprecher fungierte neben Benjamin Ruß diesmal Manfred Hoffmann, der Presseverantwortliche bzw. Pressesprecher des „Stop G7“-Bündnisses, der die Gewaltfreiheit der Proteste betonte.²⁰

Im Nachgang zu der Pressekonferenz unternahmen anwesende Aktivist*innen des Aktionsbündnisses eine Wanderung zum Schloss Elmau, um dort medienwirksam eine Kundgebung abzuhalten. Dazu wurden drei Transparente gezeigt und Sprechchöre skandiert. Hierbei stach vor allem ein Transparent heraus. Auf diesem war zu lesen „Kämpfe verbinden – System überwinden“ und die Daten der Proteste am 18. März in Frankfurt/M. gegen die Eröffnung des Neubaus der EZB, am 14. April in Lübeck gegen das G7-Außenministertreffen und am 6.

¹⁸ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015, S. 78f. und 175. Die iL ist eine bundesweite Vereinigung von iL Ortsgruppen. Das Ziel des Netzwerkes war es eine verbindliche Organisation autonomer Gruppierungen und Aktivist*innen zu schaffen. Mit der Gründung von Ortsgruppen ist die iL diesem Ziel 2014 nähergekommen. Die iL fungiert als Scharnier zu nichtgewaltorientierten Linksextremisten, lehnt Gewalt aber nicht grundsätzlich ab. Das Ziel der iL ist die Überwindung des Kapitalismus mit Hilfe eines revolutionären Umsturzes.

¹⁹ Vgl. Pressekonferenz, München 18. Dezember 2014, in: www.stop-g7-elmau.info/2014/12/18/pressekonferenz-am-14-12-2014/, Min. 29:30 (gelesen am 4. Januar 2015)

²⁰ Vgl. Katharina Bromberger, G7-Gipfel: Keine Schlafplätze für Gegner, (17. Februar 2015), in: www.merkur.de/lokales/garmisch-partenkirchen/mittenwald/g7-gipfel-keine-schlafplaetze-gegner-4736948.html (gelesen am 4. Januar 2016)

Juni in Elmau gegen den eigentlichen G7-Gipfel.²¹ Die Bezugnahme und das Herstellen einer direkten Verbindung zwischen den Protesten gegen die Eröffnung des Neubaus der EZB und den Protesten sollten sich im Weiteren noch als problematisch erweisen.

Die vierte und letzte Aktionskonferenz des Aktionsbündnisses fand am 25./26. April abermals in München statt. Auf der anschließenden Pressekonferenz wurde bekannt gegeben, dass es dem Aktionsbündnis gelungen sei, eine geeignete Campfläche anzumieten. Diese befand sich auf einem Wiesengrundstück in unmittelbarer Nähe zum Fluss Loisach am Ortsrand Garmisch-Partenkirchens. Darüber hinaus teilten die Organisatoren Einzelheiten zu den geplanten Demonstrationen mit, so etwa die Routen des beabsichtigten Sternmarsches. Weiter wurde dazu aufgerufen am „6. und 7. Juni möglichst effektiv den Gipfel und dessen Infrastruktur zu blockieren.“²² Die Blockaden seien für eine breite Masse angelegt und Teilnahmewillige sollten sich im Vorfeld über Blockadestrategien informieren oder an Blockadetrainings teilnehmen. Weiter kündigte das Aktionsbündnis an, dass diese Blockaden bis zu 24 Stunden dauern könnten.²³ Einen ebensolchen Zeitrahmen nannte der Sprecher des Bündnisses in einem Radiointerview des Nürnberger Senders „Radio Z“ vom 2. April 2015 als er für die Nacht nach der Großdemonstration am 6. Juni in Garmisch-Partenkirchen und den nächsten Tag Blockaden ankündigte. Auf Nachfrage der Moderatorin, dass Blockaden nicht immer legal seien, gab Ruß an, dass Blockaden aus Sicht des Aktionsbündnisses eine legitime Form des politischen Protestes wären.²⁴

²¹ Vgl. www.facebook.com/334015116774643/photos/ms.c.eJw9zskRwDAIA8COMoAEhv4bi2McnjsSB0VoSREFoHx4HauqUo4p9TkXxgpGo~_L2U/400428406799980/?type=3&theater (gelesen am 4. Januar 2015)

²² Vgl. ohne Autor, 4.Aktionskonferenz 25/26 April (2. Mai 2015), in: www.stop-g7-elmau.info/2015/05/02/4-aktionskonferenz-2526-april/ (gelesen am 4. Januar 2016)

²³ Ebenda.

²⁴ Vgl. Heike Demmel „Proteste gegen den G7 Gipfel in Elmau“ (2. April 2015), in: www.radio-z.net/de/programmkalender/gesellschaft-beitraege/politik-beitraege/topic/197397-proteste-gege-g7-gipfel-in-elmanau.html (gelesen am 4. Januar 2016)

4. Aktionskonsens und Aufruf

Auf der Homepage des Bündnisses stellte dieses sowohl einen Aktionskonsens¹, wie auch einen Mobilisierungsaufruf² für die Proteste ein. Der Aktionskonsens sollte die im Bündnis vertretenen Kräfte widerspiegeln und als einendes Band dienen. Der Mobilisierungsaufruf sollte für die Proteste werben und über die Ziele informieren. In beiden wird versucht, die Aktionen gegen den G7-Gipfel auf eine breite Basis zu stellen und möglichst viele Themen anzusprechen. So findet sich in den Texten zwar kein direkter Aufruf zur Gewalt, aber auch keine eindeutige Distanzierung von dieser. Vielmehr werden im Aktionskonsens „Blockaden und vielfältige Interventionen“³ angekündigt. Ähnlich heißt es im Mobilisierungsaufruf: „Wir werden uns mit vielfältigen und kreativen, offenen und entschlossenen Aktionen, mit Demonstrationen, Blockaden und Versammlungen direkt am Schloss sowie der Großdemonstration in Garmisch-Partenkirchen und dem Gegengipfel in München der Politik der G7 in den Weg stellen.“⁴ Hierbei fällt vor allem die sprachliche Nähe zum Vertreter der links-extremistischen Gruppierung „Antikapitalistische Aktion Bonn“ und des ebenfalls linksextremistischen „[3A]* revolutionäres Bündnis“ von der ersten Pressekonferenz des Aktionsbündnisses auf.

Darüber hinaus stellt der Aktionskonsens klar, dass man gewillt sei, das „Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit aktiv“ wahrzunehmen „und möglichen Repressionen gemeinsam entgegenzutreten.“⁵ Dies konnte als Aufruf gewertet werden, nötigenfalls auch Gewalt einsetzen zu wollen, um sein vermeintliches Recht durchzusetzen. In dieselbe Richtung geht die Ankündigung, dass man „ein Zusammen-

¹ Vgl. ohne Autor, Aktionskonsens (24. Mai 2015), in: www.stop-g7-elmau.info/aktionskonsens/ (gelesen am 29. Januar 2016)

² Ohne Autor, Aufruf: Tragen wir den Protest auf den Gipfel, Auf nach Elmau!, in: www.stop-g7-elmau.info/wordpress/wp-content/uploads/stop-g7-elmau-aufruf.pdf (gelesen am 4. Januar 2016)

³ Vgl. ohne Autor, Aktionskonsens (24. Mai 2015), in: www.stop-g7-elmau.info/aktionskonsens/ (gelesen am 29. Januar 2016)

⁴ Ohne Autor, Aufruf: Tragen wir den Protest auf den Gipfel, Auf nach Elmau!, in: www.stop-g7-elmau.info/wordpress/wp-content/uploads/stop-g7-elmau-aufruf.pdf (gelesen am 4. Januar 2016)

⁵ Vgl. ohne Autor, Aktionskonsens (24. Mai 2015), in: www.stop-g7-elmau.info/aktionskonsens/ (gelesen am 29. Januar 2016)

treffen mit der Polizei nicht ausschließen“ könne, aber von den Demonstranten „wird dabei keine Eskalation ausgehen“⁶. Hierbei muss beachtet werden, dass schon die Anwesenheit der Polizei, bzw. das Durchsetzen von polizeilichen Maßnahmen oder Auflagen oftmals als Provokation oder Eskalation gewertet wird.

5. „18nulldrei - Mia san dabei“ – Versuchte Verbindung der Proteste gegen die EZB mit denen gegen den G7-Gipfel

Das Aktionsbündnis verband die Proteste gegen die Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank am 18. März 2015 in Frankfurt/M. thematisch mit den Protesten gegen den G7-Gipfel in Elmau. Ein Beispiel hierfür ist der Mobilisierungsaufruf.⁷ Dort solidarisiert man sich ausdrücklich mit der Blockupy-Bewegung, welche die Demonstrationen am 18. März organisierte. Einerseits sollte so eine über das Jahr reichende Protestbewegung generiert und andererseits die Proteste gegen die EZB-Eröffnung für die eigene Mobilisierung genutzt werden. Ein Ausdruck dieser Bemühungen ist das bereits in Nachgang zur Pressekonferenz in Klais am 15. Februar 2015 vor dem Schloss Elmau gezeigte Transparent „Kämpfe verbinden – System überwinden“. Des Weiteren stellte das Bündnis am 9. März 2015 auf seinem Facebook-Account ein Bild mit diesem Plakat und mehreren Aktivisten ein, worauf sie Schilder mit der Aufschrift „18nulldrei“ halten. Kommentiert ist das Bild mit „18nulldrei – Mia san dabei“⁸. Am 16. März 2015 postete das Aktionsbündnis auf seinem Facebook-Account ein Bild von Frankfurt/M. mit dem Kommentar, wir sind dann mal in Frankfurt/M.⁹

⁶ Ebenda.

⁷ Vgl. ohne Autor, Aufruf: Tragen wir den Protest auf den Gipfel, Auf nach Elmau!, in: www.stop-g7-elmau.info/wordpress/wp-content/uploads/stop-g7-elmau-aufruf.pdf (gelesen am 4. Januar 2016)

⁸ Vgl. www.facebook.com/334015116774643/photos/a.335120006664154.1073741827.334015116774643/409257495917071/?type=3&theater (gelesen am 4. Januar 2016); Im Bayerischen für „wir sind dabei“.

⁹ Vgl. www.facebook.com/334015116774643/photos/a.335120006664154.1073741827.334015116774643/4126722452242242/?type=3&theater (gelesen am 4. Januar 2016)

Die dortigen Proteste verliefen zum Teil gewalttätig. Dabei teilten sie sich in die am frühen Morgen, wo es hauptsächlich zu den Gewalttaten kam, und die überwiegend friedlichen Proteste am Nachmittag. Bei den gewalttätigen Ausschreitungen wurden nach Medienberichten etwa 350 Personen verletzt, darunter etwa 150 Polizeibeamte, brennende Barrikaden errichtet, Autos angezündet und unbeteiligte Passanten angegriffen.¹⁰ Insgesamt beschädigten Randalierer 62 Polizeifahrzeuge, davon sieben durch Brandlegung.¹¹ Den Höhepunkt der Ausschreitungen stellte der Angriff auf eine Polizeiwache und das Anzünden eines besetzten Polizeifahrzeuges dar. Die Proteste von Frankfurt/M. wurden maßgeblich durch das „Blockupy“-Bündnis initiiert, auf das auch das genannte Transparent des Aktionsbündnisses „Stop G7“ verwies. Vertreten im Blockupy-Bündnis ist auch die „Interventionistische Linke“¹², für die ein Vertreter auf der Pressekonferenz zur zweiten Aktionskonferenz des Aktionsbündnisses gesprochen hatte.

Im Nachgang zu den Protesten gegen die EZB-Eröffnung wurde in der medialen Berichterstattung mehrfach auf die teilweise mangelnde oder ausweichende Distanzierung des „Blockupy“-Bündnisses von Gewalt hingewiesen.¹³ Mit dieser Frage zur Gewalt sahen sich auch die Aktivisten des Aktionsbündnisses konfrontiert. In einem TV-Beitrag des Bayerischen Rundfunk-Magazins „Kontrovers“ wies der Sprecher des Aktionsbündnisses Benjamin Ruß darauf hin, dass er keine Distanzierung von Gewalt vornehmen würde. So äußerte dieser auf die Frage nach Frankfurt/M. und der Gewalt, dass sie sich weder darauf bezie-

¹⁰ Vgl. ohne Autor „Polizei: Krawalle waren strategisch geplant“ (19. März 2015), in: www.faz.net/aktuell/rhein-mein/blockupy/blockupy-krawalle-laut-polizei-strategisch-geplant-13493555.html (gelesen am 4. Januar 2016)

¹¹ Vgl. ohne Autor „Massive Ausschreitungen bei der EZB-Eröffnung und Mobilisierung gegen den G7-Gipfel“, www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/schlaglicht/schlaglicht-2015-04-ausschreitungen-bei-ebb-eroeffung (gelesen am 4. Januar 2016)

¹² Ebenda.

¹³ Vgl. Ohne Autor „Polizei: Krawalle waren strategisch geplant“ (19. März 2015), in: www.faz.net/aktuell/rhein-mein/blockupy/blockupy-krawalle-laut-polizei-strategisch-geplant-13493555.html (gelesen am 4. Januar 2016)

hen, noch davon distanzieren würden. Den Aufruf zu Blockaden bestätigte er allerdings ausdrücklich.¹⁴

Darüber hinaus erschienen nach den Protesten gegen die Eröffnung der EZB einige Mobilisierungsvideos zu den Protesten gegen den G7-Gipfel, die sich ausdrücklich auf die Ereignisse in Frankfurt/M. beziehen. So stellte die „Antikapitalistische Aktion Bonn“ im Namen des „3A[*] revolutionäres Bündnis“ ein Video mit Bildern aus Frankfurt/M. ein. In ihm wurde angekündigt, den G7-Gipfel zu stürmen. In dem Video bezeichnet man die Proteste in Frankfurt/M. explizit als „Generalprobe für den G7-Gipfel“.¹⁵ Bereits auf der ersten Pressekonferenz des Aktionsbündnisses hatte ein Vertreter eben dieser Gruppierungen gesprochen. Das am 28. Mai 2015 von der „Roten Aktion“ eingestellte Video des „3A[*] revolutionäres Bündnis“ mit dem Titel „Stop G7 – [3A]*-MobiVideo“ ist ebenfalls mit Bildern der Proteste und Ausschreitungen in Frankfurt/M. gestaltet. Dazu wird durch einen Sprecher zum Widerstand gegen das System aufgerufen. Wörtlich kündigt dieser an, den Gipfel „stören, blockieren, ja verhindern“ zu wollen.¹⁶ In dem Video „G7 Mobi“, das durch den youtube-Nutzer „Antifascist 129a“ eingestellt wurde, werden Bilder von den Protesten in Frankfurt/M. und denen gegen den letzten G7-Gipfel in Heiligendamm miteinander vermischt. Auffallend an diesem Video ist das hohe Maß an gezeigter Gewalt. So sind neben Steinwürfen gegen Polizeibeamte auch brennende Autos zu sehen.¹⁷ Allerdings kann dieses Video keinem Bündnis zugerechnet werden und wurde vermutlich von einer Einzelperson eingestellt. Ein Video des linksextremistischen Bündnisses „Perspektive Kommunismus“ mit dem Titel „Fight G7 – Gemeinsam kämpfen gegen Kapitalismus Rassismus und Krieg“ verwendet unter vielen Bildern von zum Teil gewaltsamen Protesten auch

¹⁴ Ohne Autor „G7 in Elmau - Angst vor dem Gipfelsturm“ (25. März 2015), in: www.br.de/fernsehen/bayerisches-fernsehen/sendungen/kontrovers/g7-gipfel-elmau-110.html (gelesen am 4. Januar 2016)

¹⁵ Vgl. ohne Autor „Blockupy war erst der Anfang: Den G7 Gipfel stürmen!“ (1. Januar 2015), in: www.youtube.com/watch?v=CEqzMzZEFA (gelesen am 4. Januar 2016)

¹⁶ Vgl. ohne Autor „Stop G7 – [3A]*-MobiVideo“ (28. Mai 2015), in: www.youtube.com/watch?v=6AadNUbb92w (gelesen am 4. Januar 2016)

¹⁷ Vgl. ohne Autor „G7-Mobi“, (17. Mai 2015), in: www.youtube.com/watch?v=nJ6oOI9g5AY (gelesen am 4. Januar 2016)

Bilder aus Frankfurt/M. Allerdings stehen diese nicht im Vordergrund, sondern werden in eine lange Reihe von Protesten gestellt.¹⁸

6. Die fehlende Distanzierung von der Gewalt

Besonders nach den Protesten in Frankfurt/M. kam immer wieder die Frage nach der Gewalt im Zusammenhang mit den geplanten Protesten gegen den G7-Gipfel auf. Wie bereits dargestellt konnte sie von Seiten des Aktionsbündnisses in einem Fernsehbeitrag nicht eindeutig beantwortet werden. Für diese Haltung finden sich allerdings noch weitere Beispiele: Auf einer Podiumsdiskussion knapp einen Monat vor dem Gipfel in einer Gaststätte in Garmisch-Partenkirchen gab der Sprecher des Aktionsbündnisses, Benjamin Ruß, abermals ausweichende Antworten zum Thema Gewalt und verwies auf den „Aktionskonsens“¹⁹ des „Stop G7“ Bündnisses. Eine klare Distanzierung von Gewalt findet sich aber auch in diesem Konsens des Aktionsbündnisses nicht, vielmehr ist er sehr offen formuliert.²⁰ Auf die direkte Aufforderung eines der Mitdiskutanten, sich an dieser Stelle ausdrücklich von Gewalt zu distanzieren, antwortete Ruß abermals ausweichend und schob die Schuld für eine Eskalation bei Demonstrationen der Polizei zu.²¹

Diese Haltung war dann letztlich einer der Gründe, warum der Pressesprecher des Aktionsbündnisses, Manfred Hoffmann, wenige Tage vor dem Gipfel zurücktrat. Er begründete diesen Schritt ausdrücklich mit der „fehlenden Distanzierung von Gewalttaten im Rahmen der

¹⁸ Vgl. ohne Autor, Fight G7 – Gemeinsam kämpfen gegen Kapitalismus Rassismus und Krieg (27. Mai 2015), in: www.youtube.com/watch?v=j44AAHKvFGM (gelesen am 4. Januar 2016)

¹⁹ Ohne Autor, Aktionskonsens (24. Mai 2015), in: www.stop-g7-elmau.info/aktionskonsens (gelesen am 18. Januar 2016)

²⁰ Vgl. ohne Autor „Massive Ausschreitungen bei der EZB-Eröffnung und Mobilisierung gegen den G7-Gipfel“, in: www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/schlaglicht/schlaglicht-2015-04-ausschreitungen-bei-ezb-eroeffung (gelesen am 4. Januar 2016)

²¹ Vgl. ohne Autor „Podiumsdiskussion zum G7-Gipfel im Gasthof Schatten“ (13. Mai 2015), in: www.youtube.com/watch?v=IpeF8ZhTSRY (gelesen am 4. Januar 2016)

Blockupy-Proteste“.²² Demgegenüber hatte sich Hoffmann in der Vergangenheit für die Gewaltlosigkeit ausgesprochen. So z.B. auf der Pressekonferenz in Klais am 15. Februar 2015.²³ Darüber hinaus beklagte er das „delphische Hineinprüfen von Gewaltbereitschaft in den Aktionskonsens“.²⁴ Diese Aussage kann so gedeutet werden, dass auch „im Führungskreis der G7-Gegner zumindest erwogen (wurde, die Autoren), auch gewalttätige Aktionen als Mittel des Protestes einzusetzen“²⁵ -vor allem, da dieses Hineinprüfen nach seiner Aussage über die für ihn noch legitime Protestform der Blockade hinausgeht.²⁶ Ebenso wurde seiner Meinung nach „die Kommunikationsstrategie des Arbeitskreises Presse, sich bereits im Vorfeld der Proteste von Gewalt zu distanzieren“ durch das Agieren einzelner Mitglieder des Bündnisses konterkariert.²⁷ Der Rücktritt mit seiner Begründung kam für das Aktionsbündnis zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt und fachte die Diskussion um potentielle Gewalttätigkeit bei den zu erwartenden Protesten weiter an.

²² Vgl. Franz Rohleder, Sprecher der G7-Gegner wirft hin: Keine klare Distanzierung zu Gewalt (28. Mai 2015), in: www.merkur.de/politik/g7-gipfel-2015-sprecher-gegner-wirft-hin-keine-klare-distanz-zu-gewalt-5053187.html (gelesen am 4. Januar 2015)

²³ Vgl. Katharina Bromberger, G7-Gipfel: Keine Schlafplätze für Gegner (17. Februar 2015), in: www.merkur.de/lokales/garmisch-partenkirchen/mittenwald/g7-gipfel-keine-schlafplaetze-gegner-4736948.html (gelesen am 22. März 2016)

²⁴ Vgl. Franz Rohleder, Sprecher der G7-Gegner wirft hin: Keine klare Distanzierung zu Gewalt (28. Mai 2015), in: www.merkur.de/politik/g7-gipfel-2015-sprecher-gegner-wirft-hin-keine-klare-distanz-zu-gewalt-5053187.html (gelesen am 4. Januar 2015)

²⁵ Zitiert nach: ebenda.

²⁶ Vgl. ebenda.

²⁷ Vgl. ebenda.

7. Spaltung des Bündnisses und unterschiedliche Auffassungen

Bereits auf der zweiten Aktionskonferenz des „Stop G7“-Bündnisses im Dezember 2014 wurde eine mögliche Spaltung des Bündnisses deutlich. Dort entschied sich die Mehrheit der Anwesenden für Proteste direkt in Garmisch-Partenkirchen: Diese hätten vor allem den großen Vorteil, vor Ort zu sein und nicht zu zersplittern.²⁸ Allerdings wäre das Mobilisierungspotential bei einer Großdemonstration in München höher, da die Stadt vor allem wesentlich besser und einfacher zu erreichen sei. Diesen Umstand nutzte ein weiteres Organisationsbündnis „G7 Demo“ aus und meldete für den 4. Juni 2015 eine Demonstration in München an. Als Demonstrationsthemen wurden vor allem solche gewählt, welche sich nur indirekt mit dem G7-Gipfel beschäftigten, aber in der jüngeren Vergangenheit als mobilisierungsfähiger erwiesen hatten. So machten sich die Organisatoren der Demonstration vor allem die Proteste gegen das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) und das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen den USA und der EU zunutze, um so eine große Menge an Demonstranten zu mobilisieren.²⁹

Ein weiterer Beleg für die extremistischen Überzeugungen, die im Aktionsbündnis vertreten wurden, ist die Aussage von Benjamin Ruß in einem Video zu einem Mobilisierungsvortrag am 16. Mai 2015 in Berlin. Darin wird er gefragt, was denn der inhaltliche Unterschied zwischen ihren Demonstrationen und der mittlerweile angekündigten Demonstration am 4. Juni in München sei. Der Unterschied bestehe laut Ruß in der politischen Zielsetzung der veranstaltenden Bündnisse. So sagte er, „der fundamentale Unterschied ist, dass wir das System

²⁸ Vgl. Walter Listl, 3. Aktionskonferenz des Aktionsbündnisses Stop G7 Elmau, in: www.kommunisten.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=5324:3-aktionskonferenz-des-aktionsbueundnisses-stop-g7-elmau&catid=76:ausserparlamentarisches&Itemid=153 (gelesen am 16. Februar 2016)

²⁹ Vgl. ohne Autor „Aufruf zur G7-Demo am 4. Juni 2015 in München: TTIP & CETA stoppen! Klima Retten! Armut bekämpfen!“ in: www.g7-demo.de/home/aufruf (gelesen am 16. February 2016)

abschaffen wollen und die wollen es kritisch begleiten“.³⁰ Hier wird ein Gegensatz zwischen demokratischen und extremistischen bzw. reformerischen und revolutionären Kräften deutlich und Ruß positioniert sich in dieser Situation sehr deutlich auf der Seite der letztgenannten Kräfte. Allerdings gibt er nicht an, welches System gemeint ist. Es darf aber vermutet werden, dass entweder das ökonomische oder das politische System oder von beiden zusammen die Rede ist.

Das linksextremistische Bündnis Perspektive Kommunismus beklagte in ihrem Fazit zu den Protesten ausführlich diese „Spaltung des Protestspektrums in ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Demonstrierende“.³¹

8. Protestchoreografie

Der Vollständigkeit halber und aus Gründen des Überblicks soll hier kurz auf die wichtigsten Veranstaltungen der „Protestchoreografie“ eingegangen werden. Bei der Frage nach den Gründen für den Protestablauf wird dann der Fokus auf die linksextremistisch relevanten Zusammenkünfte gelegt.

Die Proteste sahen Versammlungen vom 3. bis zum 8. Juni vor. Zu Beginn starteten diese mit einem politisch-diskursiv geprägten, zweitägigen Kongress in München, dem „Internationalen Gipfel der Alternativen“, für welchen prominente globalisierungskritische Referenten gefunden werden konnten.³²

Am 4. Juli gelang es dem Bündnis „G7 Demo“ in München unter dem Thema „TTIP stoppen! Klima retten! Armut bekämpfen!“ mit 34.000

³⁰ Zitiert nach: ohne Autor „Pressesprecher Benjamin Ruß“ (16.05.2015): Proteste gegen G7-Treffen (21. Mai 2015), in: www.youtube.com/watch?v=o8RMcnYZkcs (gelesen am 4. Januar 2016)

³¹ Ohne Autor „Das war der Gipfel - Bericht & Auswertung, Perspektive Kommunismus“ (22. Juni 2015), in: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/146505> (gelesen am 17. Februar 2016)

³² Dazu gehörten u.a. die indische Wirtschaftswissenschaftlerin Jayati Ghosh und der Schweizer Soziologe Jean Ziegler, siehe www.alternativgipfel.org (gelesen am 30. Dezember 2015), die Veranstalter sprachen von bis zu 1.000 Teilnehmern und 68 Rednern.

Personen³³ eine teilnehmerstarke Demonstration abzuhalten. An dem friedlichen Marsch durch die Münchner Innenstadt beteiligten sich wahrnehmbar keine gewaltbereiten Linksextremisten aus der Autonomen-Szene.

Die angekündigte „Großdemonstration“ im Garmischer Stadtgebiet am 6. Juni und die geplanten „Sternmärsche“ und „Massenblockaden“ am Folgetag sollten die zentrale Rolle in der „Protestchoreografie“ spielen.³⁴

An der Demonstration am 6. Juni nahmen insgesamt etwa 3.600 Personen teil, darunter laut Polizeiangaben ca. 300 bis 500 gewaltbereite Linksextremisten.³⁵ Damit blieben die Teilnehmerzahlen deutlich hinter den Erwartungen zurück, was zu einer vergleichsweise hohen Polizeipräsenz in Garmisch-Partenkirchen führte.³⁶

Zwar verlief die Demonstration weitgehend friedlich, im Anschluss an die Zwischenkundgebung versuchten Gewaltbereite jedoch, eine Polizeiabspernung auf der Bundesstraße 2 zu durchbrechen, verbunden mit dem Aufruf zu Blockaden aus dem Lautsprecherwagen. Bei den kurzzeitigen Auseinandersetzungen zwischen Polizeikräften und Autonomen, welche die Beamten mit Flaschen, Feuerlöschern und Fahnen-

³³ Vgl. ohne Autor „34.000 demonstrieren in München gegen G7“ (ohne Datum) in: www.muenchen.de/aktuell/2015-06/34000-bei-g7-gegendemo-in-muenchen.html (gelesen am 16. Februar 2016);

³⁴ Vgl. Ohne Autor „Blockadekonzept“ (24. Mai 2015), in: www.stop-g7-elmau.info/blockadekonzept/ (gelesen am 4. Januar 2016)

³⁵ Vgl. ohne Autor „G7-Gegner zu erschöpft für weitere Demonstration“ (08. Juni 2015) in, www.dew.com/de/g7-gegner-zu-erschöpft-für-weitere-demonstration/a-18502882 (gelesen am 16. Februar 2016); offizielle polizeiliche Zahlen, www.polizei.bayern.de/news/presse/aktuell/index.html/222269 (gelesen am 16. Februar 2016)

³⁶ Erwartet worden waren 5.000 bis 10.000 Demonstranten, vgl. ohne Autor, Demos, Sperrungen, Programm: So läuft der G7-Gipfel ab (3. Juni 2015), www.abendzeitung-muenchen.de/inhalte/alle-infos-zum-treffen-der-staatschefs-auf-schloss-elmau-demos-sperrungen-programm-so-laeuft-der-g7-gipfel-ab.1d33676d-486e-421f-8d77-277d623781a7.html (gelesen am 17. Februar 2016)

stangen angriffen, setzte die Polizei Pfefferspray und Schlagstöcke ein.³⁷

Lang anhaltende Gewitterregenschauer und ein Kälteeinbruch kurz vor der Abschlusskundgebung machten den Aufenthalt im Freien mehr als ungemütlich. Viele Demonstranten waren mit dem eigenen Unterkommen beschäftigt oder reisten am Abend gleich wieder ab. Campbewohner mussten sich um ihre Belange in dem unter Wasser stehenden und von der Evakuierung bedrohten Camp kümmern. Somit entfielen die angekündigten „Aktionen“, wie die geplanten und bis zu 24 Stunden andauernden „Massenblockaden“³⁸.

Am Folgetag wanderten nur noch einige Hundert Personen in mehreren Gruppen als „Sternmarsch“ Richtung Schloss Elmau. Personell schwache Blockadeversuche, wie auf der Bundesstraße 2, unterband ein präsenes und starkes Polizeiaufgebot.³⁹ Eine Marschrouten führte bis zum abgesperrten Sicherheitsbereich. Es kam zu keinen der erwarteten Konflikte oder zu Ausschreitungen.⁴⁰

Neben den Veranstaltungen wurden noch kleinere, mehrere hundert Personen starke Demonstrationen in Garmisch-Partenkirchen abgehalten. Diese hatten beispielsweise eine antimilitaristische Zielrichtung oder wandten sich gegen die Behörden und für die in der Gefangenen-

³⁷ Vgl. ohne Autor „Doku Polizei 2015 Demonstranten werden nieder gestreckt“, (10. Juni 2015) www.youtube.com/watch?v=5_MM5-nbNHA, (gelesen am 17. Februar 2016)

³⁸ Vgl. ohne Autor „Blockadekonzept“ (24. Mai 2015), in: www.stop-g7-elmau.info/blockadekonzept/ (gelesen am 4. Januar 2016)

³⁹ Vgl. ohne Autor „Das war der Gipfel - Bericht & Auswertung, Perspektive Kommunismus“ (22. Juni 2015), in: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/146505> (gelesen am 17. Februar 2016)

⁴⁰ Vgl. ohne Autor, Aktionsbündnis Stop G7, So, 7. Juni (Sternmarsch+Demonstration), in: www.stop-g7-elmau.info/so/ (gelesen am 17. Februar 2016) und PM 07.06. – 21:30 Vielfältige Protest am ersten Gipfeltag +++ B2 immer wieder blockiert +++ Abschiedskundgebung in Garmisch-Partenkirchen am Montag, www.stop-g7-elmau.info (gelesen am 17. Februar 2016); www.tagesspiegel.de/politik/g7-gipfel-in-elmau-super-super-gipfel-sorge-um-griechenland-und-russland/11879610.html (gelesen am 17. Februar 2016)

sammelstelle Festgenommenen.⁴¹ Am 5. Juni marschierten die Campbewohner zu einer nächtlichen Spontandemo durch die Stadt, nachdem Bombenanschläge auf die prokurdische HDP-Partei in der Türkei bekannt geworden waren.⁴²

Mit einem Demonstrationsmarsch durch Garmisch-Partenkirchen und der Abschlusskundgebung am 8. Juli endeten die Proteste am Ort des Gipfeltreffens aus Polizeisicht sehr zufriedenstellend.⁴³

9. Faktoren für das Ausbleiben des „Gipfelsturms“

An den Protesten während des G7-Gipfels beteiligte Aktivisten ziehen ein ambivalentes Fazit. Neben optimistisch-positiven Aussagen gibt es auch kritische Töne.⁴⁴

Aus den obigen Darstellungen ergeben sich die Faktoren für die ausgebliebenen Ausschreitungen bei den Demonstrationen zum G7-Gipfel. Sie lassen sich in vier Punkten unterscheiden, welche hier nochmals bewertend zusammengefasst werden sollen. Dies sind die

⁴¹ Vgl. ohne Autor, Aktionsbündnis Stop G7, So, 7. Juni (Sternmarsch +Demonstration), www.stop-g7-elmau.info/so/ (17.02.2016) und PM 07.06. – 21:30 Vielfältige Protest am ersten Gipfeltag +++ B2 immer wieder blockiert +++ Abschiedskundgebung in Garmisch-Partenkirchen am Montag, www.stop-g7-elmau.info (gelesen am 17. Februar 2016)

⁴² Vgl. ohne Autor, „DAS PASSIERT RUND UM SCHLOSS ELMAU - G7-Gipfel: Das passierte am Freitag, 5. Juni“ (6. Juni 2015), in: www.merkur.de/lokales/garmisch-partenkirchen/garmisch-partenkirchen/g7-gipfel-schloss-elmau-2015-freitag-ereignisse-nachlesen-5077179.html (gelesen am 17. Februar 2016)

⁴³ Vgl. ohne Autor, Nach G7-Gipfel: Polizei zieht positive Bilanz, in: www.augsburger-allgemeine.de/politik/Nach-G7-Gipfel-Polizei-zieht-positive-Bilanz-id34349452.html (gelesen am 17. Februar 2016)

⁴⁴ Vgl. Aktionsbündnis Stop G7, PM 08.06+++Bündnis Stop G7 Elmau zieht positives Fazit über Proteste+++, in: www.stop-g7-elmau.info/2015/06/08/pm-08-06-buendnis-stop-g7-elmau-zieht-positives-fazit-ueber-proteste/ (gelesen am 17. Februar 2016) und kritisch: linksunten.indymedia.org, G7-Proteste vom Samstag – Kritik, von afa, 07.06.2016, in: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/145389> (gelesen am 17. Februar 2016) und [PK] Das war der Gipfel - Bericht & Auswertung, Perspektive Kommunismus (22. Juni 2015), <https://linksunten.indymedia.org/de/node/146505> (gelesen am 17. Februar 2016)

Lage der Veranstaltungsortlichkeit, das Agieren der Protestierenden, das Verhalten der Sicherheitsbehörden und die Gewaltdebatte mit den Auswirkungen auf die Protestorganisation. Es bietet sich in der folgenden Analyse an, einen vergleichenden Blick auf die Vorbereitung und den Ablauf der Proteste in Frankfurt/M. zu werfen.

Den Autonomen fehlte ein urbanes Umfeld in Bayern und die Szeneanbindung, die sie in Frankfurt/M. vorfanden. Die Autonome-Lebensweise ist ein großstädtisches Phänomen. So finden sich diese Personen eher in Ballungszentren, die Infrastruktur und Szeneanbindung z.B. durch alternative Stadtviertel und Szenelokalitäten („autonome Freiräume“) bieten. Nicht zu Unrecht bestehen die Hochburgen der Autonomen Deutschlands in Berlin und Hamburg.⁴⁵ Für den hessischen Verfassungsschutz ist Frankfurt/M. „eindeutiger Szeneschwerpunkt“ im Land, das „im bundesweiten Vergleich zu den Metropolregionen mit den stärksten Autonomen-Szenen“ zählt. Der dortige „harte Kern“ der Autonomen-Szene gilt als „sehr gewaltbereit, ideologisch ausgesprochen gefestigt und bundesweit gut vernetzt“.⁴⁶

Den autonomen Protestteilnehmern fehlte dieses urbane Einzugsgebiet und Umfeld im Alpenvorland, aus welchen heraus sie auch in einem größeren Maße hätten mobilisieren und sich logistisch stärken können. Dies hatte zur Folge, dass die Protestteilnehmer aufgrund der fehlenden Szeneanbindung in dem „entlegenen“ Ort⁴⁷ auf ein Camp im Garmischer Raum zwingend angewiesen waren, weil keine Infrastruktur, wie durch Übernachtungsplätze in Szeneörtlichkeiten vorhanden waren. Da die gerichtliche Entscheidung über die Zulässigkeit des Camps erst sehr spät erfolgte, war die ländliche Lage des Gipfeltref-

⁴⁵ Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015, S. 77

⁴⁶ Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (Hrsg.), Mit Militanz zur Errichtung einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“ – Einblicke in die autonome Bewegung (2014), in: https://lfv.hessen.de/sites/lfv.hessen.de/files/content-downloads/MitMilitanz_A6_2_0. (gelesen am 11. März 2016), S. 18

⁴⁷ Aktionsbündnis Stop G7, PM 08.06+++Bündnis Stop G7 Elmau zieht positives Fazit über Proteste+++, www.stop-g7-elmau.info/2015/06/08/pm-08-06-buendnis-stop-g7-elmau-zieht-positives-fazit-ueber-proteste/ (gelesen am 17. Februar 2016)

fens für die Protestorganisatoren sicher ein großer Nachteil gegenüber den Verantwortlichen in Frankfurt/M.

In diesem weiteren Punkt soll auf das Agieren der Protestorganisatoren, die Mobilisierungsfähigkeit der Antiglobalisierungsbewegung im Allgemeinen und der Themenstellung zu dem Gipfeltreffen im Besonderen eingegangen werden. Ferner wird die mediale Darstellung Gegenstand sein: Es muss die Frage gestellt werden, inwieweit das Aktionsfeld „Antiglobalisierung“⁴⁸ mit dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der G7/G8 noch über eine Mobilisierungsfähigkeit und Zugkraft verfügt? Unter Umständen tritt es hinter dem Themenfeld „Antikapitalismus“ mit der präsenteren Euro-/Griechenlandkrise und dem manifestierten „Feindbild“ in Form des Frankfurter EZB-Hochhauses zurück. Ob die „Anti-Globalisierungsbewegung am Ende?“⁴⁹ ist, ergibt sich aus den nächsten Gipfeltreffen und „Blockupy“-Veranstaltungen⁵⁰. Tendenzen, die auf diese Entwicklung hindeuten, sind vorhanden. So erwiesen sich in der jüngsten Vergangenheit die Proteste gegen die EZB und die EU-Sparpolitik als durchaus mobilisierungsstarke Themen.⁵¹

In den Bündnisaufrufen wird von Seiten der Gegenveranstalter traditionell versucht, die wichtigsten inhaltlichen Punkte für die Proteste darzustellen. So sprach der Aufruf des Aktionsbündnisses zum G7-Gipfel insgesamt sechs thematische Schwerpunkte an: Freihandel (Globalisierung), Militarisierung, Migrationspolitik, Antikapitalismus,

⁴⁸ Vgl. Armin Pfahl-Traugher, „Antifaschismus“, „Antiglobalisierung“ und „Antirepression“: Handlungsfelder des Linksextremismus in Deutschland, in: Dovermann, Linksextremismus (Anm. 4), Bonn 2011, S. 163 – 182.

⁴⁹ Ohne Autor „Das war der Gipfel - Bericht & Auswertung, Perspektive Kommunismus“ (22. Juni 2015), in: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/146505> (gelesen am 17. Februar 2016); Daniel Erk, G7-Gipfel – Das bisschen Krieg (9. Juni 2015), in: www.zeit.de/politik/deutschland/2015-06/g-7-elmau-demonstranten-globalisierungsgegner (gelesen am 27. August 2015)

⁵⁰ 2017 findet der G20-Gipfel in Hamburg statt, das „Blockupy“-Bündnis plant Aktionen und Veranstaltungen 2016 und 2017 in Berlin.

⁵¹ Vgl. Frauke Banse, et al., Vom Ende der Globalisierungsbewegung – und dem, was kommt, S. 51 – 60, aus *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 25. Jg. 1 /2012, in: http://forschungsjournal.de/sites/default/files/downloads/fjsb_2012_1_banse_habermann.pdf, (gelesen am 23. Dezember 2015)

Sparpolitik und Repression (Überwachungsstaat).⁵² In nachträglichen Stellungnahmen wurde das agenda setting des G7-Aktionsbündnisses kritisiert.⁵³ So seien zwar viele Themen angesprochen, jedoch kein eindeutigen Schwerpunkt gesetzt worden. Ein die breite und vielfältige Medienlandschaft ansprechendes inhaltliches Hauptthema für die Protestaktionen kristallisierte sich bis zum Gipfel nicht heraus. Der erhoffte „Ruck“ durch das globalisierungskritische Spektrum auf breiter Basis blieb aus.⁵⁴

Lediglich das Bündnis „G7 Demo“ als mehr oder weniger eigenständiges Bündnis zeigte sich in der Lage, eine große Anzahl an Demonstranten zum Thema transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) bei der Großdemonstration am 4. Juni in München zu mobilisieren.⁵⁵

Die Pressemeldungen über die Vorbereitungen der Sicherheitsbehörden und der Protestorganisatoren sorgten klar für eine höhere mediale Aufmerksamkeit als globalisierungskritische oder antikapitalistische inhaltliche Berichte. So überlagerte der Streit um das Camp, die Routen des Sternmarschs, die Maßnahmen der Sicherheitsbehörden und die Sicherheitsvorkehrungen der Anwohner der Demonstrationsstrecke alles andere. Je näher der Gipfel rückte, insbesondere mit Blick auf die gewalttätigen Ausschreitungen in Frankfurt/M., desto weniger ließ dies Raum in der öffentlichen Diskussion für inhaltliche Themen.⁵⁶

⁵² Vgl. ohne Autor „Aufruf, Tragen wir den Protest auf den Gipfel, Auf nach Elmau!“, in: www.stop-g7-elmau.info/wordpress/wp-content/uploads/stop-g7-elmau-aufruf.pdf (gelesen am 4. Januar 2016)

⁵³ Vgl. ohne Autor „G7-Proteste vom Samstag – Kritik“ (7. Juni 2015), in: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/145389> (gelesen am 26. Januar 2016)

⁵⁴ Vgl. ohne Autor „Das war der Gipfel - Bericht & Auswertung, Perspektive Kommunismus“ (22. Juni 2015), in: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/146505> (gelesen am 17. Februar 2016), Punkt Fazit

⁵⁵ Vgl. ohne Autor, „G7-Proteste vom Samstag – Kritik“, 07.06.2016, in: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/145389> (gelesen am 17. Februar 2016)

⁵⁶ Vgl. ohne Autor „Podiumsdiskussion zum G7-Gipfel im Gasthof Schatten“ (13. Mai 2015), in: www.youtube.com/watch?v=IpeF8ZhTSRY (gelesen am 4. Januar 2016), ohne Autor „Angst vor dem Gipfelsturm“ (25. März 2015), in: www.br.de/fernsehen/bayerisches-fernsehen/sendungen/kontrovers/g7-

In Frankfurt/M. gestaltete sich die Mobilisierung einfacher. Dort fokussierte die politische Diskussion auf ein aktuelles politisches Thema, die EU-Sparpolitik und die EZB. Diese stand wegen der Eröffnung ihres Neubaus, aber auch wegen ihrer Politik in Bezug auf Griechenland in der breiten öffentlichen Diskussion und Medienberichterstattung. Das „Blockupy“-Bündnis konnte darüber hinaus auf erfahrene und geübte Strukturen zurückgreifen und vermochte es, in den legitimen demokratischen Protest auch gewaltbereite Strukturen einzubinden.⁵⁷

Der Vergleich zwischen den Protesten in Frankfurt/M. und Garmisch-Partenkirchen aus Sicht der Organisatoren fällt sehr markant aus. So verfügten die Demonstrationen in Frankfurt/M. über ein präsent es aktuelles politisches Thema, das selbst die breite Öffentlichkeit beschäftigte. Dagegen war das Treffen der „Großen Sieben“ thematisch eher abstrakt und wenig griffig.

Dem G7-Aktionsbündnis gelang es nicht, der bis dahin schleppend verlaufenen Mobilisierung nach den „Blockupy“-Protesten zur EZB-Eröffnung am 18. März einen Schub zu geben. Die von schweren Ausschreitungen und massiver Gewalt gekennzeichneten Proteste in Frankfurt/M., dürften aufgrund der Gewaltexzesse gemäßigte G7-

gipfel-elmau-110.html (gelesen am 17. Februar 2016), Benjamin Hammer, „Schwierige Proteste gegen die Wohlfühl-Kanzlerin“ (04. Juni 2015) in: http://www.deutschlandfunk.de/kritik-am-g7-gipfel-schwierige-proteste-gegen-die-wohlfuehl.862.de.html?dram:article_id=321758 (gelesen am 17. Februar 2016), Michael Watzke, „Polizei und Gipfelgegner rüsten sich“ (04. Juni 2015), in: http://www.deutschlandfunk.de/g7-gipfel-polizei-und-gipfel-gegner-ruesten-sich.1769.de.html?dram:article_id=321729 (gelesen am 17. Februar 2016)

⁵⁷ Vgl. ohne Autor, Vorboten eines europäischen Frühlings (30. März 2015), in: <http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/vorboten-eines-europaeischen-fruehlings> (gelesen am 14. März 2016); zur iL: <http://www.interventionistische-linke.org/projekt/blockupy> (gelesen am 14. März 2016), Ralf Euler, Timo Frasch, Jonas Jansen, Linkspartei zu den Krawallen, Ja aber... (19. März 2015), in: http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/links-partei-zu-den-krawallen-ja-aber-13493632.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (gelesen 11. März 2016)

Gegner schockiert, die entfesselten „riots“ aber auch euphorisierend auf die Autonomen-Szene gewirkt haben.⁵⁸

Wie agierten die Sicherheitsbehörden anlässlich der Herausforderungen der beiden Großereignisse? Das polizeiliche Einsatzverhalten und das Vorgehen der Sicherheitsbehörden in Bayern wurde unterschiedlich bewertet: So würdigten einige die „Deeskalation durch Stärke“⁵⁹, andere kritisierten das Ereignis als „Gipfel der Repression“⁶⁰.

Die bayerischen Sicherheitsbehörden machten bereits früh klar, dass sie keine Gewalt von Seiten der Demonstranten dulden und konsequent einschreiten würden. Die erst kurzfristig zustande gekommenen gerichtlichen Entscheidungen zur Campgenehmigung und den Demonstrationrouten des Sternmarschs, welche sich durch Instanzen zeitlich zum Gipfel hinauszogen, dürften hemmend auf die Anreiseabsichten gewirkt haben. In der gewaltbereiten Szene führte dies zu einer nicht unerheblichen Abschreckungswirkung und wird einige ihrer Aktivisten von der Anreise abgehalten haben.⁶¹ Nach den massiven Ausschreitungen in Frankfurt/M. am 18. März 2015 dürfte es außerdem der gewaltbereiten Szene klar gewesen sein, dass die bayerischen Sicherheitsbehörden vorbereitet auftreten würden.⁶²

⁵⁸ Siehe Punkt 5. „„18nullldrei - Mia san dabei“ – Versuchte Verbindung der Proteste gegen die EZB mit denen gegen den G7-Gipfel“

⁵⁹ Christine Schröpf, „Sicherheitsland“ Bayern zieht G7-Bilanz, Mittelbayerische Zeitung (9. Juni 2015), in: www.mittelbayerische.de/bayern-nachrichten/sicherheitsland-bayern-zieht-bilanz-21075-art1243580.html, (gelesen am 26. Januar 2016)

⁶⁰ Ohne Autor „Ermittlungsausschuss G7, Gipfel der Repression: Presseerklärungen des Ermittlungsausschusses zum G7“ (9. Juni 2015), in: <https://linksunten.indymedia.org/de/media.org/de/node/145550> (gelesen am 25. Januar 2016) und Graswurzelrevolution, 401 Sept. 2015, Gipfel der Repression bei den Protesten gegen den G7, in: www.graswurzel.net/401/g7.php (gelesen am 25. Januar 2016)

⁶¹ Vgl. ohne Autor, „Das war der Gipfel - Bericht & Auswertung, Perspektive Kommunismus“ (22. Juni 2015), in: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/146505> (gelesen am 17. Februar 2016)

⁶² Vgl. ohne Autor „EZB-Krawalle „Vorgeschmack auf G7-Gipfel“ in Elmau“ (19. März 2015), in: www.merkur.de/politik/ezb-krawalle-vorgeschmack-g7-gipfel-elmau-4832277.html (gelesen am 17. Februar 2016)

Zudem besitzt Bayern im bundesdeutschen Vergleich eher den Ruf einer Polizei und Einsatztaktik, die vom Prinzip des frühen Einschreitens und der „Null Toleranz“ geprägt ist.⁶³

Dem gegenüber waren zwar „Krawalle“ in Frankfurt/M. erwartet worden, es überraschten jedoch die hohe Anzahl der Demonstranten auch aus dem Ausland, sowie insbesondere die Gewalttätigkeit einiger Demonstranten viele Beobachter. Der Ablauf der Proteste galt als gut organisiert, die am frühen Morgen des 18. März und den gesamten Vormittag andauernden gewalttätigen Ausschreitungen kamen offensichtlich gleichsam unerwartet wie heftig.⁶⁴

In diesem letzten Punkt soll nun auf die prägende Gewaltdebatte und die Auswirkungen auf die Protestorganisation eingegangen werden:

Wie äußerten sich Vertreter des G7-Aktionsbündnisses zu Gewalt, zur erwarteten Militanz oder dem von ihnen propagierten „zivilen Ungehorsam“? An den ersten beiden Pressekonferenzen des Aktionsbündnisses Ende 2014, befanden sich unter den Rednern offen auftretende Repräsentanten des „linksradikalen“⁶⁵ Spektrums. Diese erklärten,

⁶³ Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern, G7-Einsatz der Polizei: Herrmann zieht positive Bilanz, <http://www.stmi.bayern.de/med/aktuell/archiv/2015/150608g7bianz/> (gelesen am 17. Februar 2016), Björn Hengst „Polizei-Einsatz bei G7-Demonstration: Betreuungsschlüssel von fünf zu eins“ (7. Juni 2015), in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g7-demonstrationen-fuenf-polizisten-auf-einen-protestierer-a-1037607.html> (gelesen am 17. Februar 2016), ohne Autor „Null-Toleranz-Linie - G7-Gipfel: Polizei will hart gegen Gewalttäter durchgreifen“ (29. Mai 2015), in: <http://www.tz.de/bayern/g7-gipfel-schloss-elmau-polizei-will-hart-gegen-gewalttaeter-durchgreifen-tz-5055871.html> (gelesen am 17. Februar 2016)

⁶⁴ Vgl. Jörg Diehl, Ausschreitungen in Frankfurt – Generalprobe für den G7-Gipfel, <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/blockupy-polizei-von-gewalt-in-frankfurt-am-main-ueberrascht-a-1024199.html> (18. März 2015), in: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/blockupy-proteste-ausschreitungen-in-frankfurt-am-main-a-1024105.html> (gelesen am 14. März 2016), ohne Autor, POL-F: 150318 - 217 Frankfurt-Innenstadt: Zwischenbilanz des heutigen Vormittags der Frankfurter Polizei zu den gewalttätigen Protesten anlässlich der offiziellen Eröffnung der Europäischen Zentralbank, 18. März 2015, in: <http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/4970/2975854> (gelesen am 14. März 2015)

⁶⁵ Hierbei handelt es sich um die Szeneeigenbezeichnung für Autonome Gruppen. Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Die Autonomen zwischen Anarchie und

man sei für „Widerstand“ und wolle „dazwischen gehen“. Dem Gipfel wurde die Legitimität abgesprochen, man wolle ihn „nicht ungestört ablaufen lassen“. Es sollten „kreative Aktionen des zivilen Ungehorsams und des Widerstands“ erfolgen.⁶⁶ In verschiedenen deutschen Städten wurden „Aktions- oder Blockadetrainings“ abgehalten.⁶⁷

Diese deutlichen und gewaltbezogenen Äußerungen führten dazu, dass sich Vertreter des Aktionsbündnisses bis zum Gipfeltreffen immer mehr den Fragen zur „Gewalt“⁶⁸ ausgesetzt sahen und unter medialem Rechtfertigungszwang standen. So konnte und wollte sich der Pressesprecher des Aktionsbündnisses jedoch auch nach den Ausschreitungen während der EZB-Eröffnung in Frankfurt/M. nicht von Gewalt bei den bevorstehenden Demonstrationen distanzieren.⁶⁹

Sich selbst bezeichnende „breite“ Protestbündnisse, bestehen oftmals aus demokratischen Personen, gemäßigten und gewaltbereiten Extremisten. Die Extremisten versuchen, „in die Gesellschaft oder in ein

Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl - Zu den Besonderheiten einer linksextremistischen Subkultur (26. August 2014), in: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33632/autonome> (gelesen am 14. März 2016)

⁶⁶ Vgl. Pressekonferenz, München (21. September 2014), in: www.stop-g7-elmau.info/2014/09/23pressekonferenz-am-21-9-2014/ (gelesen am 22. Februar 2015), Pressekonferenz, München (18. Dezember 2014), in: www.stop-g7-elmau.info/2014/12/18/pressekonferenz-am-14-12-2014/ (gelesen am 4. Januar 2015)

⁶⁷ Vgl. www.stop-g7-elmau.info/2015/05/25/protestcamp-gegen-den-g7-gipfel-fr-29-05-und-demonstration-am-sa-30-5/; www.wz.de/lokales/duesseldorf/blockadetraining-unter-polizeiaufsicht-linke-gruppen-ueben-in-duesseldorf-fuer-g7-gipfel-1.1933519?page=9&showThumbnails=false (gelesen am 25. Januar 2016); <http://prp-hamburg.org/2015/05/1850/> (gelesen am 25. Januar 2016); www.stop-g7-elmau.info/termine/event/aktionstraining (gelesen am 25. Januar 2016); www.stop-g7-elmau.info/termine/event/3-5-2015-actionskilltag-der-afrr-zum-g7-gipfel-2015/ (gelesen am 25. Januar 2016)

⁶⁸ Vgl. Udo Baron, Die linksautonome Szene (Anm. 4).

⁶⁹ Ohne Autor „Podiumsdiskussion zum G7-Gipfel im Gasthof Schatten“ (13. Mai 2015), in: www.youtube.com/watch?v=IpeF8ZhTSRY (gelesen am 4. Januar 2016); ohne Autor „Angst vor dem Gipfelsturm“ (25. März 2015), in: www.br.de/fernsehen/bayerisches-fernsehen/sendungen/kontrovers/g7-gipfel-elmau-110.html (gelesen am 4. Januar 2016)

Sympathisantenspektrum hinein zu wirken“.⁷⁰ Dies birgt regelmäßig in dem beschlossenen „Bündniskonsens“ eine Sollbruchstelle in der Gewaltfrage⁷¹ in sich. So führte auch neben einem Streit in dem G7-Aktionsbündnis die Frage zur Gewalt zu einer Spaltung in dem Zusammenschluss.

Auf einer Konferenz beschloss das Aktionsbündnis Ende 2014 mehrheitlich die zentrale Großdemonstration in Garmisch-Partenkirchen am 6. Juni abzuhalten und nicht in München.⁷² Nichtsdestotrotz bildete sich unter der Bezeichnung „G7 Demo“ ein neues Bündnis mit sehr geringem extremistischen Einfluss⁷³, das mit 34.000 Teilnehmern eine eigene Großdemonstration am 4. Juni in München organisierte.

Ein Münchner DKP-Aktivist sprach in einem Fazit der Proteste von einem „überaus heftige[n] Streit“ im Aktionsbündnis.⁷⁴ Dessen Vertreter verteidigten den Beschluss und bestanden auf einer Demonstration in Garmisch-Partenkirchen am 6. Juni. Letztlich führte dieser Dissens im Bündnis zu einer von linksextremistischer Seite stets gefürchteten Differenzierung in eine friedliche bzw. „bürgerliche“ Demonstration in München und dann folglich eine an Teilnehmern schwächeren Versammlung mit gewaltbereiten Personen in Garmisch-Partenkirchen, wie selbst das Autonome Bündnis „Perspektive Kom-

⁷⁰ Vgl. Pfahl-Traugher, „Antifaschismus“, „Antiglobalisierung“ und „Antirepression“ (Anm. 72), S. 178

⁷¹ Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen, Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn 2011, S. 67ff.

⁷² Vgl. ohne Autor. „PM zur Aktionskonferenz 2014-12-16“ (16. Dezember 2014), in: www.stop-g7-elmau.info/2014/12/17/pm-zur-aktionskonferenz-2014-12-16/#more-372 (gelesen am 4. Januar 2016). Vgl. Blockadekonzept (24. Mai 2015), in: www.stop-g7-elmau.info/blockadekonzept/ (gelesen am 4. Januar 2016)

⁷³ Vgl. UnterstützerInnen, Trägerkreis, in: www.g7-demo.de (gelesen am 25. Januar 2016)

⁷⁴ Vgl. Walter Listl, Das war der Gipfel: Einige Erfahrungen, erste Bilanz der Gegenaktionen (11. Juni 2015), in: <http://isw-muenchen.de/2015/06/das-war-der-gipfel-einige-erfahrungen-erste-bilanz-der-gegenaktionen/> (gelesen am 25. Januar 2016), auch Walter Listl, Das war der Gipfel, Einige Erfahrungen, erste Bilanz der Gegenaktionen (28. Juni 2015), in: www.dkp-muenchen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1230:das-war-der-gipfel-einige-erfahrungen-erste-bilanz-der-gegenaktionen&catid=37:dkp-suedbayern-aktuelles&Itemid=36 (gelesen am 26. Januar 2016)

munismus“ feststellte.⁷⁵ Dies bestätigt auch der Pressesprecher des Aktionsbündnisses, Benjamin Ruß, indem er den Veranstaltungen in Garmisch-Partenkirchen eine systemüberwindende Ausrichtung bescheinigte.⁷⁶

In öffentlichen Aussagen der Protestorganisatoren wurde der vieldeutige und auslegungsweite Begriff des „zivilen Ungehorsams“ geprägt. Das Aktionsbündnis Stop G7 rief explizit dazu auf.⁷⁷

Dieser Begriff vermag aufgrund seiner vielschichtigen Verwendbarkeit, neben legalen politischen Aktionen auch „kollektive Regelverstöße“, wie Straf- und Gewalttaten zu rechtfertigen. Die Rechtsüberschreitung wird aus moralischen Gründen entschuldigt und liefert so auch eine theoretisch-ideologische Legitimierung für Straftaten und unter Umständen für Gewalt.⁷⁸ So erklärte der oben genannte Aktionsbündnis-Aktivist und selbst ernannte „Trainer für Zivilen Ungehorsam“, dass dieser auch Gesetzes- und Regelübertritte beinhalte.⁷⁹

⁷⁵ Vgl. ohne Autor „Das war der Gipfel - Bericht & Auswertung, Perspektive Kommunismus“ (22. Juni 2015), in: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/146505> ((gelesen am 17. Februar 2016))

⁷⁶ Pressesprecher Benjamin Ruß: Protest gegen G7-Treffen, Veranstaltung des Berliner Stop G7-Bündnis, Berlin, 16.05.2015, Mehringhof, (21. Mai 2015), in: www.youtube.com/watch?v=o8RMcnYkcs, (gelesen am 8. Februar 2016): Auf die Frage zum inhaltlichen Ziel der Münchner Demonstration am 4. Juni antwortete der Aktivist: „Der fundamentale Unterschied ist, dass wir das System abschaffen wollen, und die [Organisatoren der Münchner Demonstration, d.Verf.] wollen es kritisch begleiten.“

⁷⁷ Ohne Autor, Aktionsbündnis Stop G7 Elmau, PM 06.06 Stop G7 Demonstration am Samstag in Garmisch +++ Überblick über Aktionen und Presseterminen +++ Starke Proteste am Freitag +++ Camp wächst, <http://www.stop-g7-elmau.info/category/termine/page/2/> (gelesen am 14. März 2016)

⁷⁸ Vgl. Friedrich Burschel/Andreas Kahrs/Lea Steinert (Hrsg.), Ungehorsam! Disobedience!, Theorie & Praxis kollektiver Regelverstöße, edition assemblage, 1. Auflage 2014, in: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/ungehorsam_disobedience.pdf, (gelesen am 8. Februar 2016), gefördert durch die Projektförderung der Rosa Luxemburg Stiftung

⁷⁹ Vgl. „Jetzt mal ehrlich – G7-Gipfel in Elmau: Fluch oder Segen?“ (08. Dezember 2014), in: www.br.de/fernsehen/bayerisches-fernsehen/sendungen/jetztmalehrlich-g7-protagonisten-102.html, (gelesen am 2. September 2015)

Außerdem ermöglicht der Begriff den konfliktärmeren Anschluss gewaltbereiter Gruppen an das „bürgerliche“ Lager.⁸⁰

Auch im „Blockupy“-Bündnis zu den EZB-Protesten war die Gewaltdebatte bereits im Vorfeld, aber insbesondere nach den Ausschreitungen virulent. Ein „Spalten“ und „Auseinanderdividieren“ befürchteten Protagonisten. Die Ausschreitungen entsprächen in einer Bewertung nicht dem Bündniskonsens.⁸¹

Der Kritik an den Ausschreitungen in Frankfurt/M. am 18. März ausgesetzt, sah sich das „Blockupy“-Bündnis zu einer Stellungnahme veranlasst. Dabei wurde ein „bündnisfähiger Ungehorsam“ propagiert, der „vermittelbare Formen zivilen Ungehorsams“ umfassen solle. Zwar wurde die Gewalt der Autonomen kritisiert, „Solidarität“⁸² und eine Einhalten des Bündniskonsenses gefordert, aber eine Distanzierung von den Ausschreitungen erfolgte explizit nicht.

So gab es im „Blockupy“-Bündnis gegenüber dem G7-Aktionsbündnis keinen Streit im Vorfeld oder gar eine Spaltung.

10. Schlusswort und Zusammenfassung

Bevor hier eine Bilanz gezogen werden soll, sei ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Proteste und Demonstrationen nicht nur demokratisch und rechtsstaatlich legitim sind, sondern die verfassungsmäßige freiheitliche demokratische Grundordnung gerade ausmachen. Dem Minimalkonsens des demokratischen Verfassungsstaates, der unter an-

⁸⁰ Vgl. [PK] Das war der Gipfel - Bericht & Auswertung, Perspektive Kommunismus (22. Juni 2015), in: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/146505> (gelesen am 17. Februar 2016), Punkt Fazit

⁸¹ Vgl. Jörg Diehl, Ausschreitungen in Frankfurt – Generalprobe für den G7-Gipfel, in: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/blockupy-polizei-von-gewalt-in-frankfurt-am-main-ueberrascht-a-1024199.html> (18. März 2015), in: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/blockupy-proteste-ausschreitungen-in-frankfurt-am-main-a-1024105.html> (gelesen am 14. März 2016)

⁸² Ohne Autor, Blockupy-Koordinierungskreis, Thesenpapier des Blockupy-Koordinierungskreises zum 18. März 2015, Blockupy – Ungehorsam, Bündnis, Straße: Über Voraussetzungen linker Handlungsfähigkeit im Herzen des Krisenregimes (30. Mai 2015), in: <https://blockupy.org/6062/blockupy-ungehorsam-buendnis-strasse/> (gelesen 14. März 2016)

deren geprägt ist von der Gewaltenteilung, den Grundrechten, der Rechtsstaatlichkeit, dem Pluralismus, der Volkssouveränität und der Gewaltfreiheit, entsprachen die überwiegende Mehrheit der friedlich Demonstrierenden.

Bezogen auf die einleitend formulierte Fragestellung kann auf die Gründe für die geringe Militanz während der Proteste folgendes konstatiert werden:

In der südbayerischen Gebirgsregion fehlte den Autonomen Aktivisten die urbanen Strukturen und das Szeneumfeld. So waren diese auf ein Camp angewiesen. Letztlich fanden sich nur über 1.000 Personen dort ein.⁸³

Die aus Szenesicht abschreckend wirkenden polizeilichen Maßnahmen, die juristisch oft unklare Situation zu Demonstrationsrouten oder dem Camp, dürften viele gewaltbereite Demonstranten von der Anreise nach Garmisch-Partenkirchen abgehalten haben. So fanden sich unter den 3.600 Gesamtteilnehmer an der Demonstration am 6. Juni 2015 in Garmisch-Partenkirchen nur 700 Gewaltbereite ein. Diese geringe Zahl ließ keine Menschenmasse entstehen, aus der heraus Autonome entscheidende Ausschreitungen hätten begehen können.

Die Berichterstattung über die Sicherheitsvorkehrungen der Polizei, den Demonstranten und der Frage nach der Gewalt überlagerte die inhaltlichen Protestthemen. Des Weiteren zeichnet sich ein Trend ab, welcher antikapitalistische Themenstellungen, wie solche zur Sparpolitik der EU oder der EZB, gegenüber der Antiglobalisierungsbewegung als mobilisierungsfähiger erscheinen lässt. Entlarvende Diskussionen über die fehlende Distanzierung von Gewalt und wohlmeinende Presseberichte über das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, machten es Autonomen schwer, sich den Rückhalt in dem breiten Protestgruppenspektrum zu erhalten. In diesem Lichte ist auch die pro-

⁸³ Vgl. Aktionsbündnis Stop G7, PM 07.06. – 21:30 Vielfältige Protest am ersten Gipfeltag +++ B2 immer wieder blockiert +++ Abschiedskundgebung in Garmisch-Partenkirchen am Montag, www.stop-g7-elmau.info (gelesen am 17. Februar 2016); Münchner Merkur, Letzte Warnung? Polizei warnt G7-Gegner vor Protestcamp: Wir greifen sofort ein! (1. Juni 2015), in: <http://www.merkur.de/lokales/garmisch-partenkirchen/g7-gipfel-2015-schlo-ss-elmau-polizei-warnt-g7-gegner-protestcamp-5060451.html> (gelesen am 17. Februar 2016)

testinterne „Gegenveranstaltung“ in München am 4. Juni durch ein eigenes „G7 Demo“-Bündnis zu sehen. Sie ließ es für viele gemäßigte Demonstranten als erlässlich erscheinen, sich noch an den Protesten in Garmisch-Partenkirchen beteiligen zu müssen. Die starke Polizeipräsenz, verbunden mit geringen Teilnehmern aus dem gewaltbereiten Spektrum, dürfte für einen weitgehend friedlichen Verlauf der Demonstrationen in Garmisch-Partenkirchen gesorgt haben. Autonome Linksextremisten fanden so keine Freiräume vor, die gewalttätige Ausschreitungen begünstigten.

Nicht zuletzt der einsetzende starke Regen gegen Ende der Demonstration durch Garmisch-Partenkirchen kühlte hitzige „revolutionäre“ Gemüter ab und ließ geplante „Aktionen“ nach der Demonstration und den Campaufenthalt wortwörtlich ins Wasser fallen. Am nächsten Tag fanden sich nur noch wenige Personen zu dem Sternmarsch und den Blockaden ein. Die im Vorfeld gewaltverherrlichenden Mobilisierungsvideos und die militante Rhetorik ließen Gewalt bei den Demonstrationen in Garmisch-Partenkirchen vermuten. Letztlich fanden sich zur Demonstration in Garmisch-Partenkirchen am 6. Juni zu wenige gewaltbereite Demonstranten ein, um massivere „Randale“ begehen zu können. Wie die kurzzeitigen gewaltsamen Ausschreitungen während der Demonstration am 6. Juni zeigten, war ein solches Personenpotenzial vor Ort und durchaus zur Gewaltausübung bereit.

Von „Schwedens Kommunistischer Partei“ zu „Die Linkspartei“ Schwedens

Bedingungsfaktoren der Demokratisierungsentwicklung in historischer Perspektive

Armin Pfahl-Traugher

1. Einleitung und Fragestellung

Ähnlich wie sich einzelne Individuen grundlegend ändern können, können sich auch politische Organisationen grundlegend ändern. Im Bereich der Extremismusforschung findet daher die Entwicklung von einer demokratischen hin zu einer extremistischen Ausrichtung bzw. von einer extremistischen hin zu einer demokratischen Position besonderes Interesse.¹ Aus der Analyse derartiger Prozesse können beachtenswerte Erkenntnisse abgeleitet werden: Welche Faktoren erklären die Entwicklung von Demokraten zum Extremismus? Welche Gründe motivieren die Hinwendung von Extremisten zur Demokratie? Antworten auf die erstgenannte Frage erlauben Einsichten für Präventionsmaßnahmen, um daraus Konzepte für die Einschränkung oder Verhinderung von Radikalisierungsprozessen abzuleiten. Die Erörterung der Frage, warum extremistische Bestrebungen einen Demokratisierungsprozess durchlaufen, liefert Erkenntnisse zur Bewertung bzw. Prognose von Entwicklungstendenzen ähnlich organisierter Akteure in dem jeweils gemeinten politischen Lager.

Derartige Änderungen konnte man seit Beginn der 1990er Jahre bei einigen Kommunistischen Parteien ausmachen, reagierten sie doch auf die Auflösung des diktatorischen Staatensystems in Osteuropa mit einer ideologischen, organisatorischen und strategischen Transformation. Dabei kam es auch zu einer Entwicklung, die in der Akzeptanz der Minimalbedingungen einer modernen Demokratie und einer offenen Gesellschaft mündete. Hierfür steht beispielhaft die frühere Kommunistische Partei Italiens, wandelte sie sich doch nach Namenswechseln und Neuorientierungen zu einer neuen sozialdemokratischen Partei. Erste Ansätze dazu hatte es bereits in den 1950er Jahren mit leichter

¹ Gleichwohl fehlt es an systematischer Forschung dazu. Die vorliegende Fallstudie versteht sich als Anregung dazu und präsentiert einige Kriterien.

Distanzierung von der Sowjetunion und dann in den 1970er Jahren in der Phase des „Eurokommunismus“ gegeben. Derartige Entwicklungen konnte man aber bereits früher bei der Kommunistischen Partei Schwedens feststellen. Hier soll deren Entwicklung hin zu einer demokratisch orientierten Linkspartei hinsichtlich der Bedingungsfaktoren untersucht werden.

Dazu bedarf es einer Darstellung bzw. Rekonstruktion ihrer Geschichte², die sich auf die Abkehr von extremistischen Grundpositionen konzentriert. Nach Ausführungen zur schwedischen Arbeiterbewegung (2.) erfolgt ein Blick auf die Ausrichtung von „Schwedens Kommunistischer Partei“ mit einem extremistischen Einschlag bis hin zu ihrer stalinistischen Orientierung (3., 5., 6). Die nach der Entstalinisierung einsetzende Demokratisierung bildet danach mit ihren Ambivalenzen den Mittelpunkt des Interesses, wobei die Entwicklung auch an den Namensänderungen hin zu „Die Linkspartei“ (8., 10., 11., 12., 14., 15.) wahrnehmbar ist. Diese Ausführungen werden dabei einerseits durch Erläuterungen zu den Besonderheiten der klassischen Kommunistischen Parteien, der eurokommunistischen Parteien und der Linksparteien (4., 9., 13.) und andererseits zu den Determinanten für die extremistische Ausrichtung wie für die Demokratisierung einer Kommunistischen Partei sowie deren Kriterien in Ideologie, Organisation und Strategie (7., 16., 17.) ergänzt.

2. Entstehung und Entwicklung der schwedischen Arbeiterbewegung

Da „Schwedens Kommunistische Partei“ als Linksabspaltung von der Sozialdemokratie entstand, bedarf es zur Einschätzung des Gründungsaktes eines kurzen Rückblicks auf die Entstehung und Entwick-

² Aktuelle Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Partei liegen weder in deutscher noch in englischer noch in schwedischer Sprache vor. Vgl. zum Forschungsstand folgende Übersicht: Lars Björlin, Svensk kommunism. En översikt över 1990-talets forskning, in: Arbetarhistoria 25 (2001), Nr. 4, S. 6-17. Für die Entwicklung bis in die 1950er bzw. 1960er Jahre vgl. Sven Rydenfelt, Kommunismen i Sverige. En samhällsvetenskaplig studie, Lund 1954; Ake Sparring, Fran Höglund till Hermansson. Om revisionismen i Sveriges kommunistiska parti, Stockholm 1967.

lung der Arbeiterbewegung in Schweden³: Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern bildeten sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts einschlägige Gruppen und Organisationen von Arbeitern, die aber nicht auf ein Konfliktverhältnis, sondern auf Kooperation mit den Unternehmern setzten. Der Beginn einer längeren ökonomischen Krise in den 1870er Jahren führte indessen zu einer Erosion dieser Konsensorientierung, artikulierten sich doch fortan die Differenzen von Arbeitern und Unternehmern in sozialen Konflikten. Da aber durch die anwachsende Streikbewegung keine Besserung der Arbeitsbedingungen erreicht wurde, kam die Einsicht von der Notwendigkeit einschlägiger Organisationen zur Interessenvertretung auf. Anfang der 1880er Jahre entstanden die ersten Gewerkschaften, die auch politische Rechte und nicht nur soziale Reformen einforderten.

Als Ausdruck dieser Entwicklung gründete sich 1889 „Schwedens Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ („Sveriges socialdemokratiska arbetareparti“) (SAP). Diese bekundete zwar die Absicht, die Durchsetzung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung anzustreben, konzentrierte sich aber in der Realität mehr darauf, die konkreten Lebensverhältnisse der Arbeiter zu verbessern. Damit einher ging die faktische Akzeptanz von Demokratie und Parlamentarismus, Kooperation und Reformen. Die erstgenante Ausrichtung setzte indessen die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts voraus. Dafür galt der SAP auch der politische Generalstreik als geeignetes Mittel, womit 1902 eine Erweiterung des Wahlrechts bewirkt werden konnte. Diese Erfahrung bestärkte die Ausrichtung der Partei auf Reformen zur Umgestaltung des Staates. Eine endgültige Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts strebte man 1909 mit einem weiteren Generalstreik an, welcher aber aufgrund des Fehlens finanzieller Ressourcen und der Massenaussperrung durch die Unternehmer scheiterte.

Diese Entwicklung führte für die Gewerkschaften und die SAP zu einer Austrittswelle, wandten sich doch jeweils die Hälfte der Mitglieder von den beiden Organisationen ab. In deren Führungen fand fortan

³ Vgl. Kurt Bäckström, *Arbetarrörelsen i Sverige*, Bd. 1: Den svenska klassens uppkomst och förening med socialismen, Bd. II: Den politiska sprängningen och ett nytt revolutionärt arbetarpartis uppkomst, Stockholm Stockholm 1958 und 1963; Yvonne Hirdman, *Vi bygger landet. Den svenska arbetarrörelsens historia från Per Göttrik till Olof Palme*, Stockholm 1988.

als Lehre daraus die Auffassung, wonach in legalen Reformen und nicht in revolutionären Schritten die richtige Strategie zu sehen sei, immer mehr Zustimmung. Ab 1917 gehörten den Gewerkschaften wie der SAP wieder so viele Mitglieder an wie vor 1909 – und fortan sollte deren Zahl kontinuierlich weiter zunehmen. Diese Entwicklung ging auch mit realen Besserungen für die Arbeiter einher, so etwa 1919 mit der Einführung des Acht-Studentags bzw. der 48-Stunden-Woche oder 1921 mit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Gleichwohl blieb die Abkehr von Klassenkampf und Revolution und die Hinwendung zu Parlamentarismus und Reformen in der SAP nicht konfliktfrei und unwidersprochen. Bereits 1906 kam es zur Abspaltung des Jugendverbandes, der 1917 die Neugründung einer Partei folgen sollte.

3. Anfänge und Ausrichtung von „Schwedens Kommunistischer Partei“

Dieses Ereignis gilt in der historischen Rückschau als Geburtsstunde von „Schwedens Kommunistischer Partei“⁴, die sich allerdings offiziell erst später diesen Namen gab. Damit bot hier wie auch in anderen Fällen bzw. Ländern der Konflikt um die Frage, ob man eher durch eine reformerische oder revolutionäre Entwicklung hin zum Sozialismus komme, den Anlass zur Entstehung einer solchen Partei. In Schweden erfolgte die Abspaltung bereits im Februar 1917 und die Neugründung als „Schwedens Sozialdemokratische Linkspartei“ („Sveriges Socialdemokratiska Vänsterparti“) (SSV)⁵ im Mai 1917. Die Daten wie die Namensgebung sind für die Einschätzung von Be-

⁴ Vgl. als deutschsprachige Gesamtdarstellungen nur in Form von Aufsätzen die allerdings schon älteren Texte: Bernd Henningsen, Die Linke in Schweden: Geschichte, Programme, Politik, in: Hans Rühle/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa. Bd. 2: Nordländer, Opladen 1979, S. 123-200, hier S. 178-197; Ake Sparring, Die Kommunistische Partei Schwedens, in: Ders. (Hrsg.), Kommunisten im Norden, Köln 1966, S. 17-49.

⁵ In der vorliegenden Abhandlung werden nach den deutschsprachigen die schwedischsprachigen Bezeichnungen für politische Organisationen genannt. Danach findet nur noch die deutschsprachige Bezeichnung bzw. die schwedischsprachige Abkürzung sprachliche Verwendung.

deutung, denn es handelte sich hier nicht um eine Folgewirkung der Russischen Revolution von Oktober 1917 und auch um keine Kopie des bolschewistischen Parteimodells. Demnach hatte man es zunächst nicht mit einer klassischen Kommunistischen Partei zu tun. Eine ideologische, organisatorische und strategische Ausrichtung in diesem Sinne erfolgte erst später.⁶

Abwanderungen von Mitgliedern wie Parlamentsabgeordneten deuteten darauf hin, dass die „Mutterpartei“ SAP als politische Organisation in erheblichem Sinne geschwächt werden würde. Dazu kam es indessen nicht, da die neu entstandene Partei bei den folgenden Reichstagswahlen keine herausragenden Ergebnisse verbuchen konnte: Erhielt sie 1917 noch 8,1 Prozent, waren es 1920 lediglich 6,4 Prozent und 1921 nur noch 4,6 Prozent der Stimmen.⁷ Darüber hinaus bestand kein ideologischer oder strategischer Konsens im engeren Sinne, was relativ schnell zu heftigen internen Konflikten führte. Dabei spielte die Einschätzung der Bolschewiki in Russland, die dort eine diktatorische Ein-Partei-Regierung mit repressiver Politik auch gegen andere Sozialisten etabliert hatte, eine herausragende Rolle. Die Annäherung an diese artikulierte sich im März 1921 in der Annahme der „21 Bedingungen“ der „Kommunistischen Internationale“, womit die Partei fortan eine Sektion dieses Herrschaftsinstruments der Kommunistischen Partei Sowjetrusslands werden sollte.

Daher benannte man sich auch in „Schwedens Kommunistische Partei. Sektion der Kommunistischen Internationale“ („Sveriges Kommunistiska Parti, Sektion av den Kommunistiska Internationalen“) (SKP) um. Die damit einhergehende Entwicklung, die man als eine „Bolschewisierung“⁸ der Partei bezeichnen kann, ließ aus der eigen-

⁶ Vgl. Carl Göran Andrae, *Revolt eller reform. Sverige inför revolutionera i Europa 1917-1918*, Stockholm 1998; Jan Bolin, *Parti av ny typ? Skapandet av ett svenskt kommunistiskt parti 1917-1933*, Stockholm 2004.

⁷ Alle Angaben zu den Wahlen beziehen sich bis 1968 auf die Ergebnisse zu den Wahlen zur Zweiten Kammer des Reichstages.

⁸ Die Formulierung spielt auf die Entwicklung der KPD in der Weimarer Republik an, wofür indessen von „Stalinisierung“ gesprochen wird, vgl. Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1969. Demgegenüber erfolgt hier eine Differenzierung der Bezeichnungen „Bolschewisierung“ be-

ständigen Organisation einen unselbständigen Teil einer Weltbewegung⁹ werden. Denn die Ausrichtung der Politik und Struktur der SKP orientierte sich fortan an den Forderungen der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU). Diese Folgewirkungen fanden indes keine einhellige Akzeptanz und führten zu Ausschlüssen und Neugründungen.¹⁰ Beispielhaft dafür steht der erste SSV-Vorsitzende Zeth Höglund, der 1924 aufgrund von behauptetem „Reformismus“ die SKP verlassen musste. Er gründete daraufhin eine neue linkssozialistische Partei, die aber mangels Mitglieder und Wählerstimmen scheiterte. Ähnlich wie andere Ausgeschlossene fand Höglund später wieder den Weg zurück zur SAP.

4. Besonderheiten der klassischen Kommunistischen Partei

Die SKP nahm also die Form einer klassischen Kommunistischen Partei an, was hier ein Aufzeigen der Besonderheiten einer solchen hinsichtlich Ideologie, Organisation und Strategie notwendig macht: Im erstgenannten Bereich orientierte man sich am Marxismus-Leninismus: Damit war einerseits die Berufung auf den historischen Materialismus von Karl Marx und andererseits die Orientierung an den strategischen Vorgaben von Wladimir I. Lenin gemeint. Aus der letztgenannten Position ergaben sich Konsequenzen für die Organisationsform, hat man es doch bei einer klassischen Kommunistischen Partei mit einer hierarchischen und zentralistischen Struktur zu tun. Demnach kamen die Anweisungen von der Parteispitze und mussten zwingend eine Umsetzung erfahren. Außerdem kannte dieses Parteimodell

zogen auf ein leninistisches Parteimodell und „Stalinisierung“ hinsichtlich der Ausrichtung an der gemeinten Diktatur.

⁹ Vgl. als Gesamtdarstellungen zum Kommunismus als Weltbewegung: Archie Brown, *Aufstieg und Fall des Kommunismus*, Berlin 2009; David Priestland, *Weltgeschichte des Kommunismus. Von der Französischen Revolution bis heute*, München 2009.

¹⁰ Vgl. Lars Björlin, *Röd skandinavism i Komintern. SKPs kris och splittring 1924*, in: *Arbetshistoria*, 18 (1994), Nr. 1, S. 18-30; Erland F. Josephson, *SKP och Komintern 1921-1924. Motsättningar inom Sveriges Kommunistiska Parti och dess relationer till den Kommunistiska Internationalen*, Uppsala 1976.

keine Flügel¹¹, also auch keine innerparteiliche Demokratie. Strategisch beabsichtigte man nach einer Revolution die Etablierung einer sozialistischen Diktatur, welche die Voraussetzungen für den Übergang in den Kommunismus schaffen sollte.

Diese Absicht schloss indessen keine Reformen aus, konnte es doch sowohl für Marx wie für Lenin nur unter bestimmten politischen und sozialen Rahmenbedingungen zu einem Umsturz kommen. Daher musste eine Kommunistische Partei in einer nicht-revolutionären Entwicklungsphase der Gesellschaft für eine revolutionäre Phase die politischen Voraussetzungen schaffen. Hierbei kam der Erhöhung ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz eine herausragende Bedeutung zu, womit sich auch die Arbeit in Parlamenten oder das Engagement für Reformen erklärt. Die eigentliche Absicht, die in der gewalttätigen Ablösung der bestehenden politischen Strukturen zu sehen war, blieb dabei erkennbar und wurde nicht verleugnet. Demnach müssen auch Forderungen nach einer Demokratisierung der Gesellschaft oder nach einer Erhöhung des Lebensstandards im Lichte dieser längerfristig angelegten strategischen Orientierung gesehen werden. Der Berufung auf Grundrechte kam in diesem Kontext lediglich eine instrumentelle Funktion zu.

Darüber hinaus darf als Besonderheit der klassischen Kommunistischen Parteien deren Einbettung in einen internationalen Kontext gelten. Denn die einzelnen Parteien in ihren Ländern verstanden sich als nationale Sektionen einer weltweiten Bewegung, wobei deren Angehörige nicht über einen autonomen und gleichrangigen Status verfügten. Somit stand jede dieser Parteien in ideologischer, organisatorischer und strategischer Abhängigkeit von der damaligen Sowjetunion oder den mit ihr verbündeten Staaten. Man hatte sich im eigenen Agieren nach deren außen- und innenpolitischen Interessen zu orientieren, da ansonsten die Fortführung der finanziellen und logistischen Unterstützung aufgehoben werden konnte. Das Ausmaß der Abhängigkeit und Steuerung der Kommunistischen Parteien in anderen Ländern durch die KPdSU wurde zwar erst nach der Auflösung des „real existierenden Sozialismus“ bekannt. Bereits zuvor konnte man aber

¹¹ Diese idealtypische Beschreibung ignoriert nicht, dass es in der politischen Praxis mitunter anders war. „Flügel“ bestehen indessen in einer klassischen Kommunistischen Partei nur in der Phase der Entstehung oder des Zerfalls.

den Sachverhalt als Solchen aus der Betrachtung von einschlägigen Entwicklungen, Kontakten und Positionen ableiten.

5. Entwicklung von „Schwedens Kommunistischer Partei“ als „bolschewisierter“ Partei

Auch nach den ersten Ausschlüssen bzw. Austritten von Minderheiten in der SKP blieb der Konflikt zwischen einer Eigenständigkeit beanspruchenden Position und einer an Moskau orientierten Richtung weiterhin präsent. Damit einhergehende Differenzen prägten die Entwicklung der Partei in den 1920er und 1930er Jahren, konnte sich doch der letztgenannte Flügel trotz der intensiven Unterstützung durch die KPdSU erst relativ spät durchsetzen. Dies macht der Blick auf die Parteivorsitzenden deutlich: Da mit Karl Kilbom der Inhaber dieses Amtes angesichts des Rückgangs von Wählerstimmen eine Annäherung an die SAP suchte, fand die damit einhergehende Mäßigung der SKP auch aufgrund der anderslautenden Vorgaben aus Moskau keine Akzeptanz. Dagegen intervenierten die an der KPdSU orientierten Kräfte um Sven Linderot, der 1929 Kilbom in diesem Amt ablöste und den Vorsitz bis 1951 innehaben sollte. Kilbom setzte zwar den parteiinternen Konflikt fort, musste aber angesichts seines Parteiausschlusses 1937 sein Scheitern konstatieren.

Bei den Reichstagswahlen konnte die SKP in der Phase dieser internen Machtkämpfe keine beachtenswerten Ergebnisse verbuchen. Nach einem leichten Anstieg 1924 von 5,1 Prozent auf 1928 6,4 Prozent kam es 1932 zu einem Einbruch auf 3,0 Prozent. Demnach gelangen der Kommunistischen Partei noch nicht einmal vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise zumindest Achtungserfolge, was bei ihren Schwesterparteien im Ausland sehr wohl der Fall war. Auch 1936 und 1940 verweilte die SKP bei 3,3 und 3,5 Prozent. Demnach ging die erfolgreiche „Bolschewisierung“ mit einem starken Rückgang bei den Wählerstimmen einher. Die Arbeiter, die eigentlich die soziale Basis der SKP sein sollten, neigten über das Zehnfache mehr der SAP zu. Darüber hinaus diskreditierten sich die Kommunisten selbst dadurch, dass sie bei außenpolitischen Fragen die Position der Sowjetunion einnahmen. So begrüßten sie 1939 den Hitler-Stalin-Pakt, standen

während des Finnland-Krieges 1939/40 auf der Seite der Invasoren und verharmlosten 1940 die deutsche Besatzung in Norwegen.

Insofern ließ sich nicht nur von einer „Bolschewisierung“, sondern auch von einer „Stalinisierung“ der SKP sprechen. Nach dem Beginn des Russlandfeldzuges der Wehrmacht 1941 erfolgte indessen eine Neuorientierung der Politik der Sowjetunion. Aus bündnispolitischen Gründen gestattete die Stalin-Regierung mehr Eigenständigkeit und Mäßigung. Die SKP bekannte sich daher 1944 offiziell zu demokratischen Freiheiten und Rechten und trat für einen friedlichen Weg zum Sozialismus ein, was indessen mehr Ausdruck von strategischen Notwendigkeiten denn innerer Überzeugung war. Im gleichen Jahr konnte man mit 10,3 Prozent der Stimmen den bislang größten Wahlerfolg verbuchen. Dies erklärt sich durch eine Kombination unterschiedlicher Gründe: In der Ära der Allparteien-Regierung während des Krieges war die SKP die einzige Oppositionspartei, in den Gewerkschaften hatte man durch Infiltrationsarbeit größeren Einfluss erlangt, und die Sowjetunion wurde durch ihre Kriegsteilnahme gegen NS-Deutschland positiver gesehen.¹²

6. Entwicklung von „Schwedens Kommunistischer Partei“ als „stalinisierter“ Partei

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs konnte die SKP an derartige Erfolge nicht mehr anknüpfen, gingen doch die Stimmenanteile bei Wahlen immer mehr zurück. Bei den Reichstagswahlen 1948 erreichte man lediglich 6,3 Prozent und 1952 nur noch 4,3 Prozent. Insofern fand die bekundete Ausrichtung der Partei an Parlamentarismus und Reformen keine Akzeptanz in der Bevölkerung, wofür ebenfalls eine Kombination unterschiedlicher Gründe verantwortlich war: Da ab 1947 der „Kalte Krieg“ begann und die Sowjetunion in Osteuropa als Unterdrücker auftrat, fanden die demokratischen Bekundungen der mit ihr sympathisierenden SKP wenig Glaubwürdigkeit in der schwedischen Öffentlichkeit. Darüber hinaus erfolgte bereits eine Politik, die auf die Ausweitung von Demokratie, die Erhöhung des Lebensstandards und die Lenkung der Wirtschaft setzte, durch die SAP-

¹² Vgl. Yvonne Hirdman, *Sveriges Kommunistiska Parti 1939-1945*, Stockholm 1974.

Regierung unter Tage Erlander. Es bedurfte daher für die Angehörigen der Arbeiterschaft keiner Alternative als Partei, denn die erhofften sozialen Reformen setzte bereits ein anderer Akteur um.

Da die Sowjetunion auf Konfrontationskurs zu ihren ehemaligen Verbündeten im Zweiten Weltkrieg gegangen war, gab die KPdSU auch für die Politik der Kommunistischen Parteien eine Neuausrichtung der Strategie vor: Fortan sollte nicht mehr auf Bündnisse mit bürgerlichen und sozialistischen Kräften, sondern auf einen kompromisslosen und revolutionären Kurs gesetzt werden. Die Konsequenzen dieser Positionierung lassen sich an der Einstellung zur SAP verdeutlichen: Während die SKP zuvor noch an Bündnissen und Kooperation mit den Sozialdemokraten interessiert war, galten sie der Partei jetzt als „Hauptfeind“ beim Kampf gegen den Kapitalismus. Darüber hinaus negierte man nun die Auffassung von einem friedlichen Übergang zum Sozialismus. Die ideologische und strategische Anpassung der SKP an der KPdSU blieb demnach existent. Aufgrund deren Ausrichtung am Stalinismus, also an einer totalitären Herrschaft, hatten die schwedischen Kommunisten den bislang höchsten Grad der Extremismusintensität eingenommen.

Die damit einhergehende Linie bedingte auch die Anpassung der kritisch orientierten Kräfte in der Partei, wofür die lobhudlerische Rede von Carl-Henrik Hermansson anlässlich Stalins Tod stand. Ausgerechnet er sollte einige Jahre später der Wegbereiter der Demokratisierung und Entstalinisierung der SKP werden. Indessen dominierten auch nach 1953 noch die Kräfte in der Partei, die ihre Politik nach den Interessen und Vorgaben der Sowjetunion ausrichteten. Dafür stand als Parteivorsitzender Hilding Hagberg, der das Amt von 1951 bis 1964 innehatte. Eine solche politische Ausrichtung fand in der Bevölkerung indessen immer weniger Zuspruch, wovon die Ergebnisse bei den Reichstagswahlen zeugen: 1956 erhielt man 5,0 Prozent, 1958 3,4 Prozent und 1960 4,5 Prozent der Stimmen. Gleichzeitig dehnte sich die Abhängigkeit von Ländern des „real existierenden Sozialismus“ noch auf andere Staaten aus: Seit 1959 erfolgte etwa die Kaderschulung der SRP mit finanzieller Hilfe und politischen Vorgaben durch die SED in Bad Doberan in der Nähe von Rostock.

7. Determinanten für die extremistische Ausrichtung einer sozialistischen Partei

Welche Bedingungsfaktoren erklären in der historisch-politischen Rückschau die Entwicklung der SKP hin zu einer extremistischen Partei, die sich ideologisch, organisatorisch und strategisch an der Diktatur in der Sowjetunion orientierte und eine ähnliche politische Ordnung wie dort in Schweden umsetzen wollte? Dafür lassen sich Determinanten auf den unterschiedlichsten Ebenen ausmachen. Zunächst muss aber konstatiert werden, dass die damit einhergehende Entwicklung keineswegs notwendigerweise so erfolgen musste. Denn die SAP-Abspaltung SSV entstand bereits vor der Oktoberrevolution und verstand sich nicht als Nachahmung der erfolgreichen Bolschewiki. Hier lässt sich gar eine auffällige Gemeinsamkeit mit der Entstehung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (USPD) als Abspaltung von der SPD konstatieren. In beiden Fällen handelte es sich um Neugründungen, die zwar links von der jeweiligen „Mutterpartei“ standen, indessen keine revolutionäre Orientierung hatten.

Dazu kam es erst durch die Anpassung an die Bolschewiki in Russland bzw. deren Machtinstrument „Komintern“. In der SSV wie in der USPD führte die Annahme der leninistischen Bedingungen für die Aufnahme in diesen Zusammenschluss zu heftigen internen Konflikten, die bei einem Teil in der Ausrichtung an der Sowjetunion und bei einem anderen Teil in der Rückkehr zur Sozialdemokratie mündeten. Daraufhin entwickelten sich die KPD in Deutschland und die SKP in Schweden zwar etwas später und zeitverschobener als die meisten Kommunistischen Parteien in anderen Ländern, aber dann letztendlich doch zu einer Partei neuen Typs im Sinne der konstatierten Besonderheiten einer klassischen Kommunistischen Partei. Auch wenn in komparativer Betrachtung die Eigenständigkeit der KPD geringer als die Eigenständigkeit der SKP gegenüber der Sowjetunion war, so wurde auch die schwedische Partei zu einem Instrument der Politik der KPdSU. Man bekannte sich auch namentlich dazu, eine nationale Sektion des Weltkommunismus zu sein.

Die damit einhergehende ideologische, organisatorische und strategische Ausrichtung der SKP bildet denn auch den dominierenden Bedingungsfaktor für die extremistische Orientierung der Partei. Denn

ihre erklärte Absicht war es seinerzeit, in Schweden eine ähnliche politische Ordnung wie in der Sowjetunion zu etablieren. Dies hätte die Errichtung einer Diktatur mit totalitärem Herrschaftsanspruch bedeutet. Das Ausmaß der Extremismusintensität hing dabei ebenfalls von den Entwicklungen in bzw. den Vorgaben aus der Sowjetunion zusammen. Denn während der Alleinherrschaft Stalins bildete dessen politisches System das konkrete Vorbild. Die konkrete Interessenlage der KPdSU bzw. der „Komintern“ bedingten mitunter Anpassungen oder Mäßigungen in der Strategie, was wiederum zu einem Rückgang der Extremismusintensität führte. Dadurch änderte sich aber weder bei den anderen Kommunistischen Parteien noch bei der SKP etwas an ihrer Negierung der Normen und Regeln moderner Demokratien und offener Gesellschaften.

8. Beginn der Demokratisierung in der Ära von C. H. Hermansson

Erst ab 1964 setzte eine andere Entwicklung ein, wurde doch der erwähnte Carl-Henrik Hermansson¹³ neuer Parteivorsitzender. Die fortan beginnende Demokratisierung konnte indessen an Entwicklungen in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre anknüpfen. Zwar hatte sich die SKP an der Sowjetunion orientiert, indessen an der KPdSU unter der Führung von Nikita Chruschtschow. Dieser formulierte bekanntlich auf dem 20. Parteitag 1956 eine Distanzierung von den Verbrechen Stalins und reduzierte das Ausmaß an Repressionspolitik. Da in diesem Kontext die Frage eines friedlichen und parlamentarischen Entwicklungsprozesses zum Sozialismus im Westen thematisiert wurde, nahm die SKP-Führung erneut eine derartige Ausrichtung ihrer Politik vor. Man betonte fortan wieder die Chancen des institutionalisierten Parlamentarismus und die Möglichkeit eines eigenständigen Weges. Gleichwohl gab die SKP entgegen anderslautenden Bekundungen die Prägungen im Sinne einer klassischen Kommunistischen Partei nicht auf.

¹³ Über ihn liegt eine voluminöse Biographie vor, welche auch die Geschichte des Kommunismus in Schweden erzählt: Werner Schmidt, C-H Hermansson. En politisk biografi, Stockholm 2005. Vgl. auch Carl-Henrik Hermansson, Minnen, Stockholm 1993.

Damit begann erst der neue Vorsitzende Hermansson, der anlässlich der 20. Parteitages der SKP 1964 eine Erneuerung ankündigte und schrittweise Veränderungen umsetzte.¹⁴ Die Rücksichtnahme auf die bedeutsamen pro-sowjetischen Kräfte in der Partei erklärt mit das gelegentlich schwankende und zögerliche Vorgehen. Indessen ließen Entscheidungen und Positionierungen eine klare Richtung erkennen: Bereits auf der ersten Pressekonferenz nach seiner Wahl kritisierte Hermansson den Bau der Berliner Mauer und erklärte die Ausbildung von SKP-Funktionären in der DDR für beendet. Dem schloss sich noch im gleichen Jahr eine Distanzierung und Kritik am Agieren der Sowjetunion an, sei es beim Angriff auf Finnland von 1939, bei der Machtübernahme in Prag 1948, bei der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in der DDR 1953 oder bei der Unterdrückung des Aufstandes in Ungarn 1956. Außerdem kritisierte Hermansson 1964 als einziger führender Repräsentant einer Kommunistischen Partei den Sturz Chruschtschows in der Sowjetunion.

Ebenfalls als erste Führungsfigur einer solchen Partei betonte er 1965 die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen auch in sozialistischen Gesellschaften und plädierte für solche für einschlägige Freiheiten und Pluralismus. Im gleichen Jahr proklamierte der Entwurf eines neuen Parteistatuts die Abkehr von leninistischen Strukturen, die Erweiterung demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten und die Institutionalisierung von transparenten Regeln. Und der Entwurf für ein neues Parteiprogramm 1967 enthielt keine Bekenntnisse mehr zum Leninismus oder der Sowjetunion, plädierte aber bei Gewährung von Grundfreiheiten für einen demokratischen Weg zum Sozialismus. Damit bekannte man sich auch inhaltlich und nicht nur strategisch zur modernen Demokratie. Der Höhepunkt der Reformbestrebungen bestand in dem Antrag, „Schwedens Kommunistische Partei“ in „Linkspartei“ umzubenennen. Dafür gab es indessen keine Mehrheit. Ein Kompro-

¹⁴ Vgl. Wolfgang Leonhard, Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West, München 1978, S. 280-288; Werner Schmidt, C. H. Hermanssons Versuch, eine kommunistische Partei über ihren eigenen historischen Schatten springen zu lassen, in: Das Argument Nr. 249/2003, S. 107-115.

miss führte zum neuen Namen „Die Linkspartei. Kommunisten“ („Vänsterpartiet. Kommunisterna) (VPK).¹⁵

9. Besonderheiten der eurokommunistischen Parteien

Die erwähnte relativ frühe Distanzierung der SKP von der Sowjetunion machte sie zu einer frühen Erscheinungsform des „Eurokommunismus“¹⁶, was hier ein Aufzeigen der Besonderheiten einschlägiger Parteien notwendig macht. Die Bezeichnung kam erst in den 1970er Jahren aus dem journalistischen Kontext auf, fand dann aber auch in den gemeinten politischen Organisationen terminologische Anerkennung. Zwar bestand eine Fülle von Gemeinsamkeiten, aber auch von Unterschieden. Letzteres ist auch für die hier zu erörternde Frage nach der Hinwendung zu demokratischen Prinzipien von Relevanz, was die Nutzung der Formulierung als Sammelbezeichnung etwas schwierig macht. Ganz allgemein kann indessen gesagt werden, dass es sich um klassische Kommunistische Parteien handelte. Die geringe Akzeptanz bei Wahlen wurde von ihnen teilweise auf die Nähe zur Sowjetunion zurückgeführt. Darüber hinaus löste deren Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 in den gemeinten Parteien auch Distanzierung und Empörung aus.

In der Konsequenz führte dies dazu, dass die Dominanz der KPdSU als Kraft im Kommunismus immer mehr in Zweifel gezogen wurde. Der damit einhergehende Anspruch auf Autonomie führte dann auch zur Einforderung eines eigenen, nämlich parlamentarischen und schrittweisen Weges zum Sozialismus. Einschlägige Entwicklungen und Positionen kamen in den 1970er Jahren in den Kommunistischen Parteien von Frankreich, Italien und Spanien auf, woraus sich eben die Formulierung „Eurokommunismus“ als Sammelbezeichnung für diese Tendenzen erklärt. Darüber hinaus deuteten noch andere Aspekte ei-

¹⁵ Vgl. Sven Landin, Uppbrott fran stalinismen. Till en socialismen med mänskligt ansikte, Stockholm 1973.

¹⁶ Vgl. Klaus Kellmann, Pluralistischer Kommunismus? Wandlungstendenzen eurokommunistischer Parteien in Westeuropa und ihre Reaktion auf die Erneuerung in Polen, Stuttgart 1984; Karin Priester, Hat der Eurokommunismus eine Zukunft? Perspektiven und Grenzen des Systemwandels in Westeuropa, München 1982.

nen Demokratisierungsprozess an: die Ablehnung der Avantgarde-Auffassung einer Kader-Partei, die Akzeptanz eines Mehrparteiensystems, Parlamentarismus und Pluralismus, die Anerkennung von bestimmten Grundrechten in einer sozialistischen Gesellschaft oder die Erweiterung der Möglichkeiten von innerparteilicher Opposition und die Negierung der Forderung nach einer „Diktatur des Proletariats“.

Gleichwohl konnte man gegenüber der Beschwörung von derartigen Entwicklungen auch eine skeptische Haltung annehmen. Da diese Neuausrichtung von der Parteispitze aus erfolgte und die Organisationsstruktur hinsichtlich ihres Zentralismus nur minimiert wurde, stellte sich die Frage nach den Motiven für die Änderungen im Spannungsfeld von demokratischen Einsichten und strategischen Notwendigkeiten. Die Entwicklung der erwähnten drei Kommunistischen Parteien macht diese Ambivalenz deutlich: Während die KP Frankreichs nach einer kurzen „eurokommunistischen“ Phase wieder zu einer klassischen Kommunistischen Partei wurde, entstand aus der als „Mutterpartei“ des „Eurokommunismus“ geltenden KP Italiens nach Namensänderungen und Umbrüchen letztendlich eine sozialdemokratische Partei. Die KP Spaniens nahm hier eine Mittelposition ein, verschwand aber in die Bedeutungslosigkeit. Dies galt in den 1980er Jahren auch allgemein für den „Eurokommunismus“, der zwischen Orthodoxie und Sozialdemokratie zerrieben wurde.

10. Neuorientierungen und Rückfälle in „Die Linkspartei Kommunisten“

Die Änderungen in der ideologischen, organisatorischen und strategischen Ausrichtung der VPK bedingten indessen keine Erfolge bei Wahlen. Ganz im Gegenteil kam es eher zu Rückgang oder Stagnation: 1964 konnte man noch einen leichten Anstieg auf 5,2 Prozent verbuchen. 1968 sank der Anteil dann aber schon auf 3,0 Prozent, mit dem Ergebnis von 1932 das schlechteste Ergebnis in der Parteigeschichte. Indessen hatten bei dieser Reichstagswahl die Sozialdemokraten erstmals über 50 Prozent der Stimmen erhalten. 1970 stieg der Stimmenanteil für die VPK auch nur auf 4,8 Prozent an. Das Auf-

kommen der „Achtundsechziger“¹⁷ führte demnach nicht zu einem Anstieg der Wählerstimmen. Dafür entstanden ähnlich wie in Deutschland nach der Auflösung der Protestbewegung Anfang der 1970er Jahre kommunistische Klein-Gruppen mit maoistischer Prägung.¹⁸ Die Reformer in der VPK wurden daher sowohl parteiextern von diesen wie parteiintern von Traditionalisten mit Vorwürfen des „Revisionismus“ und „Verrats“ konfrontiert.

Dadurch kam es zu einer partiellen Rücknahme einiger Änderungen, wobei sich der fortwährende Einfluss der Traditionalisten zeigte. Da diese besondere Förderung und Unterstützung eben aus der DDR und der Sowjetunion erhielten¹⁹, konnte sich die Führung auch aufgrund deren parteiinterner Verankerung nicht problemlos über sie hinwegsetzen. Ganz im Gegenteil begann eine heftige innerparteiliche Kontroverse zwischen Reformern und Traditionalisten. Bereits angesichts der Kritik, die sich gegen die Intervention der Sowjetunion in die Tschechoslowakei 1968 richtete, hatte es auf dem Parteitag einen Eklat gegeben. Die frühe Abreise von Delegationen aus den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ nach der Präsentation einer Protestnote stand dafür. Aus deren Perspektive handelte es sich um eine konsequente Entscheidung. Demgegenüber lavierte die VPK in ihrer Einstellung zu DDR und Sowjetunion: Einerseits kritisierte man deutlich deren Politik der Repression, andererseits fühlte man sich noch mit ihnen als Teil des Weltkommunismus.

Einige Aussagen in Parteiprogrammen und Parteisatzungen seit Beginn der 1970er Jahre stehen für die erwähnten Rückfälle: Als Klassiker für die Partei galt nun neben Marx auch wieder Lenin; die Betonung einer bindenden Wirkung der Beschlüsse höherer Gremien sollte

¹⁷ Vgl. Thomas Etzemüller, 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden, Konstanz 2005; Kjell Östberg, 1968 när allting var i rörelse. Sextiotalsradikaliseringen och de sociala rörelserna, Stockholm 2002.

¹⁸ Vgl. Lars Ake Augustsson/Stig Hansén, De svenska maoisterna, Göteborg 2001; Ohne Herausgeber, Vänstern i Sverige 1968-78. En antologi, Stockholm 1978.

¹⁹ Vgl. allgemein zur Finanzierung der SKP aus der Sowjetunion: Lars Björlin, Russisk guld i svensk kommunisme, in: Morten Thing (Hrsg.), Gullet fra Moskva. Finansieringen af de nordiske kommunist-partier 1917-1990, København 2001, S. 42-127.

der Parteidisziplin wieder einen höheren Stellenwert geben; die Formulierung „revolutionäre Regierung“ legt eine Distanz zur zuvor bekundeten Orientierung am Pluralismus nahe, die Rede vom „proletarischen Internationalismus“ als Synonym für eine Orientierung an der Politik der Sowjetunion kam wieder vor; und auf eine ausdrückliche Kritik an der Politik der Staaten des „real existierenden Sozialismus“ verzichtete man. 1975 trat Hermansson vom Parteivorsitz zurück, ihm folgte mit Lars Werner indessen ein weiterer Reformers. Gleichwohl kann die erwähnte Entwicklung nicht als Restauration verstanden werden. Denn noch im gleichen Jahr eskalierten die internen Konflikte. 1977 führte dann eine Solidaritätserklärung der VPK-Führung für osteuropäische Bürgerrechtler zu einem Bruch.

11. Abspaltungen von „Die Linkspartei Kommunisten“ in Form von neuen Parteien

Bei der danach entstandenen „Arbeiterpartei Kommunisten“ (Arbetarpartiet Kommunisterna“) (APK) handelte es sich bereits um die zweite Abspaltung von der SKP bzw. VPK. Schon 1967 war es zur Gründung des „Kommunistischen Verbandes Marxisten-Leninisten“ (Kommunistiska förbundet Marxist-Leninsterna“) (KfML) gekommen. In beiden Fällen kritisierten die Initiatoren den Reformkurs der Partei. Für die Frage der Einschätzung von Demokratisierungstendenzen verdienen derartige Abspaltungsprozesse besonderes Interesse, denn eine derartige Entwicklung einer früheren extremistischen Organisation muss Folgen für die Anhänger der ursprünglichen Richtung haben. Daher dürfen derartige Abspaltungen als erwartbare Entwicklungen gelten, gleichzeitig lassen sie sich aber auch als Beleg für die tatsächliche Demokratisierung interpretieren. Die gemeinten politischen Akteure müssen irgendwann die extremistischen Bestandteile ihrer Partei sowohl um der eigenen Glaubwürdigkeit wie faktischen Handlungsfähigkeit willen loswerden.

Bei der ersten Abspaltung, dem KfML, handelte es sich nicht um den dogmatischen Flügel, der an der Politik der Sowjetunion orientiert bleiben wollte. Die Anhänger der neuen Partei definierten sich zwar als marxistisch-leninistisch, aber im chinesischen bzw. maoistischen Sinne. Derartige Auffassungen fanden in der seinerzeitigen Achtund-

sechziger Bewegung durchaus Akzeptanz, was die soziale Prägung der KfML durch Intellektuelle und Jugendliche erklärt. Bereits drei Jahre nach der Entstehung kam es 1970 zu einer erneuten Spaltung in einen KfML (r) und KfML (s). Die erstgenannte Gruppe definierte sich als Repräsentant der Revolution und warf der zweiten Gruppe eine zu starke Orientierung an der Tagespolitik vor. 1973 nahm der KfML (r) die frei gewordene Bezeichnung „Schwedens Kommunistische Partei“ („Sveriges kommunistiska parti“) an, um sich in deren politische Tradition zu stellen. 2005 benannte man sich in „Kommunistische Partei“ („Kommunistiska Partiet“) um. Die Ergebnisse bei Wahlen bewegten sich meist unter 0,2 Prozent der Stimmen.

Die APK entstand 1977 als Partei des an der Sowjetunion angelehnten traditionellen Flügels der VPK, sah man doch seinerzeit die Hoffnungen auf eine Rückkehr zum Marxismus-Leninismus als endgültig gescheitert an. Da auch einige führende Funktionäre bzw. Mandatsträger die „Mutterpartei“ zugunsten der APK verließen, entstand zunächst der Eindruck einer Spaltung mit gravierenden Auswirkungen. Indessen folgten nur wenige Mitglieder den Protagonisten des „Moskau“-Flügels der Partei. Sie konnte außerdem bei Kandidaturen zu Wahlen ebenfalls meist nur unter 0,2 Prozent der Stimmen verbuchen. Die offizielle Anerkennung durch die Sowjetunion brachte der APK darüber hinaus auch keine politischen Pluspunkte ein. 1995 musste sie sogar als erste Partei in Schweden finanziellen Konkurs anmelden. Aus ihrer Anhängerschaft entstand im gleichen Jahr noch eine neue Partei, die sich ebenfalls den zwischenzeitlich wieder frei gewordenen Namen „Schwedens Kommunistische Partei“ („Sveriges kommunistiska parti“) gab.

12. Entwicklung von „Die Linkspartei. Kommunisten“ zu „Die Linkspartei“

Für die VPK bedeuteten die Abspaltungen weder bezogen auf die Mitglieder noch auf die Wählerschaft eine politische Schwächung. Ganz im Gegenteil, konnte der eingeschlagene Kurs der Abkehr vom Marxismus-Leninismus und der Mäßigung des Vorgehens danach glaubwürdiger und problemloser fortgesetzt werden. Gleichwohl verlief diese Entwicklung durchaus ambivalent und nicht stringent: Ei-

nerseits formulierte der Parteivorsitzende Werner öffentlich seine Kritik an den Einschränkungen der Meinungsfreiheit und der Verfolgung von Oppositionellen in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“. Andererseits erfolgte kein konsequenter Bruch mit den als „Brüderparteien“ geltenden Kommunistischen Parteien an der Spitze der dortigen diktatorischen Ein-Partei-Regierungen. Mitunter führte dies zu absonderlichen Situationen: Anlässlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution wurden sowohl die AKP wie die VPK von der KPdSU 1977 zu den Feierlichkeiten eingeladen, womit sich die erwähnten Konflikte zwischen beiden Parteien auch in Moskau fortsetzten.

Der Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion erfolgte denn auch erst mit der Auflösung der Sowjetunion. Dieses politische Ereignis beflügelte die Demokratisierung und Reformierung der Partei, die 1990 in ihrem Namen endgültig die Bezeichnung „Kommunisten“ fallen ließ und fortan nur noch als „Die Linkspartei“ („Vänsterpartiet“) (V) auftrat.²⁰ Indessen fand diese Entscheidung auf dem entscheidenden Parteitag nur eine knappe Mehrheit, die gerade mal bei drei Stimmen lag. Dies macht exemplarisch deutlich, dass auch aufgrund der Abspaltung der AKP-Mitglieder sehr wohl noch dogmatische und traditionalistische Kräfte in der V eine bedeutende Rolle spielten. Die Reformkräfte konnten während der Phase der Erneuerung auch keine herausragenden Erfolge bei den Reichstagswahlen vorweisen: 1970 waren es 4,8, 1973 5,3, 1979 5,6, 1982 ebenfalls 5,6, 1985 5,4, 1988 5,8 und 1991 4,5 Prozent der Stimmen. Demnach erhielt die V ausgerechnet nach der Abkehr vom Kommunismus im Namen das schlechteste Ergebnis bei den nationalen Wahlen seit 1968.

Damit konnten sich die Anhänger einer Parteireform zunächst nicht auf das Argument einer größeren gesellschaftlichen Akzeptanz stüt-

²⁰ Vgl. David Arter, „Communists we are no longer, Social democrats we can never be“. The Evolution of the Leftist Parties in Finland and Sweden, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 18 (2002), Nr. 3, S. 1-28; Svante Ersson, *Kommunismus und linke Strömungen in Skandinavien nach 1989: Niedergang, Wiederbelebung oder Schwankungen ohne zugrundeliegende Tendenz?*, in: Patrick Moreau/Marc Lazar/Gerhard Hirscher (Hrsg.), *Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?*, 1998, S. 423-452.

zen, wobei der Rückgang der Stimmabgaben 1991 mit durch die Kritik an der Praxis des sich seinerzeit in Auflösung befindlichen „real existierenden Sozialismus“ erklärbar ist. 1993 folgte Gudrun Schyman als erste Frau Lars Werner an der Parteispitze. Die bekennende Feministin hatte zwar ihre politische Entwicklung in einer maoistischen Kleinorganisation begonnen und war erst 1977 in die V eingetreten. Gleichwohl gehörte sie dort zu den Reformkräften. Während Schymans Parteivorsitz erweiterte sich die linkssozialistische Programmatik um feministische und ökologische Elemente. Darüber hinaus gelang es in dieser Phase, durch die sozialpolitischen Positionswechsel der Sozialdemokraten enttäuschte Teile von deren Stammwähler für Voten zugunsten der V zu motivieren.²¹ 1994 erhielt man schon wieder 6,2 Prozent und 1998 mit 12,0 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis in der Parteigeschichte.

13. Besonderheiten der postkommunistischen Linksparteien

Demnach entwickelte sich „Die Linkspartei“ Schwedens in dieser Phase zu einer „Linkspartei“ neuen Typs, was hier für die folgende Analyse einige Definitionen und Erläuterungen zur demokratietheoretischen Einschätzung wie zur inhaltlichen Orientierung nötig macht. Dabei stellt sich das Problem, dass die Bezeichnung in der bisherigen Debatte nicht ebenso klar und trennscharf wie die Kategorien „Klassische Kommunistische Partei“ oder „Eurokommunistische Partei“ genutzt wird. Insofern handelt es sich bei den Ausführungen um eine Arbeitsdefinition für die Erörterung ebenso wie um einen Vorschlag zur Forschungsperspektive. Dabei soll hier zunächst die Begriffsbestimmung über eine Abgrenzung erfolgen: „Linksparteien“²² stehen

²¹ Vgl. David Arter, Scandinavia. What's Left is the Social Democratic Welfare Consensus, in: Parliamentary Affairs, Nr. 1/2003, S. 75-98; Paula Blomqvist/Christoffer Green-Pedersen, Defeat at Home? Issue-Ownership and Social Democratic Support in Scandinavia, in: Government and Opposition, Nr. 4/2004, S. 587-613.

²² Vgl. Cornelia Hildebrandt, Fragmentierung und Pluralismus der Linksparteien in Europa, in: Birgit Daiber/Dies./Anna Striethorst (Hrsg.), Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin 2010, S. 9-38; Tim Spier/Clemens Wirries, Ausnahmeerscheinung oder Normalität? Linkspartei-

für politische Organisationen, die dem Gesichtspunkt der sozialen Gleichheit konstitutive Bedeutung im Politikverständnis zuschreiben. Dabei lassen sie sich ebenso von feministischen und ökologischen wie von kommunistischen wie von sozialdemokratischen Parteien unterscheiden.

Diese Einschätzung bestreitet zunächst nicht, dass eine „Linkspartei“ auch feministische und ökologische Positionen einnehmen kann. Sie werden indessen von der Ausrichtung auf soziale Egalität überlagert. Darüber hinaus bestehen ebenso Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Gleichheitsorientierung mit kommunistischen und sozialdemokratischen Positionen. Die Differenzen ergeben sich aus der angestrebten Form der Realisierung und der Reichweite der Wirkung. Bezogen auf den erstgenannten Gesichtspunkt bedeutet dies eine Abkehr von diktatorischen und revolutionären Sozialismuskonzeptionen, wobei die gemeinten politischen Organisationen sehr wohl eine einschlägige Vergangenheit haben können. Hier hätte man es mit einer postkommunistischen Ausrichtung, also mit einer Überwindung der marxistisch-leninistischen Ansprüche, Handlungs- und Organisationsformen zu tun. Die Differenz zu sozialdemokratischen Positionen würde demgegenüber in einer grundlegenderen und schärferen Kapitalismuskritik auf der Basis einer sozialen Marktwirtschaft bestehen.

Nach dieser Definition handelt es sich bei einer „Linkspartei“ um eine politische Organisation, die einerseits die Minimalbedingungen einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft akzeptiert und andererseits auf dieser Grundlage für mehr soziale Egalität durch die Erweiterung sozialstaatlicher Möglichkeiten etwa durch Steuerpolitik votiert. Demnach ginge es hier um Grundauffassungen auch von den europäischen sozialdemokratischen Parteien in der Nachkriegszeit. Die durch deren Abkehr von den genannten Positionen entstandene inhaltliche Lücke wollen die gemeinten „Linksparteien“ schließen. Dafür steht etwa die „Sozialistische Volkspartei“ („Socialistisk Folkeparti“) (SF) in Dänemark, aber nicht die „Kommunistische Partei Frankreichs“ („Parti Communiste Francais“) (PCF). Wie angesichts dieser Eigenschaften die frühere „Partei des Demokratischen Sozia-

en in Westeuropa, in: Tim Spier u.a. (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 71-116.

lismus“ (PDS) bzw. gegenwärtige Partei „Die Linke“ in Deutschland eingeschätzt werden müsste, lässt sich hier aufgrund der Komplexität dieses Problems nicht näher erörtern.

14. Demokratisierungsentwicklungen nach erneuten Rückfällen

Die angedeutete Ambivalenz in der Entwicklung der V hin zu einer solchen Linkspartei setzte sich nach Beginn der 2000er Jahre zunächst noch fort: 2003 trat Gudrun Schyman von ihrem Amt als Parteivorsitzende zurück, da der in der Öffentlichkeit populären Politikerin diverse Steuerbetrügereien nachgewiesen werden konnten. Nach einer kurzen Übergangszeit mit der Nachfolgerin Ulla Hoffmann übernahm 2004 mit Lars Ohly ein Angehöriger des traditionalistischen Flügels den Parteivorsitz. Der frühere Generalsekretär beharrte in öffentlichen Stellungnahmen darauf, im politischen Selbstverständnis weiterhin Kommunist zu sein. Darüber hinaus berichteten die Medien über Ohlys frühere Stellungnahmen, worin er sich apologetisch bis verherrlichend zu den politischen Systemen des „real existierenden Sozialismus“ geäußert hatte. Während der neue Parteivorsitzende dafür Beifall aus der Jugendorganisation „Junge Linke“ („Ung Vänster“) erhielt, kam es in der breiten Öffentlichkeit zu harscher Kritik an der scheinbaren Neuorientierung der V.

Diese Entwicklung erklärt sich indessen mehr durch das Fehlen einer kritischen Aufarbeitung der politischen Vergangenheit der Partei. Da bereits früh Erneuerer wie Hermansson deren Entwicklung hin zu Reformen geprägt hatten, meinte man auf eine inhaltliche Auseinandersetzung bezogen auf die früheren ideologischen Positionen und organisatorischen Verflechtungen weitgehend verzichten zu können. Mit der Erstellung und Verbreitung einer Studie zu den Auslandskontakten in Richtung der Länder des „real existierenden Sozialismus“ war es nicht getan.²³ Denn auch durch die Abspaltungen hatten lediglich Teile der Traditionalisten die Partei verlassen. Als Ausdruck des Protestes gegen einschlägige Tendenzen entstand 2003 der Aufruf „Wegwahl für die Linkspartei“, woraus dann das Netzwerk der Reformer „Wegwahl Links“ („Vägval vänster“) (VVV) hervorging. In der Folge der

²³ Vgl. Lars-Arne Norborg u.a., *Lik i garderoben? En rapport om SKP/VPKs internationella förbindelser*. Utgiven av Vänsterpartiet, Stockholm 1996.

öffentlichen wie parteiinternen Kritik distanzierte sich Ohly 2004 von seinen früheren Auffassungen und verstand sich ab 2005 nicht mehr als Kommunist.

Während die V bei den Reichstagswahlen 2006 und 2010 nur 5,8 und 5,6 Prozent erhielt, konnte sie bei den Europawahlen 1995 12,9, 1999 15,8 und 2004 13,8 Prozent der Stimmen mobilisieren. Diese Differenz erklärte sich im Kontext einer in Schweden breit verankerten Skepsis gegenüber der Europäischen Union (EU). Die V hatte bereits 1995 den EU-Beitritt als einzige Reichstagspartei abgelehnt, wobei die Furcht vor einem Abbau der sozialen Errungenschaften und vor der Auflösung des „schwedischen Modells“ das Motiv bot. Gleichwohl kandidierte man für das Europäische Parlament, strebte die V doch ein sozialeres Europa an. Die Erfolge bei diesen Wahlen erklären sich mit durch diese Positionierung. Demnach kam hier der politischen Linie Ohlys keine Bedeutung zu. Ihm folgte 2012 im Parteivorsitz Jonas Sjöstedt, der nach seiner Wahl den demokratischen Sozialismus als Ziel der V verkündete. Auch unter seiner gemäßigten Führung konnte man bei den Reichstagswahlen 2014 mit 5,7 Prozent der Stimmen keinen Aufschwung verzeichnen.

15. Die Stellung von „Die Linkspartei“ im schwedischen Parteiensystem

In bilanzierender Betrachtung stellt sich die Frage: Welche Stellung nahm bzw. nimmt die SKP bzw. die VPK bzw. die V im schwedischen Parteiensystem ein? Zunächst kann konstatiert werden, dass die Partei kontinuierlich im nationalen Parlament vertreten war. Demnach handelt es sich rein formal um eine etablierte Wahlpartei, zog man doch mit mehr als vier Prozent der Stimmen meist regelmäßig in den Reichstag ein. Gleichwohl kam der SKP aufgrund ihrer Ausrichtung an der Sowjetunion und ihrer Dogmatisierung der Weltanschauung eine Außenseiterrolle zu. Die Ergebnisse bei Reichstagswahlen bewegten sich meist um die fünf Prozent der Stimmen, mal bis zu zwei Prozent mehr, mal bis zu zwei Prozent weniger. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es lediglich 1998 mit 12,0 und 2002 mit 8,4 Prozent der Stimmen jeweils unter dem Parteivorsitz von Gudrun Schyman eine zeitweise Ausnahme von dieser Regel. Für die Ergeb-

nisse bei Wahlen spielte ansonsten aber die Dominanz des dogmatischen oder reformerischen Flügels keine Rolle.

Im Reichstag selbst grenzten die anderen Parteien die SKP bzw. VPK in der Phase des Kalten Krieges aus. Dies lässt sich beispielhaft an folgender Begebenheit verdeutlichen: Erteilte man in den Reichstagsdebatten dem Sprecher dieser Partei das Wort, so verließen die Sprecher der anderen Parteien den Plenarsaal. Eine derartige Abgrenzungspolitik praktizierten auch die Sozialdemokraten, die darüber hinaus in den Gewerkschaften die Kommunisten als Konkurrenten um die Sympathie der Arbeiter verdrängen wollten. Gleichwohl ließen sich Minderheitenregierungen mitunter von Kommunisten stützen. Denn die SAP hatte in der Nachkriegszeit meist keine eigene Mehrheit im Parlament. Sie war sich indessen im Konfliktfall der Stimmen der Kommunisten sicher, denn ansonsten hätte es möglicherweise eine Neuwahl mit der Folge einer bürgerlichen Regierung gegeben. Da dies die SKP bzw. VPK dann politisch mit zu verantworten gehabt hätte, stimmten ihre Abgeordneten ohne Absprachen oder Zugeständnisse immer mit für die Sozialdemokraten.

An der Ausgrenzung änderte sich erst etwas nach der Auflösung des „real existierenden Sozialismus“. Demnach hatte der bereits zuvor begonnene Demokratisierungsprozess nicht zu einschlägigen Änderungen geführt. Umgekehrt motivierten auch Rückfälle wie während des Parteivorsitzes von Ohly keine Abkehr von dem Bild einer etablierten Parlamentspartei. Aufgrund der Stimmenverluste für die Sozialdemokratie und der Wahlerfolge der „Umwelpartei die Grünen“ („Miljöpartiet de Gröna“) entstand das Bild von einem linken Lager mit diesen drei Parteien, die seit Ende der 1990er Jahre vertragliche Vereinbarungen zur Zusammenarbeit schlossen.²⁴ Eine Regierungsbeteiligung lehnte die V indessen nach den Reichstagswahlen 2014 ab: Denn in außenpolitischen Fragen dominieren die Differenzen, während man

²⁴ Vgl. Barbara Steiner, „Communists we are no longer, Social Democrats we can never be“ – die schwedische Linkspartei Vänsterpartiet, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt/Anna Strielhorst (Hrsg.), Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin 2010, S. 238-250; Henning Süssner, Schweden. Langer Marsch in die Koalition, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hrsg.), Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianz, Berlin 2009, S. 66-70.

in sozialpolitischen Punkten mehr Übereinstimmungen ausmachen kann. Gleichwohl ist die V auch für die bürgerlichen Parteien kein Paria mehr im Reichstag. Diese Rolle nehmen nun die „Sverigedemokraterna“ („Schwedendemokraten“) ein.

16. Determinanten für die Demokratisierung einer Kommunistischen Partei

Welche Bedingungsfaktoren erklären nun in der historisch-politischen Rückschau die Demokratisierung der SKP bzw. VPK bzw. V als einer ursprünglichen Kommunistischen Partei? Bei der Erörterung dieser Frage darf zunächst daran erinnert werden, dass es in der SKP auch in ihrer Phase der engen Anlehnung an die Sowjetunion in der dominierenden Strömung noch eigenständige Tendenzen gab. Darin besteht eine bedeutende Differenz zu den meisten anderen Kommunistischen Parteien. Weil weder die SKP noch Schweden im Mittelpunkt von außenpolitischen Interessen bzw. Konflikten der Sowjetunion stand, duldete die KPdSU selbst während der Stalin-Herrschaft in einem stark eingeschränkten Sinne eine derartige Autonomie. Demnach gelang auch keine allseitige und vollständige Anpassung und Unterwerfung der Partei unter den Willen der Sowjetunion. Einschlägige Freiräume und Rahmenbedingungen bildeten einen Ausgangspunkt für die Demokratisierung, womit eine Gemeinsamkeit mit anderen Kommunistischen Parteien in Skandinavien bestand.

Eine entscheidende Determinante für die kommende Entwicklung kann in der Folge der Entstalinisierung in der Sowjetunion gesehen werden, offenbarte sich doch ab 1956 das ganze Ausmaß der dortigen mörderischen und totalitären Herrschaft unter Stalin. Dadurch kamen in den Kommunistischen Parteien wie in Italien, aber auch in Schweden erste Ansätze zu einer kritischen Distanz auf. Diese blieben im Gegensatz zur Situation in der Sowjetunion auch nach Chruschtschows Sturz inhaltlich präsent bzw. steigerten sich noch. Für die SKP dürften dabei die Ergebnisse bei Wahlen keine so große Rolle gespielt haben. Denn der historische Blick auf die oben referierten Stimmabgaben macht deutlich, dass mit Ausnahme der Phase unter dem Parteivorsitz von Schyman kein Wirkungszusammenhang von Reformvorhaben und Wählerzustimmung weder in die eine noch in die andere

Richtung auszumachen war. Eine potentielle Regierungsbeteiligung konnte angesichts der früheren Ausgrenzung der SKP bzw. VPK erst ab Ende der 1990er Jahre eine Determinante dafür sein.

Als bedeutenderer Gesichtspunkt dürfte hier der Gegensatz von postulierten Auffassungen in Schweden und realer Praxis in der Sowjetunion gelten. Denn die ersten Ansätze einer Demokratisierung artikulierten sich nicht zufällig in der Kritik an der Politik der KPdSU gegenüber ihren eigenen Bürgern bzw. anderen Staaten. Darüber hinaus nahm man bezogen auf die eigene Bevölkerung ein hohes Maß an Distanz gegenüber den Systemen des „real existierenden Sozialismus“ und eine starke Wertschätzung der Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates wahr. Und schließlich bewirkten Erfahrungen mit den Institutionen und Möglichkeiten in einem demokratischen Verfassungsstaat positive Integrationswirkungen. Gleichwohl macht der historische Rückblick auch deutlich, dass die Demokratisierung und Reformierung einer klassischen Kommunistischen Partei mit Abspaltungen oder Distanzierungen einhergehen muss. Diese bilden im personellen, praktischen und programmatischen Bereich für eine Demokratisierung unabdingbare Voraussetzungen.

17. Kriterien für eine Demokratisierung in Ideologie, Organisation und Strategie

Aus der obigen Fallstudie lassen sich auch allgemeine Kriterien, die eine differenzierte Einschätzung der Demokratisierung einer Kommunistischen Partei ermöglichen, für die Bereiche Ideologie, Organisation und Strategie herauslesen. Im erstgenannten Feld geht es um eine Prioritätensetzung zugunsten der individuellen Freiheit über der sozialen Gleichheit, womit die Anerkennung des Eigenwertes von Abwählbarkeit und Gewaltenkontrolle, Grundrechten und Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität verbunden wäre. Dies bedingt die Ablehnung von diktatorischen und revolutionären Sozialismuskonzeptionen, also von Leninismus, Maoismus, Stalinismus und Trotzismus. Der Marxismus kann in dieser Perspektive allenfalls Akzeptanz bezogen auf seine kritischen Elemente gegenüber dem Kapitalismus, jedoch nicht hinsichtlich seines Stellenwertes als universelle Weltanschauung finden. Demnach stellt sich bei der Betrachtung

einschlägiger Parteien die Frage, welche der erwähnten Grundprinzipien und Klassiker zu deren politischer Identität zählen.

Die erwähnte Abkehr vom Leninismus betrifft auch den organisatorischen Bereich, gilt doch der russische Revolutionär als Begründer des autoritären Parteimodells des „demokratischen Zentralismus“. Denn die Akzeptanz von Demokratie in der Gesellschaft setzt die Akzeptanz von Demokratie in der Partei voraus. Insofern begegnete man den Erneuerungstendenzen der Eurokommunisten der 1970er Jahre auch mit einer gewissen Skepsis, gaben doch die Parteiführungen damit einhergehende Entwicklungen ohne Rückkopplung mit der Parteimitgliedschaft „von oben“ vor. Indessen muss das Bestehen einer internen Demokratie nicht notwendigerweise mit der Wertschätzung einer pluralistischen Gesellschaft verbunden sein. Es kann sich auch nur um die Akzeptanz von bestimmten Deutungen einer Großideologie wie dem Sozialismus handeln, was dann aber Andersdenkende und Nicht-Sozialisten aus dem Grundkonsens ausschließen würde. Insofern bedarf es auch eines engen wie weiten Blickes auf die innere Organisationsstruktur einer solchen Partei.

Und schließlich kann für den Bereich der Strategie die Ausrichtung an Reformen und der Verzicht auf Revolution als entscheidendes Kriterium gelten. Der damit gemeinte friedliche Entwicklungsweg über den Parlamentarismus zum Sozialismus bedingt nicht in erster Linie die hohe Akzeptanz der damit gemeinten Institution, sondern betont die konstitutive Bedeutung der mehrheitlichen Volkssouveränität. Denn Reformen auf der Basis einer parlamentarischen Mehrheit können demokratische Legitimation beanspruchen, Revolutionen auf der Grundlage einer revolutionären Minderheit nicht. Darüber hinaus artikulieren sich durch eine Ausrichtung der Politik in diesem Sinne auch die Akzeptanz und Wertschätzung der Normen und Regeln moderner Demokratie und offener Gesellschaft. Dabei müssten beide Gesichtspunkte für die gemeinte Partei nachweisbar sein: Denn die Akzeptanz von Normen und Regeln kann auch Bestandteil einer kalkulierten Machtstrategie sein, im konstitutiven Politikverständnis sollte die Wertschätzung für deren Verinnerlichung stehen.

18. Schlusswort und Zusammenfassung

Die Ausführungen zur historisch-politischen Entwicklung der SKP bzw. VPK bzw. V haben deutlich gemacht, dass deren Demokratisierung keineswegs in Einheit und Kontinuität erfolgte. Vielmehr handelte es sich um einen komplexen und vielschichtigen Prozess, ließen sich doch immer wieder Brüche und Rückfälle konstatieren.²⁵ Ganz allgemein können hier demokratie- wie ideologietheoretische Entwicklungsphasen idealtypisch unterschieden werden: Dabei stand erstens eine linkssozialistische Ausrichtung am Beginn, die zunächst zweitens in eine Bolschewisierung und dann drittens in eine Stalinisierung überging. Dem schloss sich viertens eine eurokommunistische Entwicklung an, welche aber fünftens von neo-leninistischen Schüben phasenweise unterbrochen wurde. Letztendlich mündete die Entwicklung dann sechstens wieder in einer linkssozialistischen Orientierung. Während somit die erste, vierte und sechste Phase als demokratisch angesehen werden kann, müssen in der Parteientwicklung die zweite, dritte und fünfte Phase als extremistisch gelten.

Demnach ist die ehemalige SKP als heutige V durch ihre demokratische Ausrichtung und ihre ideologische Neuorientierung zu einer ganz anderen Partei geworden: Zwar bestehen durchaus Gemeinsamkeiten in der antikapitalistischen und sozialistischen Ausrichtung, aber auch gravierende Unterschiede in der demokratischen und reformerischen Orientierung. Die marxistischen Anspielungen in der Außendarstellung werden dabei durch eine links-keynesianistische Positionierung in der Praxis überlagert. Dies führt denn auch bei den Abspaltungen von der Partei zu „Revisionismus“- und „Verrats“-Vorwürfen. Darin artikuliert sich aber auch die Grenzziehung zwischen einer linksdemokratischen und linksextremistischen Orientierung. Gegen diese Einschätzung der V spricht nicht, dass sie eine besonders scharfe EU-Kritik formuliert, denn diese Auffassung hat nichts mit der Einstellung zu moderner Demokratie und offener Gesellschaft zu tun. Eine derar-

²⁵ Vgl. Hakan Holmberg, *Folkmakt, folkfront, folkdemokrati. De svenska kommunisterna och demokratifragan 1943-1977*, Uppsala 1982; Kent Lindkvist, *Program och parti. Principprogram och partiideologi inom den kommunistiska rörelsen i Sverige 1917-72*, Lund 1982.

tige Position dürfte eine Regierungsbeteiligung erschweren, was aber ein ganz anderes Thema ist.²⁶

In der problemorientierten Rekonstruktion der Geschichte der SKP bzw. VPK bzw. V entsteht demnach in der Gesamtschau das Bild einer Entwicklung, die hin zu einer demokratisch-reformerischen Auffassung nach der Negierung und Überwindung einer extremistisch-revolutionären Position führte. Die Fallstudie macht die Ambivalenz und Komplexität dieses Prozesses deutlich, konnten doch immer wieder externe und interne Bedingungsfaktoren als bremsende oder fördernde Determinanten identifiziert werden. Diese ermöglichen in einer allgemeinen Perspektive eine differenzierte Beschreibung und Einschätzung des Demokratisierungsprozesses einer vormals extremistischen Organisation. Gleichwohl müssten für die Entwicklung eines derartigen Kriterienkataloges noch weitere Fallstudien zu Bestrebungen aus unterschiedlichen politischen Kontexten erfolgen. Daraus könnte ein systematisches Analyseraster entstehen, welches auch zur Erfassung von nur formal behaupteten und nicht real umgesetzten Demokratisierungsprozessen dienen kann.

²⁶ Daher wird hier einer gegenteiligen Einschätzung der Politikwissenschaftler Jan Freitag und Tom Thieme widersprochen, vgl. Dies., Extremismus in Schweden, in: Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 329-343, hier S. 337f.

Antisemitismus und Antizionismus in der Charta der „ Hamas “*

Eine Textanalyse aus ideengeschichtlicher und menschenrechtlicher Perspektive

Armin Pfahl-Traugher

1. Einleitung und Fragestellung

Die Feindschaft gegenüber den Juden und der Zerstörungswille gegenüber Israel prägen zahlreiche islamistische Diskurse. Hierbei handelt es sich aber keineswegs um ein neues Phänomen, lassen sich derartige Einstellungen und Zielsetzungen doch nicht erst in den letzten Jahren ausmachen. Allenfalls stieg in der westlichen Öffentlichkeit die kritische Aufmerksamkeit für solche Positionen. Worin sie genau bestehen soll hier anhand eines programmatischen Textes aus dem Islamismus aufgezeigt und untersucht werden: der Charta der „ Hamas “. In dem Text von 1988, der mittlerweile auch in einer deutschen Übersetzung vorliegt¹, findet man die grundlegenden Auffassungen und Ziele der Organisation benannt. Laut Pressemeldungen sollen sich zwar einige Abgeordnete, Aktivisten und Funktionsträger der „ Hamas “ distanziert und skeptisch zu dem Inhalt geäußert haben. Auch habe es davon abweichende spätere programmatische Erklärungen gegeben.² Gleichwohl gibt es bislang keine offizielle Distanzierung der Organisation von der Charta oder eine neue Fassung.

Auch unabhängig davon eignet sich deren ursprünglicher Text für eine Fallstudie, der es um die Aufarbeitung und Interpretation von antisemitischen und antizionistischen Inhalten geht. Immerhin handelt es sich um ein seit Jahrzehnten vorliegendes programmatisches Papier

* Der nachstehende Aufsatz erschien erstmals in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch öffentliche Sicherheit 2010/2011. Erster Halbband, Frankfurt/M. 2011, S. 197-210.

¹ Vgl. Charta der Islamischen Widerstandsbewegung Hamas (aus dem Arabischen von Lutz Rogler [Redaktion INAMO, Berlin]), in: Helga Baumgarten, Hamas. Der politische Islam in Palästina, München 2006, S. 207-226.

² Vgl. Ulrich W. Sahm, Antisemitische Inhalte: Hamas-Charta neu übersetzt, in: www.n-tv.de/politik/dossier/Hamas-Charta-neu-uebersetzt-article172953.html (gelesen am 29. Januar 2010).

von einer bedeutenden politischen Organisation aus dem Lager des Islamismus. Dieses soll mit folgendem Erkenntnisinteresse untersucht werden: Im Zentrum der Betrachtung stehen die Kommentare zu den Juden und dem Staat Israel, welche als erklärte Feindbilder der „Hamas“ ausgemacht werden können. Deren Analyse erfolgt zum einen aus ideengeschichtlicher, zum anderen aus menschenrechtlicher Perspektive. Im erstgenannten Sinne geht es um die Herkunft der jeweils vorgetragenen Stereotype und Vorurteile. Aus welchen geistigen und kulturellen Traditionen leiten sie sich ab? Der menschenrechtlichen Perspektive geht es um die Folgewirkungen der präsentierten Forderungen. Welche Konsequenzen verbinden sich damit bei einer Umsetzung für die Juden und den Staat Israel?

Zur Erörterung dieser Fragen bedarf es zunächst einer Definition der zentralen Arbeitsbegriffe „Antisemitismus“ und „Antizionismus“ (2.) sowie eines diesbezüglichen Blickes auf die ideologischen und organisatorischen Vorläufer in Form der „Muslimbruderschaft“ (3.) und dessen Ideologen Sayyid Qutb (4.). Dem schließt sich ein kurzes politisches Portrait der „Hamas“ als islamistische Organisation (5.) und eine formale Vorstellung der Charta als Textgrundlage der Analyse (6.) an. Danach folgen Ausführungen zur totalen Durchdringung und Kontrolle der Gesellschaft als Ziel der „Hamas“ (7.), dem Bild von Israel und Palästina im Text der Charta (8.), der gewaltsamen Zerschlagung des jüdischen Staates Israel als Ziel (9.), der antisemitischen Dimension der antizionistischen Positionen der „Hamas“ (10.), der Propagierung antisemitischer Verschwörungsvorstellungen (11.) und der Berufung auf die antisemitische Fälschung „Die Protokolle der Weisen von Zion“ (12.). Und schließlich geht es noch um kontroverse Einschätzungen zu Bedeutung und Bewertung der Charta (13.).

2. Definition zentraler Arbeitsbegriffe „Antisemitismus“ und „Antizionismus“

Zunächst also zu einer Definition der beiden Begriffe „Antisemitismus“ und „Antizionismus“ sowie einer Typologie ihrer handlungsbezogenen Erscheinungsformen. Der erstgenannte Terminus soll hier verstanden werden als eine Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen

oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen.³ Vereinfachter könnte man auch sagen: Antisemitismus ist Feindschaft gegen Juden, weil sie Juden sind.⁴ Ursprünglich bezog sich der Begriff „Semiten“ auf eine Sprachfamilie, womit er das Gemeinte eigentlich nicht richtig trifft. Denn die mit dieser Einstellung gemeinten Objekte einer Ablehnung sind eben nicht die etwa ebenfalls zu den Semiten gehörenden Araber, sondern allein und ausschließlich die Juden. Insofern kann sehr wohl auch ein „semitischer“ Araber ein Antisemit im Sinne der Feindschaft gegen Juden als Juden sein.

Im Unterschied zu dem Begriff „Antisemitismus“ lässt sich der Terminus „Antizionismus“ besser über das darin enthaltene Abgelehnte definieren. Allgemein versteht man unter „Zionismus“ eine im 19. Jahrhundert aufgekommene Bewegung im Judentum, die sich die Bildung eines eigenen Judenstaates zum Ziel gesetzt hatte. Nachdem 1948 der Staat Israel gegründet und demnach das eigentliche Ziel erreicht wurde, macht die Bezeichnung „Zionismus“ nur noch als Ausdruck für die Legitimation seines Bestehens Sinn. „Antizionismus“ bedeutet demnach die Ablehnung des Existenzrechts von Israel, also die Negierung des Anspruchs von Juden auf nationale Selbstbestimmung im Nahen Osten.⁵ Bewusst oder unbewusst läuft diese Position auf die Aufhebung einer gesicherten Zufluchtsstätte für die Juden hinaus. Als abgeschwächtere Variante des Antizionismus kann die pauschale „Verdammung“ Israels als negative Kraft gelten, welche nicht mit der Aufhebung der staatlichen Existenz verbunden sein muss.⁶

³ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Berlin 2002, S. 9.

⁴ Vgl. Brian Klug, The collective Jew: Israel and the new antisemitism, in: Christina von Braun/Eva-Maria Ziege (Hrsg.), „Das ‘bewegliche Vorurteil’“. Aspekte des internationalen Antisemitismus, Würzburg 2004, S. 221-239, hier S. 224.

⁵ Vgl. Martin W. Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, 2. Auflage, Frankfurt/M. 1994, S. 19.

⁶ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, „Antiamerikanismus“, „Antiwestlertum“ und „Antizionismus“. Definition und Konturen dreier Feindbilder im politischen Extremismus, in: Aufklärung und Kritik 11 (2004), Nr. 1, S. 37-50, hier S. 43-45.

„Antisemitismus“ und „Antizionismus“ in dem hier definierten Sinne können demnach als Feindbilder gelten. Mit dieser Einschätzung verbinden sich aber nur Aussagen bezüglich von Einstellungen, Mentalitäten oder Orientierungen. Besondere Beachtung dabei verdienen die hiermit jeweils verbundenen Konsequenzen, was eine Typologie ihrer handlungsbezogenen Erscheinungsformen nötig macht: Eine erste Stufe würde sich auf die schlichte Artikulation im privaten Raum beziehen. Eine weitere Stufe ginge dazu über, in den öffentlichen Raum hinein zu wirken. Dabei handelt es sich in der Regel nicht mehr nur um individuelle Meinungsäußerungen, sondern um kollektives Engagement im politischen Sinne. Hiermit verbinden sich als dritte Stufe politische Forderungen in der Artikulation, welche durch bestimmte Machtmittel auch umgesetzt werden sollen. Dazu gehört als vierte Stufe die konkrete Gewalthandlung ebenfalls im Sinne eines Eskalationsverständnisses. An deren Ende steht eine eliminatorische Absicht im Sinne der Tötung oder Zerstörung des Abgelehnten.

3. Antisemitismus bei der „Muslimbruderschaft“ als Mutterorganisation der „Hamas“

Auch im Text der Charta selbst präsentiert sich die „Hamas“ als „einer der Flügel der Muslimbrüder in Palästina“⁷, was sowohl eine allgemeine Aufmerksamkeit für diese Organisation wie eine besondere Betrachtung ihres Antisemitismus nötig macht. Daher hierzu zunächst ein kurzes politisches Portrait: Die „Muslimbruderschaft“⁸ gründete sich 1928 in Ägypten und wirkte zunächst primär als religiöse und soziale Organisation. Man verband ein wohltätiges Engagement im Alltagsleben mit der Werbung für islamische Moralvorstellungen – beides in bewusster Abgrenzung von säkularen Tendenzen. Im Laufe der 1930er Jahre setzte innerhalb der Organisation dann aber ein Politisierungsprozess ein, trat man doch verstärkt für einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel hin zu einem islamischen Staat ein. Dafür

⁷ Vgl. Charta der Hamas (Anm. 1), S. 209 (Artikel 2). Um Verweise und Zitate auf die Charta auch in anderen Fassungen leichter finden zu können, wird jeweils nach der Seitenangabe der konkrete Artikel in Klammern genannt.

⁸ Vgl. u.a. Brynjar Lia, *The Society of the Muslim Brothers in Egypt. The Rise of an Islamic Mass Movement 1928-1942*, Reading 1998; Richard P. Mitchell, *The Society of the Muslim Brothers*, New York – Oxford 1993.

stand der Gründer und Leiter der Organisation Hasan al-Banna (1908-1949), der auch heute im Islamismus als verehrungswürdige Vorbildfigur gilt und namentlich als Autorität in der „ Hamas“-Charta zitiert wird.⁹

Unter dessen Führung entwickelte sich die „Muslimbruderschaft“ in den 1930er und 1940er Jahren zu einer Massenbewegung mit autoritären und hierarchischen Strukturen. Gesellschaftlich zeigte sich ihr Bedeutungsanstieg auch anhand von eigenen Hospitälern, Schulen oder Sozialeinrichtungen, die als Institutionen einer islamistischen Gegen- oder Parallelgesellschaft gelten können. So erstrebte man den schrittweisen Wandel der Gesellschaftsordnung in Richtung eines politischen Systems auf islamischer Grundlage.¹⁰ Gleichzeitig bestand aber auch ein paramilitärischer Apparat, der mit Anschlägen und Attentaten auf sich aufmerksam machte. Dies löste immer wieder heftige Konflikte mit der nationalistisch und säkular ausgerichteten ägyptischen Regierung aus. Damit verbundene Repressionen in Form von Verboten und Verhaftungen führten bis Mitte der 1980er Jahre zu einer ideologischen und handlungsbezogenen Radikalisierung. Danach erklärte die „Muslimbruderschaft“ aber ihren offiziellen Verzicht auf Gewaltanwendung.

Ihre Politik richtete sich in erster Linie gegen die als „unislamisch“ empfundenen Regierungen im eigenen Land als eine Art innerem Feind. Als äußerer Feind galten parallel dazu die Juden und später die Israelis. Die „Muslimbruderschaft“ initiierte bereits in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre eine Reihe von Kampagnen zum Boykott der Geschäfte jüdischer Ägypter und beschwor die Gefahr einer Zerstörung der heiligen Stätte des Islam durch die Juden. Bei von ihr 1938 angeregten gewalttätigen Protesten wurden Parolen wie „Nieder mit den Juden“ oder „Juden raus aus Ägypten“ gerufen. Auf einer im glei-

⁹ Vgl. Charta der Hamas (Anm. 1), S. 207 (herausgestelltes Zitat zu Beginn).

¹⁰ Vgl. u.a. Olaf Farschid, Staat und Gesellschaft in der Ideologie der ägyptischen Muslimbruderschaft, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Islamismus, Berlin 2003, S. 43-82; Olaf Farschid/Ekkehard Rudolph, Zeitgenössische Akteure der Muslimbruderschaft. Eine extremismustheoretische Analyse des legalistischen Islamismus, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 403-463.

chen Jahr von den „Muslimbrüdern“ mitinitiierten „islamischen Parlamentarierkonferenz für Palästina“ verteilte man auch arabische Übersetzungen von Hitlers Schrift „Mein Kampf“ und der antisemitischen Fälschung „Die Protokolle der Weisen von Zion“.¹¹ Diese Beispiele veranschaulichen, dass es hier nicht nur um Agitation gegen jüdische Einwanderer in der Region, sondern um Propaganda mit einem ideologisch aufgeladenen Feindbild ging.

4. Antisemitismus bei der „Muslimbruderschaft“- Ideologen Sayyid Qutb

Als bis in die Gegenwart bedeutsamster Ideologe der „Muslimbruderschaft“ gilt Sayyid Qutb (1906-1966)¹², der zwar in der „Hamas“-Charta keine namentliche Erwähnung findet, mit seinem Antisemitismus aber indirekt auf die ebendort enthaltenen Auffassungen gewirkt haben muss. Der zunächst mehr säkular ausgerichtete frühere Angestellte im Erziehungsministerium war 1951 der „Muslimbruderschaft“ beigetreten und entwickelte sich binnen kurzer Zeit zu deren führendem Ideologen. Als solcher war Qutb auch von den zahlreichen Verhaftungen betroffen. Im Gefängnis verschärfte sich seine Islam-Auffassung, wovon das politische Hauptwerk „Wegzeichen“ von 1964 mit dem Aufruf zum „Dschihad“ zeugt. Qutb forderte darin zum Sturz der ihm als nicht-islamisch geltenden Regierungen und deren Ersetzung durch eine wahrhaft islamische Ordnung auf. Seine zwei Jahre später erfolgte Hinrichtung machte Qutb zu einem Märtyrer des Islamismus, wodurch sich neben der Bedeutung seiner Schriften sein auch heute noch hohes Ansehen erklärt.

Bereits Anfang der 1950er Jahre hatte Qutb den Aufsatz „Unser Kampf mit den Juden“¹³, die wohl bedeutsamste programmatische

¹¹ Vgl. Gudrun Krämer, *The Jews in Modern Egypt, 1915-1952*, London 1989, S. 146f.

¹² Vgl. u.a. Sabine Damir-Geilsdorf, *Herrschaft und Gesellschaft. Der islamistische Wegbereiter Sayyid Qutb und seine Rezeption*, Würzburg 2003; Gilles Kepel, *Der Prophet und der Pharao. Das Beispiel Ägypten: Die Entwicklung des muslimischen Extremismus*, München 1995, S. 35-70.

¹³ Eine englischsprachige Übersetzung des Aufsatzes findet sich in: Robert L. Nettler, *Past Trials and Present Tribulations: A Muslim Fundamentalist's View of the Jews*, Oxford 1987, S. 73-89.

Schrift des islamistischen Antisemitismus, verfasst. Danach hätten die Juden bereits in der Frühphase der islamischen Geschichte versucht, sowohl die Herausbildung einer muslimischen Gemeinschaft wie einer muslimischen Gesellschaftsordnung in Medina zu verhindern. Hinter den späteren Konflikten unter den Gläubigen standen nach Qutb immer wieder die Juden. Sie führten seiner Auffassung nach einen vierzehn Jahrhunderte dauernden Krieg mit dem Ziel der Zerstörung des Islam. Bis in die damalige Gegenwart der Betrachtung habe diese Entwicklung einen Höhepunkt erreicht. So sei die gesellschaftliche Elite in der islamischen Welt von jüdischem und westlichem Gedankengut verdorben. Darüber hinaus bringen die Juden nach Qutb auch direkt Herrscher und Regime in der islamischen Welt an die Macht, um die Verschwörung gegen die Gemeinschaft der Gläubigen voranzutreiben.

Die zentrale Aussage des Aufsatzes bestand somit in der Behauptung, die Juden seien die ewigen Feinde des Islam. Nach Qutbs Tod druckte die Regierung von Saudi Arabien den Text von „Unser Kampf mit den Juden“ 1970 in Form eines kleinen Buches nach und verbreitete ihn so in der islamischen Welt. Vor dem Hintergrund der hier zu erörternden Thematik verdient noch folgender Umstand besonderes Interesse: Der Herausgeber verwies in seinen Fußnoten zum Originaltext ab und an auf die antisemitische Fälschung der „Protokolle der Weisen von Zion“, welche die Existenz einer „jüdischen Weltverschwörung“ suggerieren sollten. Qutb selbst hatte zwar die „Protokolle“ nicht ausdrücklich erwähnt, argumentierte aber durchaus verschwörungsideologisch in deren Sinne. Immerhin unterstellte sein Aufsatz das Bestehen einer jahrhundertlangen Konspiration der Juden gegen den Islam, wobei die Konflikte Mohammeds mit jüdischen Stämmen in einen inhaltlichen Kontext zur Gegenwart des seinerzeitigen Nahost-Konflikts gebracht wurden.¹⁴

5. Die „ Hamas“ als islamistische Organisation im politischen Kurz-Portrait

Wie bereits erwähnt bildete sich die „ Hamas“ aus den Anhängern der palästinensischen „Muslimbruderschaft“. Trotz grundlegender Ge-

¹⁴ Vgl. zur Rezeption und Verbreitung der Schrift: ebenda, S. 25-71.

meinsamkeiten bestanden und bestehen aber hinsichtlich Ideologie, Organisation und Strategie auch Unterschiede. Insofern wäre es inhaltlich unangemessen, die palästinensische „ Hamas“ als eine Art „verlängerter Arm“ der ägyptischen „Muslimbruderschaft“ anzusehen. Um die Besonderheiten der „ Hamas“¹⁵ als islamistische Organisation zu verdeutlichen, soll hier noch ein politisches Kurz-Portrait geliefert werden: Dafür verdient bereits der Name gesonderte Aufmerksamkeit, steht doch „ Hamas“ in der arabischen Sprache für „Eifer“ oder „Engagement“. Gleichzeitig handelt es sich um eine Abkürzung für „Harakat al-muqawama al-islamiya“, was in deutscher Übersetzung so viel wie „Bewegung des islamischen Widerstandes“ bedeutet. Das Emblem der Organisation zeigt u.a. eine Karte vom heutigen Israel mit dem Gaza-Streifen und Westjordanland, was vollständig für das zukünftige Palästina beansprucht wird.

Damit artikuliert sich bereits indirekt eine politische Grundposition der Organisation, die erstmals 1987 unter ihrer heutigen Bezeichnung öffentlich auftrat. Zuvor hatten sich die palästinensischen „Muslimbrüder“ auf soziale Arbeit und religiöse Propaganda beschränkt. Erst in der Folge der ersten Intifada präsentierte man sich als dezidiert politischer Akteur, der auch Gewaltanwendung als angemessenen Handlungsstil ansah und praktizierte.¹⁶ Dazu gehörten zeitweise zahlreiche Selbstmord-Anschläge, die auch in Israel selbst gegen zivile Einrichtungen und Personen durchgeführt wurden. Eine wichtige Rolle bei der Entwicklung hin zu derartigen Handlungsoptionen spielte der zeitweilige „ Hamas“-Führer Scheich Achmed Jassin (1936-2004), der bereits seit Mitte der 1950er Jahre der „Muslimbruderschaft“ angehörte. In Anlehnung an die Auffassungen von Qutb propagierte er den „Dschihad“, hätten die Juden doch mit dem Staat Israel muslimischen Boden angegriffen und besetzt, wogegen ein unerbittlicher Kampf der wahrhaft Gläubigen geführt werden müsse.

¹⁵ Vgl. u.a. Baumgarten, Hamas (Anm. 1); Joseph Croitoru, Hamas. Der islamische Kampf um Palästina, München 2007.

¹⁶ Vgl. zur Einordnung in den Kontext religiös motivierter bzw. terroristisch ausgerichteter Gewalt u.a. Wilhelm Dietl/Kai Hirschmann/Rolf Tophoven, Das Terrorismus-Lexikon. Täter, Opfer, Hintergründe, Frankfurt/M. 2006, S. 148-155; Mark Juergensmeyer, Die Globalisierung religiöser Gewalt. Von christlichen Milizen bis al-Qaida, Hamburg 2009, S. 113-127.

Die „ Hamas“ kann allerdings nicht auf ihre Rolle als terroristisch agierende Organisation reduziert werden, erklärt sich so doch nicht ihr relativ hohes Ansehen in der palästinensischen Bevölkerung. Parallel zu ihren gewalttätigen und politischen Vorgehen engagierte man sich auch im sozialen Bereich, etwa durch die Gründung von Kindergärten, Krankenhäusern oder Schulen. Derartige soziale Einrichtungen erfüllten eine bestimmte Funktion, dienen sie doch einer alltagskulturellen Verankerung in der Gesellschaft und der Gewinnung neuer Anhänger.¹⁷ Gleichwohl trug das damit verbundene Engagement zu einem erheblichen Ansehensgewinn unter den Palästinensern bei. Man nahm dabei die „ Hamas“ auch als Alternative zu der als korrupt und opportunistisch geltenden „ Fatah“ bzw. PLO wahr. Dies erklärt wohl zu gewichtigen Teilen mit, warum die Organisation als Partei bei den Wahlen 2006 die absolute Mehrheit der Mandate im palästinensischen Legislativrat erhielt. Umso größeres Interesse verdient daher auch der kritische Blick in die Charta der „ Hamas“.

6. Der Text der „ Hamas“-Charta als Quelle der analytischen Betrachtung

Bei dem am 18. August 1988 erstmals veröffentlichten Dokument handelt es sich um einen Text, der in der hier zitierten deutschsprachigen Übersetzung zwanzig eng bedruckte Seiten umfasst. Zwischen der Präambel und dem Schlusswort finden sich fünf Kapitel mit 34 einzelnen Artikeln. Dabei entspricht die formale Stringenz der Strukturierung des Textes aber nicht unbedingt auch einer inhaltlichen Stringenz, d.h. entgegen der Ankündigung in den einzelnen Überschriften findet man darunter auch Positionen zu ganz anderen politischen Fragen benannt. Die erwähnten fünf Kapitel von unterschiedlicher Länge gliedern sich wie folgt: Zunächst geht es darin erstens in acht Artikeln um die „ Definition der Bewegung“ mit Ausführungen zu den ideologischen Ausgangspunkten, der Verbindung zur „ Muslimbruderschaft“ und dem weltweiten Charakter der „ Hamas“. Dem folgen zweitens Ausführungen zu den „ Zielen“, welche sich aber nur in zwei Artikeln

¹⁷ Vgl. u.a. Shaul Mishal/Avraham Sela, *The Palestinian Hamas. Vision, Violence, and Coexistence*, New York 2000; Andrea Nüsse, *Muslim Palestine. The Ideology of Hamas*, London 2002.

mit den Beweggründen für die Entstehung der Organisation und der damit verbundenen Problemanalyse beschäftigen.

Das ausführlichste folgende dritte Kapitel zu „Strategie und Mittel“ geht in zwölf Artikeln auf so unterschiedliche Aspekte ein wie das propagierte Bild von Palästina, die Einstellung zu Friedenslösungen, den „Dschihad“ als individuelle Pflicht zur Befreiung, die notwendige Erziehung der Generationen zu islamischen Werten, die Rolle der muslimischen Frau, die Bedeutung der Kunst im Befreiungskampf, das Verständnis der muslimischen Gesellschaft als einer solidarischen Gesellschaft und die Unterstützer der feindlichen Kräfte. Im vierten Kapitel mit elf Artikeln finden sich „unsere Positionen gegenüber“ anderen politischen Kräften ausformuliert, wozu die islamischen Bewegungen, die PLO, die arabischen Staaten mit ihren Regierungen und die Angehörigen anderer Religionen gehören. Und schließlich präsentiert man im fünften Kapitel in zwei Artikeln das „Zeugnis der Geschichte in der Geschichte der Konfrontation mit den Aggressoren“ mit Kommentaren zum westlichen Vorgehen von den Kreuzzügen bis zur Gründung Israels.

Im achten Artikel präsentiert die „Hamas“ als ihre Losung folgende Aussage: „Gott ist ihr Ziel, der Gesandte Gottes ihr Vorbild, der Koran ist ihre Verfassung, der Dschihad ist ihr Weg, und der Tod für die Sache Gottes ist ihr erhabenster Wunsch.“¹⁸ In diesem Satz findet man eine Reihe von formalen und inhaltlichen Besonderheiten dieses programmatischen Textes: Da es sich hier um eine islamistische Organisation handelt, kann auch die häufige Berufung auf Gott, den Koran oder Mohammed nicht verwundern. Hierbei handelt es sich um die zentralen inhaltlichen Legitimationsfaktoren, meint man doch jede Auffassung und Handlung direkt aus den damit angesprochenen religiösen Vorgaben ableiten zu können. Bestärkt wird diese Form der ideologischen Rechtfertigung durch die häufigen Koran-Zitate in den einzelnen Artikeln und Kapiteln, welche übrigens nicht immer zum jeweiligen inhaltlichen Kontext passen. Gleichwohl sollen sie hier der religiösen Billigung – wie der Text der Losung zeigt – auch von Gewaltanwendung und Tod dienen.

¹⁸ Charta der Hamas (Anm. 1), S. 211 (Artikel 8).

7. Die totale Durchdringung und Kontrolle der Gesellschaft als Ziel

Bevor nun auf die einzelnen Aussagen in der Charta bezüglich der antisemitischen und antizionistischen Orientierung der „ Hamas “ näher eingegangen werden soll, bedarf es noch einiger allgemeiner Aussagen zum Gesellschaftsbild der Organisation. Hierbei zeigt sich, dass die totale Durchdringung und Kontrolle des sozialen Miteinanders auch gegenüber den Palästinensern selbst eine politische Zielsetzung ist. Das damit verbundene identitäre Bild von der Gesellschaft als einer homogenen Einheit bildet als Kontrast zu der negativen Fremdwahrnehmung von Israel, den Juden und dem Westen das positive Selbstbild. Dabei erfolgt gleich zu Beginn des Charta-Textes mit Verweis auf eine Stelle im Koran eine Auf- und Höherwertung der Muslime als Religionsgruppe: „Ihr (Gläubigen) seid die beste Gemeinschaft, die unter den Menschen entstanden ist.“¹⁹ Sie hat sich gleichwohl an einer Auffassung des „Islam als Lebensweise“²⁰, so die mehrfache Formulierung im Charta-Text, auch gesellschaftlich und nicht nur religiös zu orientieren.

Demgemäß leitet man auch die Gründung der Organisation, wie oben bereits angedeutet, aus einer besonderen Problemanalyse ab: In dieser Perspektive kam es zu gesellschaftlichem Durcheinander, herrschender Finsternis und usurpatorischer Herrschaft dadurch, dass „der Islam in der tatsächlichen Wirklichkeit des Lebens nicht mehr präsent war.“²¹ Im Umkehrschluss muss sich die palästinensische Gesellschaft wieder stärker an den Normen und Regeln des Islam orientieren – und zwar in dem Sinne, wie die „ Hamas “ eben die Vorgaben interpretiert. Diese Absicht erklärt auch, warum man bei dem Aufruf zum „Dschihad“ als individuelle Pflicht eines jeden Muslim auf die Notwendigkeit entsprechender Bildung und Erziehung verweist: Erforderlich sei laut dem Text der Charta „die Verbreitung des islamischen

¹⁹ Ebenda, S. 207 (herausgestelltes Zitat zu Beginn). Das Koran-Zitat findet sich in Sure 3, Vers 110 (fortan im Sinne von Sure 3, 110 nachgewiesen). (Die im Text zitierten Koranstellen werden jeweils in der Übersetzung von Rudi Paret wiedergegeben, vgl. Der Koran. Übersetzung von Rudi Paret, Stuttgart 1985).

²⁰ Vgl. etwa Charta der Hamas (Anm. 1), S. 209 (Artikel 5) oder S. 226 (Artikel 36).

²¹ Ebenda, S. 211 (Artikel 9).

Bewusstseins unter den Massen ... Es ist notwendig, den Geist des Dschihad in der Umma zu verbreiten ...“²² Jede Abweichung von solchen Vorgaben gilt dann als Abweichung von Gott und dem Islam.

Dies veranschaulicht auch der Artikel 17 zur „Rolle der muslimischen Frau“, worin dem weiblichen Geschlecht scheinbar eine gleiche Rolle wie dem Mann im Kampf zugeschrieben wird. Man reduziert aber die Frau auf die Funktion der Erzieherin und Gebälerin, bringe sie doch die Männer hervor und belehre sie in der Kindheit. „Die Feinde haben ihre Rolle begriffen“, heißt es dann weiter in der Charta, und wollten sie vom Islam entfernen. Ihre diesbezüglichen Versuche seien „Gegenstand einer fortgesetzten Bemühung mittels Medien und Filmen, Erziehungs- und Lehrprogrammen, mittels ihrer Protegés innerhalb von zionistischen Organisationen unterschiedlicher Namen und Formen ...“²³ Demnach führt man jedes Engagement zur Abkehr von der Rolle der Frau als Erzieherin und Mutter im Sinne einer eigenständigen Rolle in der Gesellschaft auf das subversive Wirken „zionistischer Organisationen“ zurück. Der Antisemitismus und Antizionismus der „Hamas“ dient demnach auch in solchen Fragen zur Legitimation einer totalen Kontrolle der Gesellschaft.

8. Das Bild von Israel und Palästina im Text der Charta

Wie diese beiden Feindbilder nun in der Charta inhaltlich begründet werden, soll fortan im Zentrum der Betrachtung stehen: Dabei geht es zunächst um das im Text gezeichnete Bild von Israel und Palästina. Die „Hamas“ postuliert, „dass das Land Palästinas ein islamisches Waqf-Land für die Generationen der Muslime bis zum Tag der Auferstehung ist.“ Dies meint, dass es sich bei Palästina um eine Art fromme Stiftung handelt. In dieser Perspektive steht die Region vollständig im Besitz der Muslime und zwar als Ergebnis einer Vorgabe Gottes. Dies bedeutet für die „Hamas“ denn auch: „Weder darf es oder ein Teil von ihm aufgegeben werden noch darauf oder auf einem Teil von ihm verzichtet werden ...“²⁴ Dazu seien weder Organisationen, Regierende noch Staaten berechtigt. Jede Abweichung von diesem

²² Ebenda, S. 214f. (Artikel 15).

²³ Ebenda, S. 216 (Artikel 17).

²⁴ Ebenda, S. 212 (Artikel 11).

Grundprinzip deutet man auch als Verstoß gegen Gottes Wille. Dies bedeutet letztendlich auch, dass ein Existenzrecht Israels niemals anerkannt werden kann, da es in dieser Sicht gegen die diesbezügliche Deutung des Islam spreche.

Als tagespolitische Konsequenz ergibt sich aus dieser Auffassung dann auch die Ablehnung jeglicher Friedenslösungen und –verhandlungen. Sie setzen notwendigerweise die Akzeptanz eines Dialogpartners mit Souveränitätsrechten in Gestalt des Staates Israel indirekt voraus. Dazu heißt es dann auch in der Charta der „Hamas“ mit klaren Worten: „Die Initiativen und die so genannten Friedenslösungen sowie die internationalen Konferenzen zur Lösung der Palästina-Frage stehen im Widerspruch zum Bekenntnis der Islamischen Widerstandsbewegung, denn die Aufgabe irgendeines Teiles von Palästina bedeutet, einen Teil der Religion aufzugeben. Der Patriotismus der Islamischen Widerstandsbewegung ist Teil ihrer Religion; dazu erzieht sie ihre Mitglieder, und sie kämpfen dafür, das Banner Gottes über ihrer Heimat zu hissen.“²⁵ Sehr deutlich postuliert die „Hamas“ hier eine direkte Identität des muslimischen Glaubens mit der Ablehnung des Existenzrechts Israel, womit andere Positionen nicht nur als politischer, sondern ebenso als religiöser Verrat gelten.

Diese Einstellung bedingt für die „Hamas“ auch die von ihr eingenommene Haltung gegenüber den arabischen Staaten, die Vereinbarungen mit Israel wie Ägypten mit „dem verräterischen Camp David-Abkommen“ geschlossen hätten. So etwas führt man auf erfolgreiches konspiratives Agieren des „internationalen Zionismus“ und der „kolonialistischen Kräfte“ zurück, wobei agitatorisch eine noch näher zu behandelnde Verschwörungsideologie bemüht wird. Wörtlich kommentiert der Charta-Text derartige Entwicklungen wie folgt: „Die Arena des Kampfes mit dem Zionismus zu verlassen, ist Hochverrat und ein Fluch für jene, die ihn begehen.“²⁶ Dieser Aussage folgt dann noch ein Koran-Zitat aus einem anderen inhaltlichen Kontext, das den sich vom Kampf abwendenden Gläubigen negative Folgen in Aussicht stellt: „’... der verfällt dem Zorn Gottes und die Hölle wird ihn (der-einst) aufnehmen. Ein schlimmes Ende!“²⁷ Auch hier dient der Ver-

²⁵ Ebenda, S. 213 (Artikel 13).

²⁶ Ebenda, S. 223f. (Artikel 32).

²⁷ Ebenda; Koran (Anm. 19), Sure 8, 16.

weis auf den Grundlagentext des Islam zur religiösen Legitimation für die aus Sicht der „ Hamas“ einzig richtige eigene politische Linie.

9. Die gewaltsame Zerschlagung des jüdischen Staates Israel als Ziel

Das skizzierte Bild von Israel und Palästina bedingt aber nicht nur eine Ablehnung von Friedensverhandlungen, sondern auch die Grundposition zur Zerschlagung des jüdischen Staates. Dies deutet sich in dem Text der Charta bereits bei der Skizzierung des exklusiven Selbstverständnisses an: „Die Islamische Widerstandsbewegung ist eine einzigartig palästinensische Bewegung, die Gott ihre Treue gib, den Islam zur Lebensweise nimmt und dafür wirkt, Gottes Banner auf jedem Fußbreit Palästinas zu hissen ...“²⁸ Dies bedeutet letztendlich die Auflösung und Zerstörung Israels. Dass die „ Hamas“ genau dies meint, geht allein schon aus einem einleitenden Motto zu Beginn der Charta hervor. Ebendort erinnert man an die Worte des oben erwähnten Begründers und Führers der ägyptischen „Muslimbruderschaft“ Hasan al-Banna, der an dieser Stelle affirmativ und zustimmend wie folgt zitiert wird: „Israel wird bestehen und so lange bestehen bleiben, bis der Islam es annulliert, so wie er davor Bestehendes annulliert hat.“²⁹

Im Kontext dieser Auffassungen findet man im Text der „ Hamas“ auch immer wieder die Forderung nach einem „Dschihad“. Unter dem Begriff versteht man so viel wie „Bemühung, ein bestimmtes Ziel zu erreichen“, wobei damit im islamischen Diskurs zwei Vorstellungen verbunden sein können: Der „große Dschihad“ steht für individuelles Streben danach, den richtigen Glauben und die richtige Moral zu erlangen. Mit dem „kleinen Dschihad“ verbindet man eine zulässige Form der Kriegsführung zur Erweiterung oder Verteidigung des islamischen Herrschaftsbereichs.³⁰ Aus dem inhaltlichen Kontext des Charta-Textes ergibt sich, dass die „ Hamas“ den Begriff in diesem

²⁸ Charta der Hamas (Anm. 1), S. 210 (Artikel 6).

²⁹ Ebenda, S. 207 (herausgestelltes Zitat zu Beginn).

³⁰ Vgl. u.a. Reuven Firestone, Jihad. The Origin of Holy War in Islam, Oxford 1999; Rudolf Peters, Islam and Colonialism. The Doctrine of Jihad in Modern History, Den Haag 1979.

letztgenannten Sinne versteht. Dabei deutet sie die Existenz des Staates Israel als Angriff auf ein „islamisches Waqf-Land“, wogegen man sich auch mit gewalttätigen Mitteln verteidigen müsse. Darüber hinaus stellt man die Gründung des jüdischen Staates im Nahen Osten als Ausdruck der „zionistischen Eroberung“³¹ in den Kontext westlicher Imperialpolitik von den Kreuzzügen bis zur Gegenwart.

Entsprechend ordnet sich die „Hamas“ im Text der Charta in die historische Tradition des gewalttätigen Kampfes der „Muslimbruderschaft“ ein, heißt es ebendort doch: „Die Islamische Widerstandsbewegung ist ein Glied in der Kette des Dschihad in der Konfrontation mit der zionistischen Invasion.“³² Oder an anderer Stelle finden sich folgende Ausführungen: „Der Patriotismus ist aus Sicht der Islami-schen Widerstandsbewegung ein Teil des religiösen Glaubens, und es gibt im Hinblick auf den Patriotismus nichts Weit- und Tiefgehendes, als wenn, nachdem der Feind seinen Fuß auf das Land der Muslime gesetzt hat, der Dschihad gegen ihn zu führen und sich ihm entgegenzustellen zu einer individuellen Pflicht für jeden Muslim und jede Muslimin wird.“³³ Auch wenn man an dieser wie an anderen Stellen der Charta nicht deutlich formuliert, welche Handlungen genau mit dem „Dschihad“ verbunden sein sollen, laufen derartige Positionen auf die religiöse Legitimation der gewalttätigen Zerschlagung Israels hinaus.

10. Die antisemitische Dimension der antizionistischen Positionen der „Hamas“

Handelt es sich bei den vorgenannten Auffassungen aber um antisemitische oder nur um antizionistische Positionen? Auch wenn diese beiden Einstellungen häufig im Einklang miteinander stehen, kann es durchaus auch einen Antizionismus ohne Antisemitismus geben. Positionen im orthodoxen Judentum, welche in Israel einen nicht von Gott, sondern von den Menschen geschaffenen säkularen Staat sehen, stehen etwa dafür. Auch müsste die Auflösung des Staates Israel nicht notwendigerweise mit einer Feindschaft gegen Juden als Juden ein-

³¹ Charta der Hamas (Anm. 1), S. 226 (Artikel 35).

³² Ebenda, S. 211 (Artikel 7).

³³ Ebenda, S. 313 (Artikel 12).

hergehen. Sie würden zwar ihren Anspruch auf einen eigenen Staat verlieren, könnten aber möglicherweise als gleichberechtigte Bürger in einer anderen politischen Ordnung leben. So etwas deutet die Charta der „ Hamas“ an manchen Stellen an, heißt es doch etwa: „Unter dem Islam können die Angehörigen der drei Religionen Islam, Christentum und Judentum in Sicherheit und Ruhe miteinander leben ...“ oder: „Der Islam gewährt jedem sein Recht und verbietet den Angriff auf die Rechte der anderen.“³⁴

Angesichts von anderslautenden Aussagen im Text dürften derartige Bekundungen wohl aber kaum für eine gleichwertige Akzeptanz von Juden als Bürger in einem islamischen Staat stehen. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass die Israelfeindschaft mit einer Judenfeindschaft einhergeht. Als ein erstes Indiz dafür kann schon die Wortwahl gelten, benennt der Text die feindlichen Akteure doch gerade nicht als „Israelis“ und nur selten als „Zionisten“. Vorherrschend ist die Formulierung „Jude“ für den jeweiligen Feind. Darüber hinaus heißt es an einer Stelle deutlich: „Israel ist mit seinem jüdischen Charakter und seinen Juden eine Herausforderung für den Islam und die Muslime.“³⁵ Es geht der „ Hamas“ bezüglich der Palästina-Problematik demnach keineswegs nur um die Ablehnung der Gründung des Staates Israel, sondern dezidiert um die Verdammung der Gründung eines jüdischen Staates. So verwundert auch nicht, dass bereits in der Präambel – in Gleichklang mit der Schrift von Sayyid Qutb - „unser Kampf mit den Juden“³⁶ angesprochen wird.

Auch direkte Aufforderungen zur Gewaltanwendung im Text der Charta lassen deren antisemitischen und nicht nur antizionistischen Charakter erkennen. So heißt es etwa in dem folgenden Zitat ebenfalls mit religiöser Untermauerung: „Der Gesandte Gottes, Gott segne ihn und schenke ihm Heil, sagt: ‚Die Stunde (der Auferstehung) wird nicht kommen, bis die Muslime gegen die Juden kämpfen. Die Muslime werden sie töten, bis sich der Jude hinter Stein und Baum verbirgt, und Stein und Baum dann sagen: ‚Oh Muslim, oh Diener Gottes! Da ist ein Jude hinter mir. Komm und töte ihn‘, außer der

³⁴ Ebenda, S. 223 (Artikel 31).

³⁵ Ebenda, S. 222 (Artikel 28).

³⁶ Ebenda, S. 208 (Präambel).

Gharqad-Baum, denn er ist ein Baum der Juden.“³⁷ Im Sinne der oben erwähnten Typologie von handlungsbezogenen Erscheinungsformen des Antisemitismus und Antizionismus kann hier von einer eliminatorischen Dimension der eingeforderten Gewalthandlungen gesprochen werden. In diesem Zitat geht es nicht nur um Ausgrenzung oder Vertreibung, vielmehr fordert man offen die Tötung und Vernichtung aller Juden und des Staates Israel.

11. Die Propagierung antisemitischer Verschwörungsvorstellungen

Bestärkt wird die Auffassung, wonach es sich bei der Charta der „Hamas“ um einen antisemitischen Text handelt, noch durch die darin enthaltenen Verschwörungsvorstellungen. Dabei macht man das behauptete konspirative Wirken von Juden in Zusammenarbeit mit ihren angeblichen Verbündeten für viele negative Entwicklungen verantwortlich. Derartige Aussagen finden sich in dem Abschnitt „Die Kräfte, die den Feind unterstützen“ und sollen hier bewusst etwas ausführlicher zitiert werden: „Sie strebten danach, gewalttätige und mächtige materielle Reichtümer anzuhäufen und sich ihrer zur Verwirklichung ihres Traumes zu bedienen. So erlangen sie durch das Vermögen die Kontrolle über die internationalen Medien – ... Durch das Vermögen lösten sie Revolutionen in verschiedenen Teilen der Welt aus, um ihre Interessen zu verwirklichen und Gewinne zu erzielen. Sie standen hinter der Französischen Revolution, den kommunistischen Revolutionen und den meisten Revolutionen hier und da, von denen wir gehört haben und hören.“

Und weiter heißt es: „Mit dem Vermögen bildeten sie die Geheimorganisationen, die in den verschiedenen Teilen der Welt verbreitet sind, um die Gesellschaften zu zerstören und die Interessen des Zionismus zu verwirklichen, wie die Freimaurerei, die ‚Rotary‘ und ‚Lion Clubs‘, die ‚Söhne des Bundes‘ und andere. ... Sie standen hinter dem Ersten Weltkrieg, wo sie es schafften, den Staat des islamischen Kalifats zu beseitigen ... Und sie standen hinter dem Zweiten Weltkrieg, wo sie ... die Bildung der Organisation der Vereinten Nationen ... anregten, um damit die Welt zu beherrschen. ... Es gibt keinen Krieg, der hier und

³⁷ Ebenda, S. 211 (Artikel 7).

da in Gang ist, ohne dass sie ihre Finger dahinter im Spiel haben. ... Sie unterstützen die kolonialistischen Kräfte im kapitalistischen Westen und im kommunistischen Osten den Feind mit aller verfügbaren Kraft, materiell und menschlich, wobei sie sich in den Rollen untereinander abwechseln. Sobald der Islam in Erscheinung tritt, schließen sich ihm gegenüber die Kräfte des Unglaubens zusammen, denn die Gemeinschaft des Unglaubens ist ein und dieselbe.“³⁸

In diese Ausführungen integriert wurden zwei Koran-Zitate, worin zum einen Gottes Unmut über Unheilstifter sowie sein Rat zum Vertrauen nur gegenüber anderen Gläubigen enthalten sind.³⁹ Demnach sollten auch hier wieder Ausführungen aus der grundlegenden Schrift des Islam zur religiösen Legitimation der politischen Verschwörungsvorstellungen dienen. Auch hier standen die Koran-Zitate nur sehr eingeschränkt in einem inhaltlichen Kontext zu den Ausführungen in der „Hamas“-Charta. Weitaus bedeutsamer für die hier zu erörternde Problematik ist allerdings, dass die zitierten Behauptungen über eine angebliche jüdische Konspiration aus dem Agitationsarsenal des europäischen Antisemitismus stammen. Bereits vor den Nationalsozialisten hatte man vom Bestehen einer „jüdisch-freimaurerischen Verschwörung“ gesprochen.⁴⁰ In der Nachkriegszeit fügten rechtsextremistische Anhänger derartiger Konspirationsideologien den Juden und Freimaurern als angeblichen Verschwörer auch noch die Angehörigen des philanthropischen „Lions-“, und „Rotary“-Clubs hinzu.

³⁸ Ebenda, S. 218f. (Artikel 22).

³⁹ Vgl. ebenda; Koran (Anm. 19), Sure 5, 64 und Sure 3, 118.

⁴⁰ Vgl. u.a. Armin Pfahl-Traugher, Der antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat, Wien 1994; Johannes Rogalla von Bieberstein, Die These von der Verschwörung 1776-1945. Philosophen, Freimaurer, Juden, Liberale und Sozialisten als Verschwörer gegen die Sozialordnung, Flensburg 1992.

12. Die Berufung auf die antisemitische Fälschung „Die Protokolle der Weisen von Zion“

Bestärkt wird der Eindruck, die „ Hamas“ bediene sich in ihrer Charta aus dem Agitationsarsenal des europäischen Antisemitismus, noch durch die ausdrückliche Nennung der gefälschten Schrift „Die Protokolle der Weisen von Zion“ als Beleg für die eigenen Behauptungen. Wörtlich heißt es: „Die Islamische Widerstandsbewegung ruft die arabischen und islamischen Völker auf, ernsthaft und beharrlich dahingehend zu wirken, dieses schlimme Vorhaben nicht durchgehen zu lassen und die Massen über die Gefahr der Herauslösung aus der Arena des Kampfes mit dem Zionismus aufzuklären, denn heute ist es Palästina, morgen ein anderes Land oder andere Länder. Das zionistische Vorhaben ist grenzenlos, und nach Palästina streben sie nach der Expansion vom Nil bis zum Euphrat. Wenn sie das Gebiet völlig verschlungen haben, zu dem sie vorgedrungen sind, trachten sie nach einer weiteren Expansion und so fort. Ihr Vorhaben steht in den ‚Protokollen der Weisen von Zion‘, und ihr gegenwärtiges und ist der beste Beleg für das, was wir sagen.“⁴¹

An diesem Zitat verdienen zwei Aspekte besonderes Interesse: Die „ Hamas“ unterstellt das Bestehen einer jüdischen Verschwörung, die sich nicht nur auf die gegenwärtige Situation im Nahen Osten bezieht. Folgt man der inneren Logik der Argumentation in den vorherigen Aussagen, so besteht bereits seit Jahrhunderten eine entsprechende Konspiration. Sie wird für Kriege und Revolutionen verantwortlich gemacht, dienten diese doch aus der Sicht der Charta nur zur Erlangung und Verfestigung der Macht der Juden in Verbindung mit den „Kräften des Unglaubens“. Dabei richtete sich die Verschwörung wohl nicht nur gegen den Islam und die Muslime. Allgemeines Ziel sollte aber immer die Herrschaft über die ganze Welt sein, wogegen die sich als eine „weltweite Bewegung“⁴² verstehende „ Hamas“ ankämpfen will. Man sieht sich sogar als Avantgarde dieses Prozesses, heißt es doch in der Charta: „In der Arena des Kampfes mit dem in-

⁴¹ Charta der Hamas (Anm. 1), S. 224 (Artikel 33).

⁴² Ebenda, S. 210 (Artikel 7).

ternationalen Zionismus betrachtet sich die Islamische Widerstandsbewegung selbst als Speerspitze oder Schritt auf dem Weg ...“.⁴³

Die zweite Besonderheit in dem vorgenannten ausführlicheren Zitat besteht in der ausdrücklichen Berufung auf die „Protokolle der Weisen von Zion“. Dabei handelt es sich um eine Fälschung, die wohl Ende des 19. Jahrhunderts von zaristischen Geheimdienstkreisen zur Schürung antisemitischer Stimmungen in Russland erstellt wurde. Nach 1917 fand sie durch politische Flüchtlinge auch in Westeuropa Verbreitung, bedienten sich ihrer doch die seinerzeitigen nationalistischen und völkischen Bewegungen und Organisationen. Dazu gehörte auch die Hitler-Partei vor und nach ihrer Machterlangung. Nach 1945 galten die „Protokolle“ politisch endgültig als diskreditiert, zumal bereits seit Anfang der 1920er Jahre der Nachweis für die Fälschung zweifelsfrei erbracht worden war. Gleichwohl fand die Schrift seit Beginn der 1950er Jahre in der arabischen Welt große Verbreitung, wovon zahlreiche Ausgaben und Übersetzungen zeugen.⁴⁴ Auch die „ Hamas“ berief sich somit offen auf diese Hetzschrift aus dem Propagandaarsenal des europäischen Antisemitismus.

13. Kontroverse Einschätzungen zu Bedeutung und Bewertung der Charta

Betrachtet man sich den Text der Charta genauer, so ist deren antisemitische und antizionistische Ausrichtung unverkennbar.⁴⁵ Gleichwohl gibt es bezüglich der Bedeutung und Bewertung des Textes auch

⁴³ Ebenda, S. 224 (Artikel 32).

⁴⁴ Vgl. u.a. Wolfgang Benz, Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung, München 2007; Armin Pfahl-Traughber, Die Verbreitung der „Protokolle der Weisen von Zion“ nach 1945. Ein Beitrag zur Wirkungsgeschichte einer antisemitischen Fälschung, in: Judaica, 46 Jg., Nr. 1/1990, S. 32-41.

⁴⁵ Vgl. allgemein zur Verbreitung derartiger Positionen im Islamismus u.a. auch: Wolfgang Benz/Juliane Wetzel (Hrsg.), Antisemitismus und radikaler Islamismus, Essen 2007; Armin Pfahl-Traughber, Der Ideologiebildungsprozess beim Juden Hass der Islamisten. Zum ideengeschichtlichen Hintergrund einer Form des „Neuen Antisemitismus“, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005, Frankfurt/M. 2005, S. 189-208.

anderslautende Stimmen. Hierzu gehört etwa die Politikwissenschaftlerin Helga Baumgarten, die an der Universität Birzeit (Palästina) lehrt und in ihrem Buch zur „ Hamas“ erstmals eine vollständige Übersetzung des Textes abdruckte.⁴⁶ Darin heißt es über das programmatische Dokument der Charta: „Während diese in der Folgezeit sowohl für die Hamas selbst – kein Mitglied ist verpflichtet, sie zu studieren – als auch für die palästinensische Gesellschaft wenig bis keine Relevanz hatte, wird sie von westlichen Kritikern und Gegnern der Hamas als Grundlage für eine Dämonisierung der Organisation wahrgenommen. Wegen der Charta wird Hamas als antisemitische Bewegung abqualifiziert, die nur ein Ziel verfolge, nämlich die Zerstörung des Staates Israel und die Errichtung eines islamischen Staates, gar einer islamischen Weltherrschaft.“⁴⁷

Bei der kritischen Betrachtung des von Baumgarten selbst herausgegebenen Textes verwundern derartige Einschätzungen, belegen doch gerade die oben präsentierten Zitate aus eben dieser Übersetzung die antisemitische Ausrichtung der „ Hamas“. Dafür ist es übrigens relativ unerheblich, ob sich die Mitglieder der Organisation zur Lektüre der Charta verpflichten müssen. Selbst viele Angehörige der bundesdeutschen Parteien dürften deren Programme nicht gründlich studiert haben. Gleichwohl dokumentieren sie die inhaltlichen Grundlinien des vertretenen politischen Selbstverständnisses. Auch sagt darüber hinaus das Ausmaß der gesellschaftlichen Wahrnehmung grundlegender politischer Texte nichts über die Angemessenheit der darin enthaltenen inhaltlichen Positionierung einer Organisation aus. In der westlichen Welt nahm man darüber hinaus den Text der Charta kaum zur Kenntnis, beschränkte sich doch auch für den deutschsprachigen Raum die kritische Darstellung lange Zeit nur auf eine einzige Monographie mit zugegebenermaßen polemischem Unterton.⁴⁸

Der kritische Hinweis auf eine angebliche oder tatsächliche „Dämonisierung“ der „ Hamas“ darf gleichwohl nicht den Blick für die Angemessenheit dabei vorgebrachter Sachaussagen trüben. Wenn in der Charta ganz offen zur Tötung von Juden als Mittel zum politischen

⁴⁶ Vgl. Baumgarten, Hamas (Anm.1).

⁴⁷ Ebenda, S. 58.

⁴⁸ Vgl. Matthias Küntzel, Dihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg 2003, S. 107-112.

Heil eines islamischen Palästinenserstaates aufgerufen wird, dann ist nicht nur die Bewertung solcher Forderungen als eine Form des Antisemitismus, sondern auch als eliminatorischer Antisemitismus angemessen. Zwar mag Baumgartens Hinweis zutreffen, „dass sich der arabisch-islamische Antisemitismus, der als Resultat des israelisch-arabischen Konfliktes vor allem seit den fünfziger und sechziger Jahren entstand, grundsätzlich unterscheidet von seinem christlich-westlichen Vorgängern.“⁴⁹ In der Tat kennt der Antisemitismus der „Hamas“ keinen Rassismus, gleichwohl gab und gibt es auch einen nicht-rassistischen Antisemitismus in Europa. Und die Besonderheit des Nahost-Konfliktes sollte eigentlich nicht die Bewertung eines offen formulierten Vernichtungsantisemitismus relativieren.

14. Schlusswort und Zusammenfassung

Die „Hamas“ darf man weder auf ihre Judenfeindlichkeit noch auf ihre Terroranschläge reduzieren, erklärt sich so doch nicht die Komplexität des damit angesprochenen Phänomens einer islamistischen Organisation mit einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz. Gleichwohl veranschaulichen die im Text der Charta enthaltenen Positionen einen deutlichen Antisemitismus und Antizionismus. Offen bekundet man die Diffamierung der Juden als Juden und die Forderung nach einer Zerstörung des Staates Israel. Dabei handelt es sich im Selbstverständnis der „Hamas“ nicht nur um eine persönliche Einstellung oder politische Position. Die damit verbundenen Auffassungen sollen auch Konsequenzen für die Handlungen der Anhänger der Organisation und darüber hinaus auch aller Muslime haben: Sie werden aufgerufen sich an einem „Dschihad“, worunter hier dezidiert der gewalttätige Kampf bis zum Tod verstanden wird, zu beteiligen. Das Ziel soll dabei die Ermordung von Juden und die Vernichtung des Staates Israel sein.

Die ideengeschichtlichen Bezugspunkte für diese Grundposition können in zwei Bereichen ausgemacht werden: Erstens beruft sich der Charta-Text immer wieder auf religiöse Grundlagenwerke des Islam wie insbesondere den Koran sowie auf Erklärungen und Handlungen der „Muslimbruderschaft“ in der Vergangenheit. Weitaus bedeutsamer als die letztgenannten politischen sind die erstgenannten religiösen

⁴⁹ Baumgarten, Hamas (Anm. 1), S. 61.

Legitimationsbezüge. So versucht man jedem gläubigen Muslim zu vermitteln, der gewalttätige Kampf gegen Juden und Israel sei Ausdruck seiner religiösen Pflicht Gott gegenüber. Zweitens knüpft die „ Hamas“ in ihrer Charta an das Agitationsarsenal des europäischen Antisemitismus an. Dafür stehen in allgemeiner Form die Rückgriffe auf Behauptungen von einer „jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung“ und im besonderen Sinne die ausdrückliche Berufung auf die antisemitische Fälschung „Die Protokolle der Weisen von Zion“. Kulturell extern und intern bedingte Feindbilder finden sich demnach in der Charta in einer inhaltlichen Kombination.

Die konkreten Folgen des Antisemitismus und Antizionismus aus menschenrechtlicher Perspektive sind aufgrund der klaren und offenen Wortwahl des programmatischen Textes der „ Hamas“ unverkennbar: Die Juden und der Staat Israel sollen bis zur Vernichtung und Zerschlagung gewalttätig bekämpft werden. Die früheren Wellen von Selbstmordattentaten auch und gerade gegen zivile Einrichtungen und Personen in Israel können als ein direkter Ausdruck dieser grundlegenden Position gelten. Ob die gegenwärtige stärkere Zurückhaltung der „ Hamas“ hier als Ausdruck einer taktischen Mäßigung in einer politisch ungünstigen Phase oder einem politischem Lernprozess hin zu anderen inhaltlichen Positionen anzusehen ist, dürfte erst die Zukunft zeigen. Der Text der Charta selbst lässt aber sowohl an dem Antisemitismus und Antizionismus wie dem Gewaltbezug und Vernichtungswillen der „ Hamas“ keinen Zweifel. Nur selten findet man eine solche offene Bekundung der eliminatorischen Dimension von Feindbildern.

Geheimdienste im Visier von „Al-Qaida“.

Die Organisation der Spionage und der Spionageabwehr

Hans Krech

1. Einleitung und Fragestellung

„Al-Qaida“ ist die erste globale terroristische Organisation mit Zellen in mehr als 70 Ländern und Regionalorganisationen auf fünf Kontinenten. Mindestens 60.000 Kämpfer waren Anfang 2016 für „Al-Qaida“ auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen im Einsatz.

Im September 2001 hatte „Al-Qaida“ in Afghanistan und Pakistan dagegen höchstens 400 Kämpfer und eine einzige Brigade.¹ Die damalige Struktur war auf den Gründer, Inspirator und Finanzier Osama bin Laden zugeschnitten, der alle Operationen selbst organisierte oder überwachte. Auch die Spionageabwehr wurde von Osama bin Laden selbst organisiert. Dies erwies sich als keine komplizierte Aufgabe, da nur Salafisten mit einer Empfehlung durch bereits mit „Al-Qaida“ verbundene Salafisten Mitglied der terroristischen Organisation werden konnten. Die Infiltrierung von „Al-Qaida“ durch gegnerische Geheimdienste blieb weitgehend ausgeschlossen. In der „Al-Qaida“ von Osama bin Laden kannten sich fast alle Kämpfer untereinander seit Jahren.

Die Anschläge vom 11. September 2001 waren für „Al-Qaida“ der Auslöser für das Wachstum von einer regionalen zu einer globalen terroristischen Organisation. Das erschwerte zunehmend die Spionage und die Spionageabwehr durch „Al-Qaida“. Zehntausende neuer Mitglieder schlossen sich ihr an. Zahlreiche neue Mitgliedsorganisationen wurden gegründet oder neu aufgenommen. Dies erforderte eine Neuorganisation der Spionage und der Spionageabwehr auf der strategisch-operativen und der taktischen Ebene. Im Folgenden soll untersucht werden, ob es „Al-Qaida“ gelang, seine Spionage und die Spionageabwehr als globale terroristische Organisation wirksam zu organisieren? Außerdem stellt sich die Frage: Ist „Al-Qaida“ durch das ei-

¹ Vgl. Hans Krech, Al-Qaida im Herbst 2013 – Der Versuch einer Bestandsaufnahme, in: Reader Sicherheitspolitik, 14. Jg., Nr. 1/2014, S. 1-8.

gene massive Wachstum anfälliger für die Unterwanderung durch gegnerische Geheimdienste geworden?

2. Die strukturelle Anbindung der Spionage und der Spionageabwehr bei „Al-Qaida“

2.1 Der Übergang zur globalen Struktur 2006/2007 und die Öffnung von „Al-Qaida“ für nicht-salafistische islamistische Gruppierungen 2012

Es lassen sich zwei Stufen der strukturellen Weiterentwicklung von „Al-Qaida“ seit 9/11 festmachen: der Übergang zur globalen Struktur 2006/2007 und 2012 die Öffnung von „Al-Qaida“ für nicht-salafistische Kämpfer nach dem Tod von Osama bin Laden.

2006/2007 entwarf Ayman as-Zawahiri die globale Struktur. Er plante mit einiger Gewissheit für fast alle Kontinente „Al-Qaida“-Regionalorganisationen ein, deren Aufbau unter seiner Kontrolle begann.²

Osama bin Laden erwies sich als die eiserne Klammer, die das ungebremste Wachstum von „Al-Qaida“ verhinderte. Er lehnte den Beitritt von nicht-salafistischen Organisationen, wie etwa den „Al-Shabab“, strikt ab. Dadurch hätte er den Überblick und die Kontrolle über „Al-Qaida“ zunehmend an die operative Führungsebene (Generalkommando) oder die Regionalkommandeure verloren, die ab 2009 ernannt wurden.

Innerhalb von „Al-Qaida“ gab es eine Opposition gegen Osama bin Laden und dessen allein auf ihn selbst zugeschnittene Führungsstruktur, die von Saif al-Adel angeführt wurde und die sich für die Öffnung der terroristischen Organisation einsetzte.³

Die Globalisierung war jedoch der entscheidende Gegner Osama bin Ladens. Seine Führungsstruktur erwies sich mit der Globalisierung der terroristischen Organisation als nicht mehr kompatibel.

² Vgl. ebenda.

³ Vgl. Hans Krech, Sind wir in einer Falle von Al-Qaida? Die strategische Planung der ersten globalen nicht-staatlichen Terrororganisation, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 204. Jg., Nr. 2/2012, S. 184-188, hier S. 186f.

Der sogenannte „ägyptische Putsch“ von Ayman as-Zawahiri und Saif al-Adel nach der Tötung von Osama bin Laden⁴ leitete 2012 die Öffnung von „Al-Qaida“ für alle nicht-salafistischen islamistischen Gruppierungen, Anhänger und Söldner ein. Seitdem steht „Al-Qaida“ für alle Islamisten offen, auch für Anhänger des Sufi-Islam (wichtig für die Operationsgebiete im Sahel und in Westafrika), für schiitische Islamisten⁵ (wichtig in Khorasan) und für jihadistische Söldner und Abenteurer (wichtig für Europa, Nordamerika und für die Anwerbung von Söldnern oder Cyber-Terroristen).

Damit verbunden waren Befehle von Ayman as-Zawahiri vom 13. September 2013, das Leben von muslimischen Zivilisten bei Operationen zu schonen und keine Schiiten und Christen aus religiösen Gründen zu töten (sie galten zuvor bei „Al-Qaida“ als Ketzer, die getötet werden durften).⁶

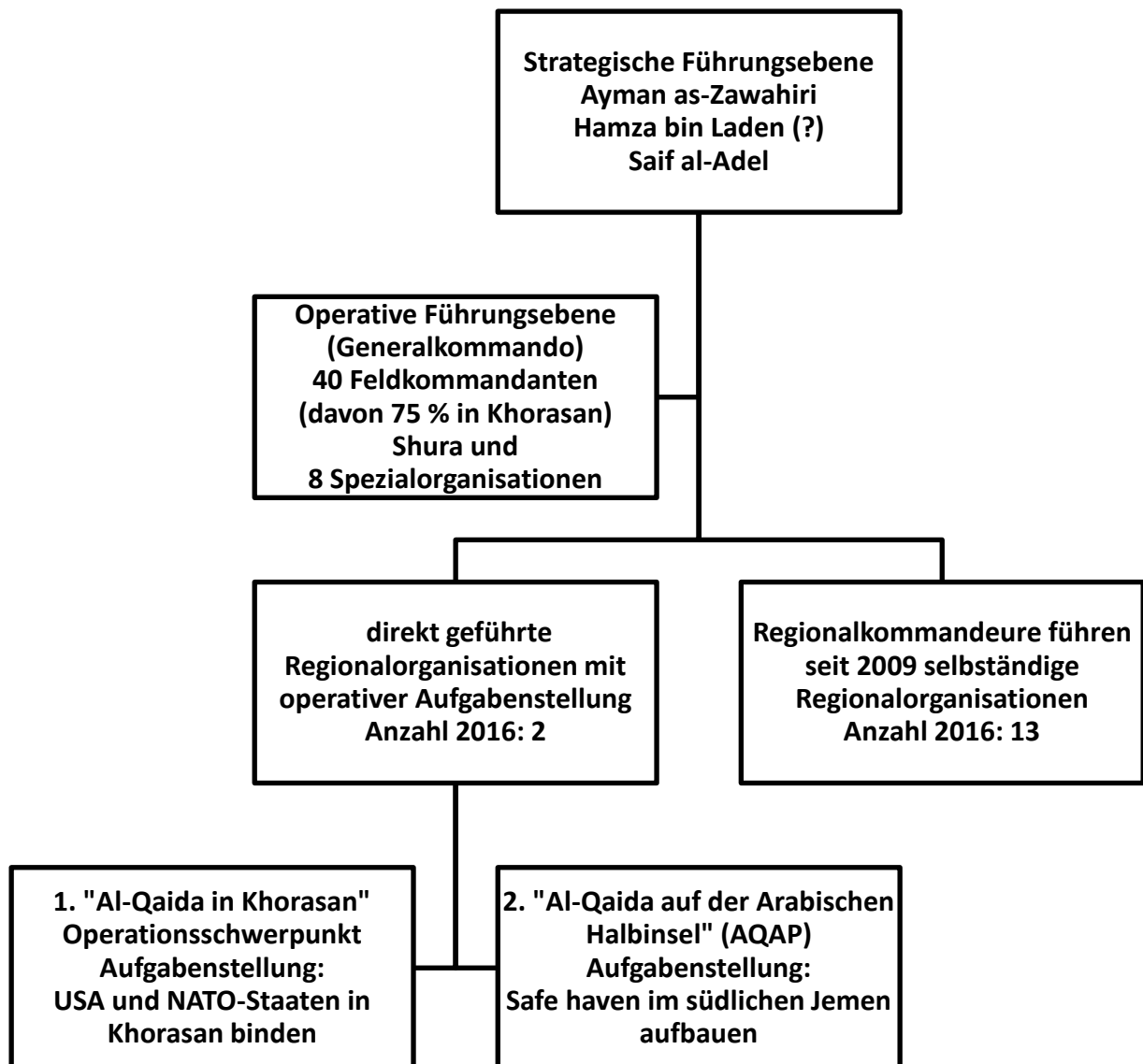
Der Tod von Osama bin Laden 2011 löste den bisher stärksten Wachstumsschub von „Al-Qaida“ aus. Das „Würgeeisen“ Osama bin Laden, das „Al-Qaida“ mit Gewalt aus Gründen des persönlichen Machterhalts kleingehalten hatte, war aufgesprengt worden.⁷

⁴ Es ist möglich, dass der Hinweis auf das Versteck von Osama bin Laden in Abbottabad verdeckt von der Opposition innerhalb von „Al-Qaida“ an die CIA übermittelt wurde. Jedenfalls entschied die Tötung von Osama bin Laden am 2. Mai 2011 den seit Jahren laufenden Machtkampf zugunsten der Reformen.

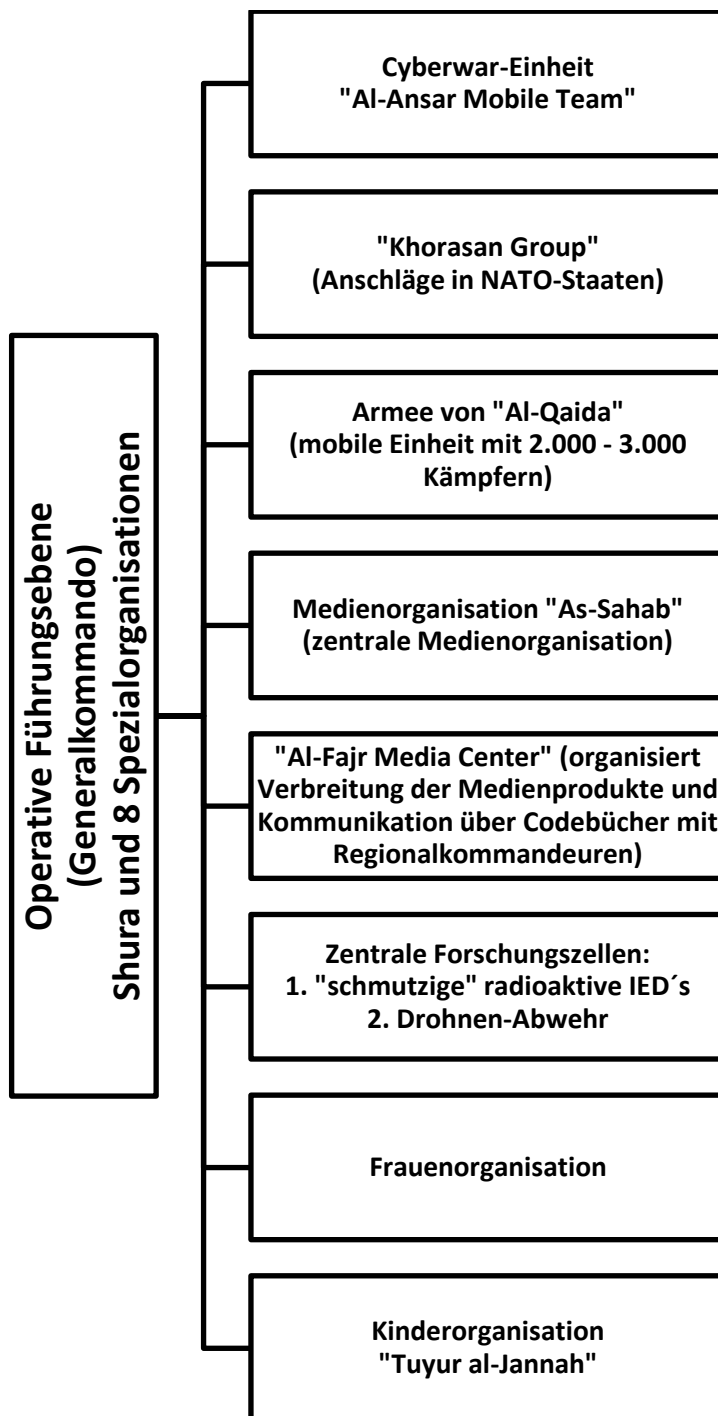
⁵ „Al-Qaida“ versuchte bisher ergebnislos auch schiitische terroristische Organisationen als Mitglied zu gewinnen

⁶ Dieser Befehl von Ayman as-Zawahiri gilt für alle islamischen Länder, aber ausdrücklich nicht für die USA und die NATO-Staaten. Dort dürfen auch Zivilisten getötet werden.

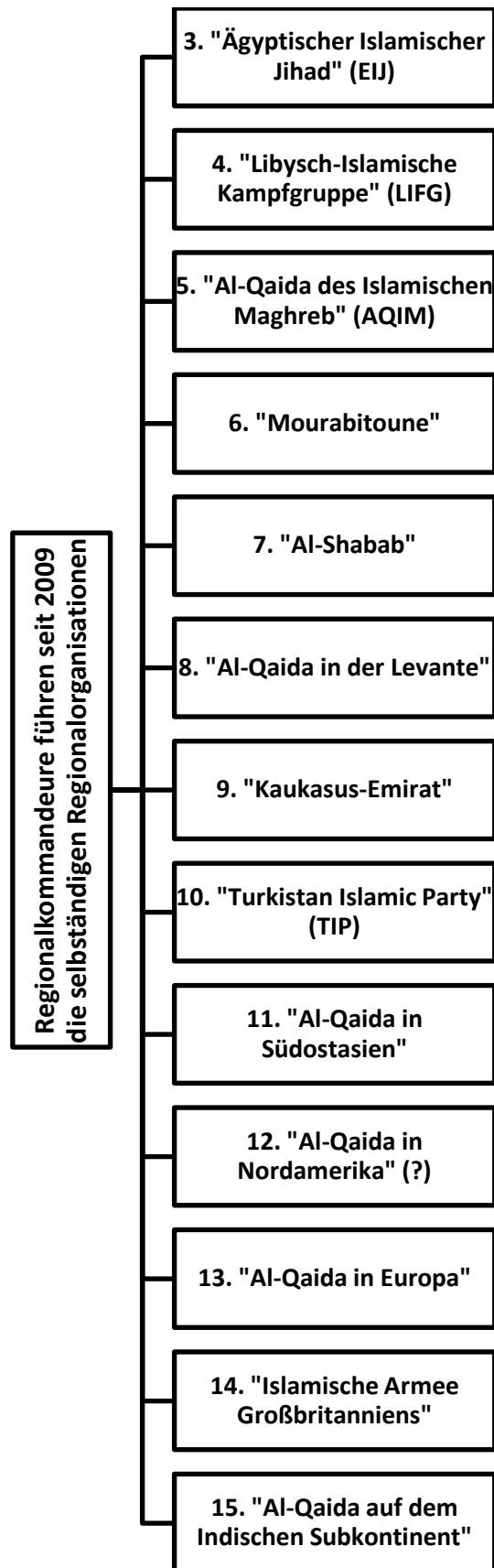
⁷ Vgl. Krech, Al-Qaida im Herbst 2013 (Anm. 1), <http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/bU0xDoJAEHwRu3ed2Ekw0dZGsTEHr>. (gelesen am 9. Januar 2014).



Grafik 1: Die Struktur von „Al-Qaida“ Anfang 2016



Grafik 2: Die acht Spezialorganisationen der operativen Führungsebene (Generalkommando) von „Al-Qaida“ Anfang 2016



Grafik 3: Die 13 selbständigen Regionalorganisationen von „Al-Qaida“ Anfang 2016

Ebenfalls erwähnenswert ist der Aufbau von Frauen- und Kinderorganisationen. Bei „Al-Qaida“ gilt seit dem Frühjahr 2010 nach heftigen internen Diskussionen formal die Gleichberechtigung der Frau, d.h. Frauen können Kämpferin sein und Kommandeurin werden. Erste weibliche Emire gab es bei der „Al-Nusra Front“ in Syrien und dem „Islamischen Staat“ (IS)⁸ im Irak. Es existieren Brigaden nur mit weiblichen Kämpferinnen und gemischte Brigaden. Die „Al-Nusra-Front“ hat auch eine gemischte Brigade mit einem weiblichen Emir. Nicht alle „Al-Qaida“-Regionalorganisationen setzten indessen diesen Beschluss um. Auch Ayman as-Zawahiri soll ursprünglich dagegen gewesen sein, beugte sich aber der Meinung der jüngeren Kommandeure.⁹

Die Öffnung von „Al-Qaida“ führte zu erheblichen Sicherheitsproblemen in der globalen terroristischen Organisation, die sie mit einem umfassenden Maßnahmenpaket zu lösen versuchte. Nicht betrachtet werden sollen hier die vielfältigen Maßnahmen zur Drohnen-Abwehr und damit verbunden zum Finden und Töten von Spionen, die im Auftrag der CIA Ziele mit Lasern markieren, die dann von Kampfdrohnen angegriffen und zerstört werden.¹⁰

⁸ Der „Islamische Staat“ (IS) wurde am 2. Februar 2014 von der „Al-Qaida“-Mitgliedschaft suspendiert. In dem Aufsatz wird unabhängig von den wechselnden Namen der irakischen Regionalorganisation („Al-Qaida im Irak“, ISI, ISIL, IS) die Bezeichnung IS verwendet. Es ist möglich, dass der IS wieder in „Al-Qaida“ integriert werden könnte. Im November 2014 ernannte Ayman as-Zawahiri seinen damaligen Stellvertreter Nasser al-Wuheishi, den Emir von AQAP, zum Sonderbevollmächtigten zur Regelung des Verhältnisses zwischen dem IS und „Al-Qaida“. Vgl. Hans Krech, How stable is the Caliphate of the Islamic State?, in: ENDC Proceedings (Estonian National Defence College, Tartu), Volume 19/ 2014, S. 148-163.

⁹ Vgl. Children after Al-Qa'idah's women, in: Al-Watan (Saudi-Arabien) vom 11. Juni 2010.

¹⁰ Vgl. Hans Krech, Die Organisation der Drohnenabwehr bei Al-Qaida, in: Peter Pletschacher (Hrsg.), Fliegerkalender 2015. Internationales Jahrbuch der Luft- und Raumfahrt, Hamburg 2014, S. 60-68; Ders., The Organization of Al Qaeda's Drone Countermeasures, in: Margalla Papers 2014 (National Defence University/ Institute for Strategic Studies, Research & Analysis, Islamabad/ Pakistan), S. 115-126.

2.2 Die strukturelle Anbindung der Spionage und der Spionageabwehr: Religionskomitee–Geheimdienstkomitee–Geheimdienst

Traditionell war die Spionageabwehr bis 2012 zumeist beim Religionskomitee in der Shura der Mitgliedsorganisation angelagert. Der Führer des Religionskomitees, ein anerkannter salafistischer Geistlicher, überprüfte selbst die überschaubare Anzahl von Rekruten. Da nur Salafisten Mitglied bei „Al-Qaida“ werden konnten, war das erste Kriterium die salafistische (wahhabitische) Überzeugung des Kandidaten. Es folgte als weiteres Kriterium die Überprüfung der Empfehlung durch einen mit „Al-Qaida“ verbundenen Salafisten. Dann wurden oft vor Ort die Angaben des Rekruten überprüft. Dazu kamen die üblichen weiteren Kriterien: nicht verheiratet, gesund und körperlich leistungsfähig, Nichtraucher und kein Alkohol- und Drogenmissbrauch sowie Grundkenntnisse im Schreiben, Lesen und Rechnen. Analphabeten konnten nicht Mitglied von „Al-Qaida“ werden.

Die Rekruten wurden auf eine Regionalorganisation geschworen, die Führer der Mitgliedsorganisation schworen dagegen ihren Treueeid Osama bin Laden und verpflichteten sich damit auf Lebenszeit als Kämpfer. Ein Ausstieg aus diesem Treueeid war nicht möglich. Jeder Kämpfer, der auch nur in den Verdacht geriet, sich absetzen oder aufgeben zu wollen, wurde an die Front geschickt, wo er dann fiel. Dies hatte Osama bin Laden in seinen Grundsatzbefehlen zur Sicherheit, den „7 Abbottabad-Briefen“ aus den Jahren 2010/2011, so befohlen.¹¹

Eigene Geheimdienste oder Geheimdienstkomitees zur Spionage und der Spionageabwehr innerhalb der Shuren der Regionalorganisationen ließen sich nicht oder nur selten nachweisen, d.h. im Regelfall wurde die Spionageabwehr vom Religionskomitee organisiert.

Das änderte sich erst nach dem Tod von Osama bin Laden und der Öffnung von „Al-Qaida“ für nicht-salafistische Kämpfer. Jetzt wurden in den Shuren Geheimdienstkomitees aufgebaut, die sich nur mit der Organisation der Spionage und der Spionageabwehr beschäftigten. In einigen Fällen bauten Mitgliedsorganisationen auch eigene Geheim-

¹¹ Vgl. Liam Collins, The Abbottabad Documents: Bin Ladin's Security Measures, in: CTC Sentinel (Combating Terrorism Center, West Point), 9. Jg., Nr. 5/2012, S. 1-4.

dienste auf, die zusätzlich auch dem Machterhalt des Emirs oder Prinzen¹² der „Al-Qaida“-Organisation dienten. Über eigene Geheimdienste verfügen u.a. die „Al-Shabab“, die „Al-Nusra Front“, der IS und „Al-Qaida in Khorasan“.

Der Geheimdienst „Amniyat“ der „Al-Shabab“, der unter dem Kommando von Mahad Karate steht, ist dafür ein gutes Beispiel: Der „Amniyat“ hat mehrere hundert Agenten und Kämpfer, untersteht direkt dem Emir und hat das Recht, sofort Urteile zu verhängen und zu vollstrecken. Da die „Al-Shabab“ ihren Kämpfern mit Zeitvertrag einen Sold zahlen, etwa 1.000 ausländische Kämpfer haben und auch jihadistische Söldner und kenianische Christen¹³ anwerben, agiert der „Amniyat“ nach innen als gefürchtetes Macht- und Kontrollorgan zur Disziplinierung der eigenen Kämpfer und Führer. Außerdem ist der „Amniyat“ besonders erfolgreich bei der Infiltrierung der somalischen Regierung und auch von deren Geheimdienst.

Bei den „Al-Shabab“ schwelte seit vielen Jahren ein erbittert geführter Machtkampf des Flügels der Nationalisten, der von Sheikh Mukhtar Ali Robow (Deckname: Abu Mansoor, 2008-2009 Emir der „Al-Shabab“) und Sheikh Ibrahim Haji Jama Mee’aad al-Afghani (Klarnamen: Abubakar al-Seyli’i, 2010 – 30. Juni 2013 Emir der „Al-Shabab“) gegen den Flügel der Jihadisten unter Führung von Sheikh Mukhtar Abdurahman Abu Zubayr (Klarnamen: Ahmed Abdi Godane, Emir der „Al-Shabab“ 2009 - 2010, 30. Juni 2013 - 1. September 2014) geführt wurde.

Godane brachte als religiöser Führer der „Al-Shabab“ den „Amniyat“ unter seine Kontrolle und setzte den Geheimdienst ein, um seinen

¹² In den letzten Jahren haben sich einige Führer von Mitgliedsorganisationen selber nicht mehr als „Emir“ bezeichnet, diesen Rang gibt es zumeist mehrfach in einer Mitgliedsorganisation, sondern die Rangstellung „Prinz“ übernommen. Beispiele waren nach 2012 etwa der EIJ oder der IS.

¹³ Vgl. John C. Amble/Alexander Meleagrou-Hitchen, Jihadist Radicalization in East Africa – Two Case Studies, in: Studies in Conflict & Terrorism, 37. Jg., Nr. 6/2014, S. 523-540.

Gegner al-Afghani am 30. Juni 2013 zu stürzen und zu ermorden. Bei dem Gefecht kamen auch etwa 200 Kämpfer des „Amniyat“ um.¹⁴

Dann begann Godane mit der schrittweisen Entmachtung der Shura. Er stützte sich bis zu seiner Tötung durch eine US-Kampfdrohne am 1. September 2014 zur Ausübung seiner Kontrolle über die „Al-Shabab“ auf den Geheimdienst „Amniyat“. Auch sein Nachfolger Abu Ubaidah (seit dem 6. September 2014 Emir der „Al-Shabab“) scheint daran nichts geändert zu haben.

Am Beispiel der Aufstellung eines eigenen Geheimdienstes einer Mitgliedsorganisation wird deutlich, dass dies auch die Form der Machtausübung des Emirs oder Prinzen verändern konnte. In einer Shura muss sich der Führer einer Mitgliedsorganisation auch den Diskussionen und Abstimmungen stellen. Es ist dort eher sein diplomatisches Geschick gefordert, um seine Macht abzusichern. Mit dem Instrument eines Geheimdienstes erlagen einige Emire offenbar der Versuchung, die eigene Macht nur noch auf den Geheimdienst abzustützen. Für die „Al-Shabab“ hatte dies in hier aber sehr negative Folgen. Robow, der mit seinen Rahanweyn-Kriegern die Mehrzahl der Infanteristen der „Al-Shabab“ stellte, zog sich zurück. Godane wurde Emir, verlor aber mehrere tausend Kämpfer.

3. Die Organisation der Spionageabwehr

3.1 Die strategisch-operative Ebene

In den „7 Abbottabad-Briefen“ hatte Osama bin Laden die Spionageabwehr für die strategische und die operative Führungsebene geregelt. Diese Briefe wurden von den US-Navy Seals am 2. Mai 2011 im Haus Osama bin Ladens in Abbottabad erbeutet und durch das Combating Terrorism Center (CTC)¹⁵ in der US-Militärakademie West Point ausgewertet.

¹⁴ Vgl. Shebab tötet eigene Führer, in: Süddeutsche Zeitung vom 1. Juli 2013, S. 7; Ken Menkhaus, Al-Shabab's Capabilities Post-Westgate, in: CTC Sentinel, 11. Jg., Nr. 2/2014, S. 4-9, hier S. 5 f.

¹⁵ Das Combating Terrorism Center (CTC) hat den Auftrag der NATO, alle erbeuteten „Al-Qaida“-Dokumente in der Datenbank „Harmony“ zu sammeln, wo sie auch übersetzt in Englisch für die NATO-Streitkräfte zur Verfügung

Osama bin Laden warnte vor allem vor der Infiltrierung durch die Geheimdienste Irans und Pakistans. Die aus dem Iran zurückkehrenden Führer und Kämpfer mussten ihre Kleidung und sämtliches Gepäck vernichten, da es Mini-Sender enthalten konnte, mit denen die Kommando-Stäbe der operativen Führungsebene hätten geortet werden können. Auch die Geldscheine mussten vernichtet werden, da sie ebenfalls versteckte Sender enthalten konnten. Alle aus Iran zurückgekehrten „Al-Qaida“-Mitglieder wurden einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Nicht jeder „Al-Qaida“-Führer konnte diese Sicherheitsüberprüfung bestehen.

Außerdem regelte Osama bin Laden die Sicherheitsmaßnahmen gegenüber den lokalen Gruppierungen, in deren Umfeld sich die strategische und die operative Führungsebene in Afghanistan und Pakistan bewegten.

Ein weiteres Problem war die Dauerüberwachung durch die NSA. Die Kommunikation zwischen der strategischen und der operativen Führungsebene war schon seit etwa 1998 auf Boten umgestellt worden. Die Kuriere übermittelten die Nachrichten auf neuen USB-Sticks oder Memory-Cards, die nur einmal verwendet werden durften. Jeder Führer hatte einen oder zwei Kuriere, die höchstens zweimal in der Woche Nachrichten übermitteln durften. Die Übergabe der Nachrichten sollte in Städten oder auf belebten Märkten nur unter einer Überdachung stattfinden, um Drohnen die Sicht zu nehmen. Es bestand ein Verbot der Nutzung von E-Mail, Telefon und Smartphone.

Außerdem regelte Osama bin Laden die Sicherungsmaßnahmen gegenüber Journalisten, da sie oft von Geheimdiensten überwacht wurden. Treffen sollten am Rande von Städten in Privathäusern organisiert werden. Pressemitteilungen durften nur auf neuen USB-Sticks oder Memory-Cards übergeben werden, da sich alle gelöschten Daten wiederherstellen lassen.¹⁶

Der Pakistani Mohammed Ilyas Kashmiri organisierte seit 2009 die Spionage und die Spionageabwehr der operativen Führungsebene von „Al-Qaida“. Der kampferfahrene Offizier des pakistanischen Geheim-

stehen. Das CTC ist auch die führende Forschungseinrichtung der NATO zur Auswertung der „Al-Qaida“-Dokumente.

¹⁶ Vgl. Collins, The Abbottabad Documents (Anm. 11).

dienstes ISI, der in Afghanistan und im Kashmir gekämpft hatte, überwarf sich nach 2002 mit General Pervez Musharraf. Kashmiri kam ins Gefängnis und wurde dort sogar gefoltert. Dies war vermutlich der Auslöser zur Flucht in den Untergrund zu „Al-Qaida“. Er brachte das ISI-Handbuch zur Spionageabwehr mit, nachdem seit 2009 die Spionageabwehr von „Al-Qaida“ organisiert ist.

Am 4. Juni 2011 wurde Mohammed Ilyas Kashmiri nach pakistani-schen Angaben in Süd-Waziristan beim Angriff einer US-Drohne getötet.¹⁷ Er war nicht nur der bisher ranghöchste Überläufer eines Geheimdienstes zu „Al-Qaida in Khorasan“, sondern er brachte in den zwei Jahren seines Kampfes für die terroristische Organisation dort auch seine ganze Erfahrung und sein Wissen ein. Kashmiri hat die Spionage und die Spionageabwehr von „Al-Qaida“ auf der operativen Führungsebene entscheidend professionalisiert.¹⁸

3.2 Die regionale und taktische Ebene

3.2.1 Miliz-Brigaden

Die Sicherheitsprobleme nach der Öffnung von „Al-Qaida“ versuchte die terroristische Organisation durch eine Strukturreform auf der taktischen Ebene zu lösen. Es wurde ein neuer Brigade-Typ eingeführt, die sogenannte Miliz-Brigade.¹⁹

Die bisherigen salafistischen Brigaden umfassten etwa 200 Kämpfer und wurden von einem Kommandeur geführt, der den Rang eines Emirs haben konnte. Große „Al-Qaida“-Organisationen verfügen manchmal über mehr als 15 Brigaden, die in definierten Operationszonen kämpfen. „Al-Qaida“ behielt die bisherigen sehr kampfstarken,

¹⁷ Vgl. o.A., Drohne tötet möglichen Bin-Laden-Nachfolger, in: Welt am Sonntag vom 5. Juni 2011, S. 12; o.A., Die zwei Leben des Ilyas Kashmiri, in: Die Welt vom 6. Juni 2011, S. 7; Haider Ali Hussein Mullick, Power by Proxy: Al-Qaida in Pakistan, in: Norman Cigar/ Stephanie E. Kramer (Ed.), Al-Qaida after ten years of war. A global perspective of successes, failures, and prospects, Quantico/ Virginia 2012, S. 161.

¹⁸ Vgl. Hans Krech, Sicherungsmaßnahmen und Spionageabwehr bei Al Qaida, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 205. Jg., Nr. 4/2013, S. 428-433, hier S. 429.

¹⁹ Vgl. ebenda, S. 432.

besonders gut ausgebildeten und zuverlässigen Brigaden mit den salafistischen Kämpfern bei.

In den neuen Miliz-Brigaden wurden dagegen nur die vielen neuen nicht-salafistischen Kämpfer zusammengefasst. Sie erhalten einen Sold, der beträchtlich sein kann und verpflichten sich für eine begrenzte Zeit für die terroristische Organisation zu kämpfen. Sie schwören keinen Treueeid bis zum Lebensende und können deshalb auch in ihre Heimatregionen oder Heimatländer zurückkehren. Die Miliz-Brigaden stehen unter dem Kommando erfahrener „Al-Qaida“-Kommandeure. Deren Kämpfer werden nicht in die Geheimnisse von „Al-Qaida“ eingeweiht und können deshalb bei einer Befragung durch NATO-Geheimdienste keine Interna der terroristischen Organisation preisgeben.

Die Miliz-Brigaden sind manchmal durch ihre Namen erkennbar, etwa „Lashkar al-Zil“ (Schattenarmee)²⁰ in Khorasan oder „Ansar al-Sharia“ (Unterstützer des Islamischen Rechts) im Jemen, in Libyen, Tunesien und in Mali.

3.2.2. Blind-Cell-Structure

In Operationsgebieten, in denen „Al-Qaida“ nicht im Guerilla-Krieg oder konventionellem Krieg gegen gegnerische Sicherheitskräfte steht, hat die globale terroristische Organisation spätestens 2009/2010 eine spezielle taktische Struktur eingeführt, die sogenannte Blind-Cell-Structure. Sie wird in Operationsgebieten zur Anwendung gebracht, in denen die Dauerüberwachung durch die NSA und NATO-Geheimdienste eine umfassende Tarnung nötig machen, wie etwa in New York, London, Hamburg, Paris, Barcelona, Stockholm oder in Riadh. Der Emir hat ein Safe House im benachbarten Ausland des regionalen Operationsgebietes, von dem aus er die Zellen in der Blind-Cell-Structure führt. Die Angehörigen der Zellen kennen nur die Angehörigen der eigenen Zellen. Sie sind den Angehörigen der anderen Zellen im Operationsgebiet niemals bewusst persönlich begegnet. Dadurch soll aus der Sicht von „Al-Qaida“ ausgeschlossen werden,

²⁰Vgl. The Taliban and related Jihadist Groups, in: IISS: The Military Balance 2011. The annual assessment of global military capabilities and defence economics, Oxfordshire 2011, S. 12.

dass die verhafteten Mitglieder einer aufgeflogenen Zelle auch andere Zellen verraten könnten.

Die Kommunikation zwischen dem Emir und den Zellen sowie zwischen den Zellen im Operationsgebiet erfolgt über unauffällige Blogs im regionalen Operationsgebiet. Solche Blogs dürfen keinesfalls einen jihadistischen, islamischen oder politischen Inhalt haben. Es werden Blogs ausgesucht, die von möglichst tausenden Bloggern pro Tag besucht werden, die zumeist nicht ihre Klarnamen verwenden.

Mit dem Vokabular dieser Blogger erstellt der Emir ein Codebuch für den ausgewählten Blog. Mit diesem Codebuch läuft die Kommunikation ohne jede Verschlüsselung und unter strikter Umgehung der Suchmaschinen der globalen Überwachung der NSA.²¹

Anbieten würden sich für solche Blogs: Blog „Die Freunde des englischen Rasens“, Blogs für Autofans, Blogs von Fußballfans wären geradezu ideal, Blogs für Pferdezucht, Blogs für Hundezucht, Blogs von Immobilienmaklern, Mode-Blogs, Flohmärkte, eBay...

Die erste AQAP-Zelle in der Blind-Cell-Structure wurde 2009 in Saudi-Arabien entdeckt. Die Enttarnung erfolgte durch einen Zufall. Der junge „Al-Qaida“-Kämpfer war östlich von Riadh verhaftet worden und erhielt vom saudischen Inlandsgeheimdienst Mabahith den Decknamen „Akhu Min Ta’a Allah“ (Brother of Anyone who obeys God). Er hatte bei seiner Verhaftung das Codebuch seiner Zelle dabei. Der Mabahith verzichtete auf den schnellen Zugriff gegen die enttarnte Zelle und begann nun mit unglaublichem Aufwand sämtliche elektronische Kommunikation in dem Königreich Saudi-Arabien auf die Verwendung des AQAP-Codebuches hin zu überwachen. Wurden die

²¹ Die Benutzung von Codebüchern ist keine Erfindung von „Al-Qaida“. So kommunizierte etwa der britische Geheimdienst im Zweiten Weltkrieg mit den französischen Widerstandsgruppen über Codes in Radio London der BBC. Es waren keine elektronischen Verschlüsselungen notwendig. Die deutsche Abwehr hatte vor der „Operation Overlord“ einen Teil des Codes entdeckt, der die Landung der Alliierten in Frankreich ankündigte: „Verwunden mein Herz mit eintöniger Mattigkeit...“ (Gedicht „Chanson d’automne“ des französischen Lyrikers Paul Verlaine).

Codes genutzt, stellte der Geheimdienst die IP-Adresse des Bloggers fest und leitete eine Überwachung durch Agenten ein.²²

Es gelang dem Mabath 19 Zellen zu enttarnen, die dann vom April bis November 2010 in zwei Verhaftungswellen zerschlagen wurden. Offenbar waren zu viele Zellen in der Blind-Cell-Structure an ein Codebuch angebunden worden. Diesen Fehler wird „Al-Qaida“ kaum wiederholen. Es ist damit zu rechnen, dass nach 2010 sehr viel weniger Zellen an ein Codebuch angebunden wurden. Das erschwert die Entdeckung von Zellen in der Blind-Cell-Structure weiter.

In Deutschland - das als Ruheraum für „Al-Qaida“ gilt – konnten bisher nur jihadistische Zellen enttarnt werden, die nicht aus originären „Al-Qaida“-Kämpfern bestanden. Es handelte sich um Jihadisten oder Islamisten, die nie „Al-Qaida“ angehörten, die nie Mitglied einer Regionalorganisation waren, die nie eine umfassende Ausbildung²³ bei „Al-Qaida“ erhalten hatten. Entsprechend verhielten sie sich bei der Organisation ihrer Sicherheitsmaßnahmen. Die einzige richtige „Al-Qaida“-Zelle in Deutschland konnte in Hamburg weitgehend ungestört und nicht überwacht die Anschläge vom 11. September 2001 vorbereiten. Es war die Zelle von Mohammed Atta.

Eine „Al-Qaida“-Zelle in der Blind-Cell-Structure ist mit einer elektronischen Überwachung nicht zu entdecken. Da werden klar die Grenzen der NSA aufgezeigt. Insbesondere in den NATO-Staaten muss deshalb der Schwerpunkt auf HUMINT²⁴ liegen. Die elektronische Überwachung SIGINT²⁵ kann nur die Auswüchse der „Al-Qaida“- oder IS-Propaganda eindämmen und „dumme“ jihadistische Mitläufer enttarnen, die allerdings zu gefährlichen Anschlägen in der Lage sind. Das FBI hat dies in den USA in den letzten Jahren sehr erfolgreich

²² Vgl. o.A., Saudi Arabia: Combating Al-Qaeda Online, in: Asharq al-Awsat vom 30. November 2010.

²³ Die Ausbildung bei „Al-Qaida“ erfolgt nach zentralen Vorgaben der operativen Führungsebene. Ein Zellenführer muss acht Module durchlaufen, die jeweils mehrere Monate lang sein können. Alle Lehrgangsteilnehmer werden beurteilt.

²⁴ HUMINT ist die NATO-Abkürzung für Human Intelligence, also die Aufklärung durch Agenten vor Ort.

²⁵ SIGINT ist die NATO-Abkürzung für Signals Intelligence, also die elektronische Aufklärung.

praktiziert. Undercover-Agenten konnten mehr als 50 Anschläge durch Homegrown-Terrorists verhindern. Das Infiltrieren einer Zelle in der Blind-Cell-Structure erfordert aber ein langfristiges und prophylaktisches Vorgehen mit Undercover-Agenten.

Fazit: Wir wissen nicht, ob und in welcher Stärke „Al-Qaida“ in den NATO-Staaten aktiv ist. Da muss aber der Schwerpunkt bei der Terrorismus-Abwehr liegen. Die Experten in den USA diskutieren kontrovers über eine anzunehmende „Al-Qaida“-Regionalorganisation in Nordamerika in der Blind-Cell-Structure.

Eines scheint sicher, die NSA könnte eine solche anzunehmende „Al-Qaida“-Regionalorganisation nicht finden. Maschinen (Supercomputer) leisten nur Handlangerdienste bei der Terrorismus-Abwehr. Mindestens 80 Prozent der Terrorismus-Abwehr ist harte langfristige Arbeit mit HUMINT.

Im Kalten Krieg hätten die Mängel bei HUMINT und das fast alleinige Verlassen auf SIGINT (Satelliten, NSA) auch zur Niederlage gegenüber dem Warschauer Pakt führen können. Es gab nur wenige hochrangige Agenten der CIA oder des BND in den Warschauer Pakt-Staaten.²⁶ Dies wiederholt sich heute: 2001 hatte die CIA weltweit nur etwa 1.000 Agenten im Außendienst. 2003 hatte die CIA keinen einzigen Agenten in Bagdad.²⁷

Die Bilanz der deutschen Geheimdienste im Kalten Krieg gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war schlicht jämmerlich. Das MfS war aber kein Super-Geheimdienst – er scheiterte 1989 welt-historisch – aber er setzte auf HUMINT und konnte so die Bundesrepublik Deutschland fast nach Belieben unterwandern.²⁸ Was dem MfS leicht gelang, könnte auch „Al-Qaida“ gelingen.

²⁶ Vgl. Tim Weiner, CIA – Die ganze Geschichte, Frankfurt a.M. 2009, S. 22.

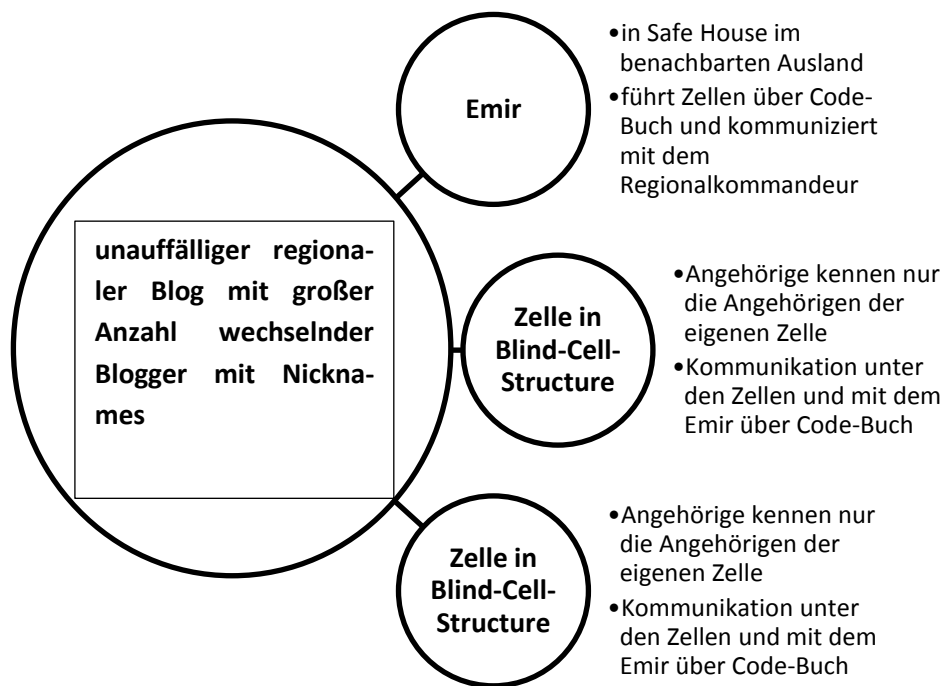
²⁷ Vgl. ebenda, S. 617.

²⁸ Vgl. Georg Herbstritt/Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), Das Gesicht dem Westen zu. DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, Bremen 2003.

Die vom April – November 2010 in Saudi-Arabien zerschlagenen AQAP-Zellen in der Blind-Cell-Structure²⁹

Struktureinheit	Anzahl Zellen	Mitglieder
	Insgesamt: 19	Insgesamt: 149, davon 124 Saudis und 25 Ausländer. Unter den Verhafteten war eine Frau.
1. Netzwerk	4	41
2. Netzwerk	3	24
3. Netzwerk	2	16
unabhängige Zellen, davon 3 direkt mit AQAP verbunden	10	68

²⁹ Vgl. O.A., Saudi authorities dismantle 19 Al Qaeda affiliated terrorist cells, in: Asharq al-Awsat (Englisch) vom 27. November 2010; John Rollins (Coordinator), Al Qaeda and Affiliates: Historical Perspective, Global Presence, and Implications for U.S. Policy, Washington, D.C.: Congressional Research Service, January, 25, 2011, S. 14.



Grafik 4: Die Antwort von „Al-Qaida“ auf die Dauerüberwachung durch die NSA: die Blind-Cell-Structure

3.2.3 Sicherheitsüberprüfungen für Rekruten in den Ausbildungscamps

Die Sicherheitsüberprüfungen in den 150 „Al-Qaida“-Ausbildungscamps in Pakistan sind auf einem niedrigen Level. Die Rekruten müssen für die Absolvierung der acht angebotenen Ausbildungsmodule jeweils eine Gebühr von 900 Euro entrichten. Es werden Jihadisten, Abenteurer aus Europa und Kämpfer verbündeter Gruppierungen aus Afghanistan und Pakistan ausgebildet. Diese Camps dienen auch wesentlich der Finanzierung von „Al-Qaida in Khorasan“. Die Rekruten sind nach der Absolvierung der Ausbildungscamps nicht Mitglied von „Al-Qaida“. Erst wenn sie sich dann einer Mitgliedsorganisation angeschlossen haben, sind sie formal „Al-Qaida“-Mitglied.

Die Sicherheitssituation in den Ausbildungscamps der „Al-Shabab“ ist sehr viel angespannter. Die Rekruten bekommen bei den „Al-Shabab“ ihre Reisepässe abgenommen, dann folgen Verhöre, um die Unterwanderung durch gegnerische Geheimdienste zu verhindern. Auch ein AIDS-Test muss absolviert werden.³⁰

³⁰ Vgl. Jörg Diehl/ Fidelius Schmid, Flucht im Fronturlaub, in: Der Spiegel, Nr. 38 vom 15. September 2014, S. 42-43, hier S. 42.

Der IS organisierte seine Sicherheitsüberprüfungen und die Spionageabwehr durch ehemalige Geheimdienstoffiziere des Saddam-Regimes. Rekruten bekamen die Reisepässe abgenommen, dann folgten nächtelange Verhöre. Ihre Aussagen wurden oft durch Unterstützer in den Herkunftsländern der Rekruten überprüft.

In Syrien kam es 2014/2015 zu einer regelrechten Überschwemmung mit Rekruten. Deshalb wurden sie bis zur Beendigung der Sicherheitsüberprüfung in größeren Gruppen bewacht in Safe Houses untergebracht. So waren in einem Safe House des IS in Aleppo etwa 100 Rekruten auf der zweiten Etage eines Gebäudes interniert, das mit drei Checkpoints überwacht wurde. In dem Rekrutierungszentrum gab es auch eine Krankenabteilung. In Al-Raqqa befand sich ein Foltergefängnis für ausländische Rekruten, die als Sicherheitsrisiko galten. Dort waren im September 2014 zwei Deutsche, drei Franzosen, fünf Engländer und zwei Belgier interniert.³¹

Anfang November 2014 verhängte der IS einen Rekrutierungsstopp für Iraker, da eine Unterwanderung durch irakische Geheimdienste drohte.³² Dieser Rekrutierungsstopp endete jedoch schon nach einem Monat Mitte Dezember 2014 mit der Einführung der Wehrpflicht im IS-Kalifat. Jede Familie musste einen Sohn für die IS-Streitkräfte stellen oder eine hohe Entschädigungssumme zahlen.

3.2.4 Abwehrmaßnahmen gegen die NSA

Die Berichte über die globalen Abhöraktionen der NSA alarmierten auch die „Al-Qaida“-Regionalorganisationen. Sie begannen damit, die Handy-Netze abzuschalten und Internet für die Bevölkerung in ihren Herrschaftsgebieten zu verbieten.

Die „Al-Shabab“ ordneten im Januar 2014 an, dass in ihren Herrschaftsgebieten in Somalia keine Mobiltelefone mit Internetzugang und kein Internet mit Glasfaserkabel mehr benutzt werden durften.

³¹ Vgl. Christoph Elflein/Josef Hufelschulte/ Axel Spilcker, Ein Bericht aus der Hölle, in: Focus, Nr. 37 vom 8. September 2014, S. 46-50, hier S. 47-48.

³² Vgl. o.A., Truth behind Baghdadi's exclusion and talk about Iraqi infiltration, in: En-Nashra (Libanon) vom 2. November 2014.

Die „Al-Shabab“ drohten harte Strafen gegen Personen an, die diese Anordnung nicht beachten sollten.³³

Im Dezember 2014 schaltete der IS in Mossul das Handy-Netz ab, da immer wieder Bewohner die ausländische Presse über Vorgänge in der Stadt informiert hatten. Als dann einige Bewohner hohe Gebäude in Mossul aufsuchten, um von dort andere Handy-Netze zu erreichen, verhängte der IS ein drastisches Strafmaß: Wer ein Handy benutzt, bekommt eine Hand abgehackt.³⁴

3.2.5 Drastische Strafen gegen Spione

„Al-Qaida“-Mitgliedsorganisationen setzen Kopfgelder auf Spione aus. Enttarnte Spione werden öffentlich enthauptet. So wurden am 6. Januar 2015 nördlich von Bagdad acht Spione vom IS hingerichtet, die für die Koalition Ziele für Luftangriffe ausgespäht hatten. Die Verurteilten trugen orangefarbene Overalls, ihre Augen waren verbunden und die Hände gefesselt. Der IS veröffentlichte das Hinrichtungs-Video im Internet.³⁵

Nach einem Bericht von Al Jazeera TV vom 4. Mai 2014 ermordeten die „Al-Shabab“ am Vortag in Mogadishu einen Polizeikommandeur mit einem IED³⁶-Anschlag, weil er mit westlichen Geheimdiensten kooperiert hatte.

Die „Boko Haram“ setzten 2014 Kopfgelder auf mutmaßliche Informanten der Armee in Nigeria aus. So wurden auf einen Scout drei Millionen Naira (etwa 13.500 Euro) Kopfgeld ausgesetzt.³⁷

³³ Vgl. o.A., Radikale Islamisten wollen das Internet verbieten, in: Hamburger Abendblatt vom 10. Januar 2014, S. 4.

³⁴ Vgl. o.A., ISIL started to dig a trench around Mossul, in: Asharq al-Awsat vom 15. Dezember 2014.

³⁵ Vgl. o.A., Henker der Terrormiliz IS in Syrien enthauptet aufgefunden, in: Hamburger Abendblatt vom 7. Januar 2015, S. 5.

³⁶ IED ist die NATO-Abkürzung für Improvised Explosive Device, also einen von einem Terroristen selbst gebauten Sprengsatz.

³⁷ Vgl. Bartholomäus Grill/ Toby Selander, In den Fängen des Teufels, in: Der Spiegel, Nr. 22 vom 26. Mai 2014, S. 76-79, hier S. 77.

4. Die Infiltrierung von „Al-Qaida“ durch gegnerische Geheimdienste

Bisher scheint die Spionage-Abwehr von „Al-Qaida“ funktioniert zu haben, denn es wurden nur drei Fälle bekannt, in denen es gegnerischen Geheimdiensten gelang, Agenten einzuschleusen: Zweimal war AQAP betroffen und einmal die „Islamische Armee Großbritanniens“. Die Geheimdienste, denen dies gelang, waren der Geheimdienst Mabath (Saudi-Arabien) und der Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI, Pakistan).

AQAP ist die „Al-Qaida“-Regionalorganisation für die Arabische Halbinsel. Die Mehrzahl der Kämpfer kommen aus Saudi-Arabien und dem Jemen. Ibrahim Hassan al-Asiri ist der Führer der Forschungszelle von AQAP. Der aus Saudi-Arabien stammende Erfinder hat sich darauf spezialisiert, Anschlagsmethoden zu entwickeln, mit denen die Sicherheitsvorkehrungen der NATO-Staaten unterlaufen werden können.

Eine Besonderheit ist, dass dieser Forschungszelle eine Zelle für Anschläge in den USA und den NATO-Staaten direkt unterstellt wurde und diese von einem US-Bürger oder einem Briten geführt wird. Nach bisherigem Wissensstand verfügt nur AQAP über eine solche direkte Kombination einer Forschungszelle mit einer Zelle für Anschläge in den NATO-Staaten. Die beiden Zellen sind deshalb aus gutem Grund das Hauptziel aller US-Operationen gegen AQAP und natürlich auch des Geheimdienstes Saudi-Arabiens.

Nach einer Warnung des saudischen Nachrichtendienstes an John O. Brennan, den damaligen Special Advisor to the President for Counterterrorism Affairs von US-Präsident Barack Obama, am Abend des 28. Oktober 2010, wurden am 29. Oktober 2010 zwei Frachtflugzeuge von UPS mit Fracht aus dem Jemen in Dubai und in Mittelengland untersucht. Es konnten zwei funktionsfähige Sprengsätze in Päckchen mit einer Adressierung an Synagogen in Chicago gefunden werden. Einer der Sprengsätze war in einem Druckertoner versteckt. Als Sprengstoff wurde PETN verwendet. Die Zündung sollte über eine Handy-Platine mit SIM-Karte durch einen Anruf erfolgen. Frachtflug-

zeuge wurden bisher nicht so genau kontrolliert wie Passagierflugzeuge³⁸

Der Hinweis auf den geplanten Anschlag kam am 28. Oktober 2010 durch den früheren Guantanamo-Häftling Jaber Ben Jabran al-Fifi. Er war 2006 aus Guantanamo entlassen worden, wo er offenbar vom saudischen Geheimdienst Mabahith und der CIA als Doppelagent angeworben wurde. Möglicherweise war al-Fifi der bisher einzige Guantanamo-Häftling, der sich als Agent anwerben ließ. In Saudi-Arabien durchlief er das Wiedereingliederungsprogramm und setzte sich dann in den Jemen zu AQAP ab, wo er als ehemaliger Guantanamo-Internierter nicht auf Misstrauen stieß. Es gelang ihm, Mitglied der Zelle für Anschläge in den NATO-Staaten zu werden. Als die Anschläge mit den Frachtflugzeugen anliefen, flüchtete er nach Sanaa, nahm Kontakt zum Mabahith auf und wurde mit einem saudischen Flugzeug ausgeflogen. Die Regierung Saudi-Arabiens warnte umgehend John O. Brennan, aber nicht die jemenitische Regierung.³⁹

Ibrahim Hassan al-Asiri arbeitet bekanntlich seit einigen Jahren an einer Unterhosen-Bombe. Der Sprengstoff wurde in das Gewebe der Unterhose eingebracht und mit einem mechanischen nicht-metallischen Zündmechanismus versehen. Mit einer solchen Unterhosen-Bombe ist es für einen Selbstmordattentäter möglich, unentdeckt die Kontrollen an einem Flughafen zu passieren. An einem Fensterplatz könnte er während des Fluges die Hose öffnen und die mechanische Zündung auslösen. Die kleine Explosion würde ein Loch in die Außenwand des Flugzeuges reißen und es zum Absturz bringen.

³⁸ Vgl. o.A., Aufregung um Pakete in US-Luftfracht, in: Hamburger Abendblatt vom 30./31. Oktober 2010, S. 4; o.A., UK confirms Yemen bomb plot aimed at US, in: Jane's Intelligence Weekly, 2. Jg., 3. November 2010, S. 3.

³⁹ Vgl. o.A., Ehemaliger Terrorist der al-Qaida warnte vor Paketbomben aus Jemen, in: Hamburger Abendblatt vom 2. November 2010, S. 1; o.A., Jaber hastens departure from Qa'idah due to prevalence of Takfiris, in: Al-Hayat vom 17. Oktober 2010; Rainer Hermann, Die Spur verliert sich im Sand, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 7. November 2010, S. 9; o.A., Sana'a complains about allies not providing it with intelligence information, in: Al-Quds al-Arabi vom 3. November 2010; o.A., Confessions of former Qa'idah member uncover Yemen booby-trapped parcels, in: Al-Quds al-Arabi vom 2. November 2010.

In der Zelle für Anschläge gegen NATO-Staaten waren 2011/2012 mehrere Selbstmordattentäter in der Ausbildung für Anschläge mit einer weiterentwickelten Unterhosen-Bombe. Al-Asiri hatte zur Sicherheit einen zweiten mechanischen Zünder eingebaut. Unter den sich in der Ausbildung befindlichen Selbstmordattentätern befand sich auch ein Agent des MI6 und des Mabahith. Als das Anschlagsdatum auf ein US-Verkehrsflugzeug bekannt wurde, der erste Todestag von Osama bin Laden am 2. Mai 2012, konnte sich der Doppelagent am 20. April 2012 über die VAE nach Saudi-Arabien absetzen. Er brachte nach einem Bericht von Al Jazeera TV vom 9. Mai 2012 ein Exemplar der Unterhosen-Bombe mit, die an das FBI zur Analyse übergeben wurde.

Die „Islamische Armee Großbritanniens“ wurde im August 2010 in Nord-Waziristan gegründet. Es ist eine „Al-Qaida“-Organisation für Europa, die als ihre Operationsgebiete Großbritannien, Frankreich und Deutschland⁴⁰ festlegte. Sie versucht die etwa 3.000 Briten mit pakistanischen Wurzeln zu rekrutieren, die nach den Ermittlungen des MI5 in Pakistan während ihres Urlaubes Module in den „Al-Qaida“-Ausbildungscamps absolvierten.⁴¹

An der Gründungsversammlung der „Islamischen Armee Großbritanniens“ nahmen etwa 300 Kämpfer teil, unter denen auch ein Agent des pakistanischen Geheimdienstes ISI war. Abdul Jabbar, ein britischer Staatsbürger, wurde zum Emir gewählt. Der ISI-Agent konnte Abdul Jabbar identifizieren und lokalisieren. Diese Daten wurden der CIA übermittelt. Am 8. September 2010 konnte Abdul Jabbar bei Miranshah bei einem Angriff einer US-Drohne getötet werden. Er entkam zuvor bereits bei einem anderen Drohnenangriff auf ein Ausbildungscamp.⁴²

⁴⁰ Erstmals überhaupt wurde damit Deutschland nach dem bisherigen Wissensstand Operationsgebiet einer „Al-Qaida“-Regionalorganisation.

⁴¹ Vgl. Lorenzo Vidino, *Al Qaeda in Europe. The New Battleground of International Jihad*, Amherst, NY 2006, S. 16.

⁴² Vgl. o.A., *British terror suspect 'was head of The Islamic Army of Great Britain'*, in: *The Telegraph* (UK) vom 6. Oktober 2010.

5. Die Unterwanderung von gegnerischen Geheimdiensten durch „Al-Qaida“

5.1 „Al-Qaida“-Doppelagenten in US-Geheimdiensten

Nach Berichten des früheren NSA-Agenten Edward Snowden hat es Versuche zur Infiltrierung der NSA durch „Al-Qaida“ gegeben.⁴³ Der frühere ägyptische Offizier Ali Mohamed unterwanderte im Auftrag des EIJ 1992 als Doppelagent das FBI. Er bereitete dann die „Al-Qaida“-Bombenanschläge auf die US-Botschaft in Nairobi 1998 mit vor und wurde im November 1998 in New York vom FBI verhaftet.⁴⁴ Der jordanische Arzt Human Chalil Abu-Mulal al-Balawi verübte am 30. Dezember 2009 einen Selbstmordanschlag auf die FOB⁴⁵ Chapman in Afghanistan, bei dem sieben CIA-Agenten ermordet und weitere sechs CIA-Agenten verwundet wurden. Er war mit Unterstützung des jordanischen Geheimdienstes als Agent zur Suche nach Ayman as-Zawahiri angeworben worden und operierte als Doppelagent von „Al-Qaida“.⁴⁶

5.2 „Al-Qaida“-Doppelagenten in Geheimdiensten des Nahen und Mittleren Ostens

Im Frühjahr 2012 gab es erste Berichte über die Unterwanderung des somalischen Geheimdienstes National Security Service Agency (NSSA) der Übergangsregierung durch Doppelagenten der „Al-Shabab“. Sie verhafteten oder ermordeten Überläufer der „Al-Shabab“, belieferten heimlich „Al-Shabab“-Zellen in Mogadishu mit Waffen und Munition aus den Beständen der Übergangsregierung, verrieten an die „Al-Shabab“-Zellen in Mogadishu Operationen der Regierungstruppen und von AMISOM und waren auch direkt an IED-Anschlägen beteiligt.

⁴³ Vgl. o.A., Extremisten wollen US-Geheimdienste infiltrieren, in: Hamburger Abendblatt vom 3. September 2013, S. 3.

⁴⁴ Vgl. Tim Weiner, FBI – Die wahre Geschichte einer legendären Organisation, Frankfurt a.M. 2012, S. 521-531.

⁴⁵ FOB ist die NATO-Abkürzung für Forward Operations Base, also einen Stützpunkt dicht am Gegner oder sogar in dessen Operationsgebiet oder Hinterland.

⁴⁶ Vgl. Joby Warrick, The Triple Agent: The al-Qaeda Mole Who Infiltrated the CIA, New York 2011.

„Al-Shabab“-Überläufer wurden in der früheren Marino Naval Base in Mogadishu in einem dreimonatigen Umerziehungskurs für den Geheimdienst ausgewählt und angeworben. Anfang 2012 waren 250 „Al-Shabab“-Überläufer in dem Camp. Sie erhielten einen monatlichen Sold von 500 Dollar pro Monat. Die früheren „Al-Shabab“-Kämpfer stiegen auch in Führungspositionen des NSSA auf.⁴⁷

AQAP unterwanderte im Jemen den Inlands-Geheimdienst Political Security Organisation (PSO).⁴⁸ Das führte dazu, dass die Großoffensive der Armee des Jemen im April/Mai 2014 in den Provinzen Shabwa und Abyan immer wieder ins Leere lief. Vermutete AQAP-Verstecke waren geräumt, die Verhaftung der AQAP-Führer misslang immer wieder, weil sie offenbar vorgewarnt waren. Teilweise erwiesen sich die Berichte des jemenitischen Geheimdienstes als gefälscht.⁴⁹

Die „Boko Haram“ haben in den Sicherheitskräften und Geheimdiensten Nigerias Unterstützer.⁵⁰ Der Zentrale Führungsstab der „Al-Nusra Front“ befindet sich in der syrischen Hauptstadt Damaskus. In den drei Vororten Tadamon, Yarmouk und Hajar al-Aswad waren 2014 etwa 2.000 Kämpfer der „Al-Qaida“-Mitgliedsorganisation, die „Al-Qaida in der Levante“ untersteht, stationiert. Auch der Emir Al-Fateh Abu Muhammad al-Julani (Deckname) soll sich dort versteckt gehalten haben. Die „Al-Nusra Front“ hatte die syrischen Geheimdienste und den Regierungsapparat infiltriert.⁵¹

⁴⁷ Vgl. Mohamed Mubarak, Spying game: The Shabab's double agents in Somali intelligence, in: Jane's Intelligence Review, 23. Jg., Nr. 3/2012, S. 14-17; William Reno, Rethinking Counterinsurgency Somalia, in: CTC Sentinel, 10. Jg., Nr. 4/2013, S. 16-19.

⁴⁸ Vgl. Krech, Sicherungsmaßnahmen und Spionageabwehr bei Al Qaida, (Anm. 18), S. 430f.

⁴⁹ Vgl. Khaled al-Hammadi, Yemen: Intelligence war between government troops and Al-Qa'idah, in: Al-Quds al-Arabi vom 20. Mai 2014.

⁵⁰ Vgl. Daniel Agbiboa, The ongoing campaign of terror in Nigeria: Boko Haram versus the state, in: Stability: International Journal of Security & Development, 2. Jg., Nr. 3/2013, S. 1-18, hier S. 4.

⁵¹ Vgl. Florian Wätzel, Die al-Nusra Front – al-Qaidas Arm in Syrien, in: Stefan Hansen/ Joachim Krause (Hrsg.), Jahrbuch Terrorismus 2013/2014, Opladen 2014, S. 207-218.

6. Die Verbreitung von Falschinformationen zur Täuschung gegnerischer Geheimdienste

Es gibt einen regelrechten Informationskrieg zwischen den NATO-Geheimdiensten und den Geheimdiensten von „Al-Qaida“ um die Identität und den Status wichtiger Führer der terroristischen Organisation: Der Verschleierung der Identität der IS- oder „Al-Qaida“-Führer dienen die Decknamen. Die IS-Führer in Aleppo änderten 2014 alle paar Wochen ihre Decknamen. Es ist anzunehmen, dass dies „Al-Qaida“-Führer auf der taktischen und der operativen Führungsebene auch tun, wenn sie massiv durch NATO-Geheimdienste überwacht werden. Es gibt aber auch Decknamen, die mit einem Führungsposten verbunden sind. Dies sind keine individuellen Decknamen. Fällt der Inhaber des Decknamens durch Tod, Verwundung oder Verhaftung aus, übernimmt einer seiner Stellvertreter den Führungsposten. Es können bis zu elf Stellvertreter zur Übernahme des Führungspostens vorbereitet sein. Ein NATO-Geheimdienst kann deshalb nur sehr schwer den realen Inhaber des Führungspostens identifizieren.

Es gibt wohl kaum einen wichtigen „Al-Qaida“- oder IS-Führer, der nicht schon von der CIA oder nahöstlichen Geheimdiensten für tot erklärt worden wäre. Oft wurden hochrangige „Al-Qaida“-Führer sogar mehrmals für tot erklärt. Die CIA hoffte dann darauf, dass sich der für tot erklärte terroristische Führer über die Medien meldet und es so möglicherweise einen Hinweis auf seinen Aufenthaltsort geben könnte.

Zwei Beispiele sollen genügen: Said al-Shihri (Deckname: Abu Sufiyan al Azdi) war der stellvertretende Emir von AQAP. 2007 wurde der Saudi aus Guantanamo entlassen. Seinen Tod meldete der CIA im Februar 2011, dann am 10. September 2012 und am 28. Oktober 2012. Am 10. April 2013 bestätigte AQAP den Tod.⁵² Abubakar Shakau (Deckname: Darul Tawheed) ist der Emir der „Boko Haram“, der früheren „Al-Qaida“-Regionalorganisation für Westafrika.⁵³ Er wurde vom nigerianischen Militär am 2. Januar 2013 (Bericht Al Jazeera TV,

⁵² Vgl. Andrew Michaels/Sakhr Ayyash, AQAP's Resilience in Yemen, in: CTC Sentinel, 10. Jg., Nr. 9/2013, S. 11-14, hier S. 12.

⁵³ Die „Boko Haram“ wechselten am 7. März 2015 von „Al-Qaida“ zum IS. Ihre Logistik läuft seitdem über Sirte in Libyen.

20. August 2013), am 30. Juni 2013 (Bericht Al Jazeera TV, 25. September 2014) und am 25. September 2014 (Bericht France24, 16.8.2015) für tot erklärt.

In diesem Informationskrieg neigt „Al-Qaida“ mit einiger Gewissheit dazu, die Identität ihrer hochrangigen Führer zu vertuschen. Eine Bestätigung der Tötung eines „Al-Qaida“-Führers vor Ort durch eine Leiche, DNA oder Augenzeugen ist die große Ausnahme. Das lässt beunruhigende Rückschlüsse auf den realistischen Status einiger für tot erklärter „Al-Qaida“-Führer zu. Ein angeblich toter „Al-Qaida“-Führer hat eine ideale Tarnung.

7. Targeted Killing und Insider Attacks

7.1 Targeted Killing gegen enttarnte Geheimdienst-Agenten

„Al-Qaida“-Mitgliedsorganisationen haben in den letzten Jahren die Targeted Killing-Operationen der US-Special Forces kopiert. Sie versuchten, enttarnte Geheimdienst-Agenten durch Attentate und Anschläge zu ermorden. Auch Gebäude oder Büros von Geheimdiensten waren ein bevorzugtes Angriffsziel. Solche oft über viele Jahre mit hoher Intensität durchgeführten Attentate führten zur erheblichen Schwächung der betroffenen Geheimdienste und erklärten mit die späteren Erfolge der „Al-Qaida“-Mitgliedsorganisationen in den jeweiligen Operationsgebieten, etwa im Irak, im Jemen, in Somalia und in Nigeria.

Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen: Am 4. Dezember 2013 verübte ein IS-Kämpfer in Kirkuk im Irak einen Selbstmordanschlag auf das Gebäude des Geheimdienstes der Polizei.⁵⁴ Nach einem Bericht von France24 vom 23. August 2014 wurde am selben Tag von einem IS-Kämpfer in Bagdad ein Selbstmordanschlag auf das Hauptquartier eines Geheimdienstes verübt.

Im Zeitraum 2010 – 2014 zerstörte AQAP nach jemenitischen und saudischen Presseberichten gezielt die Hauptquartiere von Geheimdiensten in den Provinzen: In Aden gab es drei Angriffe, wobei das

⁵⁴ Vgl. Meda al Rowas, Capital punishment: Baghdad's deteriorating security situation, in: Jane's Intelligence Review, 25 Jg., Nr. 1/2014, S. 14-17, hier S. 15.

Gebäude beim letzten Angriff völlig zerstört wurde. In Al-Bayda, Al-Hota und Abyan erfolgte jeweils ein Angriff. Der Schwerpunkt von Attentaten auf Geheimdienst-Agenten lag in der Provinz Hadramaut. Dort wurden mehr als 80 Geheimdienst-Agenten ermordet. In Al-Mukallah waren es drei Geheimdienst-Agenten, in Sanaa zwei Agenten und in Zinjibar, Lahj und Abyan jeweils ein Geheimdienst-Agent. In der Provinz Saada wurde der stellvertretende Direktor für Politische Sicherheit der Provinz aus seinem Privathaus entführt. Zahlreiche Geheimdienst-Agenten erlitten bei den Attentaten schwere Verwundungen. In der Folge dieses Targeted Killing zogen sich die Geheimdienste weitgehend aus den Provinzen zurück, in denen AQAP operierte. Dadurch verloren auch die Operationen der Armee gegen AQAP ihre ohnehin nur schwache Wirkung.

7.2 Targeted Killing als Rache für Niederlagen von „Al-Qaida“

Die Geheimdienste der „Al-Qaida“-Mitgliedsorganisationen haben oft hervorragende Kenntnisse über die gegnerischen Geheimdienste und Sicherheitskräfte. Sie sind deshalb manchmal in der Lage, auf eine Niederlage mit einem Racheanschlag zu reagieren, der sich dann gezielt gegen hochrangige Ziele richtet.

Zwei Beispiele sollen das verdeutlichen: Vom 11. Mai 2012 bis zum 17. Juni 2012 lief in der Provinz Abyan im Jemen die Operation „Golden Swords“ zur Zerschlagung des AQAP-Emirates. 25.000 jemenitische Soldaten, die von US-Special Forces geführt wurden, US-Drohnen und die Luftwaffe Saudi-Arabiens waren im Einsatz. Der Oberbefehlshaber der Operation war Generalmajor Salem Ali Qatn. Er kam am 18. Juni 2012, nur einen Tag nach dem Ende der Operation „Golden Swords“, durch einen AQAP-Selbstmordattentäter mit einer Autobombe in Aden ums Leben.⁵⁵

Am 1. September 2014 wurde Emir Godane von den „Al-Shabab“ bei einem US-Drohnenangriff in der Nähe von Sablale getötet. Am 8. September 2014 erfolgte der Racheanschlag: Zwei Selbstmordattentä-

⁵⁵ Vgl. Nasr Taha Mustafa, Why did the Yemeni army succeed in breaking Al-Qa'idah?, in: Al-Bayan (VAE) am 26. Juni 2012; Daniel R. Green, In Yemen, an adversary adapts, in: Armed Forces Journal, 150. Jg., Nr. 9/2013, S. 28-29, hier S. 29.

ter der „Al-Shabab“ griffen zeitgleich zwei AMISOM-Konvois bei Mogadishu und Afgoye an, in denen auch US-Militärberater mitfuhren. 18 Menschen wurden getötet, darunter vier US-Soldaten und ein Südafrikaner.⁵⁶

7.3. Insider Attacks

Die Selbstmordattentäter von „Al-Qaida“ sind besonders gefürchtet, weil sie oft mehrere Jahre lang auf ihren Einsatz vorbereitet werden. Bei „Al-Qaida“ wird kein Kämpfer zu einem Selbstmordanschlag gezwungen, die Kämpfer melden sich freiwillig für die Laufbahnausbildung „Selbstmordattentäter“. Auf den Rekrutierungslisten, auf denen auch die Heimatadresse zur Information der Verwandten im Falle des Todes vermerkt ist, kann jeder Rekrut bei der Aufnahme in die „Al-Qaida“-Mitgliedsorganisation ankreuzen, ob er zu Selbstmordattentaten bereit ist.

Wenn er dann für diese Laufbahnausbildung ausgewählt werden sollte, kommt er in eine Selbstmordattentäter-Zelle, die eine spezielle Ausbildung durchführt. Der potentielle Selbstmordattentäter lernt, wie er die gegnerischen Geheimdienste, Streitkräfte, Parteien und Regierungen unterwandern kann. Er muss eine falsche Identität annehmen, um sich an das Ziel heranzuarbeiten. Erst dann erhält er den Anschlagsbefehl. „Al-Qaida“ versucht überall in seinen Operationsgebieten Selbstmordattentäter für Insider Attacks in Stellung zu bringen. Vermutlich werden die Selbstmordattentäter für Insider Attacks von den Geheimdiensten der „Al-Qaida“-Organisationen geführt.⁵⁷

Ein typisches Beispiel dafür war der Anschlag eines AQAP-Selbstmordattentäters, der den Streitkräften des Jemen angehörte. Er sprengte sich bei einer Probe der jemenitischen Streitkräfte für die Mi-

⁵⁶ Vgl. Gus Selassie, Al-Shabaab likely to attempt large-scale attack following leader Godane's death in US airstrike, in: Jane's Intelligence Review, 25. Jg., Nr. 10/2014, S. 5.

⁵⁷ Vgl. Hans Krech, Die Methoden von Selbstmordattentätern der al-Qaida. Zu den typischen Anschlagsformen von islamistischen Terrorgruppen gehören Anschläge in der Uniform des Gegners und Anschläge durch in die Sicherheitskräfte eingeschleuste Schläfer, sogenannte Insider Attacks, in: Europäische Sicherheit & Technik, 62. Jg., Nr. 2/2013, S. 107-109.

litärparade für den Nationalfeiertag am 22. Mai 2012 mit einer Sprengstoffweste in die Luft. Mehr als 100 jemenitische Soldaten wurden getötet und etwa 200 verletzt. AQAP übernahm die Verantwortung für den Selbstmordanschlag und bezeichnete ihn als Rache für die Offensive der Armee in der Provinz Abyan⁵⁸

8. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

„Al-Qaida“ ist es gelungen, seine Spionage und die Spionageabwehr an die Globalisierung der terroristischen Organisation in der Folge der Strukturreform 2006/2007 und der Öffnung für nicht-salafistische Kämpfer 2012 anzupassen:

Die Spionage und die Spionageabwehr auf der strategischen und operativen Führungsebene wurde durch Osama bin Laden in den „7 Abbottabad-Briefen“ 2010/2011 neu geregelt. Der frühere pakistanische ISI-Offizier Mohammed Ilyas Kashmiri professionalisierte 2009 - 2011 die Spionageabwehr nach dem ISI-Handbuch zur Spionageabwehr. Die Spionage und die Spionageabwehr auf der taktischen Ebene waren bis 2006/2007 zumeist beim Religionskomitee in der Shura der Mitgliedsorganisation angelagert. Seitdem entstanden Geheimdienstkomitees in den Shuren. Einige „Al-Qaida“-Mitgliedsorganisationen bauten eigene Geheimdienste auf.

Es wurden neue taktische Strukturen für die nicht-salafistischen Kämpfer aufgebaut, die Miliz-Brigaden. Diese neuen Kämpfer erlangen keine Geheimnisse von „Al-Qaida“, haben nur Zeitverträge, kämpfen für Sold und können in ihre Heimatländer zurückkehren. Die Einführung der Blind-Cell-Structure ab etwa 2009 macht die Dauerüberwachung durch die NSA weitgehend wirkungslos.

Bisher sind drei Fälle bekannt geworden, in denen eine Unterwanderung von „Al-Qaida“ durch Geheimdienste gelang: zweimal dem Mabahith (Saudi-Arabien) und einmal dem ISI (Pakistan). Generell

⁵⁸ Vgl. 90 Tote bei verheerendem Anschlag im Jemen, in: Hamburger Abendblatt vom 22. Mai 2012, S. 3; Khaled al-Hammadi, Ousting of security chief loyal to Saleh, in: Al-Quds al-Arabi vom 23. Mai 2012; Washington recruited hundreds of tribesmen, officers to infiltrate, in: Al-Hayat vom 13. Juni 2012; Christopher Swift, Arc of Convergence: AQAP, Ansar al-Shari'a and the Struggle for Yemen, in: CTC Sentinel, 9. Jg., Nr. 6/2012, S. 1-6, hier S. 1.

gilt: Solange „Al-Qaida“ eine rein salafistische Organisation war, also bis zum Tod Osama bin Ladens 2011, war eine Infiltrierung durch gegnerische Geheimdienste kaum möglich. Die Öffnung von „Al-Qaida“ 2012 für nicht-salafistische Kämpfer bietet sehr viel bessere Rahmenbedingungen bei einem langfristigen Einsatz von Undercover-Agenten.

Die fast alleinige Konzentration insbesondere der US-Geheimdienste auf SIGINT ist eine Sackgasse. Die Terrorismus-Abwehr innerhalb der NATO-Staaten sollte aus einem gesunden Mix von SIGINT und HUMINT bestehen. Das erfordert ein strategisches Umdenken bei der Organisation der Terrorismus-Abwehr.

Die Besonderheiten des „Lone-Wolf“-Phänomens im Rechtsterrorismus.

Eine vergleichende Betrachtung von Fallbeispielen zur Typologisierung

Armin Pfahl-Traugher

1. Einleitung und Fragestellung

Fragt man nach aktuellen Organisationsformen im Terrorismus, so fallen häufig die Begriffe „Leaderless Resistance“ und „Lone Wolf“.¹ Die erstgenannte Formulierung meint das Bestehen von kleinen Gruppen mit nur wenigen Personen, die ohne Anleitung von einer Hierarchie oder Zentrale eigenständig Anschläge und Attentate durchführen. Dabei können die gemeinten Akteure sowohl Bestandteil eines Netzwerkes von Zellen als auch eine in Isolation befindliche einzelne Kleingruppe sein. Demnach geht es hier um mehrere Einzelpersonen, aber nicht um einen größeren Personenzusammenschluss. Die Bezeichnung „Lone Wolf“ meint demgegenüber eine Einzelperson, die ohne Anleitung von Anderen und ohne Einbettung in eine Gruppe eine terroristische Tat begeht. Derartige Fälle gibt es auch im islamistischen Bereich des Terrorismus, wofür der Fall Arid Uka in Deutschland beispielhaft steht. Dieser hatte sich ohne Anleitung einer Gruppe über das Internet radikalisiert und 2011 zwei US-Soldaten am Frankfurter Flughafen getötet und zwei weitere schwer verletzt.²

Die meisten Fälle von Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorismus können aber dem Rechtsterrorismus zugeordnet werden. Dabei stellt sich die Frage nach den Besonderheiten, woraus für solche Täter und Taten eine Typologie entwickelt werden kann. Eine Antwort darauf setzt die Betrachtung von Fallbeispielen voraus, wobei es erstens um

¹ Vgl. Jeffrey Kaplan/Helene Lööw/Leena Kalkki (Hrsg.), *Lone Wolf and Autonomous Cell Terrorism*, Abingdon 2015; George Michael, *Lone Wolf Terror and the Rise of Leaderless Resistance*, Nashville 2012.

² Vgl. Wolf Schmidt, Jung, deutsch, *Taliban*, Berlin 2012, S. 148-163. Vgl. allgemein zu islamistisch motivierten Fällen von „Lone Wolf“-Terrorismus: Raffaello Pantucci, *A Typology of Lone Wolves: Preliminary Analysis of Lone Islamist Terrorists*, London 2011, worin allerdings keine Differenzierung von „Leaderless Resistance“ – und „Lone Wolf“-Terrorismus vorgenommen wird.

die Beschreibung der Ereignisse, zweitens um die Darstellung der Person und drittens um die Erörterung des Kontextes gehen soll. Der letztgenannte Aspekt nimmt folgenden Gesichtspunkt gesondert in den Blick: Auch der Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorist wird nicht als ein solcher geboren. Es gibt bereits zuvor bestehende mentale und politische Prägungen, welche die Entwicklung hin zu dieser besonderen Form von Gewaltanwendung erklären. Auch darauf soll gesondert eingegangen werden. Denn entgegen häufig kursierender Auffassungen meint die Rede vom Einzeltäter oder „Lone Wolf“ nicht, dass dabei Bedingungsfaktoren aus der Gesellschaft oder dem Rechtsextremismus keine Rolle spielen.

Zunächst bedarf es aber einer Arbeitsdefinition für den „Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorismus“ (2.), allein schon um der erwähnten Fehldeutung entgegen zu wirken. Dem folgen Ausführungen zur Auswahl der Fälle bezogen auf die Kriterien für Aufnahme und Ausschluss (3.). Danach werden die Beispiele, die auch auf Fälle aus anderen Ländern eingehen, entsprechend der genannten drei Aspekte dargestellt und untersucht (4. – 14.). Anschließend erfolgen Analysen aus der vergleichenden Perspektive, jeweils bezogen auf die Auffälligkeiten beim Blick auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede (15.), die Einschätzung von politischen und psychischen Bedingungsfaktoren (16.), die kommunikative und organisatorische Einbettung in den Rechtsextremismus (17.), das Handlungskalkül in Form von Organisation und Planung der Taten (18.), die Bedeutung von Bekenntnissen und Kommunikation der Täter (19.), Einflüsse aus der Gesellschaft zur Motivation der Taten (20.) und Anregungen zur Typologisierung des Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorismus (21.).

2. Arbeitsdefinition: Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorismus

Am Beginn steht eine allgemeine Begriffsbestimmung von „Terrorismus“. Es geht dabei um alle Formen von politisch motivierter Gewaltanwendung, die von nicht-staatlichen Akteuren in systematischer Form mit dem Ziel des psychologischen Einwirkens auf die Bevölkerung durchgeführt werden und dabei die Möglichkeit des gewaltfreien und legalen Agierens zu diesem Zweck als Handlungsoption aus-

schlagen sowie die Angemessenheit, Folgewirkung und Verhältnismäßigkeit des angewandten Mittels ignorieren. Bei dieser Definition wurden gegenüber einer Erstfassung³ zwei Veränderungen vorgenommen: Es heißt hier „nicht-staatliche Akteure“ statt „nicht-staatliche Gruppen“, geht es doch im Folgenden um Individuen. Das Phänomen „Einzeltäter“ und „Lone Wolf“ fand in der Erstfassung nicht genügend Aufmerksamkeit. Und dann fehlt auch die Bezeichnung „gegen eine staatliche Ordnung“, da sich insbesondere Rechtsterroristen gegen andere Teile der Gesellschaft wenden. Gleichwohl agieren sie damit auch gegen das Gewaltmonopol des Staates.

Bei dem Einzeltäter- bzw. „Lone Wolf“-Terrorismus⁴ handelt es sich dann um politisch motivierte Akteure im genannten Sinne, welchen noch weitere Merkmale eigen sind: Sie agieren erstens allein als Individuen, sie folgen zweitens keiner Gruppe und ihre Handlungen sind drittens selbstbestimmt. Dabei fällt der Blick auf die konkrete Tat, d.h. ein Einzeltäter kann durchaus Angehöriger einer Gruppe oder Mitglied einer Organisation gewesen oder noch sein. Der entscheidende Aspekt besteht darin, dass der Anschlag oder das Attentat als konkrete Handlung von ihm selbst ohne Einwirkung von Hierarchie oder Struktur umgesetzt wurde. Die Bezeichnung „Lone Wolf“-Terrorist steht lediglich für die konkrete Tatplanung. Sie bestreitet weder, dass die Akteure sich beispielsweise von Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft motiviert fühlen, noch, dass ihre einschlägige Gewalt- und Ideologiefixierung eine Folge der Sozialisation in der rechtsextremistischen Szene ist. Die Annahme, wonach ein Rechtsterrorist keine derartigen Prägungen aufweise, wäre wirklichkeitsfremd.⁵

³ Vgl. Armin Pfahl-Traughber Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33, hier S. 33.

⁴ Vgl. Jeffrey D. Simon, Lone Wolf Terrorism. Understanding the Growing Threat, New York 2013; Ramón Spaaij, Understanding Lone Wolf Terrorism. Global Patterns, Motivations and Prevention, Dordrecht 2012.

⁵ Dies behauptet die Definition von Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorismus gar nicht, woraus dann Behauptungen mit Fehldeutungen und Missverständnisse bis hin zur Unterstellung von Relativierungen und Verharmlosungen führten und führen. Eine derart enge Definition erklärt auch, warum die folgende Analyse den „Lone Wolf“-Terrorismus für einen Mythos hält: Gerry Gable/Paul Jackson, Lone Wolves: Myth or Reality? A Searchlight Report, Ilford o. J.

Daher lässt sich bezogen auf eine Beeinflussung durch oder eine Nähe zu rechtsextremistischen Organisationen folgende idealtypische Stufung vornehmen: Es kann erstens ideologische Akzeptanzen geben, welche aber durch Einstellungen in der Gesellschaft und nicht durch Propaganda von Rechtsextremisten aufkamen. Es kann zweitens mediale Kontakte geben, welche durch die Lektüre von Internetseiten oder Publikationsorganen von Rechtsextremisten entstanden. Und es kann drittens personelle Verbindungen geben, welche die Aktivität oder Mitgliedschaft in Organisationen voraussetzt. Dabei lassen sich für den letztgenannten Fall zwei Formen unterscheiden, wobei der Einzeltäter jeweils gewaltbezogen wie ideologisch in einer rechtsextremistischen Organisation sozialisiert wurde: Der Gemeindegänger gehört mangels Engagement einer solchen Gruppe nicht mehr an und entschied sich im Lichte seiner Prägungen allein zur Tat. Er kann aber auch noch Angehöriger einer solchen Gruppe sein, ohne seine Handlungen deren Mitgliedern kommuniziert zu haben.

3. Auswahl der Fälle: Kriterien für Aufnahme und Ausschluss

Die folgende Beschreibung und Erörterung nimmt Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Fälle in den Blick, um nach Besonderheiten hinsichtlich bestimmter Kriterien zu fragen. Zunächst sollen aber einige Angaben zur Auswahl bezogen auf die Aufnahme und den Ausschluss der Fälle gemacht werden: Es finden sich hier nur Beispiele, welche die erwähnten formalen Merkmale aufweisen. Demnach geht es um Einzelpersonen, die ihre Gewalthandlungen allein durchführten und planten. Dies schließt nicht aus, dass sie während dieser Aktivitäten einer politischen Organisation angehörten. Es geht beim Einzeltäter nach der bereits erfolgten Definition und Erläuterung nur um die Planung und Umsetzung der Tat. Die Begründung für die Opferauswahl muss darüber hinaus mit der Ideologie des Rechtsextremismus verbunden sein. Demnach kann es auch Fälle geben, wo Angehörige einschlägiger Gruppen eine konkrete Gewalthandlung aus persönlichen und nicht aus politischen Motiven vornehmen. Diese finden in der folgenden Darstellung und Untersuchung keine Beachtung.

Ansonsten konzentriert sich die Erörterung auf Einzeltäter und „Lone Wolfs“ aus dem Bereich des Rechtsterrorismus. Dafür gibt es folgenden Grund: Die Anteile für derartige Gewaltakte liegen in diesem politischen Bereich besonders hoch.⁶ Gleichwohl kann man zunehmend auch Fälle mit islamistischem Hintergrund ausmachen. Als Besonderheit in den USA gelten Anschläge von Einzeltätern, die sich mit der Ablehnung von Abtreibung gegen Ärzte und Personal von Kliniken wenden. Demgegenüber gibt es nur wenige Fälle von Einzeltätern und „Lone-Wolfs“ aus dem Linksterrorismus.⁷ Wie sich diese Aufteilung erklärt und worin die Besonderheiten liegen, wäre eine Forschungsfrage für eine breiter angelegte Studie. Hier geht es nur um Fälle aus dem Rechtsterrorismus, wobei in Deutschland der Schwerpunkt liegt. Hinzugenommen wurden aber auch bedeutende Anschläge und Attentate aus anderen Ländern. Zwei Fälle – „John Ausonius“ und „David Copeland“ – entsprachen etwa dem Agieren des mörderischen „Nationalsozialistischen Untergrundes“.⁸

In der Abhandlung fehlen Beispiele, die mitunter als Fälle von Einzeltäter- bzw. „Lone Wolf“-Terrorismus gelten: Am 13. Oktober 1980 deponierte der Rechtsextremist Gundolf Köhler auf dem „Oktoberfest“ in München eine Bombe, wodurch 13 Menschen starben. Ob hier ein verbitterter Einzeltäter handelte oder daran mehrere Personen beteiligt waren, ist bis heute ungeklärt.⁹ Am 19. April 1995 führte der US-Rechtsextremist Timothy McVeigh einen Anschlag auf ein Regie-

⁶ Vgl. COT Instituut voor Veiligheids- en Crisismanagement (Hrsg.), Lone-Wolf Terrorim, Amsterdam 2007, S. 20-22.

⁷ Demgegenüber kam den anarchistischen Einzeltätern als Terroristen gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine herausragende Bedeutung zu, vgl. Richard Bach Jensen, The Pre-1914 Anarchist „Lone Wolf“ Terrorist and Governmental Responses, in: Terrorismus and Political Violence, 26 Jg., Nr. 1/2014, S. 86-94.

⁸ Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Die NSU-Serienmorde im Lichte der vergleichenden Terrorismusforschung. Die komparative Perspektive zur Erkennung des „bekenntnislosen Terrorismus“, in: Peter Zoche/Stefan Kaufmann/Harald Arnold (Hrsg.), Sichere Zeiten? Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung, Berlin 2015, S. 329-344, hier S. 338f.

⁹ Vgl. Ulrich Chaussy, Oktoberfest. Ein Attentat, Darmstadt/Neuwied 1985; Tobias von Heymann, Die Oktoberfestbombe: München 26. September 1980, Berlin 2008.

rungsgebäude in Oklahoma durch, wobei 168 Menschen ums Leben kamen.¹⁰ Er hatte indessen zwei Mithelfer. Der Neonazi Thomas Lemke ermordete am 18. Juli 1995 und am 2. Februar und 15. März 1996 drei Menschen. Dabei halfen ihm in zwei Fällen andere Personen.¹¹ Und schließlich erschoss der Neonazi Thomas Adolf am 7. Oktober 2003 einen Anwalt, dessen Ehefrau und Tochter.¹² Dabei wirkte dessen Freundin mit, und es bestanden keine politischen Motive. Der Ausschluss ist demnach jeweils begründet durch fehlende Belege für eine Einzeltat oder die Hilfe von Mitstreitern.

4. Der Fall „Josef Bachmann“: Anschlag auf Rudi Dutschke 1968

Als erster Fall „Josef Bachmann“¹³ soll hier ein bereits lange zurückliegendes Ereignis behandelt werden: der Anschlag auf Rudi Dutschke am 11. April 1968. Das Opfer galt damals als die Führungspersönlichkeit der Achtundsechziger-Protestbewegung. An dem erwähnten Tag wurde Dutschke, der mit einem Fahrrad in Berlin unterwegs war, von einem Mann angesprochen: „Sind Sie Rudi Dutschke?“ Nachdem dieser die Frage bejaht hatte, brüllte die Person „Du dreckiges Kommunistenschwein“ und schoss mit einem Revolver dreimal auf sein Opfer. Dutschke konnte trotz der Kopfschüsse gerettet werden, starb aber 1979 an den Spätfolgen der Tat. Der Attentäter floh vor der Polizei in ein Haus, wo er nach 15 Schüssen auf die Beamten verhaftet werden

¹⁰ Vgl. Joel Dyer, *Harvest of Rage. Why Oklahoma City is Only the Beginning*, Boulder 1998; Mark S. Hamm, *Apocalypse in Oklahoma. Waco and Ruby Ridge Revenged*, Boston 1997.

¹¹ Vgl. Hans-Gerd Jaschke/Birgit Rätsch/Yury Winterberg, *Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf*, München 2001, S. 90; Hans-Werner Loose, *Er verführte seine Freunde zum Mord* (13. Februar 1997), in: www.welt.de.

¹² Vgl. Michael Mielke, „Ich würde es jederzeit wieder tun“ (14. Dezember 2014), in: www.welt.de; Christian Wiermer, *Im Wissen, dass er rechts ist „und auch gefährlich“* (15. Dezember 2014), in: www.taz.de.

¹³ Vgl. Anton Maegerle/Andrea Röpke/Andreas Speit, *Der Terror von rechts – 1945 bis 1990*, in: Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), *Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland*, Berlin 2013, S. 23–60, hier S. 34f.; Reinhard Mohr, *Enthüllung über Dutschke-Attentäter: Schrecken aus dem braunen Sumpf*, Spiegel Online (6. Dezember 2009), in: www.spiegel.de.

konnte. Später erhielt der Täter eine Gefängnisstrafe zu sieben Jahren wegen versuchtem Mord. Dutschke nahm nach seiner Genesung brieflichen Kontakt zu ihm auf. Er erklärte, dieser sei selbst ein Opfer gewesen und er habe ihm die Tat verziehen. 1970 beging der Täter in der Haft Selbstmord.

Dabei handelte es sich um den 1944 geborenen, demnach also bei der Tat 23jährigen Josef Bachmann. Seine Kindheit und Jugend waren von zwei besonderen Erfahrungen geprägt: Da Bachmann an einer Lungentuberkulose litt, verbrachte er lange Zeit in Krankenhäusern. Und da er keine Erfolge in der Schule vorzuweisen hatte, musste Bachmann eine Hilfsschule besuchen. Eine Berufsausbildung scheiterte, und so fand er nur als Hilfsarbeiter eine Anstellung. Indessen wechselte Bachmann dabei häufig den Arbeitsplatz und fiel auch durch mehrere Einbrüche kriminell auf. Nur wenige Tage vor dem Anschlag hatte er seine kurzzeitige Tätigkeit als Anstreicher und Eisenwerker in München am 8. April 1968 gekündigt und war mit dem Zug am 10. April nach Berlin gefahren. Nach dem Anschlag am 11. April fand man in seiner Kleidung einen Artikel aus der rechtsextremistischen „Deutschen National-Zeitung“, der mit „Stoppt Dutschke jetzt! Sonst gibt es Bürgerkrieg“ überschrieben war und fünf Fotos seines Opfers in Steckbrief-Form enthielt.

Bachmann galt zunächst als isolierter und verwirrter Einzeltäter, der durch die Agitation der „Bild-Zeitung“ und der „Deutschen National-Zeitung“ gegen Dutschke aufgehetzt worden sei. Auch habe er sich angesichts seines persönlichen Scheiterns zur Tat entschlossen. Diese Faktoren spielten durchaus eine bedeutende Rolle, ignorierten aber Kontakte in das rechtsextremistische Lager hinein. Da Bachmanns Familie in der DDR negative Erfahrungen gemacht hatte, entwickelte sich bei ihm ein fanatischer Antikommunismus. Diese Einstellung brachte Bachmann in Kontakt mit gewaltbereiten Rechtsextremisten, die ihm bereits seit 1961 den Gebrauch von Schusswaffen lehrten. Mit Gesinnungsfreunden schoss Bachmann auf DDR-Grenzer und Einrichtungen der innerdeutschen Grenze. Auch seine Wohnung machte politische Bekenntnisse deutlich: Im Bücherregal stand „Mein Kampf“, an der Wand hing ein Hitler-Portrait. Es gibt aber keine Belege dafür, dass Bachmann den Anschlag auf Dutschke auf Anregung oder im Auftrag einer rechtsextremistischen Organisation durchführte.

5. Der Fall „Uwe Behrendt“: Mord an einem jüdischen Verleger 1980

Bei dem Fall „Uwe Behrendt“¹⁴ handelt es sich um die Morde an dem Rabbiner und Verleger Shlomo Lewin und seiner Lebensgefährtin Frida Poeschke. Am 19. Dezember 1980 betrat ein Mann in Erlangen das Grundstück der beiden späteren Opfer. Nachdem ihm Lewin nach dem Läuten die Tür geöffnet hatte, schoss der Mann mit einer Beretta-Maschinenpistole viermal auf ihn in Brust und Kopf. Auch Poeschke wurde danach mit vier Schüssen ermordet. Lewin war im christlich-jüdischen Dialog aktiv und hatte auch vor den Entwicklungen im Rechtsextremismus im Allgemeinen und der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ im Besonderen immer wieder öffentlich gewarnt. Der Mörder hinterließ nicht nur Munition, sondern auch eine Sonnenbrille am Tatort. Anschließend floh er auf das Schloss Ermreuth, wo seinerzeit Karl-Heinz Hoffmann, der Leiter der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, einer gewaltgeneigten paramilitärischen Gruppe von Neonazis, seinen Sitz hatte. Die Brille gehörte, wie sich später herausstellte, dessen Lebensgefährtin Franziska Birkmann.

Bei dem Mörder handelte es sich um den 1952 in der DDR geborenen Uwe Behrendt, der dort 1970 sein Abitur abschlossen hatte und 1973 einen Fluchtversuch unternahm. Aufgrund dessen Scheiterns erhielt er eine Haftstrafe und wurde später von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft – womit eine auffällige Gemeinsamkeit mit Hoffmann bestand. Behrendt begann dann einerseits ein Studium der Germanistik, Medizin und Theologie und andererseits eine politische „Karriere“ in verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen. Über hochschulpolitische Gruppen wie die „Deutschen Burschenschaften“ und den „Hochschulring Tübinger Studenten“ ergaben sich Kontakte zur „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Dort stieg Behrendt schnell bis zum Vize-Leiter auf. Er soll seinem „Chef“, so die dort übliche Anredeform für Hoffmann, völlig ergeben gewesen sein. Nach der Flucht vom Tatort tauchte Behrendt zunächst bei Hoffmann unter. Dieser ermöglichte ihm die Flucht in den Libanon, wo sich Behrendt ein knappes Jahr später 1981 selbst umgebracht haben soll.

¹⁴ Vgl. H.-G. Jaschke/B. Rätsch/Y. Winterberg (Anm. 11), S.36-42; Hans-Wolfgang Sternsdorff, „Chef, ich habe den Vorsitzenden erschossen“, in: Der Spiegel, Nr. 44/1984, S. 71-82.

Hoffmann äußerte gegenüber der Polizei bei einem Verhör, Behrendt habe nach der Rückkehr vom Tatort gegenüber ihm geäußert: „Chef, ich habe den Vorsitzenden der jüdischen Kultusgemeinde in Erlangen erschossen. Ich hab’s auch für Sie getan.“ Sollte dies zutreffend sein, so hätte Hoffmann nicht den Auftrag zu dem Mord gegeben und Behrendt ihm mit dieser Handlung eigenständig „zugearbeitet“. Dies kann man angesichts der Abhängigkeit vom „Chef“ und der Brille von dessen Lebensgefährtin am Tatort bezweifeln. Indessen konnte ein Gericht später weder Hoffmann noch Birkmann eine einschlägige Rolle bzw. Verantwortung nachweisen. Gleichwohl handelte Behrendt, nimmt man hier einmal die Einzeltäter-These weiter an, aus einem direkten politischen Kontext in Gestalt der neonazistischen Organisation heraus. Er gehörte der Führung der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ an und ging mit seiner Tat gegen einen Gegner des Rechtsextremismus vor. Darüber hinaus hatte Behrendt im Haus von Hoffmann unmittelbar vor der Tat eine Wohnung.

6. Der Fall „John Ausonius“: Schüsse auf Migranten in Serie 1990/91

Der Fall „John Ausonius“¹⁵ ist durch die Bezeichnung „Lasermann“ in Literatur und Medien bekannt geworden: Dies hing damit zusammen, dass die gemeinte Person zunächst mit einem Lasergewehr auf seine Opfer schoss. Am 3. August 1991 erfolgte ein erster Anschlag, dem bis zum 30. Januar 1992 noch weitere Taten folgen sollten. Ein Mensch wurde dabei getötet, die anderen acht Opfer überlebten teilweise schwer verletzt. Bei ihnen handelte es sich ausnahmslos um Personen mit dunkler Haar- oder bzw. und Hautfarbe, womit sie alle auch aus größerer Entfernung als Migranten wahrnehmbar waren. Die meisten Betroffenen arbeiteten als Kioskbetreiber oder gehörten zu den Studenten in Stockholm oder Uppsala. Bei seinen Attentaten nutzte der Täter zunächst das erwähnte Lasergewehr, später auch einen Revolver. Demnach gab er die Schüsse sowohl aus einer gewissen

¹⁵ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Manifestes Hassbild. Der „Lasermann“ Anfang der 90er Jahre in Schweden – ein Vorbild für den NSU-Terror? (25. Mai 2012), in: www.bnr.de; Gellert Tamas, Der Lasermann. Vom Eliteschüler zum Serientäter. Ein Buch über Schweden, Leipzig 2007.

Entfernung wie unmittelbarer Nähe ab. Durch mühevollen Kleinarbeit, die mit der Prüfung eines bestimmten Fahrzeugstyps verbunden war, gelang der Polizei die Verhaftung des Täters.

Dabei handelte es sich um den 1953 geborenen John Ausonius, der in seinem bisherigen Leben bereits zweimal zuvor seinen Namen gewechselt hatte. Da seine Eltern eine Deutsche und ein Schweizer waren, verfügte Ausonius selbst über einen Migrationshintergrund. Aufgrund seiner schwarzen Haare soll er nach Aussagen vor Gericht bzw. gegenüber einem Journalisten selbst als Ausländer in der Schule gehänselt worden sein. Bereits früh fielen seine Einsamkeit und Isolation auf, welche psychiatrische Behandlungen nach sich zogen. Gleichwohl lernte Ausonius im Rahmen seines Wehrdienstes den Umgang mit Waffen. Seit 1980 beging er häufiger Betrügereien und Gewaltdelikte. Darüber hinaus führte Ausonius mehrfach Banküberfälle durch, um seine in Pfandhäusern anstehenden Schulden zu begleichen. Eine ausgeprägte Gewaltneigung war ihm nicht nur in dieser Lebensphase eigen. Selbst gegen seine ersten und dann auch seine zweiten beiden Anwälte ging Ausonius so vor. 1994 wurde er von einem Gericht zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Ausonius gehörte keiner politischen Organisation an. Er entwickelte aber schon früh eine fremdenfeindliche Einstellung, die ihn zu seinen Handlungen motivierte. Ausonius erklärte in den Gesprächen mit einem Journalisten: Zunächst habe er kriminelle Ausländer angreifen wollen, aber solche nicht als potentielle Opfer gefunden. Danach hätte sich seine Gewalt gegen eher zufällig ausgewählte Migranten gerichtet. Ausonius meinte dabei, dass er im Einklang mit einem Großteil der Menschen in Schweden gehandelt habe. Auffällig waren darüber hinaus seine Anmerkungen zur damals aufstrebenden – als rechtspopulistisch geltenden – Partei „Ny demokrati“ („Neue Demokratie“), die mit fremdenfeindlichen Auffassungen einige Erfolge bei Wahlen erzielen und die Stimmung im Land mitprägen konnte: Er habe sie gewählt, gehörte ihr aber nicht an. Für die neonazistische und rassistische Szene war Ausonius ein Held. Bei Demonstrationen der damaligen „Sverigedemokraterna“ („Schwedendemokraten“) riefen Anhänger: „Lasermann, schieß, um zu töten!“.

7. Der Fall „Franz Fuchs“: Briefbombenserien und Rohrbomben 1993 bis 1997

Der Fall „Franz Fuchs“¹⁶ fand Aufmerksamkeit unter der Bezeichnung „Bajuwarische Befreiungsarmee“, die sich auf Erklärungen zu den Taten fand. Indessen handelte es sich dabei – was aber erst nach der Entdeckung des Täters bekannt wurde - um eine Einzelperson. Diese hatte zwischen 1993 und 1997 mehrere Anschläge durch Brief- und Rohrbomben in Österreich durchgeführt: 1993 erhielten mehrere Personen des öffentlichen Lebens, die sich für Migranten engagierten, Postsendungen mit Sprengsätzen. Durch Explosionen wurden vier davon schwer verletzt. 1994 detonierte aufgrund von technischen Defekten zunächst weder eine Brief- noch eine Rohrbombe. 1995 starben vier Roma durch eine Sprengfalle als sie ein Schild mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien“ an einer Rohrbombe entfernen wollten. Ebenfalls 1995 detonierten einige Briefbomben auch in Deutschland, wodurch Mitarbeiter der Fernsehmoderatorin Arabella Kiesbauer und des SPD-Fraktionsgeschäftsführers in Schleswig-Holstein Dietrich Szameit verletzt wurden.

Franz Fuchs, der die Anschläge allein begangen hatte, konnte erst 1997 eher zufällig verhaftet werden. Er geriet in eine Verkehrskontrolle, befürchtete seine unmittelbar bevorstehende Enttarnung und zündete eine Rohrbombe. 1999 wurde Fuchs wegen vierfachen Mordes und zahlreicher Körperverletzungen und Mordversuche zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. 2000 erhängte er sich in seiner Gefängniszelle. Der 1949 geborene Fuchs fiel bereits als Schüler durch seine Kompetenzen in technischen Fragen auf, welche ihn mit dem Berufswunsch Atomphysiker zu einem Physikstudium an der Universität Graz motivierte. Fuchs brach dieses indessen binnen kurzer Zeit wieder ab und ging als Hilfsarbeiter nach Deutschland. Dort war ihm in Autofirmen kein beruflicher Erfolg vergönnt, sodass er 1976 wieder nach Österreich zurückkehrte. Erst 1977 fand Fuchs eine Anstellung als Vermessungstechniker, verlor aber 1988 diese Stelle. Daraufhin

¹⁶ Vgl. Karin Kneisl, Lebenslange Haft für Österreichs Bombenbauer Franz Fuchs (11. März 1999), in: www.welt.de; Daniel Schmeritschnig, Der Briefbombenattentäter Franz Fuchs. Österreichs größter Kriminalfall in der Zweiten Republik, Wien 2015.

zog er wieder zurück in sein Elternhaus und plante von dort aus ab 1993 seine Taten.

Fuchs gehörte keiner politischen Organisation an und entschloss sich offenkundig allein zu den Sprengstoffanschlägen. Gleichwohl hinterließ er längere Bekennerschreiben einer „Bajuwarischen Befreiungsarmee“. Diese enthielten neben fremdenfeindlichen Aussagen und technischen Details auch historische Betrachtungen mit falschen und verworrenen Inhalten zur geschichtlichen Rechtfertigung der Taten. Fuchs behauptete, er sei nur ein einzelner Aktivist eines größeren Komplexes. Für deren Existenz konnten trotz einiger Anhaltspunkte nie Belege ermittelt werden. Da Fuchs bei der Gerichtsverhandlung immer wieder durch laute Rufe wie „Ausländer, nein danke. Es lebe die deutsche Volksgruppe“ auf sich aufmerksam machte, führte dies zu seinem Ausschluss von der Verhandlung. Bezogen auf seine Biographie verdient noch Interesse, dass Fuchs nach der Rückkehr aus Deutschland einen Selbstmordversuch unternommen hatte und in eine Psychiatrie eingeliefert worden war. Das Gericht hielt ihn zwar für entsprechend gestört, aber für voll schuldfähig.

8. Der Fall „Kay Diesner“: Anschlag auf einen Buchhändler 1997

Der Fall „Kay Diesner“¹⁷ steht für den Anschlag auf einen Buchhändler, aber auch die Tötung eines Polizeibeamten und die Verletzung eines anderen Polizeibeamten: Der Ausgangspunkt für die Ereignisse bildeten Auseinandersetzungen zwischen rechtsextremistischen Demonstranten und Gegendemonstranten am 15. Februar 1997 in Berlin-Hellersdorf. Dafür machte man in der Neonazi-Szene die dort regierende „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) verantwortlich. Am 19. Februar betrat ein Mann mit einer Pump-Gun das Haus mit der Bezirksgeschäftsstelle der Partei, worin sich auch das Büro von Gregor Gysi befand. Am Eingang hatte außerdem eine Buchhandlung ihren Sitz. Der Inhaber Klaus Baltruschat wurde von dem Täter ange-

¹⁷ Vgl. Laura Benedict, Sehnsucht nach Unfreiheit. Der Fall Kay Diesner und die rechte Szene. Ermittlungen am Ort des Geschehens, Berlin 1998; Nadja Erb, Kay Diesner und der Rechtsextremismus: Einmal Nazi, immer Nazi? (21. Februar 2013), in: www.fr-online.de.

schossen und verlor durch die schwere Verletzung später seinen linken Unterarm. Danach floh der Täter, geriet aber am 23. Februar 1997 in eine Polizeikontrolle auf einem Parkplatz in Schleswig Holstein. Er schoss auf die beiden Beamten, tötete dabei Stefan Grage und verletzte Stefan Kussauer schwer.

Es handelte sich dabei um Kay Diesner, einen 1972 geborenen Neonazi, der in der DDR in Ost-Berlin aufgewachsen und im Sommer 1989 in die Bundesrepublik Deutschland geflohen war. Seitdem betätigte sich Diesner in unterschiedlichen neonazistischen Gruppen. Dazu gehörte auch die „Nationale Alternative“, die für die Entwicklung der ostdeutschen Szene in der Umbruchphase von besonderer Bedeutung war. Diesner nahm an deren Schulungen und Wehrsportübungen teil. Darüber hinaus beteiligte er sich regelmäßig an Demonstrationen der Neonazi-Szene, wobei er zu Konfrontationen mit Gegendemonstranten kam. Später gehörte Diesner auch zum Umfeld der bedeutsamen „Kameradschaft Treptow“. Während des Prozesses, der mit einer lebenslangen Gefängnisstrafe endete, provozierte er mit Beleidigungen und verweigerte eine Entschuldigung. In der Neonazi-Szene galt Diesner fortan als Held. 2013 wurde sein Bruch mit dem Rechtsextremismus öffentlich bekannt, jedenfalls machte Diesner dies in Interviews mit verschiedenen Zeitungen deutlich.

Betrachtet man die zeitliche Differenz zwischen der erwähnten Auseinandersetzung mit Gegendemonstranten am 15. Februar und dem Anschlag auf den Buchhändler am 19. Februar 1997 kann es sich hier nicht um eine spontane Tat gehandelt haben. Darüber hinaus gilt eine Pump-Gun auch als Waffe nicht als Alltagsgegenstand, was beides auf eine geplante und gezielte Vorgehensweise schließen lässt. Ob Diesner hier den prominenten PDS-Politiker Gysi treffen wollte, lässt sich nicht sagen. Gleichwohl beabsichtigte er offenkundig einen direkten Angriff auf eine Person, wobei der Buchhändler wohlmöglich eher ein zufälliges Opfer war. Die Schüsse auf die Polizeibeamten erfolgten, um sich durch Flucht weiterhin der Verhaftung entziehen zu können. Insofern entschied Diesner sich allein für die letztgenannte Tat. Dies scheint aber auch bei dem Angriff auf den Buchhändler der Fall gewesen zu sein. Denn es gibt auch hier keine Belege dafür, dass er im Auftrag oder nur in Kenntnis von anderen Neonazis handelte. Gleichwohl war ihm offenkundig eine politische Motivation eigen.

9. Der Fall „David Copeland“: Drei Nagelbombenanschläge 1999

Der Fall „David Copeland“¹⁸ ist auch unter der Bezeichnung „Nagelbomber von London“ bekannt geworden. Vom 17. April bis zum 30. April 1999 kam es in der britischen Hauptstadt zu derartigen Anschlägen, wobei jeweils zuvor Sporttaschen auf bestimmten Straßen abgestellt wurden. Sie enthielten mit Nägeln gefüllte Sprengsätze. Nach der Explosion streuten diese im Umfeld mit erheblicher Verletzungswirkung: Am 17. April war dies auf dem Brixton Market, wo viele Schwarze lebten, am 24. April auf der Hanbury Street, wo viele Migranten lebten, und am 30. April auf der Old Compton Street, wo viele Homosexuelle lebten, der Fall. Dabei starben drei Menschen, 162 wurden teilweise schwer verletzt, vier mussten etwa Gliedmaßen amputiert werden. An den Tatorten standen Überwachungskameras, die den Mann mit der Sporttasche filmten. Da die Bilder in den Medien veröffentlicht wurden, meldeten sich bald Personen mit den richtigen Hinweisen. So konnte der Täter binnen kurzer Zeit identifiziert und danach verhaftet werden.

Es handelte sich um den 1976 geborenen David Copeland, einen Aktivist der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene. Er kam aus einem begüterten Elternhaus, war doch der Vater als Ingenieur tätig. Nach dem Ende der Schule trat Copeland mehrere Arbeitsstellen an, verlor diese aber immer wieder binnen kurzer Zeit. Alkohol- und Drogenkonsum prägten sein Leben ebenso wie Delikte der Kleinkriminalität. Dank der Hilfe seines Vaters konnte Copeland eine Anstellung als Ingenieurassistent bei der U-Bahn finden. Folgt man den Gutachten, die von Psychiatern nach seiner Verhaftung erstellt wurden, so neigte er bereits im frühen Jugendalter zu Gewaltphantasien und Sadismus. Parallel dazu entstand bei Copeland eine Faszination für den Nationalsozialismus und die SS. 1997 trat er der rechtsextremistischen „British National Party“ bei, welche ihm aber zu gemäßigt erschien. Danach wandte Copeland sich 1998 dem „National Socialist Move-

¹⁸ Vgl. Graeme McLagan/Nick Lowles, Mr Evil. The Secret Live of Pub Bomber and Killer David Copeland London 2000; Armin Pfahl-Traugher, Terrorakt mit möglichst vielen Opfern. Die rechtsterroristischen Nagelbombenattentate in London 1999: Vorbild für den Anschlag des NSU in Köln (29. November 2012), in: www.bnr.de.

ment“ zu. Dort ernannte man ihn zum Regionalverantwortlichen für das Gebiet von Hampshire.

Indessen scheint Copeland die Anschläge nicht im Auftrag der Gruppierung durchgeführt zu haben. Der bei der Tat 22jährige betonte in den mit Polizeibeamten durchgeführten Verhören immer wieder seine alleinige Verantwortung. Man konnte auch nie belegen, dass er die Anschläge mit anderen Mitgliedern der Organisation abgestimmt hatte. Darüber hinaus bekundete Copeland offen seine nationalsozialistische und rassistische Gesinnung. Er habe mit seinen Anschlägen jeweils Angst und Schrecken verbreiten und so einen „Rassenkrieg“ zwischen Briten und Migranten auslösen wollen. In dessen Folge erhoffte Copeland sich, dass dadurch immer mehr Einheimische für die „British National Party“ stimmen würden. Derartige Aussagen machten die ideologische wie die strategische Dimension der Tat deutlich. Auch wenn Psychiater bei Copeland eine Schizophrenie konstatierten, führte diese Feststellung für das Gericht nicht zur Verminderung seiner Schuldfähigkeit. Er wurde zu sechsfacher lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.

10. Der Fall „Michael Berger“: Tötung von drei Polizisten 2000

Bei dem Fall „Michael Berger“¹⁹ geht es um die Tötung von drei Polizisten durch einen Neonazi am 14. Juni 2000 im Raum Dortmund: An diesem Tag fiel zwei Polizeibeamten ein Pkw auf, worin ein nicht angeschnallter Fahrer saß. Sie forderten diesen zum Anhalten auf, worauf er aber zu fliehen versuchte. Die Beamten folgten dem Fahrer und konnten ihn schließlich stellen. Für die Polizisten völlig überraschend schoss er mit einer Handfeuerwaffe auf diese. Thomas Goretzky wurde getötet, Nicole Hartmann mit einem Beinschuss verletzt. Die Polizistin konnte noch ihre Zentrale informieren. Im Rahmen der folgenden Großfahndung gelang es einem Streifenwagen, das Fahrzeug mit dem flüchtenden Schützen zu stoppen. Daraufhin eröffnete dieser das

¹⁹ Vgl. Jörg Diehl, Polizistenmorde in NRW: Der ewige Verdacht, Spiegel Online vom 21. November 2011, in: www.spiegel.de; Andrea Röpke, Der Terror von rechts – 1996 bis 2011, in: A. Röpke/A. Speit (Anm. 13), S. 149-180, hier S. 163f.

Feuer auf die beiden Polizisten Yvonne Hachtkemper und Matthias Larisch von Woitowitz, die durch die gezielten Kopfschüsse getötet wurden. Der Täter setzte seine Flucht fort und wurde später in seinem Fahrzeug auf einem Feldweg gefunden. Er hatte sich durch einen Kopfschuss selbst getötet.

Der Fahrer war der 1969 geborene Neonazi Michael Berger, der nach der Mittleren Reife und einer kaufmännischen Ausbildung unterschiedliche Berufsstationen durchschritten hatte. Er arbeitete nach seiner Bundeswehrzeit in einem Autohaus, als Taxi-Fahrer und als Vertreter. Der bei den Polizistentötungen einunddreißigjährige Berger hatte sich zuvor in einer Fülle ganz unterschiedlicher rechtsextremistischer Organisationen und Parteien betätigt: Bei der Durchsuchung seiner Wohnung fand man frühere Mitgliedsausweise der „Deutschen Volksunion“ und von „Die Republikaner“. In seiner Brieftasche entdeckten die Polizeibeamten einen Mitgliedsausweis der NPD – und ein Bild von Adolf Hitler. Und auf seinem Auto fand sich ein Aufkleber der neonazistischen Rock-Band „Landser“. Darüber hinaus hatte Berger näheren Kontakt zu diversen Größen der Neonazi-Szene im Dortmunder Raum. Und schließlich entdeckte man ein ganzes Waffenarsenal in seiner Wohnung, wozu Handgranaten und Jagdgewehre ebenso wie Pistolen und Revolver gehörten.

Nachdem durch die Medien bekannt wurde, dass Berger die drei Polizisten getötet hatte, bekundete die neonazistische „Kameradschaft Dortmund“ „3:1 für Deutschland“. Damit bejubelte man die Ereignisse als Heldentaten gegen den verhassten Staat. Gleichwohl benannten die Sicherheitsbehörden die Tötungen nicht als politisch motiviert, und die Staatsanwaltschaft wies auf fehlende organisatorische Zugehörigkeiten hin. Einerseits gibt es keine Belege dafür, dass Berger in einem Auftrag die Schüsse abgegeben hat. Da die Polizeibeamten ihn anhielten, weil er nicht angeschnallt war, spricht auch viel für eine spontane Handlung. Auch wenn Berger gegenüber einer Ex-Freundin gesagt haben soll: „Wenn ich gehen muss, werde ich so viele Polizisten mit in den Tod nehmen, wie ich kann“, handelte er offenkundig an diesem Tag nicht geplant. Andererseits bestand bei Berger eine Kombination von extremer Gewaltbereitschaft und neonazistischer Ideologie, die in der erwähnten Situation in der Tötung von drei Menschen mündete.

11. Der Fall „Peter Mangs“: Morde an und Schüsse auf Migranten 2003 und 2009/10

Bei dem Fall „Peter Mangs“²⁰ geht es um Mordversuche in Serie, die in Malmö meist auf Menschen mit Migrationshintergrund erfolgten: Ein erster Fall ereignete sich bereits am 13. Juni 2003, wo Kooros Effatian mit einem Brustschuss tot auf seinem Sofa gefunden wurde. Die Aufklärung des Tathintergrundes erfolgte erst später. Am 10. Oktober 2009 begann die erwähnte Serie mit Schüssen mit einem großkalibrigen Gewehr, wobei der Schütze auf ein Auto feuerte. Dabei wurde die gebürtige Schwedin Trez West Persson getötet und ihr dunkelhäutiger Begleiter schwer verletzt. Bis zum 30. Oktober 2010, also ein ganzes Jahr lang, kam es zu weiteren Vorfällen dieser Art. Dabei erhielten zwei Männer einen Bein- bzw. Brustschuss, überlebten aber im Unterschied zu den beiden erstgenannten Opfern. Bei anderen Gelegenheiten erfolgten Schüsse in eine Moschee oder in Wohnhäuser, ohne dabei Menschen zu verletzen. Indessen wurden in einem Fall zwei Frauen in der Hand bzw. im Rücken getroffen. Der Festnahme des Täters erfolgte dann am 9. November 2010.

Dabei handelte es sich um den 1972 geborenen Peter Mangs, der 2012 für zwei Morde und vier Mordversuche angeklagt und zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Da seine Eltern sich früh getrennt hatten, wuchs Mangs allein mit seiner Mutter auf. Bereits früh entwickelte er ein starkes Musikinteresse und ging nach dem Gymnasium an die Jazz-Abteilung einer Volkshochschule. Danach begann Mangs eine Tischlerlehre, um so besser Musikinstrumente bauen zu können. Zwischen 1996 und 1999 lebte er in den USA bei seinem Vater und versuchte dort eine Karriere im Musikbereich. Da diese letztlich trotz Aufnahmen für einen Tonträger scheiterte, kehrte Mangs nach Schweden zurück, um sich ab 2002 in der Krankenpflege ausbilden zu lassen. Er wurde auch Mitglied in einem Schützenverein und erwarb eine Waffenzulassung. 2004 bekam Mangs eine Anstellung als zahntechnischer Assistent. Mittlerweile hatte er seinen ersten Mord

²⁰ Vgl. Agnes Bührig, Vernetzte Einzeltäter. Der Prozess gegen Peter Mangs befeuert die Debatte über rechtsradikale Strömungen in Schweden (16. Juli 2012, in: www.deutschlandradiokultur.de); Joakim Palmkvist, Äventyr i Svenssonland: Seriemördaren Peter Mangs, Stockholm 2015.

begangen, war aber aufgrund des Fehlens von Anhaltspunkten für eine Schuld nicht aufgefallen. Die Tat blieb zunächst unaufgeklärt.

Bei der Serie von Schüssen, die zwischen Oktober 2009 und Oktober 2010 erfolgten, sahen die Polizeibehörden zunächst keine Verbindung. Eine Gemeinsamkeit bestand indessen: Alle Betroffenen waren bis auf das erste bzw. zweite Mordopfer dunkelhäutige Menschen. Mangs' fremdenfeindliche Motive führten zu den Schüssen. Er selbst behauptete gegenüber der Polizei in den späteren Verhören, kein Rassist zu sein. Gleichwohl hatte Mangs einige Publikationsorgane aus dem rechtsextremistischen Spektrum abonniert und in Internetforen antisemitische und fremdenfeindliche Kommentare hinterlassen. Er gehörte indessen keiner politischen Organisation an und handelte offenkundig eigenständig. Mangs, der bei seiner Entdeckung bzw. Verhaftung 38 Jahre alt war, soll am Asperger Syndrom leiden. Dabei handelt es sich um eine besondere Form von Autismus, die im Kommunikations- und Kontaktverhalten auch in eingeschränkten und stereotypen Aktivitäten zum Ausdruck kommt. Gleichwohl wurde Mangs vom Gericht als voll schuldfähig verurteilt.

12. Der Fall „Anders Behring Breivik“: Massenmorde an Jugendlichen 2011

Bei dem Fall „Anders Behring Breivik“²¹ handelt es sich um einen Massenmord an Jugendlichen, dem noch ein anderer Anschlag vorausgegangen war: Am 22. Juli 2011 stellte ein Mann einen Kleintransporter im Regierungsviertel von Oslo ab. Kurz danach explodierte die darin enthaltene Bombe, wodurch acht Menschen ums Leben kamen. Das Fahrzeug stand direkt an dem Gebäude, an dem der damalige norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg sein Büro hatte. Anschließend fuhr der Täter zu einem Binnensee in der Nähe von Oslo und setzte mit einer Fähre auf die Insel Utoya über. Dort fand an diesem Tag eine Konferenz der Jugendorganisation der norwegischen Sozialdemokraten statt. Als Polizist verkleidet erweckte der Täter zunächst den Eindruck, er wolle über den Anschlag in der Hauptstadt

²¹ Vgl. Sindre Bangstad, Anders Breivik and the Rise of Islamophobia, London 2014; Aage Storm Borchgrevink, En norsk tragedie. Anders Behring Breivik og veiende til Utoya, 2012.

Norwegens informieren. Danach schoss er auf die Anwesenden und tötete in über einer Stunde insgesamt 69 Menschen. Nur kurze Zeit vor seiner Ankunft hatte die frühere norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundland die Insel verlassen.

Es handelte sich bei dem Täter um den 1979 geborenen Anders Behring Breivik, der demnach als 32-jähriger die Morde begangen hatte. Bei der Gerichtsverhandlung wurde bekannt, dass er als Kind als anstrengend und verhaltensauffällig galt. Seine alleinerziehende Mutter bat mehrfach eine Familienberatungsstelle um Hilfe und ließ ihr Kind von einem Psychiater behandeln. Breivik verließ das Gymnasium ohne Abschluss und gründete einige wirtschaftlich wenig erfolgreiche Firmen. Darüber hinaus begann er mit Betrugereien und Geldwäsche eine kriminelle Karriere. Außerdem verlor Breivik bei Aktienspekulationen einen großen Anteil von seinem Vermögen. Anschließend zog er wieder zu seiner Mutter. 2009 gründete Breivik ein eigenes Agrarunternehmen mit Eintrag im Handelsregister, wofür zwei Monate vor den Anschlägen sechs Tonnen Kunstdünger gekauft wurden. Das darin enthaltene Ammoniumnitrat nutzte er, um die Bombe für die Explosion in Oslo zu bauen. Breivik wurde zu 21 Jahren Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt.

Er handelte bei der Durchführung und Planung des Anschlags und der Morde allein. Breivik hatte zwar zuvor von 1999 bis 2006 der fremdenfeindlich orientierten „Fremskrittspartiet“ („Fortschrittspartei“) angehört, trat indessen aufgrund von deren für ihn zu gemäßigten Haltung wieder aus. Danach war Breivik nicht mehr Mitglied einer politischen Organisation, engagierte sich jedoch im Internet als Kommentator auf fremden- und islamfeindlichen Seiten. Kurz vor dem Anschlag verschickte er an über 1000 Empfänger per E-Mail eine Datei, die einen 1500seitigen englischsprachigen Text mit dem Titel „2083. Eine Europäische Unabhängigkeitserklärung“ („2083: A European Declaration of Independence“) enthielt. Darin bekundete der Autor, dass ein Kampf gegen die „Kulturmarxisten“ – womit die „Multikulturalisten“ gemeint waren – geführt werden müsse. So erklärt sich auch die Auswahl der Opfer, machte Breivik doch die damalige sozialdemokratische Regierungspartei und damit auch ihre Jugendorganisation für die beklagte Entwicklung verantwortlich.

13. Der Fall „Frank S.“: Anschlag auf eine Oberbürgermeisterkandidatin 2015

Bei dem Fall „Frank S.“²² näherte sich am 17. Oktober 2015 ein Mann in Köln-Braunsfeld einem Infostand der parteilosen Kandidatin für die Oberbürgermeister-Wahlen Henriette Reker. Nachdem der Mann sie um eine Rose gebeten hatte, zückte er ein Messer und stach auf die Politikerin ein. Im anschließenden Handgemenge verletzte der Täter noch zwei weitere Lokalpolitikerinnen sowie zwei Bürger. Erst durch das Einschreiten eines zufällig privat anwesenden Bundespolizisten konnte der Täter überwältigt werden. Er bekundete laut Augenzeugen, die Gesellschaft solle von Leuten wie Reker geschützt werden: „Ich musste es tun. Ich schütze euch alle.“ Außerdem rief der Täter: „Ich tue es für eure Kinder.“ Denn Merkel und Reker fluteten seiner Auffassung nach Deutschland mit Flüchtlingen. Nach dem Anschlag erklärte er bei der Polizei in der Vernehmung „Ich habe das wegen Rekers Flüchtlingspolitik getan“ und kommentierte „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“. Die verletzte Politikerin kam in ein Krankenhaus und überlebte den Anschlag.

Bei dem 44jährigen Täter handelte es sich um den 1971 geborenen Frank S., einen gelernten Lackierer und Maler, der als Langzeitarbeitsloser beruflich perspektivlos und sozial isoliert lebte. Zwar deutet die Berufung auf einen „Messias“ bei seiner Festnahme auf psychische Besonderheiten hin. Ein Gutachter erklärte Frank S. indessen für voll schulfähig. Die Rekonstruktion der Ereignisse macht auch deutlich, dass der Täter durchaus kalkuliert und nicht unbeherrscht voring. Er bat zunächst sein Opfer um eine Rose. Demnach stürzte er sich nicht sofort um eines Messerstichs willen auf sie. Offenkundig wollte Frank S. die Bürgermeisterkandidatin Reker in Sicherheit wiegen. Er wartete demnach auf den günstigen Moment für seine Tat und stieß erst dann mit einem mitgebrachten Bowie-Jagdmesser zu. Bei der Durchsuchung der Wohnung von Frank S. stellte die Polizei fest, dass in seinem Computer die Festplatte fehlte und auch keine Doku-

²² Vgl. Konrad Litschko, Er wusste, was er tat, in: taz vom 22. Oktober 2015, S. 12; Armin Pfahl-Traughber, Der Anschlag auf Henriette Reker – ein Fall von „Lone Wolf“-Terrorismus. Eine Auseinandersetzung mit den Besonderheiten im Lichte der Terrorismusforschung (3. November 2015), in: www.bpb.de

mente oder Notizen auffindbar waren. Deren offenkundige Beseitigung belegt ebenfalls eine systematische Tatplanung.

Hinzu kommt, dass Frank S. über eine politische Vergangenheit verfügt: Anfang der 1990er Jahre betätigte er sich im Bonner Raum im Umfeld der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), der fanatische und gewaltbereite Neonazis angehörten. 1993 nahm Frank S. am Gedenkmarsch für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß in Fulda teil. Und 1994 wollte er dieses Engagement beim verhinderten Gedenkmarsch in Luxemburg wiederholen. Ab 1995 beging Frank S. mehrere politisch und unpolitisch motivierte Gewalttaten: So schlug er einen Mann, der ihm aufgrund seiner roten Schnürsenkel als „Antifa“-Aktivist galt. Bis 1998 kam es zu weiteren Gewalthandlungen und zu einer räuberischen Erpressung, was zu einem mehrjährigen Gefängnisaufenthalt führte. Zwar scheint Frank S. danach nicht mehr in diesem Sinne aktiv geworden zu sein. Die ideologischen Prägungen behielt er aber erkennbar bei. Dies machten die fremdenfeindlichen Bekundungen während und nach der Tat deutlich. Indessen hat Frank S. wohl allein und ohne Auftrag einer Gruppe gehandelt.

14. Der Fall „Anton Lundin Pettersson“: Morde an einer Schule mit Migranten 2015

Der Fall „Anton Lundin Pettersson“²³ mündete in zwei Morden und zwei Körperverletzungen an einer Schule in Schweden: Am 22. Oktober 2015 betrat ein verkleideter Mann die „Kronan“-Grundschule in Trollhättan, die für einen besonders hohen Anteil von Kindern aus Migrantenfamilien bekannt ist. Die Person trug einen Helm, eine Maske und einen Umhang, ganz nach der Art der „Darth Vader“-Figur aus den „Star Wars“-Filmen. Außerdem hatte er ein scharfes Schwert dabei. Zunächst hielten die Kinder den Mann für eine Spaßfigur, entstanden doch Handy-Fotos mit ihm. Danach betrat die verkleidete Person die Schule und tötete einen Referendar und einen Schüler. Außerdem verletzte er zwei weitere Menschen lebensgefährlich. Alle Betroffenen hatten einen Migrationshintergrund, was für die fremden-

²³ Vgl. Sebastian Balzter, Hassparolen aus dem Internet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Oktober 2015, S. 4; Ohne Autor, Ensamvargarna lever inte i ett vakuum (25. Oktober 2015), in: www.expo.se.

feindliche Motivation des Täters stand. So kam etwa der getötete Schüler drei Jahre zuvor aus Somalia. Erst durch das Eingreifen der Polizei konnte die gemeinte Person gestoppt werden, sie erlag den Folgen von Schussverletzungen noch am gleichen Tag.

Es handelte sich dabei um den 1994 geborenen Anton Lundin Pettersson, der als Praktikant in einem Unternehmen in Trollhätten arbeitete. Nach Aussagen seines persönlichen Umfeldes galt er als ruhig und lebte zurückgezogen. Pettersson habe häufig im Internet gesurft und Hiphop-Musik lautstark verabscheut. Einer politischen – insbesondere rechtsextremistischen Organisation – gehörte er nicht an. Gleichwohl bewegte sich Pettersson häufig im Internet auf Seiten mit fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Inhalten: Dazu gehörten etwa glorifizierende Darstellung von Hitler und dem Nationalsozialismus oder Filme über ein behauptetes „multikulturelles Höllenprojekt“. Darüber hinaus unterstützte er eine Kampagne der „Schwedendemoskraten“ zur Durchführung einer Volksabstimmung zur Flüchtlingsfrage. Die Planung der Tat geht nicht nur aus der Auswahl der Kleidung, sondern aus einem Brief in der Wohnung hervor. Darin hatte Pettersson seine Abscheu vor der schwedischen Migrationspolitik betont und die Notwendigkeit seiner folgenden Taten beschworen.

Der 21jährige Täter hat demnach allein gehandelt, ist dabei aber sehr wohl geplant vorgegangen. Er radikalisierte sich selbst durch die Lektüre einschlägiger Internet-Seiten. Die Ablehnung der Flüchtlingspolitik ging dabei mit der Bejahung von Hasspropaganda einher. Denn darunter fallen auch Internet-Seiten, die offen zur Anwendung von Gewalt gegen Migranten aufrufen. Pettersson agierte – was die Existenz des Abschiedsbriefs, die Form der Kleidung und die Nutzung eines Schwertes belegen - nicht spontan, sondern systematisch. Er nahm sich dabei als Akteur einer politischen Bewegung gegen Migranten wahr. Die Anregung zu den Morden kam von außen, die Entscheidung zu den Taten aber von innen. Laut den Erkenntnissen des staatlichen Medienrates können die gemeinten Internet-Seiten deutlich mehr Zugriffe verzeichnen als die aller etablierten schwedischen Parteien zusammen. Dort fanden sich nach dem Anschlag aber mehrere Kommentare, die Pettersson als den „schwedischen Anders Breivik“ feierten.

15. Auffälligkeiten beim Blick auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Bei der Betrachtung der elf Fälle in der Gesamtschau fällt auf: Es gibt eine Fülle von Gemeinsamkeiten, aber auch von Unterschieden. Zunächst kann man feststellen, dass es sich nur um Männer handelt.²⁴ Allgemein besteht bei Gewalttaten politischer wie nicht-politischer Motivation ein überdurchschnittlich hoher Männeranteil. Eine Ausnahme bildet im Bereich des Terrorismus die „zweite Generation“ der „Rote Armee Fraktion“, wo der Frauenanteil größer als der Männeranteil war. Den dafür bedeutsamen Gründen soll hier aber angesichts einer anderslautenden Themenstellung nicht nachgegangen werden. Darüber hinaus besteht eine Gemeinsamkeit, die aber ohnehin konstitutiv für die Auswahl war, in der Bereitschaft zur und Praxis von Gewalt sowie in der nach der Ideologie erfolgten Opferauswahl. Es handelte sich um Juden in einem Fall, Homosexuelle in einem Fall, Linke in zwei Fällen, Migranten in fünf Fällen, Politiker in zwei Fällen und Polizisten in zwei Fällen. Bei den Gewaltakten gegen Politiker spielte in allen Fällen die Fremdenfeindlichkeit eine konstitutive Rolle.

Demnach ergibt sich die politische Motivation der Täter auch aus der konkreten Opferauswahl, da die Betroffenen alle typischen Feindbildgruppen von Rechtsextremisten zugeordnet werden können. Entweder vor oder nach den Anschlägen und Attentaten formulierten sie einschlägige Bekundungen, die eben die Eigenschaften der Opfer als motivierend für die Handlungen nannten. Dabei kam der Fremdenfeindlichkeit der höchste Stellenwert zu. Die Angriffe auf Politiker von Franz Fuchs und Frank S. hatten denn auch diesen Hintergrund, da das Engagement für Migranten bei den Opfern entscheidend war. Bezogen auf die Einbindung bzw. die Mitgliedschaft in eine politische Organisation ergeben sich indessen Unterschiede: Dazu gehören mit John Ausonius und Anton Lundin Pettersson jeweils Einzeltäter, die nie einer einschlägigen Gruppe oder Partei angehörten, aber auch wie Uwe Behrendt und David Copeland jeweils Gewaltakteure, die während ihrer Mitgliedschaft und Zugehörigkeit zu entsprechenden Organisationen die Taten begingen.

²⁴ Auch bei den Fällen von Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorismus mit anderen ideologischen Vorzeichen handelt es sich bis auf wenige Ausnahmen um Männer.

Und dann bestehen noch einige Gemeinsamkeiten, aber auch viele Unterschiede hinsichtlich der Auswahl der jeweiligen Mittel: Nur bei Anders Behring Breivik, David Copeland und Franz Fuchs kamen aus der Entfernung gezündete Sprengsätze zum Einsatz. Breivik beging danach aber seine Morde mit einer Schusswaffe aus einer Situation von Angesicht zu Angesicht. Dies lässt sich ebenfalls für alle anderen Fällen von Josef Bachmann und Uwe Behrendt, John Ausonius und Kay Diesner, Michael Berger und Peter Mangs konstatieren. Eine Hieb- und Stichwaffe nutzten Frank S. und Anton Lundin Pettersson, wobei sie ihre Körperverletzungen bzw. Morde entsprechend der Mittel ebenfalls aus einer Situation von Angesicht zu Angesicht heraus begingen. Und schließlich bestehen gravierende Unterschiede hinsichtlich der Opferzahl: Während Anders Behring Breivik 69 ihm nicht persönlich bekannte Menschen erschoss, richteten sich die Morde von Uwe Behrendt und der Mordversuch von Frank S. gegen konkrete Personen.

16. Einschätzung von politischen und psychischen Bedingungsfaktoren

Eine weitere Auffälligkeit und Gemeinsamkeit macht der Blick auf die Lebenswege der Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terroristen deutlich: Denn bei Einigen bestanden psychische Auffälligkeiten bereits in der Jugend. Darüber hinaus handelt es sich meist um beruflich gescheiterte wie sozial isolierte Personen: Josef Bachmann konnte keine Erfolge in der Schule vorweisen und wechselte häufig seinen Arbeitsplatz; John Ausonius war bereits in jungen Jahren in psychiatrischer Behandlung und beging Betrügereien und Gewalttaten; der formal als hochintelligent geltende Franz Fuchs konnte nicht in dem angestrebten Beruf arbeiten und verlor häufig seine Stellen; bei David Copeland bestand eine sadistische Neigung, und er fiel durch Delikte der Kleinkriminalität auf; Michael Berger musste auch häufiger seine Arbeitsstellen wechseln; Anders Behring Breivik erhielt ebenfalls bereits als Jugendlicher eine psychiatrische Betreuung und scheiterte mit mehreren eigenen Firmengründungen; Frank S. war Landzeitarbeitsloser und lebte in sozialer Isolation.

Daher stellt sich hier die Grundsatzfrage: Welchen Einfluss haben politische und welchen Einfluss haben psychische Bedingungsfaktoren für die jeweiligen Taten? Die Anwälte der Beschuldigten stellen häufig auf die letztgenannten Aspekte ab, um die Frage der Schuldfähigkeit in einem strafmindernden Interesse zu thematisieren. Dies soll indessen hier keine nähere Aufmerksamkeit finden, geht es doch um die Dimension des Politischen bei den Taten. Es kommt angesichts der allgemein wie exemplarisch erwähnten psychischen Besonderheiten der Einzeltäter wie auch deren beruflichem oder sozialem Scheitern mitunter die Deutung auf, es gehe hier jeweils um persönliche Dispositionen der Gemeinten und es handele sich nur scheinbar um eine politische Motivation. Derartige Interpretationen erblicken im Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit oder Politikerhass lediglich die ideologische „Bekleidung“ einer Tat, die in erster Linie durch die besonderen individual- wie sozialpsychologischen Rahmenbedingungen des Täters verursacht sei.

Gegen diese Auffassung sollen hier folgende Argumente vorgetragen werden: Der Einfluss von politischen Faktoren spricht nicht notwendigerweise gegen den Einfluss von psychischen Faktoren. Es besteht dabei nicht zwingend eine Ausschlussposition gegenüber den jeweils anderen Gesichtspunkten, denn die gemeinten Motive und Ursachen sind auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt. Darüber hinaus besteht bezogen auf zwei Aspekte jeweils Erklärungsbedarf für die genannten Fälle: die Gewaltanwendung wie die Opferauswahl. Bei der Bereitschaft zu den erstgenannten Handlungen kommt den psychischen Faktoren eine herausragende Bedeutung zu. Dadurch erklärt sich aber nicht die konkrete Opferauswahl, wofür es jeweils ideologische Motive gibt. Denn ansonsten würden sich die gemeinten Einzeltäter nach Gelegenheit willkürlich und zufällig ihre Ziele suchen. Genau dies ist aber nicht der Fall: Alle genannten Beispiele machen deutlich, dass es einen konkreten Grund politischer Art für die Auswahl der Opfer bzw. der Opfergruppen gab.

17. Kommunikative und organisatorische Einbettung in den Rechtsextremismus

Dafür spricht auch die kommunikative oder organisatorische Einbettung der Gemeinten in den Rechtsextremismus. Auch wenn sie bei den Taten allein und unabhängig agierten, bewegten sie sich nicht in einem politischen Vakuum. Hierbei kommt Entwicklungen in der Gesamtgesellschaft wie im Rechtsextremismus ein besonderer Stellenwert zu. Bezogen auf den letztgenannten Bereich soll noch einmal an die erwähnte Differenzierung bzw. Typologisierung von „ideologischen Akzeptanzen“, „medialen Kontakten“ und „personellen Verbindungen“ erinnert werden. Die engste Beziehung zum Rechtsextremismus besteht in der Mitgliedschaft während der Tatzeit. Demnach handeln die Gemeinten wie Uwe Behrendt oder David Copeland direkt aus einem politischen Kontext heraus, ohne dass die anderen Anhänger der jeweiligen Gruppe darum wissen müssen. Eine andere Form „personeller Verbindungen“ würde in einer früheren Mitgliedschaft bestehen, was zu Einflüssen durch Gewaltbereitschaft und Ideologisierung wie bei Josef Bachmann oder Frank S. führte.

Die Kategorie „mediale Kontakte“ meint, dass die Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terroristen in den Rechtsextremismus hinein keine personellen Verbindungen haben. Indessen bestehen einseitige - also nur von den späteren Tätern ausgehende - Beziehungen durch die Lektüre einschlägiger Internetseiten und Publikationsorgane. Dabei lässt sich die Bedeutung neuer Kommunikationsmittel kaum überschätzen: Bevor es das Internet gab, konnten Extremisten ihre politischen Auffassungen nur geringen Teilen in der Gesellschaft zugänglich machen. Dabei waren eben „personelle Verbindungen“ nötig. Um so gewaltgeneigter und konspirativer die gemeinten Bestrebungen agierten, um so schwieriger waren Informationsvermittlung und Kontaktaufnahmen. Das Internet macht demgegenüber einen problemlosen Zugang möglich. Anders Behring Breivik und Anton Lundin Pettersson stehen dafür. Der private Computer erlaubt den direkten Kontakt in die Medienwelt der Rechtsextremisten, wodurch eine Politisierung und Radikalisierung ohne „personelle Verbindungen“ erfolgte.

Und schließlich sei auf die „ideologischen Akzeptanzen“ als Form der Einbettung nicht nur in den Rechtsextremismus verwiesen. Dabei kommt dem Blick auf die Gesamtgesellschaft hohe Bedeutung zu.

Denn Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Rassismus gibt es nicht nur im Neonazismus. Derartige Einstellungspotentiale – dies machen die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung deutlich – finden sich auch bei relevanten Anteilen der Bevölkerung: Je nach den gewählten Items und Methoden spricht man für Deutschland von fünf bis 20 Prozent. Hierfür bietet sich als Differenzierung vom Phänomen des politischen Rechtsextremismus die Rede vom sozialen Rechtsextremismus an.²⁵ Einschlägige Aversionen deuteten Täter wie John Ausonius und Franz Fuchs als Bestätigung für ihre Einstellungen und Handlungen. Daher meinten sie bei der Begründung für ihre Taten, im Interesse der „schweigenden Mehrheit“ des Volkes zu sprechen.

18. Das Handlungskalkül in Form von Organisation und Planung der Taten

Ein weiterer Gesichtspunkt, der für den dezidiert politischen Charakter der erwähnten Fälle von Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorismus spricht, kann im hohen Grad von Organisation und Planung gesehen werden. Darin besteht auch die Differenz von eher spontanen und eindeutig terroristischen Gewaltakten. Berücksichtigt man noch die erwähnten psychischen Auffälligkeiten vieler der genannten Täter, kommt diesem Aspekt für die Gesamtbewertung des Phänomens ein hoher Stellenwert zu. Bei den erwähnten Anschlägen und Attentaten lässt sich fast immer ein bestimmtes Kalkül ausmachen, was bezogen auf die konkreten Anschläge und Attentate in einer längerfristigen logistischen Vorbereitung zum Ausdruck kommt. Man könnte hier die Formulierung nutzen: Alle Personen wussten bereits beim Frühstück, dass sie die Taten im Laufe des Tages begehen würden. Die einzige Ausnahme wäre hier der Fall von Michael Berger, der sich offenbar aus einer eher zufälligen Alltagssituation heraus zu den tödlichen Schüssen auf die zufällig anwesenden Polizeibeamten entschloss.

²⁵ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Soziale Potential des politischen Rechtsextremismus, in: Vorgänge, Nr. 197 vom März 2012, S. 4-20, wo diese Differenzierung genauer erläutert wird.

Ansonsten bestanden in allen anderen Fällen längerfristige Planungen ausmachen. Bei Anders Behring Breivik scheint es sich gar um mehrere Jahre gehandelt zu haben. Allein die Erstellung des erwähnten „Manifests“, das zur Legitimation der Morde dienen sollte, musste langwierig aus unterschiedlichen Texten zusammengestellt werden. Darüber hinaus bedurfte es einer geplanten und zeitaufwendigen Beschaffung der Mittel für Sprengsätze. Diese Aussage gilt auch für andere Fälle, wobei Bomben wie von David Copeland oder Franz Fuchs genutzt wurden. Denn der Besitz von Sprengstoff wie die Kenntnisse zu dessen Nutzen setzen Organisation und Planung voraus. Es bedarf zunächst einmal der Beschaffung einschlägiger Materialien, die in konspirativer Art und Weise erfolgen muss. Darüber hinaus sind Fertigkeiten sowohl zur Herstellung wie zur Zündung von Sprengsätzen notwendig. All dies bedingt ein aufwendiges und zeitintensives Kalkül, das eben hinsichtlich der Anschläge und Attentate auf klare Absichten und konkrete Ziele schließen lässt.

Dies gilt auch - aber mit geringerer Dimension - für den Gebrauch von Schusswaffen sagen. Zwar hatten einige der Täter ihre diesbezüglichen Kompetenzen während der Ausbildung im Rahmen des Wehrdienstes wie John Ausonius und Michael Berger, durch Erfahrungen paramilitärischer Art in ihrem politischen Umfeld wie Uwe Behrendt und Kay Diesner oder durch Mitgliedschaft und Übungen in Schützen- und Waffenvereinen wie Josef Bachmann und Peter Mangs erworben. Gleichwohl bedingt zunächst der beabsichtigte und dann erfolgte Erwerb von Gewehren, Pistolen oder Revolvern einen geplanten Gebrauch, der angesichts der konkreten Handlungsbereitschaft und politischen Identität der Personen in einer rechtsextremistischen Tat münden kann. Dieser Aspekt der Organisation und Planung ist auch bei den Fällen mit dem Einsatz eines Messers bzw. Schwertes nachweisbar: Frank S. hatte vor der Tat einschlägige Änderungen in seiner Wohnung vorgenommen und Anton Lundin Pettersson die erwähnte ungewöhnliche Kleidung vor der Tat angelegt.

19. Bedeutung von Bekennungen und Kommunikation der Täter

Eine definitorische Besonderheit und ein konstitutives Merkmal des Terrorismus besteht in seiner Funktion als „Kommunikationsstrategie“²⁶. Diese Formulierung erweckt mitunter ähnliche Missverständnisse wie die Rede vom „Einzeltäter“, was hier zunächst eine Erläuterung nötig macht: Entgegen weit verbreiteter Annahme stellt nicht allein das Ausmaß der durch entsprechende Anschläge getöteten Menschen oder zerstörten Sachwerte das Hauptziel terroristischen Handelns dar. Vielmehr soll durch solches Agieren - der Bedeutung des Terminus „Terrorismus entsprechend – jeweils Furcht und Schrecken verbreitet werden. Insofern stellen die Taten im strategischen Kalkül lediglich den Beginn eines angestrebten längerfristigen Weges dar. Er soll in der Überwindung der bestehenden politischen Ordnung und deren Ablösung durch ein neues System enden. Als einen ersten Schritt auf dem Weg dorthin sehen Terroristen ihre Taten an, welche als politische Botschaften an Gesellschaft oder Staat, Eigen- oder Opfergruppe gelten.

Die damit gemeinte Kommunikation kann in unterschiedlicher Form erfolgen: Linksterroristen erstellten ausführliche Begründungen, Rechtsterroristen verzichteten auf solche Bekennerschreiben. Für die Letztgenannten ergab sich die Botschaft aus der Tat: Ein Anschlag auf ein Flüchtlingsheim stand für Fremdenfeindlichkeit, ein Attentat auf einen Polizisten für Systemfeindlichkeit. Es bedurfte dabei aus der Perspektive der Täter keiner Erläuterung. Diese Aussage für den allgemeinen Rechtsterrorismus gilt auch für das Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Phänomen. Dabei gibt es aber zwei Ausnahmen bei den Fällen aus dem Ausland: Franz Fuchs hinterlegte bei seinen Anschlägen mit Brief- und Rohrbomben häufig Erklärungen, die in fremdenfeindlichen Begründungsversuchen mit historischen Inhalten in verworrenster Form bestanden. Demgegenüber verschickte Anders Behring Breivik direkt vor seinen Taten ein über 1500seitiges „Manifest“, das der Erläuterung seiner ebenfalls fremdenfeindlichen Absichten und Motiven dienen sollte.

²⁶ Vgl. Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, München 1998, S 12f.

Bei allen anderen Fällen fehlten einschlägige Bekenntnisse, die es aber in indirekter Form für die politische Motivation gab. Dazu gehörten etwa Ausrufe direkt vor oder unmittelbar nach der Tat: Josef Bachmann bezeichnete Rudi Dutschke als „Kommunistenschwein“, und Frank S. meinte „Ich habe das wegen Rekers Flüchtlingspolitik getan“. Ansonsten setzten die Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terroristen auf eine bekenntnislose Botschaft durch Opferauswahl, was etwa für die von John Ausonius und Peter Mangs beabsichtigten und durchgeführten Serienmorde an Migranten gilt. Derartige Anschläge führten zu großer Aufmerksamkeit in allen Medien und wurden als Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit gegenüber Migranten gedeutet. Genau diese Botschaft reichte den Akteuren, die sich auch durch ein Mehr verdächtig gemacht hätten. Dominierend bei allen anderen Fällen – von Uwe Behrendt über David Copeland bis zu Anton Lundin Pettersson - ist daher die alleinige Deutung bzw. Kommunikation der politischen Botschaft über die Opferauswahl.

20. Einflüsse aus der Gesellschaft zur Motivation der Taten

Und schließlich soll noch ein Blick auf die Einflüsse aus der Gesellschaft zur Motivation der Taten geworfen werden. Dabei sei zunächst noch einmal an die Auffassung erinnert, wonach ein Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorist seine Handlungen zwar allein plant und umsetzt, aber externe Prägungen oder Stimmungen durchaus eine relevante Wirkung haben können. Für die ideologisierende Beeinflussung und politische Sozialisation durch eine rechtsextremistische Organisation erfolgten bereits einschlägige Darstellungen und Einschätzungen. Darüber hinaus kommt bei einigen Fällen dem Einfluss aus der Mehrheitsgesellschaft ein relevanter Stellenwert zu. Dieser bezieht sich indessen mehr auf das Feindbild bei den jeweiligen Handlungen, weniger auf die gewalttätige Praxis des Terrorismus. Insofern kann eine Äußerung zu einem bestimmten politischen Fragenkomplex nicht grundsätzlich für einen Anschlag oder ein Attentat verantwortlich gemacht werden - es sei denn, ihr wäre eine Emotionalisierung in diesem Sinne eigen.

Darauf bezogen sollen die dargestellten Fälle noch einmal betrachtet werden: Josef Bachmann ließ sich vor seinem Anschlag auf Rudi

Dutschke auch von einer hetzerischen Berichterstattung in der „Bild“-Zeitung motivieren; John Ausonius und Peter Mangs begingen ihre Anschläge auf Migranten während des Anstiegs eines fremdenfeindlichen Klimas in der schwedischen Gesellschaft; gleiches gilt für Franz Fuchs hinsichtlich seiner Reaktion auf ähnliche Stimmungen in Österreich; auch Anders Behring Breivik agierte im Kontext einer wachsenden Islam- und Muslimenfeindlichkeit in der norwegischen Öffentlichkeit; und sowohl Frank S. wie Anton Lundin Pettersson sahen sich durch die zunehmenden Aversionen gegen die Flüchtlingspolitik in Deutschland und Schweden motiviert. Demgegenüber können derartige Einflüsse aus der Gesellschaft für die Fälle von Uwe Behrendt, Kay Diesner, David Copeland und Michael Berger nicht belegt werden. Sie waren alle vor und während ihrer Anschläge und Attentate aktive Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen.

Demnach lässt sich konstatieren, dass der Einfluss aus der Gesellschaft bei den Tätern ohne direkte Einbindung in solche politischen Strukturen hoch ist, während er bei den Tätern mit entsprechenden Gruppenzugehörigkeiten nicht belegbar oder eher gering ist. Allerdings bedarf es hier noch einer weiteren Differenzierung: Denn die bekundete Ablehnung von bestimmten Personengruppen intendiert nicht notwendigerweise eine gewalttätige Praxis gegen sie. Insofern bedarf es einer genauen Aufmerksamkeit hinsichtlich der heiklen Frage einer moralischen Schuldzuschreibung. Das gemeinte Problem kann hier durch eine komparativen Betrachtung wohlmöglich verdeutlicht werden: Die linksterroristische RAF ermordete 1977 den Arbeitgeber-Präsidenten Hans-Martin Schleyer, der im Nationalsozialismus der SS angehört hatte. Eine öffentliche Kritik daran, dass seinerzeit hochrangige Funktionsträger von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft eine NS-Vergangenheit hatten, kann indessen nicht für die genannte Tat verantwortlich gemacht werden.

21. Anregungen zur Typologisierung des Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorismus

Beim Blick auf die beschriebenen Fälle und komparativen Reflexionen stellt sich die Frage, welche Besonderheiten des Einzeltäter- und Lone Wolf“-Terrorismus im Sinne einer Typologisierung unterschied-

den werden können. Als allgemeine Kriterien dazu bieten sich die „Kernstücke“ des E-IO-S-W-Schemas²⁷, also „Ideologie“, „Organisation“ und „Strategie“, an. Bezogen auf den erstgenannten Gesichtspunkt soll hier von einer „eigenständig entwickelten“ und einer „inhaltlich übernommenen Ideologie“²⁸ die Rede sein. Dabei ist die Einteilung nicht einfach, weil Bekenntnisse nur in wenigen Fällen von den Tätern vorgenommen wurden. Aktivisten früherer oder gegenwärtiger Neonazi-Gruppen wie Uwe Behrendt, Kay Diesner und David Copeland übernahmen deren einschlägige Auffassungen. Demgegenüber handelte es sich bei John Aussenius, Franz Fuchs und Anders Behring Breivik um Apologeten einer „eigenständig entwickelten Ideologie“, die nicht mit der von heutigen Anhängern des historischen Nationalsozialismus oder anderen Rechtsextremisten identisch war.

Bei Einzelpersonen lässt sich bezogen auf „Organisation“ als Personenzusammenschluss nichts sagen. Gemeint ist hier auch die bereits ausführlicher erläuterte Differenzierung „ideologische Akzeptanzen“, „mediale Kontakte“ und „personelle Verbindungen“, welche das Ausmaß von individueller Nähe zu rechtsextremistischen Organisationen erfassen will. Gerade dies macht deutlich, dass von einem Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorismus nicht losgelöst von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und der rechtsextremistischen Szene gesprochen werden kann. Auch wenn die jeweiligen Akteure vom Entschluss über die Planung bis zur Umsetzung allein aufgrund ihrer Entscheidung und unabhängig von Weisungen handelten, so können befördernde Einflüsse auf den unterschiedlichsten Ebenen durch die erwähnte Typologie verdeutlicht werden. Derartige Erkenntnisse sprechen nicht gegen die Rede vom Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorismus, da diese Bezeichnungen lediglich den alleinigen Beschluss und die eigenständige Durchführung der Tat meinen.

²⁷ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Extremismusintensität, Ideologie, Organisation, Strategie und Wirkung. Das E-IO-S-W-Schema zur Analyse extremistischer Bestrebungen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), Brühl 2012, S. 7-27.

²⁸ „Ideologie“ ist hier in einem allgemeinen und weiten Sinne gemeint. Meist handelte es sich um eine Ansammlung von Fragmenten, die nicht Bestandteile eines geschlossenen Weltbildes waren.

Und schließlich können Differenzierungen und Typologisierungen hinsichtlich der Strategie erfolgen, wobei zunächst ein absichtsvolles Agieren bezogen auf „die konkrete Tat“ und hinsichtlich „der politischen Wirkung“ unterscheidbar ist. Bis auf drei Fälle – dem Anschlag von Josef Bachmann auf Rudi Dutschke, dem Mord von Uwe Behrendt an Shlomo Lewin und dem Attentat von Franz S. auf Henriette Reker richteten sich die erwähnten Gewalthandlungen nicht gegen besonders ausgewählte konkrete Menschen, sondern gegen zufällig getroffene Personen. Dabei ging man – mit Ausnahme des Falls von Michael Berger – durchaus geplant und gezielt vor. Erkennbar sollte dabei eine bestimmte politische Botschaft im fremdenfeindlichen Sinne einer Vertreibung vermittelt werden. Indessen gab es nur in wenigen Fällen dezidiertere Aussagen zur beabsichtigen politischen Wirkung. Am deutlichsten formulierte dies noch David Copeland, der mit seinen Nagelbombenanschlägen einen „Rassekrieg“ zwischen Autochthonen und Migranten auslösen wollte.

22. Schlusswort und Zusammenfassung

Angesichts der Fixierung auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Bereich des Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorismus fanden die Besonderheiten des Gefahrenpotentials in diesem Feld des Rechtsextremismus kaum bis keine Aufmerksamkeit. Daher sollen hierzu noch einigen Anmerkungen formuliert werden: Eine Annahme, wonach von einzelnen Akteuren ein geringes Gefahrenpotential angesichts der eingeschränkten Möglichkeiten ausgehe, lässt sich beim Blick auf die erwähnten Fallstudien in dieser Pauschalität nicht bestätigen: Zwar stehen die Fälle von „Josef Bachmann“ und „Frank S.“ für Anschläge auf einzelne konkrete Personen, aber auch die Fälle von „Anders Behring Breivik“ und „Frank Fuchs“ für eine hohe Anzahl von Gewaltopfern. Ein Einzeltäter oder „Lone Wolf“ kann zwar keinen komplexen Anschlag durchführen, aber eben je nach genutzten Mitteln erhebliche Wirkung entfalten. Breivik ermordete etwa mit eher geringem Aufwand und während weniger Stunden mehr Menschen als die linksterroristische RAF in ihrer fast dreißigjährigen Geschichte.

Darüber hinaus besteht auf einer anderen Ebene ein besonderes Gefahrenpotential: Erfolgen bei den Anschlägen und Attentaten die Pla-

nung und Umsetzung allein, so lassen sich derartige Gewaltakte von den Sicherheitsbehörden nur schwerlich verhindern. Man kann sich jeweils für das eigene Land beispielsweise die Frage stellen, ob etwa ein Anders Behring Breivik in Deutschland den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden vor seinen Taten aufgefallen wäre. Allgemein gilt als Faustformel: Je kleiner die Akteursgruppe, desto unwahrscheinlicher ist ihre frühzeitige Entdeckung. Bestehen keine Kontakte in den organisierten Rechtsextremismus hinein, dann lassen sich einschlägige Anschlags- und Attentatsvorhaben von Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terroristen schwerlich verhindern. Denn in solchen Fällen erfolgte die Radikalisierung hin zur Tat ohne „personellen Verbindungen“. Durch die Internetnutzung ergeben sich hier vielfältige Möglichkeiten, was einige der erwähnten Fälle in dieser Wirkungsdimension deutlich machen.

Wie lassen sich nun bilanzierend die erwähnten Fälle von Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorismus typologisieren? Für den Bereich der „Ideologie“ bietet sich die Differenzierung von „eigenständig entwickelt“ und „inhaltlich übernommen“ an. Der erstgenannte Fall kommt bei einer autonomen Radikalisierung der Täter vor, Übernahmen erfolgen durch die politische Sozialisation in einschlägigen Gruppen. Für den Bereich „Organisation“ lassen sich „ideologische Akzeptanzen“, „mediale Kontakte“ und „personelle Verbindungen“ unterscheiden. Hierbei geht es um das Ausmaß von kommunikativer und organisatorischer Einbettung in den organisierten Rechtsextremismus. Und für die auf die Planung bezogene „Strategie“ finden besondere Aufmerksamkeit die „konkrete Tat“ und die „politische Wirkung“. Der erstgenannte Gesichtspunkt fragt nach dem Ausmaß der Vorbereitung für die konkrete Gewalthandlung, während es bei den beabsichtigten Folgen um das Kalkül für die gesellschaftlichen und staatlichen Resonanzen der Tat geht.

Zusammenfassungen

Rudolf van Hüllen: Extremismus als „Schalenmodell“: Anmerkungen zur Struktur extremistischer Phänomene

Politische Bildung gegen Extremismus stößt auf vielfältige Vorbehalte, insbesondere dann, wenn sie nicht ausschließlich „gegen rechts“ gerichtet ist. Tatsächlich hat sie auch damit zu kämpfen, dass die Szenerie extremistischer Phänomene vielfältiger und ihre ideologischen Aussagen uneindeutiger geworden sind. Zugleich nimmt die Bereitschaft der Öffentlichkeit ab, sich mit komplexen ideologischen Fragen zu beschäftigen. Politische Bildung hat sich immer mehr mit kurzen und instruktiven Überblicken zu extremistischen Phänomenen zu begnügen. Dazu tragen Visualisierungen von Extremismusphänomenen wesentlich bei: Sie skizzieren die Topographie und die Architektur des Extremismus. Prävention muss berücksichtigen, dass es sich dabei um dynamische Phänomene handelt. Die Darstellung des Extremismus als so genanntes „Schalenmodell“ weist besondere Vorzüge auf. Es wurde in den 1980er Jahren im Kontext mit der Beschreibung von sozialen Protestbewegungen entwickelt, stammt aber tatsächlich aus der Kommunismus-Forschung der 1960er Jahre. Es kann phänomenübergreifend und multifunktional selbst dynamische Vorgänge in extremistischen Phänomenen visualisieren. Damit stellt es ein wesentliches didaktisches Hilfsmittel politischer Bildung gegen Extremismus dar.

Armin Pfahl-Traughber: Von Norberto Bobbio und Ernst Fraenkel über Thomas Meyer bis zu Karl Popper und Bertrand Russell. Fünf linke Beiträge zur Extremismustheorie

Gelegentlich wird an der Extremismustheorie auch die politisch motivierte Kritik geübt, wonach ihr eine konservative Ausrichtung und Zielsetzung eigen sei. Diese Auffassung verkennt, dass auch linke Philosophen, Politik- und Sozialwissenschaftler aus unterschiedlichen Ländern und Zeiten in ihren Erörterungen immer wieder Auffassungen im Sinne der Extremismustheorie formulierten. Dies macht exemplarisch der Blick auf die diesbezüglichen Grundpositionen des italienischen Rechts- und Sozialphilosophen Norberto Bobbio, des deutschen Politikwissenschaftlers und Pluralismustheoretikers Ernst

Fraenkel, des deutschen Politikwissenschaftlers und Fundamentalismus-Analytikers Thomas Meyer, des österreichischen Erkenntnistheoretikers und Sozialphilosophen Karl R. Popper und des englischen Mathematikers und Philosophen Bertrand Russell deutlich. Auch wenn sie sich mit den gemeinten Ausführungen nicht dezidiert auf den Extremismus bezogen, so findet man bei ihnen eine Fülle von inhaltlichen Gemeinsamkeiten mit konstitutiven Bestandteilen der Extremismustheorie. Deren grundlegende Auffassungen wurden demnach keineswegs allein von konservativer, sondern sehr wohl auch von linker Seite entwickelt.

Ann-Christin Wegener: Geistige Brandstiftung oder strategische Alternative? Zum Zusammenhang zwischen Anti-Asyl-Demonstrationen und Übergriffen auf Asylunterkünfte

Die Agitation gegen Asylbewerber gewann in den letzten Jahren innerhalb der rechtsextremistischen Szene zunehmend an Bedeutung; sowohl die Zahl der Demonstrationen gegen als auch die Zahl der Übergriffe auf Asylunterkünfte stieg stetig an. Dabei wird insbesondere in der medialen Öffentlichkeit allgemein die Auffassung vertreten, dass diese Demonstrationen die Übergriffe zumindest indirekt befördern, indem sie im Sinne „geistiger Brandstiftung“ wirken und eine vermeintliche Legitimationsgrundlage für Straf- und Gewalttaten liefern. Erkenntnisse der Bewegungsforschung zu einer verwandten Fragestellung – derjenigen nach dem Verhältnis von rechtem Wahlverhalten und rechten Gewalttaten – legen hingegen eher nahe, dass die beiden Handlungsformen als strategische Alternativen fungieren. Anhand einer Analyse der räumlichen und zeitlichen Verteilung von Anti-Asyl-Demonstrationen und Übergriffen auf Asylunterkünfte in Deutschland im Zeitraum 2012 bis 2014 geht der Beitrag dieser Frage systematisch nach. Dabei zeigt sich, dass Demonstrationen tatsächlich eher eine strategische Alternative darstellen denn ein Moment „geistiger Brandstiftung“, dass das strategische Alternativen-Modell jedoch an bestimmte Bedingungsfaktoren geknüpft ist, die in dem Beitrag herausgearbeitet werden.

Christoph Busch: „Überall dort, wo die Systemknechte versagen, sind wir zur Stelle“ - Direktdemokratische Verfahren als rechtsextremistisches Instrument in der Kommunalpolitik

Welche Rolle spielen rechtsextremistische Bürgerbegehren und -entscheide für rechtsextremistische Akteure? Diese Frage untersucht die Abhandlung und analysiert dazu die ideologische Bedeutung und das empirische Ausmaß von direktdemokratischen Verfahren für rechtsextremistische Akteure und Projekte. Es zeigt sich, dass Rechtsextremisten solche Verfahren in der Tat als passendes Instrument für die Delegitimierung der liberalen Demokratie verstehen und instrumentalisieren. Zugleich stellen Bürgerbegehren und -entscheide für einige Akteure eine Gelegenheitsstruktur dar, um jenseits der etablierten politischen Institutionen und Verfahren öffentlichen Einfluss zu gewinnen und konkrete politische Entscheidungen herbeiführen. Die empirische Auswertung von 6.000 Vorlagen auf kommunaler Ebene ergibt, dass rechtsextremistisch motivierte Verfahren nur sehr selten durchgeführt werden. Die meisten Vorlagen, oftmals über den Bau von Moscheen, scheitern an formalen Aspekten und schaffen es deshalb nicht in die Abstimmungsphase.

Thomas Pfeiffer: Wege in die Szene. Muster und Motive der Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus

Der Beitrag nimmt Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus in den Blick und fragt nach typischen Einstiegsmustern und nach Motiven, die der Annäherung an diese Szene subjektiv Sinn geben. Typisches Einstiegsalter ist die Spanne zwischen 13 und 15 Jahren. Die Annahme liegt nahe, dass Faktoren der kindlichen und jugendlichen Sozialisation den Prozess begünstigen. Einstiege in den Rechtsextremismus sind grundsätzlich offene Prozesse. In dieser Phase ist es möglich, die Richtung zu ändern, ohne größere Sanktionen der Szene fürchten zu müssen. Was bestärkt die Einsteiger, auf dem Weg nach rechts weiterzugehen? Welchen Appeal, welche Reize und Versprechen dieser Szene nehmen sie wahr? Diesen Fragen geht der Beitrag nach. Er bündelt Forschungsergebnisse und beleuchtet insbesondere familiäre Hintergründe sowie die Bedeutung rechtsextremistischer Erlebniswelten und geschlechtlicher Rollenbilder.

Sonja Hansen: „Hooligans gegen Salafisten“ zwischen Fußball und Rechtsextremismus. Eine Analyse zu Akteuren, Zielen, Vorgehensweise, Kontext und Wirkung.

Durch die Ausschreitungen am 26. Oktober 2014 in Köln erlangten sie zweifelhaften Ruhm: die Gruppierung „Hooligans gegen Salafisten“ (Hogesa). Die Selbstbezeichnung als „Hooligans“ deutet auf Verbindungen zum Fußball hin, in der Presse ist jedoch zumeist von Rechtsextremisten die Rede. Wie lässt sich Hogesa einordnen? Untersucht werden neben der Entstehung und Entwicklung u.a. Akteure, Ziele und Zielgruppe sowie Vorgehensweise dieser neuartigen Gruppierung. Es zeigt sich, dass Hogesa keinesfalls als isoliertes Phänomen anzusehen ist, ebenso kann die Gruppierung weder als rein rechtsextremistisch noch als rein aus Hooligans bestehend charakterisiert werden. Mit ihrer Ablehnung des Salafismus knüpft Hogesa an allgemeingesellschaftliche Diskurse an, jedoch lässt sich auch die Einflussnahme von Rechtsextremisten nachweisen. Trotz des Ausbleibens langfristiger Erfolge hat Hogesa gezeigt, dass es Schnittmengen zwischen Fußball und Rechtsextremismus gibt, die unter gewissen Umständen ein zumindest temporär beachtliches Mobilisierungspotential hervorbringen können

Michael Adelmund: Einflussnahme und Rekrutierungsstrategien von Rechtsextremisten auf gewaltbereite Fußballfanggruppierungen - Eine Fallstudie zu Bremen

In den letzten Jahrzehnten entzündeten sich europaweit anlassbedingt immer wieder Diskussionen über die rechtsextremistische Einflussnahme auf Hooligan-Gruppierungen. Die 2014 festgestellten Formen politischer Beteiligung von Hooligans an Labels wie „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) oder „Gemeinsam Stark Deutschland“ (GSD) werfen auch aktuell Fragen bezüglich gemeinsamer Strukturen beider Szenen und der Größe ihrer gemeinsamen Schnittmenge auf. Sind Hooligans tatsächlich so „unpolitisch“ wie sie vorgeben oder zeigt sich an den immer wiederkehrenden Diskussionen um rechtsextremistische Hooligans und an ihrem aktuellen Mobilisierungspotential, dass die Auswirkungen rechtsextremistischer Einflussnahme doch größer sein könnten, als bisher angenommen? Dieser Beitrag untersucht anhand konkreter Fallbeispiele aus Bremen die verschiedenen

Erscheinungsformen rechtsextremistischer Einflussnahme auf Hooligans, von den 1980er Jahren bis heute, und bildet deren Auswirkungen u. a. anhand einer Bestimmung der gemeinsamen Schnittmenge ab. Dazu werden Politisierungsprozesse herausgearbeitet und kritische Faktoren abgeleitet, welche die Aussagekraft einer Schnittmengenanalyse beeinflussen können.

Elmar Vieregge: „Ansgar Aryan“: Rechtsextremistische Mode für die Straße. Eine Analyse zu ideologischen Botschaften eines Modelabels

Im Lauf ihrer Entwicklung hat die rechtsextremistische Szene mehrere Kleidungsstile hervorgebracht, mit denen sich ihre Angehörigen zwar von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzen, aber öffentlich leicht erkennbar machen. Um die Jahrtausendwende kombinierte dann die nicht zur Szene gehörende Textilmarke „Thor Steinar“ einen zeitgemäßen Freizeitbekleidungsstil derart mit politischen Doppeldeutigkeiten, dass sie das äußere Erscheinungsbild von Rechtsextremisten prägte und gleichzeitig bei nicht extremistisch eingestellten Kunden beliebt blieb. Den Stil griffen in einem nächsten Schritt mehrere einschlägige Unternehmen auf. Zu diesen gehört seit 2008 das von einem NPD-Funktionär geleitete Label „Ansgar Aryan“. Allerdings beschränkt es sich nicht auf Doppeldeutigkeiten, sondern transportiert deutlich Ideologeelemente. So propagiert „Ansgar Aryan“ die „Volksgemeinschaft“ und wirbt für einen „völkischen Sozialismus“. Durch diese Kombination positioniert sich der Bekleidungshersteller seit 2008 wirtschaftlich erfolgreich in der rechtsextremistischen Szene und trägt zu deren modischer Modernisierung bei.

Florian Finkbeiner: Armin Mohler und die Frühgeschichte der „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Wandel von Konservatismus, Nationalismus und Rechtsextremismus

Die Dekade nach „1968“ ist nicht nur eine entscheidende ideationale Phase für vermeintlich linke Vorstellungen, sondern auch für den Konservatismus – und damit auch für die entstehende „Neue Rechte“. Einer ihrer wichtigsten Vordenker war Armin Mohler. Eine genauere Betrachtung von seiner Entwicklung in den 1970er Jahren im Verhält-

nis zu dessen konservativem Umfeld um die Zeitschrift „Crítico“ zeigt die spezifischen Entstehungsbedingungen, Ursachen und Motivation dieser „Neuen Rechten“ auf. Zum einen entsteht dieses Phänomen vor allem durch die ideelle Krise des politischen Konservatismus – bei gleichzeitiger gesamtgesellschaftlicher Suche nach nationaler Identität. Zum anderen zeigt sich an Mohlers Wandlung – in den 1960er Jahren noch anerkannter konservativer Intellektueller, in den 1980er Jahren einer der bedeutendsten Rechtsintellektuellen – dessen Motivation zur Etablierung einer „Neuen Rechten“. Neben dessen provokativem Drang nach Profilierung und dem immer radikaler werdenden Streben nach nationalistischen Impulsen geht es um die „Intellektualisierung“ von politischen Ansichten, die dadurch einerseits aufgewertet und andererseits zugleich alltagsverständlich gemacht werden sollen. Ihr Ziel ist es, vermeintlich veraltete (rechts)konservative Positionen für die Mehrheitsgesellschaft anschlussfähig zu machen.

Samuel Salzborn: Renaissance der „Neuen Rechten“ in Deutschland? Zur Diskussion über neurechte Elemente im gegenwärtigen deutschen Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus in Deutschland hat sich in jüngster Vergangenheit erheblich verändert: Mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist eine neue Partei im rechten Spektrum entstanden, die bei der Europa- und einigen Länderparlamentswahlen erfolgreich war, mit den Demonstrationen von Pegida haben sich neue Aktionsformen im sozialen Bewegungsspektrum entwickelt, Institutionen wie die „Bibliothek des Konservatismus“ und Zeitungsprojekte wie die „Sezession“ sind entstanden. Die Frage, die in dem vorliegenden Beitrag diskutiert wird, ist: Sind diese Modifikationen als eine Renaissance, als ein Langzeiterfolg der Strategien der „Neuen Rechten“ zu bewerten? Die Strategie der „Neuen Rechten“ basierte seit den 1970er Jahren darauf, durch eine kulturkonservative Metapolitik den Kampf um „kulturelle Hegemonie“ zu führen, also das öffentliche Meinungsklima in der Bundesrepublik zu beeinflussen und nach rechts zu verschieben – was zumindest auf den ersten Blick durch die aktuellen Veränderungen der Fall zu sein scheint. Da die Entwicklungen im bundesdeutschen Rechtsextremismus aber weder monokausal, noch monolithisch sind, werden die unterschiedlichen Aspekte der These, dass die jüngeren

Transformationen im deutschen Rechtsextremismus eine erfolgreiche Umsetzung dieser neurechten Strategie darstellen, diskutiert.

Christoph Renner: Der Geschichtsrevisionismus der Neuen Rechten – Eine Fallstudie zur „Deutschen Geschichte für junge Leser“ von Karlheinz Weißmann

Im Herbst des Jahres 2015 veröffentlichte der Verlag der „Jungen Freiheit“ die „Deutsche Geschichte für junge Leser“, welche die Geschichte Deutschlands von den Germanen bis zur Wiedervereinigung im Jahr 1990 behandelt. Ihr Autor, der Gymnasiallehrer Karlheinz Weißmann, ist einer der exponiertesten Vertreter der deutschen Neuen Rechten. Mit seiner historischen Abhandlung adressiert er eine Zielgruppe jungen Alters, um über den positiven Rekurs auf die eigene Nation dem Rezipienten des Buches Identifikationsangebote in der deutschen Geschichte im Sinne der Schaffung einer erneuerten nationalen Identität zu liefern. Im Zuge der Flüchtlingskrise erlebt die Neue Rechte in Deutschland derzeit eine Renaissance, sodass sie glaubt, dass ihre Ideen verstärkt in der deutschen Bevölkerung Anklang finden können – vor diesem Hintergrund ist auch die Veröffentlichung der „Deutschen Geschichte für junge Leser“ zu sehen. Der Beitrag fragt daher nach ideologischen Überzeugungen der Neuen Rechten sowie insbesondere nach deren Verbindung zu geschichtspolitischen Positionen der Bewegung. Weißmanns Darstellung der Geschichte des 20. Jahrhunderts wird dabei einer kritischen Betrachtung unterzogen, um den Geschichtsrevisionismus der Neuen Rechten anhand des Fallbeispiels der „Deutschen Geschichte für junge Leser“ zu konturieren

Armin Pfahl-Traugher: Demokratisch-reformerisches und extremistisch-revolutionäres Sozialismusverständnis. Ein Rückblick auf die Differenzen von Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg

Eine Auffassung von „Sozialismus“ kann auch für eine demokratische und muss nicht nur für eine diktatorische Politikkonzeption stehen. Die dabei relevanten Differenzen lassen sich aus ideengeschichtlicher Betrachtung bereits im „Revisionismusstreit“ in der deutschen Sozialdemokratie ausmachen, wobei Eduard Bernstein für die erstgenannte

und Rosa Luxemburg für die letztgenannte Position einnahm. Der demokratische Sozialismus akzeptiert Grundrechte und Pluralismus auch für nicht-sozialistische Bestrebungen und plädiert für einen friedlichen und reformerischen Entwicklungsprozess hin zu einer anderen Gesellschaftsordnung. Demgegenüber steht ein extremistischer Sozialismus für die Diktatur einer Mehrheit oder einer Minderheit und will Freiheiten und Rechte nach einem gewalttätigen und revolutionären Umbruchs nur noch sozialistischen Auffassungen und Bestrebungen zuschreiben. Da sich derartige Auffassungen auch bei Luxemburg finden, kann hinsichtlich der Trennlinie von demokratischem und diktatorischem Sozialismusverständnis eine solche zwischen Bernstein und Luxemburg, nicht aber zwischen Luxemburg und Lenin konstatiert werden. Beide letztgenannten Denker und Politiker plädierten für eine Diktatur, wobei lediglich hinsichtlich des Grades der gesellschaftlichen Akzeptanz und des innersozialistischen Pluralismus ein Unterschied bestand.

Udo Baron: „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten.“ - Die DDR im Spiegel des Linksextremismus

Mit der deutschen Einheit hat auch die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte begonnen. Seitdem hat sich im vereinten Deutschland eine umfangreiche Aufarbeitungslandschaft herausgebildet, der nicht nur Demokraten angehören. Ausgehend von der These, dass unter dem Deckmantel der Aufarbeitung auch versucht wird, die DDR nachträglich zu legitimieren und zu verklären, möchte dieser Beitrag den Einflussversuchen von Linksextremisten auf die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte nachgehen und die Frage aufwerfen, ob künftig auch von einem linksextremistischen Geschichtsrevisionismus gesprochen werden muss.

Udo Baron: Vom Autonomen zum Postautonomen – Wohin steuert die autonome Bewegung?

Vor dem Hintergrund zunehmender, vor allem interner Kritik an der Unorganisiertheit und Selbstbezogenheit der Autonomen Bewegung, haben sich in den letzten Jahren neben dogmatisch ausgerichteten

Bündnissen auch undogmatische, sogenannte postautonome Zusammenschlüsse gebildet, die die Autonome Szene nachhaltig zu verändern beabsichtigen. Ausgehend von der These, dass sich die Autonome Szene in einer substanziellen inhaltlichen und strukturellen Krise befindet, möchte der Beitrag das Phänomen der Postautonomen kritisch beleuchten und dadurch zur weitergehenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dieser Thematik beitragen.

Andreas M. Vollmer: G7-Proteste linksextremistischer Gruppen in Garmisch (2015): Erklärungsansätze für das Scheitern der Massenproteste

Beim G7-Gipfel Elmau (2015) hatten Bündnisse eine elementare Bedeutung für Proteste. Diese ermöglichen eine Zusammenarbeit vom (links-) bürgerlichen Spektrum über orthodoxe Kommunisten bis zum gewaltgeneigten Spektrum. Der Beitrag hinterfragt, warum bei den Anti-G7-Protesten vor Ort erwartete Massenproteste ausblieben. Im Ergebnis gab es weder zugkräftige Repräsentanten, noch eine schlagkräftige Organisationsstruktur. Die niedrige Beteiligung war Folge der Spaltung des Anti-G7-Bündnisses. Dazu kamen die Gewaltexzesse bei den EZB-Protesten in Frankfurt/M. (2015) sowie der umstrittene Umgang mit der Gewaltfrage. In Garmisch traten kleinere Gruppen mit antiimperialistischer und autonomer Ausrichtung sowie kommunistische Vereinigungen und Netzwerke in Erscheinung. Im Übrigen war das G7-Thema für andere unattraktiv. Gewerkschaftliche Milieus, wichtige „linke“ Netzwerke und autonome Gruppen fehlten. Die Einbeziehung der Bevölkerung misslang, Massenproteste blieben aus. Blockadeaktionen und Randale fielen ins Wasser. In Garmisch scheiterte die Bündnisstrategie der Einbeziehung des demokratischen Spektrums in eine linksextremistisch geprägte Protestkulisse.

Uwe Peter/Florian Wagner: „Die ins Wasser gefallen Proteste“ – Die linksextremistische Beteiligung an den Protesten gegen den G7-Gipfel 2015 in Elmau/Bayern. Darstellung und Erörterung zu dem Ausbleiben der erwartbaren Ausschreitungen

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der linksextremistischen Einflussnahme auf die Proteste gegen den G7-Gipfel 2015 in Elmau. Demonstrationen gegen diesen und eine friedliche Protestbeteiligung sind demokratisch legitim und wichtig. Die Veranstaltungen verliefen wider erwartend, auch in Hinblick auf vorangegangene, von Ausschreitungen gekennzeichneten Demonstrationen, friedlich. Die Autoren zeichnen die Planungen der Proteste von linksextremistischer Seite nach und stellen die das Protestbündnis spaltende Gewaltfrage dar. Abschließend legen sie die relevanten Gründe für die ausgebliebenen Ausschreitungen dar. Hier bietet es sich an, dies mit einem vergleichenden Blick auf die Proteste in Frankfurt/M. gegen die Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) zu tun. Die Differenzen sind in der unterschiedlichen Lage begründet, aber auch in der entscheidenden Gewaltdebatte zu sehen. Zusätzlich ergeben sich bedeutende Unterschiede in dem Verhalten der Protestorganisatoren, sowie in dem Agieren der Sicherheitsbehörden.

Armin Pfahl-Traugher: Von „Schwedens Kommunistischer Partei“ zu „Die Linkspartei“ Schwedens. Bedingungsfaktoren der Demokratisierungsentwicklung in historischer Perspektive

Bereits in den 1950er Jahren kamen in „Schwedens Kommunistischer Partei“ Demokratisierungsentwicklungen auf, welche hin zu einer linkssozialistischen Ausrichtung und weg von einer marxistisch-leninistischen Prägung führen sollten. Der Beitrag unternimmt eine Rekonstruktion dieser Entwicklung in historischer Perspektive, um die externen und internen Bedingungsfaktoren für den Prozess identifizieren zu können. Demnach geht es um die Entstehungsphase aus einer linkssozialistischen Abspaltung der Sozialdemokratie bis zur Bolschewisierung und Stalinisierung der Partei. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die frühen Entwicklungen hin zu Ausrichtungen, die erst später als Form des „Eurokommunismus“ bezeichnet wurden. Gleichwohl gab es dabei immer wieder Brüche und Rückfälle. Im Ergebnis entstand aber mit der „Linkspartei“ in Schweden eine Partei, welche die Grundlagen der modernen Demokratie und offenen Gesellschaft akzeptiert und verinnerlicht hat. Aus der politischen Analyse dieser Entwicklung als Fallstudie lassen sich auch allgemeine Kriterien ableiten, kann man damit doch die Demokratisierung einer ehe-

mals extremistischen Bestrebung differenziert und problemorientiert untersuchen.

Armin Pfahl-Traugber: Antisemitismus und Antizionismus in der Charta der „ Hamas“. Eine Textanalyse aus ideengeschichtlicher und menschenrechtlicher Perspektive

Die „ Hamas“ darf man weder auf ihre Judenfeindlichkeit noch auf ihre Terroranschläge reduzieren, erklärt sich so doch nicht die Komplexität des damit angesprochenen Phänomens einer islamistischen Organisation mit einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz. Gleichwohl veranschaulichen die im Text ihrer „ Charta“ enthaltenen Positionen einen deutlichen Antisemitismus und Antizionismus. Offen bekundet er die Diffamierung der Juden als Juden und die Forderung nach einer Zerstörung des Staates Israel. Dabei handelt es sich im Selbstverständnis der „ Hamas“ nicht nur um eine persönliche Einstellung oder politische Position. Die damit verbundenen Auffassungen sollen auch Konsequenzen für die Handlungen der Anhänger der Organisation und darüber hinaus auch aller Muslime haben: Sie werden aufgerufen sich an einem „ Dschihad“, worunter hier dezidiert der gewalttätige Kampf bis zum Tod verstanden wird, zu beteiligen. Das Ziel soll dabei die Ermordung von Juden und die Vernichtung des Staates Israel sein.

Hans Krech: Geheimdienste im Visier von „ Al-Qaida“: Die Organisation der Spionage und der Spionageabwehr

„ Al-Qaida“ ist es gelungen, seine Spionage und die Spionageabwehr an die Globalisierung der terroristischen Organisation in der Folge der Strukturreform 2006/2007 und der Öffnung für nicht-salafistische Kämpfer 2012 anzupassen. Die Spionage und die Spionageabwehr auf der strategischen und operativen Führungsebene wurde durch Osama bin Laden in den „ 7 Abbottabad-Briefen“ 2010/2011 neu geregelt. Der frühere pakistanische ISI-Offizier Mohammed Ilyas Kashmiri professionalisierte 2009 - 2011 die Spionageabwehr nach dem ISI-Handbuch zur Spionageabwehr. Die Spionage und die Spionageabwehr auf der taktischen Ebene waren bis 2006/2007 zumeist beim Religionskomitee in der Shura der Mitgliedsorganisation angelagert. Seitdem ent-

standen Geheimdienstkomitees in den Shuren oder eigene Geheimdienste. Es wurden neue taktische Strukturen für die nicht-salafistischen Kämpfer geschaffen, die Miliz-Brigaden. Die Einführung der Blind-Cell-Structure ab etwa 2009 macht die Dauerüberwachung durch die NSA weitgehend wirkungslos. Durch die Öffnung von „Al-Qaida“ 2012 für nicht-salafistische Kämpfer entstanden für den Einsatz von Undercover-Agenten von NATO-Geheimdiensten verbesserte Rahmenbedingungen.

Armin Pfahl-Traughber: Die Besonderheiten des „Lone-Wolf“-Phänomens im Rechtsterrorismus. Eine vergleichende Betrachtung von Fallbeispielen zur Typologisierung

Der Blick auf Deutschland, aber auch andere Länder macht deutlich: Es kommt immer mehr zu Fällen von Einzeltäter- und „Lone Wolf-Terrorismus“. Gemeint sind damit einzelne Individuen, die ohne Anleitung von Anderen und ohne Einbettung in eine Gruppe eine terroristische Tat begehen. Wie lassen sich nun Fälle von Einzeltäter- und „Lone Wolf“-Terrorismus in Deutschland und anderen Ländern typologisieren? Für den Bereich der „Ideologie“ bietet sich die Differenzierung von „eigenständig entwickelt“ und „inhaltlich übernommen“ an. Der erstgenannte Fall kommt bei einer autonomen Radikalisierung der Täter vor, Übernahmen erfolgen durch die politische Sozialisation in einschlägigen Gruppen. Für den Bereich „Organisation“ lassen sich „ideologische Akzeptanzen“, „mediale Kontakte“ und „personelle Verbindungen“ unterscheiden. Hierbei geht es um das Ausmaß von kommunikativer und organisatorischer Einbettung in den organisierten Rechtsextremismus. Und für die auf die Planung bezogene „Strategie“ finden besondere Aufmerksamkeit die „konkrete Tat“ und die „politische Wirkung“. Der erstgenannte Gesichtspunkt fragt nach dem Ausmaß der Vorbereitung für die konkrete Gewalthandlung, während es bei den beabsichtigten Folgen um das Kalkül für die gesellschaftlichen und staatlichen Resonanzen der Tat geht.

Autorenverzeichnis

Michael Adelmund, Jahrgang 1976, ist Diplom-Verwaltungswirt, Promotionsstudent an der Universität Hildesheim und Auswerter/Analyst beim Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen.

Dr. Udo Baron, Jahrgang 1963, ist Politikwissenschaftler und Historiker und arbeitet als wissenschaftlicher Referent und Sachgebietsleiter Linksextremismus im Niedersächsischen Landesministerium für Inneres und Sport.

Christoph Busch, Jahrgang 1973, ist Politikwissenschaftler und Pädagoge und arbeitet als wissenschaftlicher Referent für den Bereich Rechtsextremismus in der Abteilung Verfassungsschutz des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW.

Florian Finkbeiner, M.A., Jahrgang 1988, ist Politikwissenschaftler und arbeitet am Göttinger Institut für Demokratieforschung mit den Forschungsschwerpunkten politische Ideengeschichte und soziale Bewegungen.

Sonja Hansen, Jahrgang 1993, ist Diplom-Verwaltungswirtin und ehemalige Studentin der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl.

Dr. Rudolf van Hüllen, Jahrgang 1957, ist Politikwissenschaftler und selbstständiger Extremismusforscher sowie Lehrbeauftragter an der Universität Passau und an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen.

Dr. Hans Krech, Jahrgang 1956, Politikwissenschaftler, ist Geschäftsführer des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit e.V. (WIFIS) an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Uwe Peter, Jahrgang 1974, ist Diplom-Politologe und arbeitet zu Themen des politischen Extremismus.

Dr. Armin Pfahl-Traugber, Jahrgang 1963, ist Politikwissenschaftler und Soziologe und arbeitet als Professor an der Hochschule des Bundes in Brühl sowie als Lehrbeauftragter an der Universität Bonn.

Dr. Thomas Pfeiffer, Jahrgang 1970, ist Diplom-Journalist, Wissenschaftlicher Referent für Rechtsextremismusprävention in der Abteilung Verfassungsschutz des Ministeriums für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen und Lehrbeauftragter im Fach Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

Christoph Renner, Jahrgang 1993, ist Lehramtsstudent im siebten Fachsemester für die Fächer Deutsch und Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Dr. Samuel Salzborn, Jahrgang 1977, ist Professor für Grundlagen der Sozialwissenschaften am Institut für Politikwissenschaft der Georg-August-Universität Göttingen.

Elmar Vieregge, M. A., Jahrgang 1968, ist Historiker und arbeitet zu rechtsextremistischen Deutungen der Geschichte, subkulturellen Aspekten des Rechtsextremismus sowie extremistischen Erscheinungen im Fußball.

Dr. Andreas M. Vollmer, Jahrgang 1964, Diplom-Politologe (Univ.), Diplom-Verwaltungswirt (FH), ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz beschäftigt.

Florian Wagner, Jahrgang 1978, ist Diplom-Politologe und arbeitet zu Themen des politischen Extremismus.

Dr. Ann-Christin Wegener, Jahrgang 1983, ist Politik- und Theaterwissenschaftlerin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin und stellvertretende Dezernatsleiterin im Bereich Rechtsextremismus beim hessischen Landesamt für Verfassungsschutz.

Spielregeln für Beiträge für das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET)

1. Das JET veröffentlicht nur Beiträge mit wissenschaftlichem Anspruch, d. h. ihnen soll eine klare Frage- und Problemstellung eigen sein und alle Aussagen müssen über Angaben in Fußnoten offen belegbar sein. Rein beschreibende Texte mit einer Aneinanderreihung von Informationen und Zahlen erfüllen diesen Anspruch ebenso wenig wie umgearbeitete Vortragsmanuskripte mit allgemeinen Aussagen und nicht näher belegten Angaben.
2. Stichtag für die Einreichung von Themenvorschlägen ist jeweils der 15. September eines Jahres. Die Texte sollen spätestens am 1. März des folgenden Jahres vorliegen. Die inhaltlichen Schwerpunkte wären zuvor mit der Redaktion abzustimmen, besteht doch ansonsten die Gefahr der Dopplung von „Mode“-Themen (Kontakt: Armin.Pfahl-Traugber@hsbund.de). Grundsätzlich sollten die Beiträge eine bundesweite oder internationale Dimension aufweisen. Gleichwohl wären Analysen zur Situation in den einzelnen Bundesländern möglich, allerdings nur im Sinne von Fallstudien.
3. Um eine möglichst einfache und schnelle Weiterverarbeitung der Texte zu ermöglichen, sollten die Beiträge mit 2,5 cm Rändern links und rechts und oben und unten versehen sein und im Blocksatz mit einer 16 p-Schrift und einfachem Zeilenabstand in Times New Roman und ohne automatische oder mechanische Trennung erstellt werden. Wenn sich Bilder und Tabellen vermeiden lassen, sollten sie vermieden werden.
4. Die Texte sollen mit Zwischenüberschriften untergliedert werden. Darüber hinaus hat am Beginn der Punkt „1. Einleitung und Fragestellung“ und am Ende der Punkt „?. Schlussfolgerung und Zusammenfassung“ zu stehen. Im Anhang soll eine halbseitige Zusammenfassung des Textes und eine Angabe zum Autor gedruckt werden. Die einzelnen Aufsätze dürfen einen Rahmen von 15 bis 35 Seiten nicht unter- oder überschreiten und sollen der Zitierweise der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“) folgen.

5. Die Aufsätze sollten von den genannten Autoren stammen. Die Unterzeichnung eines Textes von einem Untergebenen durch einen Vorgesetzten mag in Behörden üblich sein, für den hier benannten wissenschaftlichen Publikationskontext gilt dies nicht.
6. Autoren, die aus Behörden stammen, müssen evtl. ihr Publikationsvorhaben mit Vorgesetzten abstimmen. Dies wäre direkt in den entsprechenden Arbeitskontexten abzuklären. Es können aber auch Texte mit dem Zusatz „Der vorliegende Beitrag gibt lediglich die persönliche Auffassung des Autors wieder“ versehen werden. Im Vorwort jeder Ausgabe wird darüber hinaus regelmäßig darauf hingewiesen, dass die Autoren in Form und Inhalt allein für ihre Beiträge verantwortlich sind.
7. Die Erstellung eines Jahrbuchs wie des JET ist überaus arbeitsintensiv, daher die ausdrückliche Bitte, sich auch an die hier formulierten „Spielregeln“ zu halten. Gegebenenfalls müssen auch Beiträge mit dem Wunsch nach formaler oder inhaltlicher Überarbeitung im genannten Sinne zurückgeschickt werden.